Arthur Singer
Geschichte des Dreibundes

Mit einem Anhang

Der Inhalt des Dreibundes

Eine diplomatische Untersuchung

von

Hans F. Helmolt

Dr. Sally Rabinowitz, Verlag, Leipzig.

Arthur Singer:
Geschichte des
Dreibundes

Arthur Singer:

Geschichte des DREIBUNDES

Mit einem Anhang:
Der Inhalt des Dreibundes
Eine diplomatische Untersuchung
von **Hans F. Helmolt**

Dr. Sally Rabinowitz Verlag Leipzig
1914

Gedruckt im Jahre tausendneunhundertvierzehn
bei Berg und Heese in Ballenstedt am Harz

Vorwort des Verfassers

Auf den nachfolgenden Blättern soll eine Geschichte des Dreibundes und seines Vorläufers, des deutsch-österreichisch-ungarischen Schutz- und Trutzbündnisses geboten werden. Keine politische Streitschrift, zu werten der Staatsmänner Entschließungen, sondern eine rein geschichtliche Arbeit, streng gehalten an des Historikers Pflicht, zu schildern was war. Nach einer knappen Darstellung der wechselvollen Beziehungen Brandenburg-Preußens zum Donaustaate werden jene Ereignisse auf dem Weltentheater, sowie die parlamentarischen Vorgänge und deren Widerhall in der Publizistik geschildert, die Wirkung und Inhalt der Schöpfung des Altreichkanzlers bedeuten. Eine Chronik, die sich darauf beschränkt, die Quellen zu sammeln aus Parlamentsprotokollen und aus Zeitungsbänden. Es ist nicht Zweck und Ziel dieses Buches, den Kampf um die Vorherrschaft im Römischen Reiche Deutscher Nation eingehend zu schildern, er wird im ersten Teile kurz, nur bei den Meilensteinen Halt machend, skizziert. Der zweite Teil erzählt das Werden des mitteleuropäischen Friedensbundes, den Ausbau des Werkes Bismarcks und Andrássys durch den Anschluß des jungen Königreiches jenseits von den Alpen. Der dritte Abschnitt enthält die alle Quellen restlos erschöpfenden Regesten des Dreibundes, sein systematisch aufgearbeitetes politisch-parlamentarisches Kalendarium von 1883 bis zur jüngsten Erneuerung Ende 1912. Den Abschluß bildet ein Register, das dem Tages- und dem Geschichtsschreiber die Handhabung des Buches erleichtern soll. Eine Geschichte des Dreibundes heute schon zu schreiben, ist ein schwieriges Unternehmen, da ja die Archive noch verschlossen sind und aus amt-

lichen Quellen nur wenig mitgeteilt worden ist. Die Geschichte des Dreibundes ist eigentlich die Geschichte der letzten dreißig Jahre und so leicht oder so schwer zu schreiben wie zeitgenössische Geschichte überhaupt. Des Kritikers Lupe und Sonde werden die Mängel meiner Arbeit rasch finden. Wissentlich enthielt ich mich politisch-publizistischer Kritik und entsagte lockenden stilistischen Wirkungen.

Vollendet zu Würzburg Januar 1914

Arthur Singer

Inhalt:

Seite

Die Dreibundstaaten bis 1879 1

Vom Zweibund zum Dreibund

Der Zweibund 35

Der Anschluß Italiens 60

Regesten zum Dreibund:

1884 75

1885 77

1886 78

1887 82

1888 88

1889 93

1890 96

1891 100

1892 106

1893 109

1894 112

1895 114

1896 116

1897 122

1898 126

1899 128

1900 130

1901 134

1902 139

1903 145

1904 150

1905 153

Regesten zum Dreibund: Seite
1906 157
1907 171
1908 174
1909 187
1910 202
1911 216
1912 222
Die jüngste Erneuerung des Dreibundes 239
Der Inhalt des Dreibundes. Eine diplomatische Untersuchung von Hans F. Helmolt 247
Register 273

Die Dreibund-Staaten bis 1879

Die große Frage, die auf den böhmischen Schlachtfeldern im Jahre 1866 und in dem Abschluß des Dreibundes ihre endgiltige Lösung fand, reicht zurück bis in die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts. Bis zum westfälischen Frieden. Die Rivalität zwischen den beiden deutschen Fürstenhäusern setzt mit der Thronbesteigung des Großen Kurfürsten ein. Und schon klingt uns aus dem lateinischen Büchlein des Hippolytus a Lapide[1] das Schlagwort der Verdrängung des Hauses Oesterreich aus Deutschland entgegen. Brandenburg gründet die Mittelpartei der protestantischen Reichsstände. Das Corpus Evangelicorum, an seiner Spitze das mächtig aufstrebende Brandenburg-Preußen, steht als gleichwertige Kraft dem von der habsburgischen Kaisermacht geführten Corpus Catholicorum gegenüber. Ganz veränderte Machtverhältnisse. Für Habsburg schien die Notwendigkeit einer neuen Politik gegeben. Neue Grundlagen für das europäische Gleichgewicht zu suchen, neue Bürgschaften für die Hegemonie in Mitteleuropa. L'Isola und Strattmann wollten den europäischen Bündnissen neue Wege weisen. Habsburg und Brandenburg fanden sich noch zeitweilig als Kriegsgenossen, aber die Rivalität ward immer größer und stärker, jemehr Oesterreich sich bestrebte, seinen Besitzstand in Italien zu kräftigen und zu mehren[2]. Vom westfälischen Frieden bis zum spanischen Erbfolgekriege ein fortwährendes Schwanken der Politik des Hauses Habsburg („ein ewiges Versteckenspiel mit Brandenburg"). Zweimal schließt Oesterreich ein Bündnis mit Brandenburg (1658 und 1672) und auch später fechten die Truppen der beiden Länder unter einem Kommando. Aber mit dem Frieden von Nymwegen „blieb im Gemüte des Kurfürsten

---

1) Phil. Bogisl. v. Chemnitz (1670).

2) „Es ist ein Reichsinteresse erster und vornehmster Art, Oesterreich in Italien stark zu erhalten," heißt es noch 1859 in einer Wiener Flugschrift „Oesterreichs Politik in Italien und die Garantien seiner Macht und Einheit" mit der Motivierung: Es sei traditionell geworden, daß jeder Herrscher, der nach Ruhm und Größe trachtete, eine Ausbreitung in Italien suchte; nach dem Willen des Wiener Vertrages sollte Oesterreich in diejenige Stellung in Italien einrücken, welche ehemals das Kaisertum da eingenommen hatte; zwischen Frankreich und Deutschland gebe es keinen anderen Gradmesser der politischen Macht als den Besitz von italienischen Städten und Staaten.

eine unsühnbare Entfremdung gegen das Kaiserhaus"[1]. Von allen Kurfürsten hielt nur der Bayer zum Kaiser. Dann folgt die Türkennot. Brandenburg schließt 1685 mit dem Kaiser den Subsidienvertrag ab. Das beginnende achtzehnte Jahrhundert sieht (nach dem Kriege mit Frankreich) Oesterreichs Ansehen wieder hergestellt in den deutschen Landen. Im Winter 1700 kommt zwischen Leopold dem Ersten und dem Kurfürsten Friedrich dem Dritten jener Vertrag zustande, der dem Hause Habsburg Brandenburgs Waffenhilfe für den bevorstehenden Krieg um die spanische Erbfolge sichert. Doch schon zieht Habsburg nach Italien, um den jahrhundertalten Streit mit Frankreich auszufechten. Prinz Eugen gewinnt den Preußenkönig nochmals für Habsburgs Sache. Aber sowie das erste Jahrzehnt zur Neige geht, sind Wien und Berlin wieder „uneinig" — wie Dolfin, der venetianische Botschafter in Wien schreibt[2]. König Friedrich des Ersten Gesandter Bartholdi sagts in Wien geradeheraus: sein Herr werde einen neuen Machtzuwachs Oesterreichs nicht zugeben, und es wäre nur billig, daß eines Tages die Deutsche Kaiserkrone auch auf ein protestantisches Kaiserhaus übergehe. Auf beiden Seiten wächst das Mißtrauen. In einund demselben Jahre sterben der habsburger sechste Karl und der Preußenkönig, der seinem fünfundzwanzigjährigen, genialen Erben alle Waffen zu erfolgreichem Aufstieg hinterläßt. Es folgt das erste Duell zwischen Oesterreich und Preußen: der österreichische Erbfolgekrieg und die drei schlesischen Kriege. Der siebenjährige Krieg bringt Preußen wohl nicht die Hegemonie in den deutschen Landen, aber doch die Vereinigung der Mehrzahl der deutschen Fürsten in einem Bundesvertrage[3]. Wieder sehen wir Habsburg unter Kaunitzens Einfluß den Weg zur Verständigung mit Preußen, der neuen europäischen Großmacht, betreten. Doch bald „entscheiden die Kanonen das Recht". Es ist der vierte Krieg Oesterreichs mit Preußen: der bayrische Erbfolgekrieg, dem nach wenigen Monaten der Teschener Friede ein Ende macht. Friedrich der Zweite tritt 1785 an die Spitze des deutschen Fürstenbundes. Sein Nachfolger, König Friedrich Wilhelm II., läßt die Unionspolitik fallen. Auch in Oesterreich vollzieht sich ein Thronwechsel: dem zweiten Joseph, der eine

[1]) Franc. Wagner: „Hist. Leopoldi magni Caesaris Augusti" Seite 488: „Haesit exinde in Electoris animo inexpiabilis in Augustam domum alienatio."

[2]) Daniel Dolfins Berichte im 22. Band der „Fontes rerum Austriacorum" (Arneth) Ste 14: „Vastissimo é perse stesso il Corpo Germanico, e se fosse unito darebbe lege al mondo, il destino che non ammette tale predominio v'ha seminata la discordia, e la diffidenza."

[3]) Sybels „Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I." Bd. 1. Seite 23.

Verständigung mit Preußen gesucht, folgt der zweite Leopold, dessen Wahl zum Deutschen Kaiser sich ohne Schwierigkeiten vollzieht. Preußen und Oesterreich vereinigen sich gegen das revolutionäre Frankreich, und Leopolds letzte Lebensarbeit ist die Allianz des Hauses Habsburg mit Preußen. Unter seinem Nachfolger unternehmen die beiden Häuser gemeinsam die „Campagne“ gegen Frankreich. Aber des zweiten Franz Minister, Freiherr v. Thugut, arbeitet bald darauf auf Preußens Isolierung hin. Oesterreich tritt mit dem Traktate von Luneville ins neunzehnte Jahrhundert, welches Traktat im sechsten Paragraphen den Talweg des Rheins als Grenze zwischen Frankreich und Deutschland feststellt. 1804 erfolgte die Erhebung Oesterreichs zum Kaisertume. In demselben Jahr propagiert Friedrich von Genz die Bildung eines germanischen Bundes unter Führung Preußens und Oesterreichs. Aber auch die schweren Zeiten Napoleons fanden Oesterreich nicht im Lager des deutschen Reichsgedankens, immer von der Furcht beherrscht, die italienischen Provinzen zu verlieren. Kaiser Franz legt nach der Bildung des Rheinbundes die römisch-deutsche Kaiserwürde nieder, nachdem Oesterreich durch den Preßburger Frieden aus Deutschland hinausgedrängt war. Jena, Auerstädt, Eylau, Friedland, Tilsit — schwarzumrandete Blätter in der Geschichte Deutschlands. Metternichs Intrigen, die Mißgeburt der Bundesakte, der Karlsbader Staatsstreich, die Sterilität des Bundestags auf der einen Seite und die reaktionäre Polizeiwirtschaft auf der anderen Seite kennzeichnen die ersten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts[1]. Im vierten Jahrzehnte erst erwacht das deutsche Nationalgefühl. Die Befreiungskriege vereinigen Preußen und Oesterreich in einem Lager. Fünfundzwanzig Jahre früher hatte Oesterreich auf dem Wiener Kongresse die Führerschaft an sich gerissen und trat als Vorsitzender an die Spitze des Deutschen Bundes. 1848 lebt die deutschnationale Einheitsidee wieder auf, verkörpert im Reichsparlament zu Frankfurt am Main. Der „Dom der deutschen Einheit“ ist nicht daraus geworden. Rasch folgen die Kämpfe der Großdeutschen mit den Kleindeutschen, den Gothaern, das Erfurt-Stuttgarter Rumpfparlament, die Erfolglosigkeit der Berliner Fürstenkonferenz, die blutigen Ereignisse in Wien, der Wechsel auf dem Habsburgerthrone. Neue Verhandlungen, in deren Verlaufe der Preußenkönig eine Denkschrift an das Olmützer Hof-

[1]) Hier sei auch auf den Vertrag von Münchengrätz hingewiesen: Erneuerung der konservativen Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland und die Neubesiegelung auf dem Zweikaisertag in Münchengrätz. Siehe Ernst Moldens „Orientpolitik des Fürsten Metternich“; den Vertrag selbst Seite 119 ff.

lager absendet. Interessant ist, das gerade in den bewegten Jahren 1848 und 1849 zum erstenmal der Gedanke eines „völkerrechtlichen Bündnisses“ zwischen Preußen und dem Donaustaate auftaucht. Und zwar sowohl in Oesterreich wie auch in Ungarn. Der Wiener Rechtsanwalt Mühlfeld brachte als Mitglied des Verfassungsausschusses einen Antrag ein, laut dessen der innigste Anschluß Oesterreichs an das neue Reich durch ein völkerrechtliches Bündnis erzielt werden soll. „Es ist doch bedeutungsvoll“, schreibt Heinrich Friedjung[1], „daß Mühlfeld damit genau dasselbe vorschlug, was sich zwanzig und dreißig Jahre später vollzog, nur wollte er dem völkerrechtlichen Bündnisse Deutschlands mit Oesterreich eine größere Fülle geben, als 1879 vereinbart worden ist.“ Auch Ungarn suchte in seinem Freiheitskampfe einen Anschluß an Deutschland. Am 14. Mai 1849 ernannte der ungarische Ministerrat seine ersten Gesandten, die Ungarn in Frankfurt vertreten sollten. „Ein richtiger, politischer Instinkt“, schreibt Wilhelm Alter[2] „leitete die ungarischen Politiker, als sie sich bemühten, Beziehungen mit der neuen deutschen Zentralgewalt anzuknüpfen.“ Den Wortlaut der Instruktion dieser Gesandten (Ladislaus Szalay und Dionys Pázmándy) reproduziert Szalay in seinen „Aktenstücken zur Geschichte der ungarischen Gesandtschaft in Deutschland“. Ihr Inhalt war: Abschluß eines Defensivbündnisses mit Deutschland. Am 11. September beantragte tatsächlich der Abgeordnete von Würzburg, Eisenmann, den Abschluß dieses Bündnisses mit Ungarn, doch schon war die Mission Szalays (nur er war nach Frankfurt gereist, weil Pázmándy mittlerweile zum Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses gewählt worden war) erloschen. Szalay reist von Frankfurt ab, nachdem auch die parallel mit der sardinischen Regierung geführten Verhandlungen, sowie der formelle Bündnisvertrag, den Venedig im Juni mit Ungarn geschlossen[3] keine praktischen Resultate gezeitigt hatten und erst viel später nahm abermals ein Ungar, auch ein „Revolutionär“, den Gedanken eines Bündnisses mit Deutschland wieder auf. Noch eine Stimme tritt in Oesterreich für ein solches Bündnis ein. Der Vizepräsident der deutschen Nationalversammlung, Viktor Freiherr von Andrian-Werburg schreibt[4]: „Es liegt im Interesse Oesterreichs, daß sich Deutschland einig und kräftig konstituiere, aber auch ebensosehr, daß es sich mit

---

1) „Oesterreich von 1848 bis 1860“, Seite 124.
2) „Die auswärtige Politik der ungarischen Revolution.“
3) Siehe Planat de la Faye: Documents et pièces authentiques, laissés par Daniel Manin.
4) „Centralisation und Decentralisation in Oesterreich.“

diesem neuen Deutschland auf einen guten Fuß setze, wodurch alle Reibung und Feindschaft vermieden werden kann."

Wir nehmen die chronologische Schilderung der Vorgänge im Reiche wieder auf. Auf Warschau, wo der Kaiser von Oesterreich und der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg den Zar aufsuchten und wo dieser fast als Schiedsrichter zwischen Oesterreich und Preußen dastand, folgte Olmütz, der „Gang nach Canossa". Manteuffel war noch weiter gegangen, als es seine Instruktionen zuließen. Sybel deutet den Olmützer Vertrag als eine Niederlage Preußens — ein Sieg Oesterreichs war er aber auch nicht, das bewiesen die folgenden Ereignisse. Im Ubrigen läßt sich Olmütz aus dem politischen Seelenleben Friedrich Wilhelms des Vierten erklären, das Sir Robert Morier[1] am besten geschildert hat: „Vom Kaiser Nikolaus ließ er sich einschüchtern, er sah in ihm die Inkarnation aller kosmischen Ordnung, den Vernichter aller finsteren und anarchistischen Gewalten — — hingegen erschien ihm in seinen politischen Opiumträumen der Kaiser von Oesterreich als mögliches Oberhaupt eines neuen Deutschen Reiches, und bei mehr als einer Gelegenheit versicherte er seinen Vertrauten, es würde ihm eine Wonne sein, bei der Kaiserkrönung als Mundschenk aufzuwarten."

Und wieder tritt der alte Bundestag zusammen. Unter seinem Schutze feiert die Reaktion Triumphe. Hand in Hand mit der Niederringung jeder liberalen Strömung geht die Stärkung der Polizeigewalt. Der Dualismus im Bunde kann Oesterreich nicht befriedigen. Es will Preußen wirtschaftlich dienstbar machen und stellt den Antrag, sein ganzes Gebiet in den Zollverein aufzunehmen. Und am 23. November 1851 klagt Otto von Manteuffel in einem an Bismarck gerichteten Briefe[2] über die Unberechenbarkeit Oesterreichs — er habe an den Fürsten Schwarzenberg geschrieben: „wenn er nicht bald einmal ein quos ego! ausspreche, so werde mir der Atem ausgehen, das meinige zu rufen, es werde also dann von beiden Seiten gekämpft werden, und wie ich glaubte, zum Nachteile Oesterreichs". Ein Jahr später betont Manteuffel in einem Mémoire bezüglich der Zollangelegenheit, daß, da Oesterreich die Sache zur Unterdrückung Preußens dienend auffaßt, eine Verständigung weder möglich, noch wünschenswert sei[3]. Preußen gab nicht nach und Oesterreich mußte sich mit einem Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem Zollverein begnügen. Bismarck tritt auf den

1) In seinen „Memoirs and Letters".
2) Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Anhang, II. Band Seite 36.
3) Bs. „G. u. E.", Anhang, II. Band, Seite 105.

Plan. Und starkes Mißtrauen empfängt ihn in Wien. Bismarck[1] erzählt hierüber in seinen „Gedanken und Erinnerungen“[2]: als zum Nachfolger designierter Vertreter des schwerkranken Grafen von Armin Heinrichsdorf-Werhelow (1791—1859) bekam er trotz seinem ungemein herzlichen Einführungsschreiben dieses Mißtrauen auf Schritt und Tritt zu fühlen, und als er nach der Genesung Armins Wien verlassen konnte, tat er es gerne, da er das Gefühl hatte, durch sein Auftreten in Frankfurt persona ingrata in Wien geworden zu sein.

Der Krieg Rußlands gegen die Türkei und gegen die Westmächte sieht Preußen und Oesterreich wieder in einem Bündnisse vereinigt (Zusammenkunft in Tetschen). Kaiser Franz Josef richtet an den Herzog Ernst August zu Sachsen-Koburg-Gotha ein Schreiben[3], in dem es heißt: „Im engsten Bunde mit Preußen handeln, sind die Zwecke, die ich auf das Eifrigste anstrebe und für deren Erreichung ich zum Heile von ganz Deutschland durch die letzten Unterhandlungen mit dem Könige von Preußen eine sichere und feste Grundlage gewonnen zu hoffen glaube“. Das Schutz- und Trutzbündnis verpflichtete Preußen, „unter Umständen“ hunderttausend Mann in der Zeit von sechsunddreißig Tagen zu konzentrieren und sein Heer, wenn nötig, auf zweihunderttausend Mann zu bringen und sich behufs alles dessen mit Oesterreich zu verständigen. Bismarck verurteilt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ die damalige Politik Preußens in scharfen Worten, die Politik, „die im Schlepptau Oesterreichs Deckung suchte“. Oesterreich springt jedoch bald aus dem Bündnisse mit Preußen aus, um in der Tripel-Allianz der Westmächte, der auch später Sardinien beitrat, sein zweideutiges Spiel fortzusetzen, das auf dem Pariser Kongreß ein durchaus nicht ruhmreiches Ende fand. Sehr erbittert äußerte sich Bismarck über die Pariser Friedensverhandlungen in einem Schreiben an Gerlach[4]: „Wir werden nicht einmal die ersten im Schweife Oesterreichs sein“ — und zum Schlusse protestiert er dagegen, als „Pfeil in Buols Köcher“ auf der

---

[1]) Er präzisiert schon in seinem vom 23. Februar 1854 datierten Bericht seine Stellung Oesterreich gegenüber: „Die Winkelzüge Oesterreichs werden uns nicht hindern, die Gelegenheiten, die Gott uns geben sollte, zu benutzen, um für unsere zukünftige Stellung zu Oesterreich unzweideutige Vereinbarungen zu gewinnen, auf deren Basis wir dermaleinst ehrliche Bundesgenossen ohne eifersüchtige Hintergedanken sein können“ (Poschingers „Preußen im Bundestag“ IV. Teil, Seite 179; vergleiche auch G. Rathlef: „Bismarck und Oesterreich bis 1866 mit besonderer Berücksichtigung der Sybelschen Bücher“).

[2]) Band I, Seite 87.

[3]) Ernst II. „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit“, Seite 273.

[4]) B. „G. u. E.“, I. Band, Seite 117.

Konferenz in Rechnung zu kommen. Die Verstimmung zwischen Oesterreich und Preußen wird immer schärfer. Neuenburg und Rastatt sind Etappen auf der abschüssigen Bahn. Dann kam die italienische Affäre, die Oesterreich veranlaßte, Preußen an den Mincio zu rufen. Der Prinzregent weigert sich, als Bundesfeldherr in den Krieg zu ziehen und Oesterreich bringt seiner herrschenden Stellung in Deutschland das Opfer des Friedens von Villafranca. Der Friede, dem angeblich auch die dem Kaiser Napoleon nahestehende Agentin und Nichte Cavours, die Gräfin Castiglione[1] vorbereiten half, war für Oesterreich ein Anlaß, Preußen für den Verlust der Lombardei mit verantwortlich zu machen, und Paris gegen Berlin auszuspielen. Allgemeine Unsicherheit, Herumtappen auf allen Linien charakterisieren die folgenden Monate. Ein Projekt jagt das andere, keines bannt die Rivalität der beiden Mächte. Oesterreich führt einen scharfen Zeitungskrieg gegen Preussen und gegen die erwachende Einheitsbewegung in Deutschland. Bismarck klagt hierüber dem Unterstaatssekretär Grunes[2]: „Die Postzeitung und das Journal de Francfort gehören der Oesterreichischen Regierung und werden auf der Präsidialgesandtschaft redigiert. Die erstere hat kaum einen anderen Zweck als den, am Ansehen Preußens zu nagen . . . es gibt kaum ein erhebliches preußisches Blatt am Rhein und in Berlin, zu welchem nicht wenigstens ein im Solde Oesterreichs stehender, von dort inspirierter Korrespondent Zutritt hätte". Und schon zu Beginn der sechziger Jahre äußert sich Bismarck dahin, „Oesterreich werde uns zum Kriege zwingen und zu fürchten brauchten wir ihn nicht"!

Am zweiten Januartage des Jahres 1861 beginnt die Herrschaft Wilhelms des Ersten und ein Jahr darauf ward Bismarck zum provisorischen Präsidenten des Staatsministeriums ernannt.

Die Ereignisse drängen zu einer Klärung der Verhältnisse. Bismarck hatte in den ersten Dezembertagen mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, dem Grafen Alois Károlyi, mit dem er, wie er selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen" feststellt[3], „auf vertrautem Fuße" stand, eine Unterredung, in deren Verlauf er dem Grafen sagte: „Unsere Beziehungen müssen entweder besser oder schlechter werden, als sie sind — ich bin bereit zu einem gemeinschaftlichen Versuche, sie zu

---

1) Siehe Arthur Singer: „Eine diplomatische Agentin", ferner „Mes souvenirs" des Comte de Reiset III. Band, Seite 3, ff.

2) Deutsche Revue, Dezember 1898; über diese publizistische Kampagne siehe auch Dr. Annie Mittelstädt „Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland".

3) I. Band, Seite 335.

bessern." Und Bismarck weist auch den Weg, wie es geschehen könne: „Entweder zieht sich Oesterreich aus Deutschland zurück und verlegt den Schwerpunkt seiner Monarchie nach Ofen oder es wird Preußen bei Gelegenheit des ersten europäischen Konfliktes in den Reihen seiner Gegner finden". Welch große Wichtigkeit Bismarck dieser seiner Unterredung beimißt, beweist der Umstand, daß er ihren Inhalt am 24. Januar des folgenden Jahres in einer Depesche an die preußischen Vertreter an den fremden Höfen mitteilt[1]: „Nach meiner Ueberzeugung müssen unsere Beziehungen zu Oesterreich unvermeidlich besser oder schlechter werden. Es ist der aufrichtige Wunsch der königlichen Regierung, daß die erstere Alternative eintrete, wenn wir aber das hierzu nötige Entgegenkommen des kaiserlichen Kabinetts nachhaltig vermißten, so ist es für uns notwendig, die andere ins Auge zu fassen und uns auf dieselbe vorzubereiten. Sollten aber die früheren intimen Verhältnisse sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen (wie im Jahre 1859) ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Oesterreichs ebensowenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde". Károlyi hat über diese Unterredung eingehend an den Grafen Rechberg berichtet. Eine gewisse Wirkung hatte diese Unterredung gehabt, denn die beiden folgenden Begegnungen Bismarcks mit Károlyi (April 1863 und Dezember 1864) trugen wenigstens äußerlich ein freundschaftliches Gepräge. Die erste galt handelspolitischen Angelegenheiten, die zweite der schleswig-holsteinschen Frage. Bismarck hielt an der in seiner Unterredung mit dem Grafen Károlyi festgelegten Linie fest. In diesem Sinne handelte er acht Monate später, als er mit Aufwand aller Kräfte seinen König veranlaßte, die Absage auf die Einladung nach Frankfurt zu unterschreiben.

Gleichzeitig pflog Bismarck Unterhandlungen mit den ungarischen Emigranten und faßte eine Verständigung mit Italien ins Auge. Er hatte im Spätherbst 1862 eine Unterredung mit dem Grafen Scherr-Thosz[2], dem gegenüber er kein Hehl aus seinen Gefühlen macht: „Ich habe mir zum Ziele gesetzt, die Schmach von Olmütz zu rächen, dieses Oesterreich niederzuwerfen".

---

1) Ludwig Hahn: „Fürst Bismarck", Seite 80.

2) „Näheres hierüber siehe in den Erinnerungen des Grafen in der „Deutschen Rundschau", ferner Arthur Singer im Pester Lloyd: „Bismarck und Ungarn" (7. August 1910) und in der Revue „Jungungarn": „Bismarck und die ungarischen Emigranten", Seite 542, ff.

Wieder die alten Praktiken. Oesterreich glaubt sich durch eine großdeutsche Bundesreform abermals an die Spitze Deutschlands stellen zu können, und am 2. August 1863 erscheint Kaiser Franz Josef in Gastein, um König Wilhelm das von Schmerling verfaßte Reformprojekt vorzulegen und ihn zu einem Kongreß aller deutschen Fürsten nach Frankfurt zu laden[1]. Der Fürstentag bringt keine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen, auch die polnische Frage gebiert neue Konflikte, sterile Noten werden gewechselt — Oesterreich schließt sich den Westmächten an. 1864 überschreiten österreichische und preußische Truppen die Eider, beide Staaten befinden sich vom ersten bis zum letzten Tage des dänischen Krieges in einer und derselben Stellung und doch „schärft sich der Gegensatz von Stunde zu Stunde“[2]. Graf Rechberg, der übrigens Bismarck persönlich sehr freundschaftlich gesinnt gegenüberstand, mußte bald nach dem Septembervertrag zwischen Frankreich und Italien dem Grafen Mensdorf weichen. Die ewige Furcht, seine italienischen Provinzen zu verlieren, ließ Oesterreich wieder Preußens Freundschaft suchen. Twesten warnt vor einem Bündnis Preußens mit Oesterreich, und auch die Presse lehnt ein österreichisch-preußisches Bündnis nahezu einstimmig ab[3]. Zwischen den beiden Kabinetten scheint eine „vollkommene Uebereinstimmung“ zu bestehen, von der auch eine Note des Herzogs von Gramont an Drouyn de Lhuys spricht[4] „und alles läßt mich glauben, daß sie von Dauer ist“. Auch Bismarck hält es, wie er Mitte Dezember 1864 zu Jules Hansen[5] sagt, für notwendig, den Weg zu einer Allianz mit Oesterreich zu suchen, oder aber aus den Gefühlen der Sympathie Nutzen zu ziehen, die Preußen bei den anderen großen Mächten geweckt hat. Das Elaborat Biegelebens betreffend die holsteinsche Sache spricht wohl nachdrücklichst von der „Erhaltung und Befestigung des österreichisch-preußischen Bündnisses“, Habsburg wollte jedoch Preußen keinen Gewinn an dem dänischen Kriege gönnen. Es kam, was kommen mußte. Nach mannigfachem Notenwechsel, unterbrochen durch das Gasteiner Intermezzo, sieht man Preußen und Oesterreich noch einmal am Bundestage als Alliierte, aber nun folgen rasch

---

1) Siehe die beiden Artikel „König Wilhelm und Bismarck in Gastein 1863“ von Max Lenz in der „Deutschen Rundschau“ November und Dezember 1906.

2) Mit diesen Worten schließt Sybel den III. Band seiner „Begründung des Deutschen Reiches durch Kaiser Wilhelm I.“

3) Siehe „Die deutsche Presse und die Entwickelung der deutschen Frage“ von Otto Bandmann, Seite 49.

4) Siehe „Der diplomatische Ursprung des Krieges von 1870-71“ I. Band, Seite 67.

5) „Les Coulisses de la Diplomatie“ Seite 109.

die Ereignisse, die zur blutigen Abrechnung führen. Die erhöhten Stunden einer großen Zeit. Der Gasteiner Vertrag bedeutete nur einen Aufschub der Feindseligkeiten und für beide Teile einen Rückzug[1], wie ihn Bismarck mit den Worten kennzeichnete: „Verklebung der Risse im Bau". Es werden noch Verhandlungen[2] gepflogen, der König reist mit Bismarck nach Wien, aber schon führen die deutschen Zeitungen[3] eine sehr heftige Sprache gegen Oesterreich. Und das Echo aus Wien: die offiziöse „Presse" propagiert ein Bündnis mit Frankreich. Oesterreich überträgt dem Bunde die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage, Preußen bezeichnet dies als einen Bruch des Gasteiner Vertrags. Bismarck betreibt energisch die Verständigung mit Italien, die Graf Usedom in Turin vorbereitete, die aber durch die Verstimmung, die der Gasteiner Vertrag in Italien ausgelöst hatte, eine Unterbrechung erfuhr. Nach dem Gasteiner Vertrag leitete wohl Italien in Wien eine inoffizielle Aktion für die Abtretung Venetiens[4], (Rekompensation: Barzahlung, Uebernahme eines entsprechenden Anteils an der österreichischen Staatsschuld, Vorteile in einem neuen Handelsvertrage) ein und machte später nach der Umwälzung in Rumänien (Vertreibung des Fürsten Cusa) am österreichischen Hofe den Vorschlag, Oesterreich möge Venetien an Italien abtreten und dafür die Donaufürstentümer besetzen[5]. Doch Bismarck, der bereits 1865 in Paris mit Nigra konferiert hatte, (siehe das Schreiben Nigra an La Marmora vom 3. November 1865), wußte Italien auf seine Seite zu bringen[6]. Der Vertrag wurde in Berlin (vorerst war eine Reise Moltkes nach Nizza geplant gewesen) von dem italienischen Gesandten Grafen Barral und General Govone abgeschlossen (die letzten Details des „Allianz-Traktates" wurden am 17. März bei einem Diner festgestellt, welches Graf Barral gab) und wenige Tage später am 8. April achteinhalb Uhr abends in Florenz und in Berlin ratifiziert. Ueber

---

1) Friedjung „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland" Seite 117.

2) Ueber diese berichtet Friedjung eingehend in obgenanntem Werke Seite 93.

3) Siehe Otto Bandmann „Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864-66" Seite 46 ff.

4) Siehe Vitzthum v. Eckstädt „London, Gastein und Sadowa" I. 110 sowie La Marmora „Un Poco più di Luce."

5) Siehe Demeter Sturdza „Charles I. de Roumanie"; auch Zorge „Geschichte des rumänischen Volkes."

6) Ueber die Verhandlungen siehe Dr. Hermann Reuchlin im achtundvierzigsten Abschnitt „Die Genesis des italienisch-preußischen Bündnisses" Seite 411 ff.: „Geschichte Italiens von der Gründung der regierenden Dynastie bis zur Gegenwart" zehnter Teil; ferner die Berichte Benedettis an Drouyn de Lhuys publiziert in Benedettis „Ma Mission en Prusse" Seite 67 ff und Paul Matter „Bismarck et son temps" II. Band Seite 377 ff.

diese Verhandlungen erzählt Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst in seinen Denkwürdigkeiten (Seite 240 ff), Graf Usedom habe ihn in München besucht und ihm mitgeteilt, man habe im Vorjahre Versuche gemacht, Oesterreich zum Verkaufe Venedigs an Italien zu bewegen, doch sei dies an dem Widerspruch des jungen Kaisers und der Militärpartei gescheitert. Dies habe nun Usedom benützt, um ein Bündnis mit Preußen zu propagieren. Govone wurde nach Berlin geschickt[1]; La Marmora war dagegen (die Veröffentlichung der Note war ein coup monté aus Frankreich, um Preußen mit Italien zu entzweien), doch Usedom machte geltend, daß, wenn Preußen ohne Italien Krieg führe, das Resultat zweifelhaft sei und wenn Oesterreich siege, Italien nicht auf Venedigs Abtretung rechnen könne. Ueber die Verhandlungen Govones mit Bismarck berichtet Graf Benedetti eingehend in seinem Werke „Ma mission en Prusse" und verteidigt sich mit der Publikation seiner nach Paris gesandten vertraulichen Noten gegen die Anschuldigung, als hätte er an den Verhandlungen zwischen Italien und Preußen teilgenommen und diese gefördert. Von italienischer Seite wird behauptet, Preußen habe sich bis zur Erklärung des Krieges freie Hand vorbehalten, während Italien sich für alle Fälle gebunden hatte; nach der Kriegserklärung durfte keine der beiden Mächte einen Separatfrieden schließen: die Feindseligkeiten müßten fortgesetzt werden bis Venedig befreit ist und Preußen einen territorialen Zuwachs in Deutschland erhält[2]. Nach der Unterzeichnung des Vertrages wurden die Bedingungen der militärischen Kooperation festgestellt. Diesbezüglich liegt ein interessantes Schreiben Usedoms an den Chef des italienischen Generalstabes La Marmora vor[3]. In dem vom 17. Juni 1866 datierten Schreiben heißt es: „Binnen wenigen Tagen werden Italien und Preußen zum Zwecke der Verwirklichung ihres gemeinsamen Zieles zu den Waffen greifen . . . . Von zwei Seiten muß der Stoß ins Herz gegen Oesterreich erfolgen." Usedom befürwortet eine Verbindung mit den Ungarn und will eine italienische Armee an der österreichischen Küste der Adria landen lassen und von dort den Vormarsch auf Wien unternehmen. „Die preußische Regierung erwartet ein loyales Eingehen der italienischen Regierung auf den im gemeinsamen Interesse fest-

---

[1]) Vitzthum v. Eckstädt konstatiert, dies sei über Aufforderung Bismarcks geschehen, doch habe vorher Viktor Emanuel durch Arese in Paris anfragen lassen, ob man der preußischen Einladung entsprechen solle („London, Gastein und Sadowa" Band I, Seite 161).

[2]) Siehe „Bismarck" von Junius Redivivus, Torino 1870.

[3]) Vergleiche die Broschüre „La nota Usedom" per l'avvocato Francesco di Vincenti, Milano 1868.

gestellten Plan und hofft auch, daß die italienische Regierung zur Erreichung des gemeinsamen Zieles alles aufbieten werde".

Bismarck wollte sich bei der Abrechnung mit Oesterreich auch der Neutralität Frankreichs versichern. Er bemühte sich persönlich in Biarritz nach dieser Richtung, jedoch ohne positiven Erfolg, worauf der König durch Goltz dasselbe Verlangen in einem eigenhändigen Briefe an Napoleon III. stellte.

Am 11. Juni 1866 erfolgt der Antrag auf Mobilmachung der gesamten Bundesarmee, Tags darauf der Abbruch der diplomatischen Beziehungen [1]. Und der Doppeladler Oesterreichs kämpft gegen Preußen und gegen Italien, siegt bei Custozza und Lissa über Italiens Heer und Flotte und unterliegt nach siebentägigem Feldzug den preußischen Waffen bei Königgrätz, in der „größten Schlacht des Jahrhunderts". Und auf dem böhmischen Schlachtfelde wurde der neue Bund geboren. Weitaus blickend sagte Bismarck: „Die Streitfrage ist also entschieden, jetzt gilt es die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen," und die Denkschrift Bismarcks über die Friedensbedingungen klingt in den Satz aus, daß „jede Erschwerung des schleunigen Abschlusses mit Oesterreich behufs Erlangung nebensächlicher Vorteile (als solche sind früher einige Quadratmeilen mehr von Gebietsabtretung oder wenige Millionen mehr zu Kriegskosten bezeichnet) gegen meinen ehrfurchtsvollen Antrag und Rat erfolgen würde".

Auch in Brünn äußerte sich Bismarck zu Stosch [2]: „Eine Schädigung Oesterreichs durch Gebietsabtretung und so weiter dürfe nicht stattfinden, da wir später Oesterreichs Kraft für uns selbst brauchen". Dem ungarischen Emigranten Grafen Nikolaus Bethlen sagte Bismarck [3]: „Je stärker Oesterreich ist, desto besser für uns, denn früher oder später muß es zu einem Bündnisse zwischen Deutschland und Oesterreich kommen, da es im Interesse beider Mächte liegt". Der König stand, obwohl er (wie auch Stosch in seinen Denkwürdigkeiten erzählt) schwer zu dem Kriege zu bewegen gewesen war, nach Königgrätz ganz unter dem Einfluß der Militärpartei, die nach Wien ziehen wollte. Bismarck hatte große Mühe seinen Willen durchzu-

---

[1]) Vorher, schon in den Monaten März und April hatte Herzog Ernst II., ein Vetter des österreichischen Ministers des Auswärtigen Grafen Mensdorff, den Versuch einer Vermittlung zwischen Oesterreich und Preußen unternommen. Näheres hierüber teilt Dr. Heinrich Glaser (Weimar) in den „Grenzboten" (1913) mit.

[2]) „Denkwürdigkeiten", Seite 103.

[3]) „Pesti Napló", 2. September 1893.

setzen. Er erzählte es im Juni 1888 dem Präsidenten des österreichischen evangelischen Kirchenrates Dr. Franz, wie er sich persönlich dafür eingesetzt habe, daß der Friede von Nikolsburg für Oesterreich möglichst milde ausfalle. „Ich wollte Oesterreich nicht demütigen, um es recht bald als Freund wiedergewinnen zu können[1]; mein Monarch teilte diese Ansicht nicht ganz, es kam zu einer Divergenz, welche einen ganzen Tag andauerte und die nur durch die Intervention des Kronprinzen, welcher auf meiner Seite stand, geschlichtet wurde". Bismarcks Friedensvorschläge waren vom König vorerst abgelehnt worden. Nach dem Vortrage Bismarcks beim König am 24. Juli kam der Kronprinz zu Bismarck und sagte ihm: „Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden kann, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten[2]. Dies geschah auch, und wie Delbrück in seinen persönlichen Erinnerungen an Kaiser Friedrich konstatiert, hat König Wilhelm in einem Marginale auf die diesbezügliche Eingabe Bismarcks bemerkt, daß er den „schmachvollen" Frieden nur annehme, weil sein Sohn sich der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen habe.

Nach der Schlacht bei Königgrätz hatte Oesterreich die Vermittlung Napoleons angerufen. Am 4. Juli faßte der österreichische Ministerrat den Entschluß, Venetien sofort und ohne jeden Vorbehalt an Napoleon abzutreten. Die Idee der Abtretung Venetiens an Napoleon war schon drei Monate früher aufgetaucht und Napoleon förderte sie, denn es war schon seit 1859 das Ziel seiner Wünsche, daß Italien diese Provinz durch ihn und Frankreich wieder erhalte. Schon auf dem Pariser Kongresse hatte Napoleon durch Cavour die italienische Frage aufwerfen lassen[3]. Und gelegentlich der Entrevue Franz Josefs und des Prinzregenten von England mit dem Zaren in Warschau verlangte Napoleon III. die Berufung eines europäischen Kongresses zur Klärung der italienischen Frage. Nichts kam also dem dritten Napoleon gelegener, als der Antrag Oesterreichs. Es schmeichelte auch seiner Eitelkeit, als „Schiedsrichter Euro-

---

[1]) Fast dieselben Worte gebrauchte Bismarck Crispi gegenüber, dem er auch auf dessen Bemerkung, er (Bismarck) liebe dieses Land zu sehr, um es nicht bei nächster Gelegenheit dem Deutschen Reiche einzuverleiben, sagte: „nein Sie täuschen sich, wir haben schon genug Katholiken und wollen nicht noch mehr" (Rundfrage der „Gegenwart" nach dem Ableben des Altreichskanzlers).

[2]) Margarete von Poschinger „Kaiser Friedrich", II. Band, Seite 245.

[3]) Napoleon III. Kleine Hist. Schriften von Sybel.

pas" aufzutreten[1]. Italien wollte aber nicht Bundesverrat an Preußen üben und Venetien aus der Hand Napoleons annehmen. Ministerpräsident Ricasoli, „der stolze Baron", erwiderte ablehnend, Italien sei gebunden. Und der damalige Minister des Auswärtigen Visconti Venosta erklärte, niemals werde er sich auf eine solche „Schweinerei" einlassen. General Cialdini erhielt den Befehl weiter vorzugehen und bald war Venetien von den Italienern besetzt.

Nach den Nikolsburger Friedenspräliminarien wird der Prager Friede unterzeichnet. „Für ein Jahrhundert ist die deutsche Uhr richtig gestellt". Oesterreich scheidet endgiltig aus Deutschland aus. Unter Preußens Führung entsteht der Norddeutsche Bund und die Süddeutschen Staaten gehen mit Preußen Schutz- und Trutzbündnisse ein. Am 3. Oktober erfolgt der Friedensschluß auch zwischen Oesterreich und Italien.

Die Stimmung nach dem Kriege charakterisiert eine Aeußerung Bismarcks zu Wagener[2]: „Mir ist es nicht ganz verständlich, wie man heute noch für die heilige Allianz schwärmen kann, nachdem sich in der letzten Zeit zur Evidenz herausgestellt hat, daß dieselbe nichts mehr als eine russische Mäusefalle war und das Adjektivum ‚heilig' nur noch als ein unpassender Scherz erschien. Sie werden, wenn ich es erlebe, den Beweis in die Hand bekommen, daß der Krieg mit Oesterreich in meiner Politik nichts war, als ein Gewittersturm, der die Atmosphäre zwischen uns gereinigt hat und daß es jetzt erst möglich sein wird, eine aufrichtige und nachhaltige Allianz auf dem Fuße der Gleichberechtigung zwischen uns und Oesterreich zustande zu bringen. Sie werden mir noch alle Abbitte leisten und mich als den eigentlichen Testamentsvollstrecker Friedrich Wilhelms III. preisen." Beust spricht in seinen Aufzeichnungen von der Notwendigkeit, nach dem Prager Frieden für Oesterreich eine Türe zu eröffnen, um wieder in Deutschland einzuspringen. Die liberalen Kreise Oesterreichs haben sich mit der neuen Situation rasch abgefunden. Dr. Adolph Fischhof plaidiert in einer Flugschrift[3] für eine „mitteleuropäische Föderation" (eine staatsrechtliche Verbindung auf konstitutionellen und parlamentarischen Grundlagen) und gibt in einer zweiten Broschüre[4] der Hoffnung Jung-Oesterreichs Ausdruck: „Wie Oesterreich früher an seinen Siegen erkrankte, so gesunde es jetzt an seinen Niederlagen".

---

[1]) Graf Nigra sagte am 22. April 1903 zu Ernst Frh. v. Plener („Erinnerungen" Seite 75 Fußnote), Napoleon habe den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich gewünscht, um dann die Schiedsrichterrolle zu übernehmen.

[2]) Poschinger „Bismarck und die Parlamentarier" II. Band Seite 110.

[3]) „Ein Blick auf Oesterreichs Lage" Seite 36.

[4]) „Oesterreich und die Bürgschaften seines Bestandes" Seite 9.

Constantin Frantz sagt in seinen Briefen [1], Deutschland bedürfe Oesterreichs zum Schutze im Südosten, sowie zugleich wegen der Handelsverbindungen durch die Donau und nach dem adriatischen Meere.

So reift hüben und drüben die Erkenntnis, daß die beiden Mächte politisch und wirtschaftlich auf einander angewiesen sind.

Die Politik der Annäherung an Oesterreich gewann konkrete Formen durch die Mission des bayrischen Ministerialrates Grafen Tauffkirchen. Der Graf hatte sich im Auftrage des bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe mit Genehmigung des Königs von Bayern nach Berlin begeben, um Bismarck für den Wunsch der bayrischen Regierung zu gewinnen, eine wechselseitige Anlehnung zwischen Deutschland und Oesterreich zum Zwecke der Rückendeckung gegen Frankreich hergestellt zu sehen. In seiner Unterredung mit Tauffkirchen bemerkte Bismarck [2], es sei seit der Wiederherstellung des Friedens stets sein Wunsch gewesen, das freundschaftliche Verhältnis mit Oesterreich zu gewinnen, das den beiderseitigen Interessen und der beiderseitigen Vergangenheit entspräche [3]. Wohl hatte Beust in einer Depesche an den österreichischen Gesandten in Berlin betont, Oesterreich werde stets den Wunsch hegen, zu einer Wiederannäherung an Preußen und Deutschland die Hand zu bieten [4], in Wirklichkeit aber waren seine Augen auf Paris gerichtet. Das Endziel seiner Politik war, wenn auch nicht ein formelles Bündnis, so doch eine entente cordiale mit Frankreich. Dies trat schon im August 1867 gelegentlich des Kondolenzbesuches Napoleons aus Anlaß des tragischen Geschickes des

---

[1]) „Das neue Deutschland" Seite 123.

[2]) Bismarcks Depesche an Freiherr von Werther d. d. 14. April 1867, Staatsarchiv Band XXX, Nr. 5593, Seite 55.

[3]) Hier sei auch auf eine spätere Aeußerung Bismarcks hingewiesen. Am 14. Dezember 1868 sagte Bismarck zu dem Redakteur der in München erscheinenden „Süddeutschen Presse": „solange es möglich ist, werde ich mich zu Oesterreich verhalten, wie ich mich zu meiner Frau verhalten würde, wenn ich mit ihr in Streit wäre, so nämlich, wie es die christliche Geduld vorschreibt — — aber zwischen einer Sammethand und blankem Stahl gibt es für mich nichts in der Mitte". (Poschingers „Neue Tischgespräche und Interviews", Band I., Seite 251). Und 1878 sagte Bismarck zu Bluntschli (siehe Bluntschlis „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben"): „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generäle tobten über den Zivilisten. Ich erklärte dem König: Ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbitte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle".

[4]) Beust, Band II, Seite 119.

Kaisers Max von Mexiko in Salzburg und bei dem Gegenbesuche Franz Josefs in Paris (Oktober) zu Tage. Auf der Fahrt nach Paris fand nach Königgrätz die erste Begegnung der beiden Monarchen statt. (Oos, 21. Oktober; sie währte zehn Minuten.) Schon damals machte Graf Julius Andrássy (als Ministerpräsident in Ungarn) all seinen Einfluß geltend, daß mit Frankreich keine definitive Abmachung getroffen werde. Beust selbst erzählt in seinen Memoiren, Andrássy habe ihn bei der Salzburger Entrevue an den Rockschößen gefaßt, um ihn von einer Annäherung an Frankreich zurückzuhalten. Ebenso nahm Andrássy gegen alle Bemühungen der österreichischen Klerikalen Stellung, die die päpstliche Herrschaft in Rom sichern wollten, die aber die Monarchie in einen Konflikt mit Italien hätten treiben müssen. In Salzburg wurde wohl kein Vertragsinstrument aufgesetzt, doch wurde ein Zusammenstehen im Falle eines Angriffes von dritter Seite vereinbart. Und nach der großen Pariser Heerschau sprach Franz Josef zu einem französischen General die Worte: „Wie Sie, hoffe auch ich, daß wir eines Tages zusammen marschieren werden“[1].! Diese Bestrebungen, den Dreibund Frankreich-Oesterreich-Italien zustande zu bringen, die noch einige Jahre hindurch spukten und die Graf Andrássy in heftigster Weise bekämpfte, nennt Dr. Lorenz[2] mit Recht das abenteuerlichste Projekt des napoleonischen Frankreichs. Diese Bestrebungen behandelt auch J. Cohen in seinen „Etudes sur l'Empire d'Allemagne“, der den größten Fehler der französischen Diplomatie darin erblickt, daß die diesbezüglichen Verhandlungen nicht zu einem Resultate geführt haben, woran übrigens Prinz Jerome Napoleon in einem Artikel der Revue des Deux Mondes (1. April 1878) als Hauptschuld den Umstand bezeichnete, daß die französische Regierung der Klerikalen wegen Rom nicht an Italien ausliefern lassen wollte. 1869 in den Delegationen über seine auswärtige Politik interpelliert, erklärte Beust: „Wir stehen in sehr guten freundschaftlichen Beziehungen zur französischen Regierung“ — verheimlichte aber, daß tatsächlich Allianzverhandlungen gepflogen wurden. Napoleon sagte am Neujahrstage 1869 zu Türr, es sei wünschenswert, daß zwischen Oesterreich, Italien und Frankreich der Dreibund geschlossen werden könne[3]. Ollivier erzählt in seiner Schrift „Kirche und Staat auf dem politischen Konzil“, daß sich tatsächlich in diesem Jahre

[1]) Busch „Die Beziehungen Frankreichs zu Oesterreich und Italien zwischen den Kriegen 1866 und 1870-71“ Seite 11. Vergleiche auch Prof. Dr. Ottokar Weber: „Oesterreich, Preußen und die Deutschen in Oesterreich.“

[2]) „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs“ Seite 209.

[3]) Siehe Wertheimer „Graf Julius Andrássy“ I. Bd. Seite 485; Türr an Andrássy (Grfl. Andrássysches Archiv).

der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien verpflichtet hätten, dem Kaiser Napoleon in dem Falle eines Krieges gegen Preußen beizustehen[1]. Vor, aber auch nach der von Andrássy in heftigen Kämpfen[2] erzwungenen Neutralitätserklärung der österreichisch-ungarischen Monarchie setzen Beust und die österreichische Militärpartei ihre Intrigen im Interesse einer Allianz mit Frankreich fort. Erzherzog Albrecht fährt nach Paris, und am 18. Mai findet in den Tuilerien eine Konferenz statt, in welcher auf Grund der Vorschläge des Erzherzogs Albrecht eine gemeinschaftliche Aktion Frankreichs und Oesterreichs zur „Niederhaltung der ehrgeizigen preußischen Bestrebungen" besprochen wurde. Aus dieser Konferenz wurde General Lebrun nach Wien entsendet, um in weitere Besprechungen über den „Kriegsplan" einzutreten[3]. Am 14. Juni erschien General Lebrun bei Kaiser Franz Josef in Audienz, der nicht begeistert von der Idee des Erzherzogs Albrecht, diesen wohl nicht desavouierte, seine Bündnispflichten aber sehr verklausulierte und speziell betonte, daß er den Frieden wolle und sich nur dann zum Krieg entschließe, wenn er hiezu gezwungen werde. Am 20. Juli ging eine vertrauliche Depesche des Herrn von Beust an den Fürsten Metternich nach Paris (sie wurde im „Temps" am 9. April 1874 veröffentlicht), in welcher betont wird, Oesterreich-Ungarn werde getreulich den Verpflichtungen nachkommen, wie sie in dem zu Ende des vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind: „wir werden die Sache Frankreichs wie die unsere betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken". Beust ließ auch die offiziöse „Reform" in Pest und die „Wehrzeitung" in Wien für die Allianz mit Frankreich eintreten. In Ungarn hatte die Politik Beusts keine Freunde. Der Sachsenführer Guido von Bausznern ließ am 26. Juli eine Flugschrift erscheinen „Mahnruf an Ungarn", in welcher es heißt: „Falls die deutschen Heere von napoleonischen Prätorianern besiegt werden sollten, müssen wir unsere vorläufige Neutralität aufgeben und zu Gunsten des tötlich gefährdeten Deutschlands dem siegreichen französischen Imperator entgegentreten"[4]. Diese Intrigen des Herrn von

---

[1]) Darauf bezieht sich die angebliche Aeußerung König Viktor Emanuels zu Kaiser Wilhelm bei der Entrevue in Berlin (23. September 1873): „Ich muß Ew. Majestät gestehen, daß ich im Jahre 1870 auf dem Punkte gestanden bin, gegen Sie die Waffen zu ergreifen!"

[2]) Hierüber Ausführliches in Wertheimers „Graf Julius Andrássy" Bd. I, Seite 443 u. ff.

[3]) Lebrun „Erinnerungen" (Uebersetzt von O. von Busse) Seite 60 ff.

[4]) Wegen dieser Flugschrift legte Bausznern nach einer am 8. August erfolgten amtlichen „Verwarnung" seine Charge als Landwehroffizier nieder.

Beust wurden übrigens noch während des Krieges (Beust war bereits zurückgetreten und saß als Botschafter in London) vor der Commission d'enquête parlementaire in Versailles am 14. Dezember 1871 erörtert, als der Präsident den Marschall Lebœuf nach Einzelheiten über die Reise des Erzherzogs Albrecht fragte. Marschall Lebœuf erklärte, er glaube nicht, daß während seines Aufenthaltes in Paris Unterhandlungen stattgefunden haben, wogegen Graf Daru feststellte: „Ich war damals in der Regierung; es ist nicht richtig, daß zu jener Zeit keine Unterhandlung angeknüpft worden wäre“ [1]. Dann erschien auch das Enthüllungsschreiben des letzten französischen Ministers des Aeußern aus der Zeit des zweiten Kaiserreiches, des Herzogs von Gramont, und Graf Julius Andrássy mußte sich aus dem von Beust hinterlassenen Geheimdossier, aus dessen Korrespondenz mit Gramont, Metternich und Vitztum überzeugen, daß die gegen seinen Vorgänger erhobenen Anschuldigungen den Tatsachen entsprachen [2]. Interessant ist, daß, während Beust auch nach der Neutralitätserklärung sich noch an den Gedanken einer Allianz mit Frankreich klammerte, der österreichische Gesandte in München Baron Bruck dem Fürsten Hohenlohe versicherte, daß man in Wien den höchsten Wert auf gute Beziehungen zu Deutschland lege und ihn bat, seine Stellung in Berlin dahin auszunützen, um dieser Ueberzeugung in Berlin Eingang zu verschaffen.

Auch in Rom fand die Frage der Neutralität keine glatte Erledigung. Schon 1867 hatte Bismarck dem Legationsrat von Bernhardi gegenüber [3] sich sehr unzufrieden über Italiens Stellung (seit dem Sturze Ricasolis) ausgesprochen, und auch Bernhardi bemerkte, daß dem Ministerium Ratazzi und überhaupt der piemontesischen Koterie nicht zu trauen sei. Bismarck fügte hinzu: „Italien wäre unser natürlicher Verbündeter, aber je mehr Italien sich zu Frankreich neigt, desto entschiedener drängt die Macht der Umstände auf ein Bündnis der drei Ostmächte“. Im Jahre 1870 hatte die Annäherung Italiens an Frankreich noch weitere Fortschritte gemacht. Viktor Emanuel glaubte an einen Sieg Frankreichs und wollte Napoleon beistehen [4]. Auch Visconti Venosta, der Minister des Auswärtigen, nahm für Frank-

---

1) Siehe Oncken: Das Deutsche Reich im Jahre 1872, II. Heft, Seite 44 und „Enquête parlementaire sur les actes du gouvernement de la défense nationale“ Bd. I, Seite 112.

2) Eduard v. Wertheimer: „Gf. Andrássy und Gf. Beust“ Wiener Neue Freie Presse 23. XII. 1910.

3) Siehe Bernhardi Band VII, Seite 375 ff.

4) Zwischen Viktor Emanuel und Napoleon herrschte ein intimes Verhältnis. Auch mit Mac Mahon verbanden den König noch später herzliche Beziehungen, so daß der Marschall nach der Meldung des Kabinetts vom 24. Mai 1873 zum Herzog von Broglie sagen konnte: „Ich werde Viktor

reich Stellung, nur Quintino Sella redete energisch der Neutralität das Wort. Joseph Schuhmann erzählt in der von ihm verfaßten Biographie dieses Staatsmannes[1] ein interessantes Gespräch, das der König mit seinem Minister führte, als dieser zur bewaffneten Intervention für Frankreich drängte.

Der König: „Ich begreife, daß man zum Kriegführen Mut braucht"!

Sella: „Ja, aber um Ew. Majestät zu widerstehen, braucht man mehr Mut als zur Kriegführung".

Der König: Man sieht, daß Sie von Tuchhändlern abstammen".

Sella: „Ja Majestät, aber von Tuchhändlern, die immer ihre Unterschrift in Ehren gehalten haben, während Ew. Majestät diesmal einen Wechsel ausstellen werden, den Sie nicht sicher sind, honorieren zu können."

Ehe der preußische Minister Brassier de Saint-Simon am 24. Juli abreiste, nahm er die Versicherung Sellas mit, er werde bis zuletzt die Politik der Neutralität verfechten und lieber aus dem Ministerium scheiden, als einem Kriege gegen Deutschland zustimmen. Und tatsächlich: als am 30. Juli sich die Mehrheit des Ministerrates für ein bewaffnetes Eingreifen Italiens zu Gunsten Frankreichs aussprach, verhinderte Sella durch die Androhung seiner Demission die Durchführung dieses Beschlusses. Hansen erzählt auch, daß direkte Verhandlungen zwischen Franz Josef und Viktor Emanuel eingeleitet wurden: seit 1855 die erste persönliche Annäherung dieser beiden Monarchen. Im Jahre 1855 verlor nämlich Viktor Emanuel seine Mutter und seine Gemahlin, beide Habsburger Prinzessinnen, durch den Tod, und so hatten sich auch die verwandschaftlichen Bande zwischen den Häusern Habsburg-Lothringen und Savoyen gelockert, die übrigens in der Politik nie eine Rolle gespielt haben[2]. Auch diesmal führten die Verhandlungen zu keiner Einigung, da der Kaiser Franz Josef die Besetzung Roms nicht zugestehen wollte. Die Reise des Deutschen Kronprinzen Friedrich an den italienischen Hof anläßlich der Vermählung des Prinzen Humbert von Savoyen mit der Prinzessin Margarete hatte eine nachhaltig günstige Wirkung. Bonghis Erklärung, bei einer monarchistischen Restauration Italiens könne Italiens Verbündeter nur der von 1866 sein, fand allgemeinen Anklang. Der Reise des Kron-

---

Emanuel schreiben, er kennt mich, wir haben zusammen gekämpft — was ich ihm sagen werde, wird er glauben" („La Mission de M. de Gontaut-Biron à Berlin" par le Duc de Broglie Seite 147).

1) „Unsere Zeit" 1889, II. Band, Seite 338.

2) Siehe Siegmund Hahn „Viktor Emanuel" in „Unsere Zeit" XIV. Band I., Seite 568.

prinzen ging ein vertaulicher Schriftwechsel zwischen den beiden Kabinetten voraus, und am 13. April (1868) richtete Bismarck an den Kronprinzen ein längeres Mémoire über die politischen Beziehungen zu Italien, in welchem er sich eingehend über den General La Marmora und dessen Machenschaften äußerte. Ein Jahr vorher hatte Bismarck den Anunziatenorden erhalten und in seinem Dankschreiben an Viktor Emanuel betont, er habe die Ueberzeugung, seinem Vaterlande gut zu dienen, indem er seine Anstrengungen der Befestigung eines Bündnisses widme, dessen Zukunft durch die Gemeinsamkeit der Interessen der beiden Nationen und durch die Erinnerung an die Proben verbürgt sei, die es bestanden und der Ergebnisse, die es im Laufe des letzten Jahres hervorgebracht hat. Die Wahl von Thiers, des großen Gegners der italienischen Einheit, zum Präsidenten und die royalistisch-klerikale Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung [1], sowie die Entsendung des Kriegsschiffes „Orénoque" vor Civita-Vecchia und die eigentümliche Haltung Frankreichs beim Einweihungsfeste der neuen Alpenbahn über den Mont Cenis verstimmten in Italien [2].

Die Situation änderte sich übrigens sofort mit den Siegen der deutschen Waffen und mit dem Sturze des Grafen Beust [3]. Graf Julius Andrássy fand eine schwierige Situation vor. Als er im November 1871 in das Ministerpalais auf dem Wiener Ballplatz einzog, war der alte Kaiserstaat vollständig isoliert. Zu Bismarck hatte Andrássy schon als ungarischer Ministerpräsident freundschaftliche Beziehungen. Graf Andrássy hatte sich (1868) an Bismarck mit der Bitte gewendet, gegen die vom rumänischen Ministerpräsidenten Bratiano unter den ungarländischen Rumänen geschürten Wühlereien zu intervenieren. Und Bismarck erteilte tatsächlich dem preußischen Generalkonsul in Bukarest, Grafen Kayserling, einen diesbezüglichen Auftrag [4]. Daß ein gutes Einvernehmen zwischen Bismarck und Andrássy

---

1) Jules Ferry schrieb im Vorwort zu dem 1892 erschienenen Buche N. Faucons „La Tunisie avant et depuis l'occupation française": „Vous n'ôterez pas de la cervelle de beaucoup d'Italiens qui ne sont point des sots, que la France républicaine et anticléricale, la France des lois scolaires et des decrets, nourrit le secret dessein de rétablir le pouvoir temporel du Pape".

2) Ueber die Haltung Italiens während des Feldzuges 70/71 siehe Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" Band II, Seite 103.

3) Beust ging nach London und von dort nach Paris, nachdem Bismarck auf eine Anfrage Andrássys erklärt hatte, daß „das persönliche Vertrauen, welches uns verbindet, durch diese Personalien nicht berührt werde".

4) Näheres hierüber: Eduard v. Wertheimer „Graf Julius Andrássy", Band I, Seite 455 und „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Band I, Seite 307.

schon vor der Ernennung des Letzteren zum Minister des Auswärtigen geherrscht hatte, beweist die Tatsache, daß Andrássy, als ihm gemeldet wurde, preußische Emissäre zögen in Ungarn umher, um Ungarn zu revolutionieren, den außerdiplomatischen Weg wählte, Bismarck um Aufklärung anzugehen. Er ersuchte den Grafen Scherr-Thosz, der nach Berlin fuhr, um sich bei Bismarck für dessen erfolgreiche Intervention (gelegentlich der Verhaftung des Grafen im August 1866) zu bedanken, an Bismarck eine diesbezügliche Anfrage zu richten. Bismarck ließ Andrássy klipp und klar sagen: „Ich zahle unter Ehrenwort tausend Dukaten für jeden Agenten, der sich als von mir geschickt erweist; ich habe nicht nur selbst keine agents provocateurs nach Ungarn geschickt, sondern ich habe sogar der rumänischen Regierung mit der sofortigen Abberufung unseres Gesandten gedroht, wenn nicht binnen vierzehn Tagen die rumänische Agitation in Ungarn aufhöre".

Der Weg zur Verständigung mit Oesterreich war freigelegt. Hatte Bismarck schon am 14. Dezember 1870 (bei der Anzeige der Neugestaltung der Dinge im Deutschen Reiche) in einer an das Wiener Auswärtige Amt gerichteten Note den Wunsch eines „freundschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich" ausgedrückt, so kam ihm jetzt Andrássy auf halbem Wege entgegen. Die erste Etappe war die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin (1872). Am 5. September trafen Kaiser Alexander II. von Rußland mit Gortschakow und am darauffolgenden Tage Kaiser und König Franz Josef I. von Oesterreich-Ungarn mit Andrássy in Berlin ein. „Die bloße Tatsache dieser Zusammenkunft wird überall als ein den Frieden verbürgender Abschluß der bisherigen großen Ereignisse angesehen werden," sagte Bismarck in diesen Tagen zu der Deputation der Stadt Berlin, die ihm das Diplom eines Ehrenbürgers überreichte. Und der belgische Staatsminister Ad. Dechamps[1] faßt sein Urteil über diese Entrevue in den Worten zusammen: „Das neue deutsche Reich, durch seine furchtbare Armee verteidigt, durch die italienische Allianz und die offizielle Freundschaft Oesterreichs und Rußlands unterstützt, zwingt Frankreich, sich in sein Schicksal zu ergeben[2] und Frieden zu halten". Das Einvernehmen zwischen Hohenzollern und Habsburg ist hergestellt (wie in den Zeiten Kaiser Franzens und Metternichs — d'agir de conçert avec la Prusse et la Russie) und zeitigt die besten Früchte für den Weltfrieden, wenn auch Gortschakow in seiner Eitelkeit gering-

---

1) Dechamps „Die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin". Seite 14.

2) John Lemoinne spricht im „Journal des Débats" von einer Isolierung Frankreichs.

schätzig betonte, in Berlin sei nichts „geschrieben" worden[1]. Die wenn auch nur mündlich getroffenen Vereinbarungen nehmen der Orientfrage, die bald darauf aktuell wurde, ihren den europäischen Frieden bedrohenden Charakter. Napoleon der Dritte hatte diese Frage mit dem Streite um den Schlüssel der Kirche zu Bethlehem heraufbeschworen, aber die Zeiten der Tripel-Allianz zwischen England, Frankreich und Rußland waren vorüber, die in Boulogne und Osborn mit Prinz Albert, dem Gemahl der Königin Viktoria getroffenen Abmachungen[2] waren vergessen und der russisch-türkische Krieg blieb auf die Balkanhalbinsel beschränkt. Kaiser Wilhelm machte 1873 in Petersburg seinen Gegenbesuch. Und Zar Alexander der Zweite sagte im Dezember 1875 auf dem Skt. Georgsbankette: „Ich bin glücklich, bestätigen zu können, daß das innige Bündnis zwischen unseren drei Reichen und unseren drei Armeen, das von unseren erhabenen Vorgängern zur Verteidigung derselben Sache geschlossen worden, zur Stunde unerschüttert fortbesteht"!

Interessant ist, daß just in den Tagen der Dreikaiserzusammenkunft ein österreichischer Publizist, Moriz Szeps, den Gedanken des Dreibundes, wie er heute besteht, journalistisch verfocht. Der Berliner Entrevue war am 28. Mai ein Besuch des italienischen Kronprinzen Humbert und seiner Gemahlin bei dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm vorangegangen. Der freundliche Empfang, der den hohen Gästen zuteil geworden, fand in der italienischen Presse ein lebhaftes Echo. „Diritto" schrieb u. a.: „Italien und Deutschland werden immer vereint sein, weil ihnen dieselben Kämpfe bevor- und dieselben Feinde gegenüberstehen". Sofort schleuderte der Vatikan seinen Bannstrahl gegen die Verbindung Italiens mit Deutschland. Als Papst Pius IX. am Tage der Jahreswende seiner Stuhlbesteigung (16. Juni) die Damen der pia unione delle donne cattoliche empfing, verdammte er die Tedeschi und schloß seine Rede mit den Worten: „Das Band der Einigung für gewisse Nationen ist heute der Haß gegen Gott und seinen Christus". Und damals schrieb Moriz Szeps im „Neuen Wiener Tagblatt", das zu dieser Zeit rege Beziehungen zum Wiener Ballplatz hatte: „Die Begegnungen von Ischl und Salzburg im vorigen Jahre bildeten einen Wendepunkt für Oesterreichs Politik . . . . . . Die Erkenntnis der gemeinschaftlichen Interessen hat zuerst

---

[1]) Uebrigens erklärte auch Bismarck am 19. Februar 1878 im Reichstage: „Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen . . . . ." Vergleiche auch Kapitel V.: „Mon Ambassade en Allemagne" Vicomte de Gontaut-Biron.

[2]) Siehe Martin „Leben des Prinzen Albert", III. Band.

die Völker und dann die Kabinette zu einander geführt. Rücken an Rücken gelehnt und durch Italien gegen einen Flankenstoß vom Süden her gedeckt, repräsentieren Deutschland und Oesterreich eine formidable Macht, die im Bewußtsein ihrer Mittel im Stande ist, dem Weltteil den Frieden zu erhalten und allen Revanche- und Eroberungsgelüsten Schranken zu setzen ... Das Einverständnis der Kabinette von Wien und Berlin mit dem von Rom legt endlich gewissen Restaurationsgelüsten fanatischer Klerikalen in der allerwirksamsten Weise Zügel an .... Die dreifaltige Allianz Deutschlands, Oesterreichs und Italiens wendet ihre Spitze unzweifelhaft in gewissem Sinne gegen den Vatikan, wenn auch Graf Andrássy in dieser Richtung dem Fürsten Bismarck und dem Signor Visconti-Venosta gewiß nicht den Vorsprung abzugewinnen sucht. Der Zustand der Notwehr, in die das Auftreten der Jesuitenpartei im Konzil sowie in der Kirche überhaupt alle weltlichen Regierungen versetzt hat, bildet ein festes Band, das die Kabinette von Wien und Berlin und Rom umschlingen muß". Also geschrieben 1872, elf Jahre vor Abschluß des Dreibundes!

In der öffentlichen Meinung Italiens trat nach dem Siege der deutschen Waffen ein vollständiger Umschwung ein. Die italienische Presse nahm in ihrer großen Majorität für Deutschland Stellung (speziell Mazzini im Journal „La Roma del popolo" [1]). In Paris ward man sich dieses Umschwunges bald bewußt, und Bischof Dupanloup von Orléans warnte die französische Politik vor einer Allianz Italiens mit Deutschland. Und am 28. November 1872 betonte Visconti Venosta: „Auch gemeinsame Feinde verbinden uns mit Deutschland". Am 10. März 1873 konnte Bismarck in der Sitzung des Herrenhauses des preußischen Landtages von einer „glücklicher Weise jetzt überwundenen Verstimmung zwischen der italienischen und der deutschen Politik" sprechen. Er äußerte sich sehr freimütig über die Haltung Italiens während des Krieges: „Jedem, der mit uns in Frankreich gewesen ist, ist bekannt, daß unsere sonst naturgemäß guten Verhältnisse zu Italien während des ganzen Krieges, ich will nicht sagen einer Trübung, aber doch einer Verstimmung unterlagen — — die bis zum Schlusse des Friedens blieb. Es war die ganze Haltung von Italien, in welcher nach unserer Ansicht die Liebe zu den Franzosen stärker war, als das eigene Interesse des Landes; sonst hätte Italien mit uns seine Unabhängigkeit gegen Frankreich verteidigen müssen. Es war das eine sehr auffallende Erscheinung

[1]) Siehe Wollheim da Fonseca „Neue Indiskretionen" (Berlin 1884) I. Teil, Seite 511.

für uns, und es entstanden Zweifel, welche von den verschiedenen Einflüssen für die Regierung Italiens die maßgebenden bleiben würden. Es war nur eine Tatsache, daß uns unter Garibaldi italienische Streitkräfte gegenüber standen, deren Abmarsch aus Italien, wie wir glaubten, mit mehr Nachdruck hätte verhindert werden können"[1]. Kurz darauf sprach sich Visconti Venosta (noch unter Sella-Lanza) dahin aus, es wäre strafbar, suchte Italien nicht die besten Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Die Besserung in den Beziehungen trat auch in Aeußerlichkeiten in Erscheinung: dem Prinzen Friedrich Karl wurde in Rom vom Publikum als dem Sieger von Sadowa eine begeisterte Ovation im Theater bereitet, und in Berlin wurde der italienische Kronprinz und dessen Gemahlin mit demonstrativer Herzlichkeit empfangen. Auch die sich an die „Enthüllungen" La Marmoras[2] knüpfenden Erörterungen änderten daran nichts. Die Erregung verflüchtigte sich rasch. Auch in den Parlamenten Berlin und Rom war die Angelegenheit in je einer Sitzung erledigt. In Berlin, am 16. Januar 1874 in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten des preußischen Landtages, in welcher Bismarck in Beantwortung einer Anfrage Mallinckrodts die gebührende Antwort erteilte; in Rom am 3. Februar, an welchem Tage der Abgeordnete Nicotera die Anfrage an die Regierung richtete, ob der La Marmora-Skandal die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Italien nicht gestört habe und Visconti Venosta eine Bismarck so sehr befriedigende Antwort gab, daß dieser de Launay den Auftrag erteilte, dem italienischen Kollegen seinen Dank zu verdolmetschen.

Die Reise des Königs Viktor Emanuel an die Höfe von Wien und Berlin (1873; noch eingeleitet vom Ministerium Sella-Lanza und durchgeführt vom Kabinett Minghetti) nennt Oncken mit Recht die Vorboten des Dreimächtebündnis, dem beizutreten König Humbert vorbehalten war. In Wien wurde dem König ein glänzender Empfang bereitet und es machte in Italien sehr tiefen Eindruck, daß just am 20. September, am Tage des Ein-

[1]) Siehe auch die Rede Bismarcks am 24. April desselben Jahres im Herrenhause.

[2]) „Un po piu di luce sugli eventi politici e militari dell anno 1866", Florenz 1873, erster Band — ein zweiter ist nicht erschienen. Siehe auch die deutsche Flugschrift, die die „Enthüllungen" La Marmoras veranlaßte „Der General und La Marmora die preußische Allianz" (Leipzig 1866), Otto Speyer „Das Königreich Italien von Ende 1872 bis auf die Gegenwart" („Unsere Zeit" XIV. Jahrgang, II. Band, Seite 17), die knapp vor seinem Ableben veröffentlichte Verteidigungsschrift La Marmoras: „Il segreti di stato nel governo constituzionale, pel generale Alfonso La Marmora" (Florenz 1877) und die schon 1868 erschienene Flugschrift des Advokaten Francesco De Vincenti „La nota Usedom".

zugs der Italiener in Rom, zu Ehren des Gastes eine feierliche Truppenrevue veranstaltet wurde [1]. Besonders festlich war auch der Empfang des Königs Viktor Emanuel in Berlin [2]. Die „Provinzial-Korrespondenz“ widmete dem hohen Gaste die folgenden Zeilen: „König Viktor Emanuel weilt als Gast am Hofe des Kaisers; der Empfang aber, der ihm bei uns bereitet worden, wird ihn haben empfinden lassen, daß er zugleich der willkommene Gast unseres Volkes ist und daß die Beweggründe, Gedanken und Ziele, die ihn gerade jetzt nach Deutschland führen, im deutschen Volke ebenso wie auf Seiten unserer Regierung vollkommen gewürdigt werden.“ Der freundliche Empfang, den Viktor Emanuel in Wien und Berlin gefunden, löst in Rom und Venedig Kundgebungen vor den Palais der Vertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands aus.

Am 18. Januar 1874 schrieb Bismarck an Arnim in Paris: „In einem Konflikt zwischen Italien und Frankreich könnten wir uns der Notwendigkeit nicht entziehen, Italien beizustehen“. Der Staatsstreich vom 16. Mai 1875, der Broglie ans Ruder brachte, hat den Anschluß Italiens an Deutschland nur gefördert. Am 5. April 1875 findet eine Entrevue Franz Josefs des Ersten mit dem König von Italien in Venedig statt. Diese Reise und das Bestreben, eine Versöhnung mit dem jungen Königreiche herbeizuführen, ist wohl dem Einfluß der Gemahlin Kaiser Ferdinands, der Kaiserin Maria Anna zuzuschreiben, der diese Aussöhnung als einer savoyischen Prinzessin wohl ganz besonders am Herzen lag. Daß gerade Venedig als Zusammenkunftsort gewählt wurde, trotzdem dort am 20. März eine imposante Nationalfeier zur Enthüllung des Manin-Denkmals stattgefunden, war der ureigene Entschluß Franz Josefs [3]. Wenige Monate später erfolgte der Besuch des Kaisers Wilhelm in Mailand [4]. Einige Tage vorher hatte der Gemeinderat dieser

---

[1]) Die österreichische Regierung ließ das klerikale „Vaterland“, welches am Tage des Einzugs des hohen Gastes in Wien mit breitem Trauerrand erschien, konfiszieren und das von den Klerikalen beabsichtigte Seelenamt für die am 20. September 1870 gefallenen päpstlichen Soldaten verbieten.

[2]) Vergleiche auch Vicomte de Gontaut-Biron „Mon Ambassade en Allemagne“, Seite 397.

[3]) „Oesterreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust“, von Walter Rogge, II. Band, Seite 3.

[4]) Der Besuch war schon für das Frühjahr geplant, doch mußte er wegen eines Unwohlseins des Kaisers verschoben werden, wovon Kaiser Wilhelm den König von Italien in einem eigenhändigen, von Keudell überreichten Schreiben verständigte, in welchem er zugleich den Besuch seines Sohnes ankündigte. Als dann im Oktober der Kaiser selbst kam, begrüßte ihn die „Opinione“ mit folgenden Worten: „Indem der ehrwürdige Monarch in Mailand dem König Viktor Emanuel die Hand drückt, bestätigt er den Bund der staatlichen Gewalten gegen die Reaktion, die vom Vatikan

Stadt eine Tagesordnung angenommen, in welcher es heißt, der Gemeinderat schätze sich glücklich, daß der erste Deutsche Kaiser nach Mailand kommt, um dem ersten König von Italien die Hand zu drücken. Es wurden grandiose Festlichkeiten veranstaltet, und Kaiser Wilhelm verabschiedete sich vom König von Italien mit den Worten: „Möchten wir und unsere Söhne nach uns stets Freunde bleiben". Kaiser Wilhelm erhob einen Monat später seine Gesandschaft in Rom zum Range einer Botschaft, während im nächsten Jahre die Legationen Italiens in Wien und Oesterreichs in Rom in Botschaften umgewandelt wurden. Im Oktober 1877 weilte Crispi in Wien und in Budapest. Hier hatte er eine Unterredung mit Andrássy und mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, die beide die „Notwendigkeit" betonten, jetzt „Freunde zu bleiben"; „eine Politik der Feindschaft gegen Sie widerspricht unseren Interessen", sagte Andrássy und setzte hinzu: „Solange ich Minister bin, werde ich nicht davon abgehen." Bismarck arbeitete unentwegt an der Herstellung eines alle Mißverständnisse beseitigenden Einvernehmens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Wie schwierig dieses Werk gewesen, dessen wird man sich bewußt, wenn man Crispis Memoiren liest. Wohl tauchte schon 1873 „le désir d'une entente intime" auf, doch verschlechterten sich 1876[1] (trotz der Entrevue von Venedig) die Verhältnisse derart, daß der italienische Vertreter am Wiener Hofe den Wunsch hatte, auf längeren Urlaub zu gehen. Im August des nächsten Jahres forderte Depretis[2] Crispi, der die Mission übernahm, „bei den Regierungen der Mächte den im italienischen bürgerlichen Gesetzbuche sanktionierten liberalen Prinzipien auch in den betreffenden Legislationen Geltung zu verschaffen", auf, bei Gelegenheit dieser Auslandsreise eine „besondere Vertrauensmission bei Sr. Majestät dem deutschen Kaiser zu übernehmen: die

---

ausgeht . . . Es gibt keinen Mittelweg: entweder mit den Klerikalen oder mit dem Staate, entweder Allianz mit dem Vatikan oder mit dem Deutschen Reiche." Gegen die Entrevue in Mailand wurde eine klerikale Demonstration veranstaltet, arrangiert von der „Gesellschaft der katholischen Jugend" am 700. Jahrestage der Schlacht bei Legnano (29. Mai) in Rom, in Mailand und in Legnano selbst.

[1]) Mit dem Kabinett Melegari-Nicotera war Bismarck nicht zufrieden und Anfang Herbst ließ der Kanzler die italienische Regierung durch Keudell warnen, die Agitation, welche die Annexion des Trentino und Triests sich zur Aufgabe gestellt hatte, nicht zu begünstigen. Siehe „Graf Andrássy auf der Anklagebank der Delegationen" (München 1878), Seite 47.

[2]) Die erste Handlung Depretis' war die Rückberufung Nigras aus Paris, der wiederholt seiner franzosenfreundlichen Haltung Ausdruck gegeben. Siehe Otto Speyer; „Das Königreich Italien von Ende 1872 bis auf die Gegenwart". (Unsere Zeit" XIV. Jahrgang, Band II, Seite 780.)

freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland noch enger zu knüpfen“[1]. Crispi hatte am 17. September im Hotel Straubinger zu Gastein eine längere Unterredung mit Bismarck[2], der erklärte: „Wir wünschen, Sie würden Oesterreichs Freunde“ und betonte: „Nein, ich will weder die bosnische Frage und noch viel weniger die Ihrer Ostgrenzen berühren — — lassen wir sie jetzt, ich möchte nichts berühren, was dem Grafen Andrássy mißfallen könnte, denn ich will ihn mir als Freund bewahren“. Am 24. September, gelegentlich einer neuerlichen Unterredung ward Bismarck noch deutlicher: „Ich sagte Ihnen, daß ich betreffs Frankreichs bereit bin zu verhandeln, betreffs Oesterreichs nicht . . . Es ist wichtig für uns, dies Reich zum Freunde zu haben . . . . Ich habe mit Andrássy gesprochen und ihm gesagt, daß Sie bei mir gewesen waren, und daß die italienische Regierung in guter Freundschaft mit Oesterreich leben möchte. Er freute sich darüber und trug mir auf, Sie zu grüßen“. Crispi geht nach Wien und erhält von Depretis folgende Instruktionen: „Italien braucht Frieden und wird alle Anstrengungen machen, um die guten Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn aufrechtzuhalten, aber wir werden nicht im Stande sein, die öffentliche Meinung in Italien angesichts einer Vergrößerung Oesterreichs zu beherrschen, ohne Kompensationen für uns“. Es wurden wohl weder in Berlin noch in Wien feste Vereinbarungen[3] getroffen (vornehmlich behinderte solche die nicht erledigte Balkanfrage), doch war der Weg zur Verständigung angebahnt. Der tunesische Handel zerriß das Band zwischen Italien und Frankreich für immer, und auch der ursprünglich zu Frankreich hinneigende Minister Cairoli mußte sich überzeugen, daß der Anschluß an die „konservativen Zentralmächte“ geboten war. Das italienische Volk, speziell Rom, begeisterte sich bald für eine deutschfreundliche Politik. Als 1878 der König nach der Thronrede in den Quirinal zurück-

---

[1]) Damals prägte Crispi das Wort von dem „Vertrauen zwischen den Deutschen und den Sachsen der romanischen Rasse“.

[2]) Crispis „Memoiren“, Seite 29—33 und Seite 59. Der Besuch Crispis bei Bismarck war durch den preußischen Landtagspräsidenten Bennigsen vorbereitet worden, der im Frühjahr in Italien geweilt und dort mit den Mitgliedern der Regierung und anderen Politikern mehrfache Unterredungen gehabt hatte.

[3]) Crispi war von dem Ergebnis seiner Reisen sehr befriedigt. Vor seiner Abreise aus Deutschland richtete er an den bei den Manövern am Rhein weilenden Kaiser Wilhelm eine Depesche mit dem „herzlichsten Danke für die von einer Elite des Deutschen Volkes gegebenen Beweise der Sympathien für Italien“. Und schon setzen in Rom Zeitungsgerüchte über den Abschluß eines Bündnisses ein; speziell „Voce della Verita“ will sogar eine Abschrift des Aktenstückes gesehen haben.

kehrte und der Jubel des Volkes ihn immer wieder auf den Balkon rief, nahm der neben ihm stehende Kronprinz des Deutschen Reiches den achtjährigen Prinzen von Neapel auf die Arme, zeigte ihn dem Volke und küßte ihn, und donnernd ging über den weiten Platz der Ruf: Viva la Germania! Viva l'Italia!

In Oesterreich begegnete die Bündnispolitik Andrássys speziell in den klerikalen und slavischen Kreisen festwurzelnder und allgemeiner Abneigung und in den Salons des konservativen Hochadels kursierte das Witzwort: Wollte Gott, unser Minister des Auswärtigen wäre ein auswärtiger Minister! Die Rede des Fürsten Bismarck am 5. Dezember 1876 (als die Interpellation Richters über den russischen Zollukas zur Verhandlung stand) fand wohl in Oesterreich besten Widerhall[1], doch die Angriffe gegen Andrássy und die Intrigen gegen den einstigen Revolutionär ließen nicht nach. 1878 erschien in Leipzig eine Flugschrift[2], in welcher es heißt: „Nur mit größter Betrübnis sehen wir Andrássy die Wege Bismarcks wandeln ... Nur von einer festen Allianz zwischen Oesterreich, England und Frankreich wäre eine möglichst humane Lösung der orientalischen Frage zu hoffen gewesen". Der Verfasser zielt hier auf die gemeinschaftliche Reise hin, die Graf Zichy und Prinz Reuß am 11. Mai 1877 nach Konstantinopel unternommen hatten, um auch nach außen hin in eklatanter Weise die entente cordiale der beiden Kaisermächte in der orientalischen Frage zu dokumentieren. Mit dieser Reise des Schwiegersohnes des am Wiener Hofe hochgeschätzten Großherzogs von Weimar beschäftigt sich auch eine zweite Flugschrift[3] in der u. a. folgendes zu lesen is: „Bismarck habe öfters auf österreichisch-ungarische Wünsche Rücksicht genommen, als dies umgekehrt dem Grafen Andrássy möglich war und hat letzterer, gerade was die Orientpolitik betrifft, die deutsche Diplomatie öfters zu Konzessionen bewogen, als er ihr gemacht hat." Bismarck stand treu zu Andrássy und trat auch Rußland gegenüber eifrig für die österreich-ungarischen Interessen im Orient ein. Knapp nach dem Beginn der Unruhen auf der Balkanhalbinsel und noch vor der Kriegserklärung Rußlands an die Türkei sagte Bismarck zu Chlodwig Hohenlohe[4]: „Wenn Oesterreich ganz vernichtet wird, so ist dies für uns kein Vorteil, da wir zwar die Deutschen annektieren könnten, aber nicht wissen würden, was wir mit den Slaven und Ungarn machen sollten. Gegen Oesterreich in den Krieg zu

---

1) Wiener Abendpost vom 9. XII.: „Der Wert unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wird hier lebhaft empfunden."

2) „Graf Andrássys Politik in der orientalischen Frage" von I. Wimmer.

3) „Graf Andrássy auf der Anklagebank der Delegationen" (Leo Thun).

4) Siehe Hohenlohes „Denkwürdigkeiten" Band II, Seite 202.

ziehen mit Rußland, erlaubt die öffentliche Meinung in Deutschland nicht, Rußland ist für uns gefährlich, wenn Oesterreich zugrunde geht, mit Oesterreich können wir Rußland in Schach halten". Die Begegnung Kaiser Wilhelms und Franz Josefs in Ischl am 9. August 1877, zeichnete sich, wie der offizielle Telegraph berichtete, durch „größte Herzlichkeit" und „aufrichtiges Einvernehmen" aus, und dies fand seine Bestätigung auch in der Verleihung eines preußischen Ulanenregiments an den Kronprinzen Rudolf.

Das Verhältnis der beiden Mächte zu Rußland war schon damals kein ungetrübtes. Bereits am 3. Februar dieses Jahres führt Schuwalow in einem Briefe an Bismarck Klage über gewisse Verstimmungen zwischen Rußland und Deutschland, erinnert an die Zeit, da die ersten Grundlagen des Dreibundes im Jahre 1872 in Berlin gelegt wurden und präzisiert schließlich den „Hauptzweck unseres Bündnisses zu Zweien" darin, daß „Rußland niemals den Bund gegen Deutschland erlaubt, noch leidet, wenn dieses im Westen engagiert sein sollte und daß Deutschland uns die Gegenleistung im Orient gewährt". Darauf antwortet Bismarck von Berlin mit deutlichen Anspielungen auf die „kleinen Possen, die mir mein ehemaliger Freund und Vormund von Petersburg spielt" und auf die „Liebeleien desselben mit Paris". Noch im September 1877 trank Kaiser-König Franz Josef in Kassa an der Hoftafel auf das Wohl seines „treuen Freundes und Alliierten" Kaiser Alexander[1], doch alsbald traten jene Vorgänge auf dem Balkan ein, durch die Rußland die Interessen

---

[1]) In Ungarn weckte dieser Trinkspruch kein freudiges Echo. Der offiziöse Pester Lloyd schrieb: „Der Trinkspruch gehöre dem Kaiser von Oesterreich, nicht dem König von Ungarn an". Die Erregung in Ungarn war so groß, daß der Abgeordnete Guido von Bausznern die Anfrage an den Ministerpräsidenten Tisza richtete, ob die jüngste Begegnung Andrássys mit Bismarck in Salzburg das bisherige Freundschaftsverhältnis zwischen unserer Monarchie und dem Deutschen Reiche gefördert habe oder nicht, Koloman von Tisza antwortete: „Auf diese Frage kann ich nur soviel erwidern, daß auf das Verhältnis unserer Monarchie zum Deutschen Reiche, wie ich glaube — — wenigstens von mir kann ich es sagen — — ein jeder, der die Interessen unserer Monarchie wohl erwägt, großes Gewicht legen wird und ich kann den Herrn Abgeordneten beruhigen, daß dieses Verhältnis schon seit langem ein gutes war und auch heute ein sehr gutes ist." In Deutschland wurden diese Bestrebungen der ungarischen Politik entsprechend gewürdigt. Lothar Bucher hatte ebenfalls zu einem ungarischen Politiker von der Ratsamkeit eines engeren festeren Verhältnisses, einer gegenseitigen Besitzgarantie gesprochen. Allerdings betonten gerade in diesem Jahre die Preußischen Jahrbücher (Bd. 40): „das deutsch-österreichische Bündnis ist für uns nicht ohne Vorteil, den größeren Gewinn zieht jedoch Oesterreich daraus; wir sind es nicht, die ein Trentino zu verlieren haben, wir sind es nicht, die an dem wilden Hader von zwanzig interessanten Völkerschaften kranken".

Oesterreichs-Ungarns (und auch die Englands) im Orient verletzte. Bismarck übernahm es, den Streitfall auszutragen. Er hielt in Beantwortung einer Interpellation Bennigsens am 19. Februar (in der Zeit zwischen dem Waffenstillstand von Adrianopel und dem Frieden von Santo Stefano) eine große Rede, in welcher er die Einberufung einer Konferenz ankündigte — — „der Gedanke wurde zuerst von der österreichisch-ungarischen Regierung vorgeschlagen, wir sind vom Hause aus, ich glaube, beinahe die Ersten gewesen, die bereitwillig darauf eingegangen sind". Rußland wurde namentlich durch englische Truppenzusammenziehungen auf Malta zur Beschickung des Kongresses genötigt. Der Berliner Kongreß trat am 13. Juni 1878 zusammen und Bismarck (spöttisch „policeman of Europe" genannt) führte den Vorsitz. Der Berliner Frieden vom 13. Juli ergab eine Klärung aller schwebenden Fragen — — aber das „Dreikaiserverhältnis" war gesprengt. Ein Jahr später ging Bismarck daran, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Oesterreich-Ungarn abzuschließen.

Vom Zweibund zum Dreibund
1879–1883

Der Zweibund

Vergegenwärtigen wir uns die allgemeine politische Lage Europas im Jahre 1879. Sie steht noch immer im Zeichen der Balkankrise. Wohl ist auch schon der formelle Friedensschluß erfolgt, der dem russisch-türkischen Kriege ein Ende macht, doch hat die Liquidation des Berliner Vertrages mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die russische Armee räumt die Balkanhalbinsel (allerdings währt diese Räumung bis in den Spätsommer), die Lage der Pforte ist trotzdem trostlos, und immer züngeln kleine Flammen auf der Balkanhalbinsel auf. Rußland kann das Endergebnis des Berliner Kongresses nicht vergessen: den „Verrat des deutschen Reichskanzlers, der Rußland im Stich gelassen"[1]. Bismarck und Gortschakow gelten als persönliche Gegner[2]. Die Presse Rußlands hetzt gegen

[1]) Es sei hier auf eine in Chaudordys „La France en 1899" (Seite 253) publizierte Aeußerung Bismarcks zu einem französischen Diplomaten (laut Poschinger „Bismarck und die Diplomaten" Seite 404 wahrscheinlich St. Vallier) hingewiesen: „Die erste Erkaltung in unseren Beziehungen datiert aus dem Jahre 1875, damals, als Gortschakow unter Beihilfe von Decazés auf meine Kosten die Rolle eines Retters Frankreichs spielte, mich als Feind des Friedens Europas hinstellen und sich ein triumphierendes Quos ego verschaffen wollte, um mit einem Worte meine schwarzen und perfiden Pläne aufzuhalten und zu durchkreuzen".

[2]) Bismarck konstatiert in seinen „Gedanken und Erinnerungen" (Seite 230), daß die „Hetzereien" des Fürsten Gortschakow 1875 begannen, als dieser die Lüge verbreitete, Deutschland beabsichtige Frankreich, bevor es sich von seinen Wunden erholt hätte, zu überfallen. Gortschakow hatte, am 10. Mai 1875 in Berlin angekommen, ein Zirkular erlassen, welches mit den Worten anfing: „Maintenant, la paix est assurée". Bismarck machte darob dem Fürsten „lebhafte Vorwürfe", der unter den „bitteren Invektiven" ziemlich kleinlaut wurde. In demselben Jahr hat Bismarck Gortschakow gegenüber auch die Worte gebraucht: „Sie behandeln uns nicht wie eine befreundete Macht, sondern comme un domestique, qui ne monte pas assez vite, quand on a sonné". Gegen die Ausstreuungen Gortschakows, daß Deutschland einen Angriff auf Frankreich plane, protestiert Bismarck auf das energischeste, auch in dem Schreiben, das er am 13. August 1875 aus Varzin an den Kaiser richtete (Siehe Bismarck-Jahrbuch IV, 35 ff). Gortschakow war bestrebt die „persönlich guten" Beziehungen Bismarcks zu Kaiser Alexander zu trüben, u. a. dadurch, daß „er durch Vermittlung des Generals von Werder die Ablehnung des Versprechens der Neutralität für den Fall eines russisch-österreichischen Krieges von mir erpreßte („Gedanken und Erinnerungen", Band II, Seite 232 und 214).

Deutschland und alle Blätter, die offiziösen nicht ausgenommen, predigen offen den Krieg gegen das Deutsche Reich: Konstantinopel könne nur auf dem Wege über Berlin erobert werden[1]. Rußland nähert sich immer mehr Frankreich (wo Grévy Mac Mahon ablöste). Gortschakow läßt sich in Baden-Baden von dem Redakteur des orleanistischen „Soleil" Louis Peyramont interviewen und spricht mit einer seltenen Offenheit von der „Feindschaft", mit der ihn der deutsche Kanzler „beehrt", sowie von seiner innigen Liebe zu Frankreich. Die turmhohe Freundschaft Rußlands und Deutschlands erhält klaffende Risse und Kriegsminister Miljutin arbeitet offen auf eine Allianz mit Frankreich hin. Die russische Militärpartei bekämpfte leidenschaftlich das bosnische Mandat der Donaumonarchie, wobei sie ganz vergaß, daß diese beiden türkischen Provinzen schon 1887, also vor dem Berliner Vertrage, von Rußland selbst Oesterreich-Ungarn zugesichert worden waren.

Während auf der einen Seite die Spannung zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn immer bedenklicher wird, arbeiten Bismarck und Andrássy unentwegt daran, selbst das letzte Mißtrauen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu bannen. Schon im Oktober des Vorjahres können sich die beiden Staatsmänner in der Aufhebung des Artikels V des Prager Friedens einigen. Es handelt sich um die nordschleswigsche Klausel, durch deren Eliminierung die Donaumonarchie endgiltig aus den reichsdeutschen Verhältnissen ausscheidet. Der diesbezügliche Geheimvertrag wurde knapp nach dem Briefe abgeschlossen, in welchem der Sohn Georg des Fünften von Hannover dem Kaiser Wilhelm den Tod seines Vaters anzeigte, wobei er betonte, daß er all seine Rechte, Prärogativen und Titel aufrechthalte. Dieser Vertrag wurde am 4. Februar im Reichsanzeiger publiziert und die Thronrede, die der Kaiser am 12. Februar bei Eröffnung des Reichstags hielt, hebt auch mit Befriedigung diese „den gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche" entsprechende Lösung hervor. In Petersburg macht der Vertrag einen sehr schlechten Eindruck und es erfolgen hochoffiziöse feindselige Kundgebungen im Brüsseler „Nord" und im St. Petersburger „Golos", wofür ein Artikel der „Grenzboten" Gortschakow und seinen Adlatus, den Baron Jomini, verantwortlich macht[2]. Gleichzeitig ließ die

[1]) Am schärfsten zog das Organ der Panslavisten „Moskowskije Wjedomosti" gegen Bismarck los. Siehe „Bismarck" von Giovanni Boglietti, 1888, Torino.

[2]) Schon Ende Februar erhielt Busch von Bismarck den Auftrag, in den Grenzboten die Angriffe der russischen Presse abzuwehren. Siehe Busch „Tagebuchblätter", III. Band.

russische Regierung durch General Türr in Italien sondieren, ob sie bei einem Angriffe auf Oesterreich, das Gortschakow nicht als Staat, nur als Regierung gelten lassen wollte, auf dessen Mitwirkung rechnen könnte[1]. Und tatsächlich fällt Italien der Donaumonarchie in den Rücken. Die jüngste, sechste europäische Großmacht leitet in Albanien eine Aktion ein, die Oesterreich-Ungarn wegen Bosnien und der Herzegowina und infolge seiner neuen Stellung im Limgebiete unmöglich gleichgiltigen Auges mitansehen konnte und reizt die Monarchie im Westen durch die Reibereien der Irredenta in Welschtirol und in Istrien.

Wie stark die Verstimmung in Petersburg gewesen, beweist der Umstand, daß Kaiser Alexander in letzter Stunde auf die Fahrt zur Feier der goldenen Hochzeit des deutschen Kaiserpaares (11. Juni) verzichtet, obwohl für sein Gefolge bereits Quartier in Berlin bestellt war. Diese Tatsache wird auch in der gesamten Presse als das vollständige Abrücken Rußlands von den Berliner Dreikaiser-Abmachungen gedeutet, und die „Kreuzzeitung" vom 15. Juni konstatiert eine „bedauerliche Trübung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland".

Am 9. August fand eine Begegnung des Deutschen Kaisers mit Kaiser und König Franz Josef in Gastein statt. Bald darauf (am 21. August) begann Bismarck ebenfalls in Gastein seine Kur. In diese Zeit fallen die Zarenbriefe[2], die eine solch außerordentliche Aufregung und Arbeitsfülle nach sich zogen, daß „sie mich fast ganz um meine Kur brachten"[3]. Diese Zarenbriefe betrafen die Arbeit der Grenzregulierungskommission in Novipasar und stellten an Kaiser Wilhelm das Verlangen, zu verfügen, daß der deutsche Vertreter immer die Forderungen und Ansprüche seines russischen Kollegen unterstütze. Kaiser Wilhelm befolgte des Kanzlers Rat und verwies seinen Neffen auf den amtlichen Weg. Mittlerweile hatte Graf Julius Andrássy (nachdem er eine schwere Lungenentzündung überstanden) in Ischl seine Demission gegeben, die sein Souverän auch annahm. Als Bismarck von diesem Schritte Andrássys Kenntnis erhielt, richtete er eine De-

---

1) E. v. Wertheimer: „Graf Julius Andrássy", III. Band, Seite 268.

2) Der erste Brief ist vom 3. (15.) August datiert und klagt darüber, daß die verschiedenen diplomatischen Agenten Deutschlands in der Türkei „die Parole empfangen zu haben scheinen, immer die Meinung der Oesterreicher zu unterstützen, die uns systematisch feindlich ist", in welchem Umstande Alexander „die Arbeit unserer gemeinsamen Feinde" sieht, „derselben, welche den Bund der drei Kaiser nicht verdauen konnten".

3) Siehe Hans Blum „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck", Band IV, Seite 268—288; Unterredung mit Dr. Hans Blum am 29. April 1893.

pesche an Andrássy[1], in welcher er seiner Ueberraschung, ja Bestürzung über diesen plötzlichen Entschluß, den er sich nicht erklären könne, Ausdruck gab; er habe das dringende Bedürfnis, den Grafen Andrássy zu sprechen, und sei bereit, seine Kur zu unterbrechen, und nach Wien oder irgend einem Ort zu kommen, den Graf Andrássy zum Rendezvous bestimmen wolle. Die Antwort lautete, Graf Andrássy (der damals auf seinem Gute Terebes weilte) wolle selbst nach Gastein fahren. Einen Tag vorher hatte Bismarck im Hotel Straubinger, wo er wohnte, dem Wiener Bankier Baron Eduard Todesco (der ihm eines seiner Zimmer zu Gunsten der Prinzessin Odescalchi, einer Freundin der Familie Bismarck, abtrat) gesagt: „Wir sind aufeinander angewiesen — die Oesterreicher und Ungarn würden doch gewiß verstehen, daß wir nur gemeinsame Feinde haben." Ludwig von Dóczy, der damals den Grafen Andrássy als dessen Sekretär nach Gastein begleitet hatte, gibt abweichend von Dr. Blum der Ansicht Ausdruck, daß nicht die Haltung Rußlands, die ihm schon bei Antritt seiner Gasteiner Kur bekannt gewesen, sondern deren Koinzidenz mit der Demission Andrássys die Aufregung Bismarcks verursacht hatte — — nicht ein russisch-französisches Bündnis, für welches damals kein äußeres Anzeichen vorgelegen, sondern hauptsächlich und zunächst eine russisch-österreichische Koalition es gewesen sei, was seine Ruhe störte[3]. Graf Andrássy traf am 27. August in Gastein ein und am Vormittag des nächsten Tages fand die erste Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem österreich-ungarischen Staatsmanne statt. An beiden Tagen wurde ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen Gastein und Berlin und Wien gepflogen, so daß das kaiserliche Telegraphenamt in Gastein an diesen Tagen gar keine Privatdepeschen beförderte.

Graf Julius Andrássy suchte den Fürsten in dessen Salon auf. Das damals gepflogene Gespräch schilderte Bismarck selbst in einer Unterredung mit Dr. Hans Blum:

---

1) Siehe Ludwig Dóczy: „An der Wiege des Dreibundes", Neue Freie Presse 13. Oktober 1904.

2) Von derselben Koinzidenz und derselben Besorgnis spricht übrigens Bismarck selbst in seinem Briefe an den König von Bayern aus Gastein vom 10. September (siehe „Gedanken und Erinnerungen", Band II, Seite 240 und 241). Auch Busch konstatiert in den „Grenzboten" (Nr. 12 vom 18. März 1880): als die Drohungen der moskowitischen Diplomatie (die Bundesgenossen gegen Deutschland suchte, u. a. in Paris, wo der General Obrutscheff, der Adjutant und Vertraute des Kriegsministers Miljutin, die betreffenden Ränke spann) fortdauerten, lag die Vermutung nahe, daß zwischen Wien und Petersburg ein Einvernehmen entweder schon bestehe oder im Werke sei; die Reise Andrássys nach Petersburg und verschiedene andere Beobachtungen hätten diese Befürchtung nahegelegt.

„Ich gab Andrássy Kenntnis von dem Briefwechsel der beiden Kaiser und meinem Schreiben an meinen Herrn und sprach ihm die — — auch durch die Berichte unseres Botschafters in Paris usw. unterstützte — — Besorgnis aus, daß die unfreundliche Haltung Rußlands gegen Deutschland nur erklärlich sei, wenn das Zarenreich auf ein Bündnis mit Frankreich hinarbeite oder dessen gar schon sicher sei.

Darauf erwiderte Andrássy lebhaft etwa: Gegen das französisch-russische Bündnis gibt es nur ein Gegengewicht: Das deutsch-österreichische.

Ich stimmte ihm zu, fragte aber: Ja, würden Sie denn das wollen?

Gewiß recht gerne, erwiderte er, und ich glaube auch dafür einstehen zu können, daß mein Kaiser einen solchen Vertrag genehmigen wird.

Bei meinem kaiserlichen Herrn bin ich dieser Zustimmung keineswegs so sicher, entgegnete ich. Aber wir könnten ja den Vertrag einstweilen weiter bereden und entwerfen."

Dem gegenüber behauptet Dóczy, es sei unmöglich, daß der Gedanke eines Bündnisses zuerst von Andrássy ausgesprochen wurde, weiß aber diese Behauptung nur damit zu begründen, daß es das Um und Auf der Politik Andrássys gewesen sei, es dahin zu bringen, daß nicht er diesen Gedanken ausspreche.

Wie dem auch sei: Bismarck und Andrássy wollten die Vereinbarung. Andrássy beantragte ein Bündnis gegen einen russischen Angriff. Bismarck ein Schutz- und Trutzbündnis gegen alle, auch gegen Rußland, denn ein Bündnis gegen Rußland allein wäre, solange Kaiser Wilhelm lebe, undenkbar. Bismarck wollte [1] zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein „öffentliches verfasssungsmäßiges Bündnis gegen eine Koalition herstellen, das durch Mitwirkung aller konstitutionellen Faktoren zustande gekommen, auch nur durch solches Zusammenwirken auflösbar sein sollte". Andrássy lehnte Oeffentlichkeit und Verfassungsmäßigkeit ab [2]. Er bestand — — ich folge der Darstellung Dóczys — — darauf, daß sich der Vertrag ausdrücklich gegen Rußland kehre. Dem Abschlusse eines anderen Vertrages würde unmittelbar ein Versuch folgen, Rußland als dritten aufzunehmen; von den Drei Kaiser-Bündnissen aber habe Oesterreich-Ungarn nach den gemachten Erfahrungen

---

1) „Zur Geschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses, „Grenzboten", Nr. 12 vom 18. März 1880.

2) „Ein öffentliches Bündnis war in den Augen Andrássys eine Provokation", siehe Poschingers Bismarck-Jahrbuch, I. Band, Seite 196.

auf lange Zeit genug. Außerdem aber würde eine Schutz- und Trutzallianz die Donaumonarchie zwingen, an einem eventuellen Kriege Deutschlands gegen Frankreich teilzunehmen, und dies könnte er seinem Monarchen nicht anraten.

Und als Fürst Bismarck etwas befremdet fragte: „Warum denn nicht? Wir würden Ihnen ebenso eventuell gegen Italien beistehen!“ antwortete Andrássy: „Darum nicht, weil ich nicht als Minister etwas unterschreibe, was ich, wenn es zur Ausführung käme, als Parlamentarier bis aufs Aeußerste bekämpfen müßte. Für einen Krieg, den Deutschland im Prinzip schon auf dem Hals und dessen Siegespreis es schon in der Tasche hat, dürfen wir keinen Groschen Steuer und keinen Tropfen Blutes opfern. Wir würden ebensowenig Deutschlands Hilfe für eine Abwehr gegen italienische Aggression beanspruchen, die wir übrigens nicht besorgen. Es gibt aber eine Form und Voraussetzung auch für eine Kooperation gegen Frankreich wie gegen jede dritte Macht, welche den Frieden zu brechen gewillt wäre: das Bündnis hätte gegen einen russischen Angriff, sowie gegen jede andere Macht zu gelten, welche in einem Kriege gegen einen der vertragschließenden Teile russische Unterstützung fände“.

Es wurden an diesem und an dem folgenden Tage mehrfache Besprechungen gepflogen.

„Wir schieden in vollem Einverständnisse,“ sagte Bismarck zu Dr. Busch.

Demgegenüber behauptet Dóczy, daß die Besprechungen in Gastein äußerlich die Einigung nicht vorwärts zu bringen schienen. Fürst Bismarck blieb immer dabei, ein ausdrücklich gegen Rußland gerichtetes Bündnis trotz seinem ausschließlich defensiven Charakter als unmöglich zu bezeichnen: wisse er doch nicht einmal, ob sein Einfluß hinreichen werde, den Kaiser Wilhelm überhaupt zu einer Allianz, an der sein Neffe Alexander nicht teilhabe, bewegen zu können. Trotz diesem Scheine der Trostlosigkeit war aber Graf Andrássy zu keiner anderen Form zu bewegen und fühlte sich seiner Sache sicher, als der Fürst ihm sagte: er hoffe, ihn und den Kaiser Franz Josef doch zu seiner Auffassung zu bekehren — — doch müsse er sich zuerst zu Hause orientieren und seinem eigenen Gebieter die Zustimmung zu offizieller Verhandlung abringen: dann wolle er nach Wien kommen.

Bismarck hatte selbstverständlich bereits am 27. August seinen Kaiser von den Gasteiner Besprechungen unterrichtet und ihn tags darauf gebeten, sich zum Abschlusse persönlich nach Wien begeben zu dürfen. Der Kaiser ließ durch Staatssekretär v. Bülow dem Fürsten nach Gastein telegraphieren, eine

Reise nach Wien sei für jetzt unmöglich, selbst wenn Warschau günstig ablaufe. Der Kaiser hatte nämlich den Feldmarschall von Manteuffel nach Warschau entsendet, um den russischen Kaiser während seines Aufenthaltes daselbst zu begrüßen und eine Begegnung der beiden Monarchen vorzubereiten.

Bismarck lehnt am 30. August telegraphisch[1] die „Verantwortung" ab, — — er habe dem Grafen Andrássy bereits versprochen, ihm einen Gegenbesuch auf der Rückreise nach Wien zu machen. Noch am selben Abend langt die Antwort Bülows ein, daß der Kaiser mit dem Gegenbesuch einverstanden sei. Aber schon rüstet Kaiser Wilhelm „gegen den Wunsch und Rat des Fürsten" zur Fahrt nach Alexandrowo, um seinen viel jüngeren Neffen zu besuchen. Laut der „Kölnischen Zeitung" ist der Beschluß die Entrevue betreffend kaum vierundzwanzig Stunden vor der Abreise Wilhelms erfolgt. „Die Russen führten in Alexandrowo ein Seitenstück zu der bekannten Szene während des Wiener Kongresses auf, bei welcher Alexander I. den König Friedrich Wilhelm III. durch empfindsame Beteuerung seiner Freundestreue von England weg und auf seine Seite zu ziehen versuchte", sagt Busch in seinem bereits angezogenen Artikel in den „Grenzboten". Schreiben auf Schreiben, es müssen viele hundert Seiten gewesen sein, behauptet dieselbe Quelle, gingen geraume Zeit von Gastein, dann von Wien vergeblich ab, um auf einen Wechsel der Stimmung und Ueberzeugung hinzuwirken.

Andrássy war mittlerweile fleißig am Werke. Schon am 1. September hatte er einen Brief an Bismarck[2] gerichtet, in welchem er mitteilt, er habe seinem Kaiser im Lager von Bruck detaillierten Vortrag erstattet, nachdem er bereits von Gastein aus Franz Josef nach Prag „in nuce" die „Tendenz und das vorläufige Resultat" der Besprechung mitgeteilt hatte. Der Kaiser telegraphierte von Prag seine Zustimmung „aus vollster Ueberzeugung". Dann: „In Bruck fand ich den Kaiser so durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Notwendigkeit einer solchen Abmachung, daß jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellte". Und zum Schlusse: „Oesterreich hat seinerzeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutschlands, welche die beiderseitigen Interessen gesichert hätten, abzulehnen,

---

1) Siehe Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen", Band II, Seite 521.

2) Zum erstenmal von Sigmund Singer in der Wiener „N. Fr. Presse" vom 31. März 1895 publiziert. Interessant ist, daß Bismarck diesen Brief und seine Antwort darauf mit denselben Auslassungen, die Singer dem Grafen Andrássy vorgeschlagen hatte, in den „Briefwechsel" (Band II, Seite 526) aufnehmen ließ.

es tut mir wohl, konstatieren zu können, daß man bei uns diesmal den gleichen Fehler nicht begehen wird". In Wien ist die Sache tatsächlich in Ordnung. Auch die Militärpartei ist gewonnen. Graf Andrássy hatte schon auf seiner Reise von Terebes nach Gastein eine Unterredung mit dem Erzherzog Albrecht. Bismarck beantwortet den Brief Andrássys am 3. September. Er schildert die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegentürmen „geographisch und politisch, so daß meine Seite der Aufgabe so schnell nicht lösbar ist, wie die Ihrige." Für die „schriftliche Darlegung" an den Kaiser hatte Bismarck seinem Sohne sechzig Bogenseiten diktiert.

Am 10. September richtete Bismarck ein Schreiben an den König von Bayern [1], in welchem er ihm Mitteilung von den Verhandlungen mit Andrássy macht. Der Altreichskanzler beginnt mit dem Hinweis auf die Affäre des Generals Werder, als 1876 von Livadia aus „wiederholentlich die Forderung gestellt wurde, uns darüber in verbindlicher Form zu erklären, ob das deutsche Reich in einem Kriege zwischen Rußland und Oesterreich neutral bleiben werde" [2]. Es sei nicht gelungen, dieser Erklärung auszuweichen und das russische Kriegswetter sei einstweilen nach dem Balkan abgezogen. Und wieder habe Rußland in den letzten Wochen an uns Forderungen gestellt, welche darauf hinausgehen, daß wir definitiv zwischen Rußland und Oesterreich optieren sollen. „Ich würde es", heißt es sodann in dem Briefe, „für eine wesentliche Garantie des europäischen Friedens und der Sicherheit Deutschlands halten, wenn das Deutsche Reich auf eine solche Abmachung mit Oesterreich einginge, welche zum Zweck hätte, den Frieden mit Rußland nach wie vor sorgfältig zu pflegen, aber wenn trotzdem eine der beiden Mächte angegriffen würde, einander beizustehen . . . Zwingt uns Rußland zwischen ihm und Oesterreich zu optieren, so glaube ich, daß Oesterreich die konservative und friedliebende Richtung für uns anzeigen würde, Rußland aber eine unsichere". In seiner Antwort (Berg, 16. September) erklärt König Ludwig: „Ihre Bestrebungen für einen engen Anschluß des deutschen Reiches an Oesterreich-Ungarn dürfen meines vollen Beifalles

---

[1]) „Gedanken und Erinnerungen", Band II, Seite 238.

[2]) Siehe hierüber „Gedanken und Erinnerungen", Band II, Seite 214. Die Antwort Bismarcks lautete: „Unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten — wenn dies zu unserem Schmerze zwischen Rußland und Oesterreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegen einander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde".

und meiner angelegentlichsten Wünsche für einen glücklichen Erfolg versichert sein". Bismarck bestätigt am 19. September den Empfang dieses Schreibens und betont nochmals, er werde „nichts unterlassen, um den Frieden des Reichs mit Rußland durch Einwirkung auf Seine Majestät den Kaiser Alexander nach wie vor zu pflegen und zu befestigen — — die Verhandlungen über einen engern gegenseitigen Anschluß mit Oesterreich haben nur friedliche, defensive Ziele und daneben die Förderung der nachbarlichen Verkehrsverhältnisse zum Ziele".

Am 14. September ersuchte Bismarck den Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der in Aussee weilte, nach Gastein zu kommen[1]. In Gastein empfing ihn Holstein, der Bismarck geraten hatte, Hohenlohe für eine Intervention beim Kaiser zu gewinnen. Hohenlohe erklärte aber vorerst, er sei mit dem Projekte nicht einverstanden: „Erstens traue ich Oesterreich nicht, zweitens halte ich Rußland nicht für ernstlich feindlich. Endlich glaube ich, daß eine Allianz mit Oesterreich eine Allianz von Rußland und Frankreich zur Folge haben wird. Damit ist der Krieg da, während Bismarck glaubt, daß er mit seiner Allianz den Frieden sichern wird". Tags darauf hatte Hohenlohe eine Unterredung mit Bismarck, und er ist ungestimmt: „Bismarck hat mich doch überzeugt von der Notwendigkeit der Allianz mit Oesterreich. Er sagte, Oesterreich kann nicht allein bleiben gegenüber den Bedrohungen durch Rußland. Es wird sich nach Allianzen umsehen, entweder mit Rußland oder mit Frankreich. In beiden Fällen entsteht für uns die Gefahr einer Isolierung. Mein Telegramm über die russischen Sondierungen in Paris ist dem Kanzler sehr gelegen gekommen. Nun ist aber der Kaiser durch die fatale Zusammenkunft in Alexandrowo unzugänglich und will nicht auf das Bündnis eingehen, in dem er eine Perfidie gegen den Neffen sieht. Bismarck seinerseits hat sich soweit mit Andrássy engagiert und ist so überzeugt von der russischen Gefahr, daß er die Verantwortung nicht tragen will und in diesem Falle mit dem Rücktritt droht. Der Kaiser dagegen droht mit Abdizieren. Es besteht beim Kaiser eine große Verlegenheit, was er tun soll. Bismarck scheint entschlossen zu gehen, wenn der Kaiser nicht nachgibt. Nun ruft Bismarck die Hilfe der Botschafter an und bittet, daß ich und Münster mit dem Kaiser sprechen." Hohenlohe reist nach Straßburg zum Kaiser, spricht zuerst mit Lehndorff, „der in die Sache eingeweiht war, jedoch kein vollständiges Verständnis dafür hatte und meinte, es gehe alles gut, der Kaiser sei mit allem einverstanden". Hohenlohe

[1]) Siehe „Denkwürdigkeiten" des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Band II, Seite 274 ff.

sondierte weiter. „Neu war mir, daß die Kaiserin diesmal mit dem großen Manne im Gebirge übereinstimme, das hatte man mir in Gastein anders gesagt.“ Hohenlohe sprach zuerst mit dem Kronprinzen, dann mit dem Kaiser, bei dem er „Glück“ hatte mit der Argumentation, es werde Rußland durch das Bündnis mit Oesterreich ein doppelter Dienst geleistet, einmal die Revolution in Schach zu halten und dann Oesterreich zu verhindern, einer Koalition gegen Deutschland und Rußland beizutreten [1].

Am 21. September reiste Bismarck nach Wien. Ueber diese Reise und die in Wien gepflogenen Verhandlungen äußerte sich Bismarck nie eingehend. Dem Dr. Hans Blum sagte der Altreichskanzler: „Ich reiste am 21. September nach Wien, um hier den Vertrag zum Abschluß zu bringen. Ich wurde hier namentlich vom Kaiser Franz Josef sehr freundlich aufgenommen und brachte nach längeren Unterredungen mit ihm, mit Andrássy, dem Baron Haymerle und dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza das deutsch-österreichische Defensivbündnis am 24. September im Entwurfe zustande. Kaiser Franz Josef erklärte sofort freudig seine Bereitwilligkeit, es zu genehmigen und zu vollziehen“. In den „Gedanken und Erinnerungen“ widmet Bismarck wohl warme Worte dem Empfange, der ihm auf der Eisenbahnfahrt und in Wien selbst von der Bevölkerung bereitet worden war und konstatiert, er habe bei dem Kaiser und König Franz Josef eine „sehr huldreiche Aufnahme und die Bereitwilligkeit, mit uns abzuschließen,“ gefunden, teilt jedoch nichts über die Wiener Verhandlungen mit.

Andrássy selbst hat keine Memoiren hinterlassen [2], Ludwig v. Dóczy jedoch hat in der Wiener „Neuen Freien Presse“ (Nr. 15188 vom 2. Dezember 1906) folgende eingehende Schilderung der Wiener Verhandlungen geboten:

Bismarck (der noch von Gastein aus dem Grafen Andrássy hatte sagen lassen, er werde nichts Geschriebenes, nicht einmal einen Entwurf mitnehmen — — die ausgezeichneten Federn, die

---

[1]) Dies war tatsächlich die Ansicht Hohenlohes, der am 22. September die „Notiz“ niederschreibt: „Halten wir mit Rußland und bleiben wir neutral, so verbündet sich Oesterreich mit Frankreich und England.“

[2]) Der Chefredakteur des Pester Lloyd, Sigmund Singer, der dem Grafen nahegestanden, erzählte mir, er habe Andrássy, als er ihm den zweiten Band der Beust'schen Memoiren, der damals erschien, überbrachte, gefragt, warum er selbst keine Memoiren schreibe, worauf Andrássy antwortete: „Meine Memoiren sind in den Archiven des ungarischen Ministerpräsidiums und des Auswärtigen Amtes niedergelegt — — der Staatsmann, der sich niedersetzt, seine Memoiren zu schreiben, setzt sich vor den Spiegel mit der Frage: wie steht mir das?“

dem Wiener Ballplatze zu Gebote ständen, würden das besser machen, wiederholte in Wien das Gasteiner Angebot: Schutz- und Trutzbündnis nach jeder Richtung, ohne Nennung Rußlands, wobei aber der Sachlage nach Rußland gemeint sei. So weit habe er nach schwerem und aufregendem Kampfe, nachdem er seine Demission in Aussicht gestellt, seinen kaiserlichen Herrn gebracht. Dem greisen Monarchen sei es sehr schwer geworden, zu einem Bündnis, an welchem sein Neffe Alexander nicht beteiligt sei, die Ermächtigung zu geben. An eine Allianz gegen Rußland und gar gegen Rußland allein wäre nicht zu denken. Der große Moment sei nun da, durch einen Friedensbund zu Schutz und Trutz eine großartige Macht im Zentrum Europas zu schaffen, welche jeder Drohung und jedem Angriff gewachsen sei, Oesterreich-Ungarn die in Berlin erzielten Erfolge betreffs des Orients sichern, Deutschland von den russischen Launen und Verstimmungen unabhängig machen könne. Dieses Bündnis werde die festeste Basis in der Uebereinstimmung der Interessen zweier großer Staatswesen und in den Gefühlen ihrer Bürger haben, es könne aber noch dauerhafter gemacht und über die Wandlungen diplomatischer Ränke und Wechselfälle der inneren Politik hüben und drüben hinausgehoben werden, wenn es den Reichsvertretungen in Berlin, Wien und Budapest mitgeteilt und so gesetzlich festgelegt würde.

Graf Andrássy erkannte die Größe des Momentes, das Dringende der Einigung an, blieb aber bei dem in Gastein gesprochenen Wort. Ein öffentliches Bündnis wäre eine Provokation, weil es nicht bloß den Schutz gegen eine russische Aggression, die ja auch ausbleiben könnte, enthalte, sondern die Isolierung Rußlands konstatieren würde, was der friedlichen Strömung in Petersburg kaum zu statten käme. Wir wollen — so argumentierte der ungarische Staatsmann — von Rußland nichts, was einen Angriff seinerseits rechtfertigen könnte. Wir sind seine Feinde nicht, und wünschen es nicht zu werden. Wir wollen die strikte Ausführung des Berliner Vertrages, ohne Vorteil für uns, und ohne Nachteil für Rußland. Wir wünschen keinen Krieg mit Rußland, aber auch keine neue Entente. Wir haben genug von dieser Dreikaiser-Politik, die in letzter Linie immer darauf hinausläuft, daß der eine Kaiser seine „Dignité" in die Wagschale wirft, weil seine Minister es an der Zeit finden, einen Erfolg zu erpressen. Eine solche Entente würde aber unfehlbar wieder anzubahnen versucht werden, sobald Rußland seine Isolierung vor aller Welt bekennen müßte. Was die gesetzliche Festlegung des Bündnisses betreffe, so würde sie als Beschränkung der Souverainität beider Mächte empfunden werden, und selbst wenn sie durchzuführen wäre, das große

Werk, welches von selbst in den Herzen der Nationen lebt, unpopulär machen.

Der Kanzler war — oder zeigte sich — von diesen Einwänden ziemlich enttäuscht, machte aber keinen Augenblick Miene, die Verhandlungen abzubrechen oder auch nur zu unterbrechen. Er erklärte jedoch, daß nun alles in Frage stehe. Was er jetzt vorschlage, dazu habe er, wenn auch mit starken Vorbehalten, die Zustimmung seines Monarchen, und er würde es auf sich nehmen, auf dieser Basis ohne weitere Anfrage in Berlin sofort abzuschließen. Er bedaure die Schwierigkeiten, die er nicht erwartet habe, bitte nun den Grafen Andrássy, den Entwurf des Vertrages, wie er sich ihn denke, ihm formuliert mitzuteilen, gebe jedoch zu bedenken, daß er für diese Pourparlers, auch wenn sie ihm annehmbar erschienen, die Weisungen seines Souveräns punktweise einzuholen, ja zu erkämpfen haben würde.

Am nächsten Tage war der geschriebene Entwurf[1] in Bismarcks Händen. Gleichzeitig aber brachten die Zeitungen ein Telegramm aus Berlin, daß dort in hochoffiziöser Weise alle Mitteilungen, als stünde der Abschluß eines Vertrages mit Oesterreich-Ungarn bevor, als unrichtig bezeichnet werden. Der Reichskanzler geriet in helle Wut und ließ nach Berlin einen flammenden Protest nicht nur gegen den Inhalt dieses Dementis, sondern auch die Ungesetzlichkeit dessen gelangen, ohne sein Vorwissen Communiqués so wichtiger Art in ein amtliches Organ einrücken zu lassen[2].

Die Verhandlungen über den Andrássyschen Entwurf dauerten bis zum 24. September und wurden in einer bis in die späten Nachtstunden sich erstreckenden Konferenz abgeschlossen. Ueber diese Schlußkonferenz, die im Schönbrunner Stöckelgebäude stattfand, teilte Graf Julius Andrássy Herrn von Dóczy folgendes mit[3]:

---

[1]) Ganz von Andrássys Hand rührt in dem Entwurfe, der sich im gräflich Andrássy'schen Archiv befindet, der auf Rußland bezügliche Passus her (E. v. Wertheimer „Graf Julius Andrássy", Band III, Seite 283).

[2]) Baron Dóczy kann die offiziöse Quelle nicht näher bezeichnen, welche das Dementi veröffentlichte. Vermutlich handelt es sich um eine Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche besagte: „Die in unterrichteten Kreisen festwurzelnde Ueberzeugung, daß es sich um gar keine Formulierungen von irgendwelchen Schutz- und Trutzbündnissen oder wie man die Sache immerhin taufen will, handle, wird der großen Bedeutung dieses Besuches nach keiner Richtung hin einen Abbruch tun." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", sowie auch die „Provinzial-Korrespondenz" haben nach dem 24. September den „Wiener Abmachungen" schon eine erhöhte Bedeutung beigemessen.

[3]) Hierüber siehe auch Prof. Heinrich Marczalis Artikel in der „Deutschen Revue" 1906, Seite 269.

Fürst Bismarck habe sich, nachdem er die Abschrift der letzten Redaktion des Allianzentwurfes an sich genommen, plötzlich von dem Divan erhoben und sei, das Papier in der Hand fast zerknitternd, mir nahe, ganz nahe getreten, so daß ich seinen Atem hören mußte. Ich selbst schnellte von meinem Sitze empor, um den „Gegner" stehenden Fußes zu erwarten. Es war plötzlich ein anderer Mensch, ein anderes Auge, eine andere Stimme. Ich erwiderte seinen scharfen Blick, regungslos, fest entschlossen, allem stand zu halten. „So weit wären wir", sagte er, „auf dem Papier. Ich kann Ihnen nun nichts mehr sagen, als: Bedenken Sie, was Sie tun. Zum letztenmal rate ich Ihnen, lassen Sie Ihren Widerstand fallen. Nehmen Sie, rief er mit erhobener Stimme, mit drohender Miene, meinen Vorschlag an. Ich rate Ihnen gut, denn sonst ..... (hier herrschte einen Moment eine Stille, in der ich mein Herz schlagen hörte) sonst — — muß ich den Ihrigen annehmen." Das sagte er wieder menschlich und fügte lächelnd hinzu: „Es wird mir aber verflucht viel Mühe kosten." Er reichte mir jovial die Hand und ich war froh, daß die Meine nicht zitterte, als ich einschlug. Ich bin sonst gerade in kritischen Momenten am ruhigsten. Aber das Auftreten der Riesenfigur war ein so gewaltiges, fast gewalttätiges, daß mich der Gedanke nicht schlafen ließ, was hätte geschehen können, wenn mich meine Nerven doch einen Moment verlassen hätten.

Am nächsten Tag war das Vertragsinstrument, das beide Minister binden sollte, in zwei Exemplaren reinlich abgeschrieben. Graf Andrássy hatte es übernommen, die für Bismarck bestimmte Abschrift durch eine zuverlässige Persönlichkeit dem Kanzler im Hotel Imperial überreichen zu lassen. Er wählte für diese in ihrer Art historische Mission seinen ältesten Sohn Theodor.

Während seines Aufenthaltes in Wien wurde Bismarck auch vom Kaiser Franz Josef (der seine Jagden unterbrochen hatte) empfangen. Nebst mit Andrássy konferierte Bismarck auch mit Baron Haymerle (bisher Botschafter am Quirinal), der während der Anwesenheit Bismarcks in Wien zum Nachfolger Andrássys ernannt worden war[1] und mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Koloman von Tisza. Der Reichskanzler hatte auch den französischen Botschafter am Wiener Hofe Teisserence de Bort besucht[2] und ihm den Zweck seiner Wiener Verhandlungen

---

1) Diese Tatsache hatte auch die Wiener Verhandlungen beschleunigt. Vergleiche „Grenzboten" (Nr. 12 vom 18. März 1880): „Die Sache hatte Eile. Andrássy wollte sich aus Bedürfnis nach Ruhe von der Leitung der Geschäfte zurückziehen. Er hatte seinen Nachfolger schon nach Wien kommen lassen . . . ."

2) Am 24. September, Teisserence war damals krank und stand unmittelbar vor seinem Urlaub. Siehe Bericht des „Temps" in der Nummer vom 25. September.

mitgeteilt: „Das Einverständnis Deutschlands und Oesterreichs dürfe Frankreich in keiner Weise beunruhigen, da dieses Bündnis einen entschieden friedlichen Charakter habe[1]. Sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin hatte Bismarck am 26. September auch eine Unterredung mit dem russischen Botschafter von Oubril[2], dem er erklärte, die Wiener Stipulationen hätten für Rußland nichts Beunruhigendes[3].

Als Bismarck nach Berlin zurückgekehrt war, erbat und bekam er Urlaub nach Varzin. Sein Gesundheitszustand, sagt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen", habe ihn behindert, sich zu seinem Kaiser zu begeben.

„Mein kaiserlicher Herr", äußerte sich Bismarck zu Dr. Blum, „sagte rundweg nein! Gegen alle meine schriftlichen Vorstellungen und Denkschriften blieb er taub und verschlossen." Busch erzählt in dem öfters angezogenen Artikel der Grenzboten, Bismarck mußte die Bemerkung machen, daß man keineswegs schon am Ziele und hinreichend sicher vor Entschließungen sei, die ein Zurücktreten bedeuteten, obwohl das gesamte Staatsministerium einmütig die in Gastein und Wien getanen Schritte gutgeheißen und zu den seinigen gemacht hatte[4]. Der mit Bismarck befreundete Graf Stolberg übernahm es, nach Baden-Baden zum Kaiser zu reisen. Er führte die Verhandlungen, wenn auch unter starkem Widerstreben Sr. Majestät glücklich zu Ende.[5] Der Kaiser war von den politischen Argumenten nicht überzeugt worden, sondern erteilte das Versprechen, den Vertrag zu ratifizieren, nur aus Abneigung gegen einen Personenwechsel in dem Ministerium. Der Kronprinz war von Haus aus für das

---

[1]) Dr. Hans Blum „Fürst Bismarck und seine Zeit". Band V, Seite 287. In dieser Unterredung fielen die Worte Bismarcks: „Je ne me sers jamais de la parole pour déguiser ma pensée."

[2]) Herr von Oubril hatte vorher eine „Instruktionsnote" Gortschakows aus Baden erhalten.

[3]) Poschingers „Fürst Bismarck und die Diplomaten", Seite 404.

[4]) Bismarck hatte die Kabinettsfrage aufgeworfen und es war ihm gelungen, seine Kollegen für sein Vorhaben zu gewinnen (Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", II. Band, Seite 247). Auch dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchensenates in Oesterreich Dr. Franz sagte Bismarck im Juni 1888: „Als ich von Wien nach Berlin mit dem unterfertigten Vertragsinstrumente zurückkehrte, war ich fest entschlossen, meine Demission zu geben, falls dieser mein Schritt nicht die Billigung des Kaisers gefunden hätte, da das Zustandekommen des Oesterreichisch-Deutschen Bündnisses und das Festhalten an demselben den Grundzug meiner ganzer Politik bildete."

[5]) Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", II. Band, Seite 248. — Die „Kölnische Zeitung" erzählt, Bismarck habe, während Graf Otto von Stolberg-Wernigerode in Baden-Baden beim Kaiser geweilt hatte, täglich an den Kaiser geschrieben und jedem seiner Briefe eine Denkschrift beigelegt, die als kleines Meisterstück gilt.

österreichische Bündnis eingenommen, aber „ohne Einfluß auf seinen Vater". Der Abschluß des Bündnisses brachte, wie Marcks[1] hervorhebt, den letzten harten Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler zur Ruhe.

So erfolgte die Unterzeichnung des „Bundes des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung" in Wien am 7. Oktober.[2] Unterzeichnet ist der Vertrag durch Graf Julius Andrássy und den Prinzen Heinrich VII. von Reuß.

Ich lasse nun hier den Vertrag im Wortlaute folgen, der jedoch erst durch die Publikation im Jahre 1888 bekannt wurde:

In Erwägung daß Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und der deutsche Kaiser, König von Preußen, es als ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse durch festes Zusammenhalten beider Reiche im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren, haben Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und der Kaiser von Deutschland, indem Sie einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, Allerhöchst Ihren wirklich Geheimen Rath, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen Andrássy von Csik-Szent-Király und Kraszna-Horka etc. etc.

Seine Majestät der deutsche Kaiser Allerhöchst Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß etc. etc., welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel 1.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von Seite Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

---

1) „Kaiser Wilhelm I.", Seite 355.

2) Laut der Kölnischen Zeitung mit einer Geltungsdauer bis zum 15. Oktober 1884. Für diese Geltungsdauer scheint auch der Wortlaut des Andrássy'schen Entwurfes zu sprechen, der sich im Archiv dieser Familie befindet und den Wertheimer in seinem Werke „Graf Julius Andrássy" (Seite 283) mitteilt. Heinrich Friedjung konstatiert in seinem in der ersten Nummer des „Greif" (1913) veröffentlichten Artikel „Der Inhalt des Dreibundes", daß das Bündnis, wenn keine Kündigung erfolge, automatisch weiterlaufe.

Artikel 2.

Würde einer der hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel 1 dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse.

Artikel 3.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen von beiden hohen Kontrahenten geheimgehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide hohe Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß, sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

L. S. gez.: Andrássy.
L. S. gez.: Heinrich VII. Reuß.

Am Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages wird die Enthebung des Grafen Julius Andrássy und die Ernennung Haymerles publiziert. Am selben Tage wird der österreichische Reichsrat in Wien eröffnet. Die Thronrede enthält keine Allusion auf das vollzogene welthistorische Ereignis, sie konstatiert nur erfreuliche Aussichten auf eine günstige Regelung des Verkehrs- und Handelsverhältnisses mit dem Deutschen Reiche[1], hingegen spricht die Thronrede Franz Josefs des Ersten vom 18. Dezember gelegentlich der Eröffnung der Delegationen schon von einem innigen Einvernehmen mit dem Deutschen Kaiserreiche.

Graf Julius Andrássy teilte am 10. Oktober („im dreizehnten Jahre meiner Regierung, im ersten meiner Freiheit") Bismarck

[1]) Die Zeitungen in Oesterreich-Ungarn und Deutschland erörtern die Notwendigkeit der Anbahnung eines neuen Zoll- und Handelsvertrages; es wird von einigen Seiten auch der Abschluß eines Zollbundes propagiert, dem auch Serbien und Rumänien beitreten sollen. Am 31. Dezember wird der deutsch-österreichisch-ungarische Handels- respektive Meistbegünstigungsvertrag vom Dezember 1879 bis Juni 1880 verlängert.

die Unterzeichnung des Vertrages mit: „Ich war glücklich, mit diesem Federzug meine Ministertätigkeit abzuschließen, wenn auch das Zustandekommen schwierig war, so hoffe ich, daß das Erhalten um so leichter sein wird.“ Bismarck beantwortete diesen Brief erst am 18. Dezember: „Für das schließliche Ergebnis unserer Anstrengungen steht uns die Genugtuung zur Seite, daß zwischen Aachen und Mehadia die Mehrheit der ehrlichen Leute uns dankbar für den Dienst ist, der beiden großen Reichen erwiesen ist — — die Sorge vor Krieg ist überall dem Vertrauen zum Frieden gewichen.“

Am 16. Oktober fand in Berlin eine Sitzung des diplomatischen Ausschusses statt, der Bismarck aus Rücksicht für seine Gesundheit nicht anwohnte. In der Sitzung machte Graf Stolberg im Namen des Reichskanzlers eingehende mündliche, vertrauliche Mitteilungen über den Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich[1]. Er verlas das Vertragsdokument, sowie den Entwurf eines darauf bezüglichen Erlasses an die Deutsche Botschaft in Petersburg und betont nachdrücklichst den friedlichen und defensiven Zweck des Abkommens. Bei dem vertraulichen Charakter dieser Mitteilungen hielt Stolberg eine Berichterstattung des Ausschusses an das Plenum nicht für zulässig und auch der Vorsitzende von Pfretzschner war der Meinung, daß der Ausschuß zu weiteren Schritten nicht veranlaßt sei.

Zwei Tage später wurde das Bündnis zum erstenmal zu öffentlich-amtlicher Diskussion gestellt. Der englische Minister des Auswärtigen Lord Salisbury hielt in Manchester eine Rede, in der er nach einer Erörterung der Politik des Tory-Kabinetts in der orientalischen Frage, vom Vertrag von Santo Stefano an, sagte: „Ich glaube, daß auf der Stärke und Unabhängigkeit Oesterreichs die beste Hoffnung der Stabilität und des Friedens Europas beruht. Was in den letzten wenigen Wochen geschehen ist, rechtfertigt uns zu hoffen, daß Oesterreich, wenn angegriffen, nicht allein dastehen wird. Die Zeitungen berichten — — ich weiß nicht, ob dieselben recht berichten — — daß zwischen Deutschland und Oesterreich eine Defensivallianz errichtet worden ist. Ich will keine Ansicht über die Genauigkeit dieser Nachricht aussprechen, aber ich werde Ihnen und allen, welche den Frieden und die Unabhängigkeit der Nationen schätzen, sagen — — ich darf dies ohne Profanierung sagen — —, daß dies eine gute Botschaft von großer Freude ist (good tidings of great joy)“.[2]

---

[1]) Siehe Dr. Freiherr von Mittnacht: „Erinnerungen an Bismarck“ Seite 41.

[2]) Bismarck hatte in seinem Briefe vom 10. September an den König von Bayern (Gedanken und Erinnerungen, Band II, Seite 241) richtig gefolgert: „Das Deutsche Reich im Bunde mit Oesterreich würde die An-

Nach Unterzeichnung des Vertrages bestand Kaiser Wilhelm darauf, den Abschluß nach Petersburg mitzuteilen. Der Kaiser hielt es, schreibt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“,[1] in seinem ritterlichen Sinne für erforderlich, den Kaiser von Rußland vertraulich darüber zu verständigen, daß er, wenn er eine der beiden Nachbarmächte angriffe, beide gegen sich haben werde, damit Kaiser Alexander nicht etwa irrtümlich annehme, Oesterreich allein angreifen zu können. Mir schien, fügt der Reichskanzler hinzu, diese Besorgnis unbegründet, da das Petersburger Kabinett schon aus unserer Beantwortung der aus Livadia an uns gerichteten Frage wissen mußte, daß wir Oesterreich nicht würden fallen lassen, durch unseren Vertrag mit Oesterreich also eine neue Situation nicht geschaffen, nur die vorhandene legalisiert wurde. Im übrigen bildete die Frage der amtlichen Mitteilung nach Petersburg auch vor der Ratifikation den Gegenstand eines Notenwechsels zwischen Berlin und Wien. Auf die Mitteilung Bismarcks, Kaiser Wilhelm wünsche den Inhalt des Vertrages zur Kenntnis des Zaren zu bringen, erklärte sich Graf Andrássy[2] gegen jede andere Mitteilung, als die, welche die Tatsache eines abgeschlossenen Einvernehmens zur Erhaltung des Friedens und zur gegenseitigen Verteidigung mit Ausschluß jeder feindseligen Absicht gegen irgend eine Macht zu konstatieren hätte. Andrássy ging, als das Verlangen wiederholt wurde, so weit, dem Fürsten Bismarck privat zu schreiben, daß er ohnehin demissioniert habe und es dem Reichskanzler anheim stelle zu versuchen, ob er seinen Nachfolger schmiegsamer finde. Darauf erfolgte (am 15. Oktober) die Ratifikation und eine vertrauliche Mitteilung nach Petersburg in der Form, wie sie von beiden Seiten vereinbart wurde und wie sie Bismarck am 16. Oktober dem diplomatischen Ausschusse hatte zugehen lassen. Gleichzeitig mit dieser diplomatischen Mitteilung ging auch ein Privatschreiben (datiert vom 4. November) des Kaisers nach Petersburg, in welchem Wilhelm I. „seinem lieben Neffen und Freund,“ das Resultat der zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrássy in Gastein und Wien stattgehabten Unterredungen mitteilt: „als Wiederherstellung des Einvernehmens der drei Kaiser, welches Europa seit dem Jahre 1873 so bedeutende Dienste geleistet hat.“ Kaiser Alexander antwortete aus Livadia vom 2./14. November:

---

lehnung Englands nicht entbehren.“ Der Rede Salisburys folgte übrigens eine sehr warme Friedensrede Lord Beaconsfields beim Lordmayor-Bankett in London am 11. November.

[1]) Seite 248.

[2]) Neue Freie Presse, 2. Dezember 1906, L. v. Dóczy: „Andrássy und Bismarck.“

„Ich bin glücklich, konstatieren zu können, daß diese politische Verhandlung durchaus nichts enthält, was meinen Wünschen zuwiderliefe ..... Indem ich mich dem zwischen Deutschland und Oesterreich geschlossenen Bunde anschließe, sehe ich darin gerne die Rückkehr zu der vollkommenen Verständigung der Drei Kaiser die, wie Du mit soviel Richtigkeit bemerkst, Europa die größten Dienste geleistet hat."

Bald darauf erfolgte die Reise des Großfürsten-Thronfolgers nach Wien und Berlin (16. und 17. November) und der Empfang des russischen Staatskanzlers durch den Kaiser in Berlin (30. November) — beiden Gelegenheiten bleibt Bismarck fern, aber die Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Hofe bleiben fortgesetzt gut.

Das Bündnis war geborgen. Per tot discrimina rerum. Der „bis in das Jahr 1852 zurückreichende Wunsch" Bismarcks war erfüllt — die „Ergänzung seines Werkes von 1886"[1], das, wie er selbst Friedjung[2] gegenüber bemerkte, stets sein Ziel gewesen. Die leitenden Persönlichkeiten Oesterreich-Ungarns mit dem Kaiser-König an der Spitze nahmen den Abschluß des Bündnisses freudigst auf[3] — — selbst der für russenfreundlich angesehene Erzherzog Albrecht hat sich sehr indigniert über die Kniffe und Schliche der russischen Politik und erfreut über das Zustandekommen des Bündnisses mit Deutschland ausgesprochen"[4]. Bismarck selbst äußert sich in seinen „Gedanken und Erinnerungen" in dem Kapitel „Der Dreibund" ausführlich über seine Schöpfung. Der Altreichskanzler mahnt sein Volk, der von ihm inaugurierten Politik treu zu bleiben: neben dem defensiven Bunde mit Oesterreich die nachbarlichen Beziehungen zu Rußland zu pflegen, denn „eine sichere Assekuranz gegen einen Schiffbruch der gewählten Kombination (defensiver Bund mit Oesterreich) ist für Deutschland nicht vorhanden, wohl aber die Möglichkeit, antideutsche Velleitäten in Oesterreich-Ungarn in Schach zu halten, so lange die deutsche Politik sich die Brücke, die nach Petersburg führt, nicht abbricht und keinen Riß zwischen Rußland und uns herstellt, der sich nicht über-

[1]) Busch „Unser Reichskanzler", Band I, Seite 449.

[2]) „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland."

[3]) Bei dem parlamentarischen Diner am 4. März 1880 äußerte sich Bismarck (siehe Poschinger: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Band I, Seite 182) dahin, daß auch die österreichischen Militärkreise durchaus mit dem intimen Anschluß der beiden Länder sympathisieren und daß gerade Erzherzog Albrecht, von dem das Gegenteil behauptet werde, eine der besten Stützen des neuangebahnten Verhältnisses sei, das nach aller menschlicher Voraussicht von dauerndem Bestande sein werde.

[4]) „Grenzboten" Nr. 12 vom 18. März 1840. „Zur Geschichte des Deutsch-Oesterreichischen Bündnisses."

brücken ließe. Bismarck verweist sodann darauf, daß „die Bewohner des Donaubeckens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie erstrecken . . . . . . Aber es ist nicht Aufgabe des Deutschen Reichs, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreich-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichtes in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnis ableiten zu wollen, für die es nicht geschlossen ist." Der Reichskanzler protestiert, daß seiner Politik bei Abschluß des Defensivbündnisses aggressive Tendenzen unterschoben werden. Angesichts der in Ungarn und Polen sowie im Klerus der Gesamtmonarchie noch heute bestehenden französischen Sympathien befürchtet Bismarck einerseits die Wiederbelebung jener Beziehungen, die „1863 und zwischen 1866 und 1870 in gemeinsamer Diplomatie und in mehr oder weniger reifen Vertragsbildungen ihren Ausdruck fanden", andererseits die Möglichkeit eines Wettbewerbes zwischen Wien und Berlin um russische Freundschaft: wir dürfen, folgert Bismarck, Oesterreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus den Augen verlieren. Das Kapitel schließt mit den Sätzen: „Der Dreibund hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses; aber ein für jeden Wechsel haltbares ewiges Fundament bildet es für alle Zukunft ebensowenig, wie frühere Tripel- und Quadrupel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die heilige Allianz und der Deutsche Bund. Er dispensiert nicht von dem toujours en vedette!" Bismarcks Politik war in den folgenden Jahren konsequent von dem Bestreben geleitet, ein gutes Einvernehmen mit Rußland herzustellen, was ihm auch trotz der panslavistischen und französischen Hetzereien gelang. Petersburg blieb friedlich gesinnt und Frankreich war isoliert[1]. Die

[1]) Valbert konstatiert 1883 im Maiheft der „Revue des Deux Mondes" offen die Isolierung Frankreichs. Die französische Hetze wendet sich auch mit besonderer Schärfe gegen Oesterreich, und schon in dem 1880 erschienenen Werke „Les coulisses de la diplomatie" wird von der Möglichkeit eines Krieges mit Oesterreich gesprochen. Die französische Geschichtsschreibung prophezeit dem Defensivbündnis lange Dauer. Paul Matter schreibt in seinem Werke „Bismarck et son temps" (III. Band, Seite 310): „Les deux empires sont liés d'un lien, qui se reserre chaque année et

Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice krönte die Friedenspolitik des Altreichskanzlers.

Die Kräftigung des deutsch-österreichischen Bündnisses und die Pflege guter Beziehungen zu Rußland laufen parallel.

In dem Jahre nach Abschluß des Bündnisses dominiert noch immer die Orientfrage (speziell die montenegrinische und die griechische Grenzfrage). England nimmt (wie später bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina) Stellung gegen Oesterreich-Ungarn. Beaconsfield und später Gladstone erschöpfen sich in Angriffen gegen die Donaumonarchie. England wirft die armenische Frage und die Reform der Provinzialverfassung der europäischen Türkei auf.

Es ist die erste Feuerprobe des Bündnisses: Deutschland hält treu zu Habsburg. Obwohl hüben und drüben gewisse Verstimmungen eingetreten sind: in Deutschland beunruhigt die deutschfeindliche Politik des Kabinetts Taaffe, in Oesterreich wird heftig gegen die deutschen Industriezölle, in Ungarn gegen die deutschen Getreidezölle agitiert. Verstimmend wirkt auch die Tatsache, daß der neue Handelsvertrag trotz langwieriger Unterhandlungen noch immer nicht zustande kommen kann[1]. Zu Beginn des Jahres erfolgten wichtige Aeußerungen in den österreichisch-ungarischen Delegationen. Haymerle sagte am 15. Januar in der österreichischen Delegation: „Die innigen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind kein so neues Faktum, als die Begegnung der beiderseitigen Staatsmänner annehmen ließ . . . . Der in Gastein stattgehabte Ideenaustausch konstatierte nicht nur die Gemeinsamkeit der Interessen in allen großen Fragen, sondern eine solche Gleichmäßigkeit der Auffassung dieser Fragen in allen ihren möglichen Konsequenzen, daß die Besprechungen naturgemäß zu einem generellen, innigen Einvernehmen führten. Dieses Einvernehmen ist ein Werk des Friedens. Es bedroht niemanden, im Gegenteil, es soll in Mitteleuropa durch enges Aneinanderschließen zweier bedeutender Mächte einen Kern bilden, an welchen jede Macht, welche die gleiche Tendenz des Friedens und der Beruhigung verfolgt, sich anschließen kann. Dasselbe hat auch an sich solche Festigkeit und Dauer, als irgend eine Form geschriebener Worte ihm verleihen könnte. Es wurzelt

---

dont l'avenir est un mystère". In einer anonymen Flugschrift des Jahres 1879 „Le Prince de Bismarck et sa politique Austro-prussienne" (Seite 14) heißt es: „Die Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist in Deutschland sehr populär, sowohl im Norden als auch im Süden, wo die Eitelkeit der kleinen Souveräne einen Trost darin findet, daß das stolze Haus Habsburg sich vollständig der Politik von Varzin anpaßt und anordnet."

[1]) Die neue Handelskonvention wird erst im Juni 1881 abgeschlossen.

in der Gemeinsamkeit der Interessen, in einer gleichen politischen Auffassung, in der Freundschaft der Souveräne und den Sympathien der Bevölkerung." Zwei Tage darauf äußert sich der Sektionschef des Ministeriums des Auswärtigen v. Kállay in der ungarischen Delegation: gerade in dem Umstande, daß beide Staaten den Frieden wünschen, daß in keinem der beiden Staaten Aspirationen und Wünsche bestehen, welche nur auf Kosten des anderen Staates durchführbar wären, liege die natürliche Notwendigkeit der gegenseitigen politischen Freundschaft, welche zugleich die berechtigte Hoffnung bietet, daß die auf volkswirtschaftlichem Gebiete bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden dürften.

Die alljährlichen Besuche Kaiser Wilhelms am Hoflager Franz Josefs in Ischl, die Reise des Kronprinzen Rudolf nach Berlin, die Fahrt des Prinzen Wilhelm nach Wien, die Begegnungen Bismarcks mit Haymerle und später mit dessen Nachfolger Kálnoky[1] (der nach seinem Amtsantritte vom Deutschen Kaiser in Gastein mit einer hohen Ordensauszeichnung bedacht wird) dokumentieren auch nach außen das Festhalten an dem alten Kurse, und Bismarck kann im Jahre 1882 sein Werk durch die Angliederung Italiens gekrönt sehen.

Vollen Erfolg erzielte der Altreichskanzler mit seinen Bestrebungen, „nachbarlich-freundschaftliche" Beziehungen mit Rußland zu pflegen. Das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum des Zaren Alexander (22. Februar 1880) gibt Anlaß zu einem herzlichen Depeschenwechsel. Kaiser Wilhelm beglückwünscht den Zaren in einem vom Reichskanzler gegengezeichneten Schreiben und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Freundschaft „bis an mein Lebensende" bestehen werde. Am 27. April desselben Jahres begibt sich der kommandierende General des neunten Armeekorps, von Treskow, in feierlicher Mission nach Petersburg, um Kaiser Alexander zu dessen Geburtstage zu beglückwünschen (Kaiser-König Franz Josef hatte ebenfalls einen Feldmarschall-Leutnant an den Zarenhof entsendet.[2] Am 13. März des darauffolgenden Jahres (1881) fällt Kaiser Alexander einem nihilistischen Attentate zum Opfer. Am 22. März feiert Kaiser Wilhelm seinen vierundachtzigsten Geburtstag, zu welchem ihn Zar Alexander III. in einer äußerst warmen Depesche beglückwünscht, bei deren Empfange Kaiser Wilhelm gesagt haben soll: „Vom neuen Kaiser die alte Herzlichkeit, Treue und Freundschaft, das tut wohl!" Am selben Tage reist der Kronprinz als

---

[1]) Ernannt 10. Oktober 1881.

[2]) Auch Haymerle spricht in der österreichischen Delegation von den freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland und betont, Oesterreich-Ungarn suche im Orient nicht überwältigenden Einfluß, sondern gemeinsames Wirken.

Vertreter des Kaisers zur Leichenfeier Alexander des Zweiten nach Petersburg, wo er am 28. März einer Deputation der Deutschen in Moskau gegenüber erklärt, sie könnte ihren Mandanten sagen, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten Tradition geworden sind, daß sie fernerhin fortbestehen werden und daß die Freundschaft der heutigen Generation ebenso dauerhaft sein wird, wie die der alten, die Freundschaft, die nicht bloß für beide Nachbarstaaten, sondern für den Frieden ganz Europas wichtig sei.

Am 9. September erfolgt eine Entrevue Kaiser Wilhelms mit Kaiser Alexander dem Dritten in Danzig. Dies wird in allen Preßstimmen als eine Annährung Rußlands an Deutschland, aber auch an Oesterreich-Ungarn begrüßt. Die Botschaft, mit welcher am 17. November der Reichstag eröffnet wird, konstatiert auch, daß die von gegenseitigem Vertrauen getragenen, engen persönlichen und politischen Beziehungen eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens bilden, auf welche die Politik der Drei-Kaiser-Höfe in Uebereinstimmung gerichtet sei. Das in diese Tage fallende Namensfest des Zaren gibt den Anlaß zu einem Austausch herzlicher Depeschen zwischen dem Zaren und dem Kaiser von Oesterreich. Am 15. September richtete Baron Haymerle an Kaiser-König Franz Josef folgende Depesche[1]: „Graf Kálnoky[2] telegraphiert: Herr von Giers, den ich soeben sah, ist über die gegenseitigen Eindrücke der Danziger Zusammenkunft sehr befriedigt. Kaiser Alexander ist mit den erhöhten Gefühlen der Beruhigung und inneren Zufriedenheit zurückgekehrt, namentlich haben die Weisheit und erwartete Mäßigung der Sprache des Fürsten Bismarck sowohl auf den Zaren, als auch auf Giers einen guten Eindruck gemacht und sie darüber beruhigt, daß er nach keiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolge. Kaiser Wilhelm habe auch die so befriedigende Aeußerung unseres allergnädigsten Herrn in Gastein an Kaiser Alexander mitgeteilt und hinzugefügt, daß er mit Freude eine Bestätigung der ihm bekannten freundlichen Gefühle Sr. k. u. k. ap. Majestät gefunden habe, nachdem faktisch — — und Herr von Giers konstatiert dies — — auf dem Felde der äußern Politik keine beängstigende Frage vorliege. Es habe sich das Gespräch hauptsächlich der sozialistischen Gefahr zugewendet, und auch da habe Fürst Bismarck große Vorsicht und Mäßigung bei Anregung internationaler Maßregeln empfohlen. Herr von Giers sagt, daß die bedeutungsvolle Seite der Danziger Reise darin liege, daß der Zar dadurch an ganz Rußland seinen

[1]) Zum erstenmal publiziert im Budapester „Egyetértés."

[2]) Damals Botschafter in Petersburg.

Willen, eine konservative und friedfertige Politik zu verfolgen, in unzweideutigster Weise kundgegeben habe".

Diese Depesche weckt in Oesterreich-Ungarn ganz ungerechtfertigter Weise ein verstimmtes Echo, und speziell die „Neue Freie Presse" erblickt in den Mitteilungen von Giers an Kálnoky eine bedeutsame und folgenschwere Verschiebung der Beziehungen der drei Kaiserreiche, wirft die Frage auf, warum Fürst Bismarck heute auf die Aufrichtigkeit und Verläßlichkeit Rußlands mehr Vertrauen setzt als vor zwei Jahren und glaubt annehmen zu müssen, daß „das Bündnis mit Oesterreich allein Bismarck nicht mehr genüge." Die Danziger Entrevue wird im nächsten Jahre (mittlerweile war Haymerle gestorben) in der ungarischen Delegation eingehend diskutiert. Sektionschef Kállay äußert sich auf die an ihn gestellten Anfragen dahin, daß sich die Entrevue nicht mit konkreten politischen Fragen beschäftigt habe, sondern im allgemeinen ein friedliches und konservatives Gepräge hatte, wodurch sie zur Festigung des europäischen Friedens beitragen werde — — in Danzig sei übrigens weder eine mündliche noch eine schriftliche Vereinbarung getroffen worden.

Nach Danzig hatte Nikolai Karlowitsch von Giers seinen Monarchen begleitet, da sein Onkel, der ein Vierteljahrhundert die auswärtige Politik Rußlands geleitet, schon seit Monaten schwer krank war. Die tatsächliche Ernennung von Giers erfolgte erst im April 1882. (Gortschakow starb im darauffolgenden Jahre.) Wenn auch die Danziger Entrevue einen Vollbeweis der Friedensliebe des Zaren erbracht hatte, vermochte Ignatiew, der 1881 zum Minister des Innern ernannt worden war, dennoch die Wühlarbeit gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn fortzusetzen. General Skobelew hält in Petersburg und bald darauf in Paris Hetzreden gegen die beiden Kaiserstaaten, speziell gegen Oesterreich[1]; aber schon stürzt der allgewaltige Menteur Pacha, und die Friedenspolitik von Giers kann sich voll und ganz durchsetzen. Er begibt sich Mitte November auf ein paar Tage zu Bismarck[2], eine Reise, die zu dem Drei-Kaiser-Verhältnis führte, das gemeinsam mit dem Dreibund Jahre hindurch Europa die Segnungen des Friedens sicherte. Nach dem Besuche von Giers spricht

[1]) Giers läßt Kálnoky sein Bedauern über diese Reden aussprechen.

[2]) An diese Reise knüpfte sich selbstverständlich in der deutschen, russischen und österreichisch-ungarischen Presse eine lebhafte Diskussion; interessant ist, was die Frankfurter Zeitung hierzu schrieb („Geschichte der Frankfurter Zeitung" Seite 508): „Die Reise des Herrn v. Giers veranlaßt den deutschen Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß das deutsch-österreichische Verhältnis gewisse verpflichtende Bedingungen enthalte. Diese Kundgebung soll Rußland zur Warnung, Italien zur Nachahmung, Oesterreich zur Mahnung dienen".

sich der Deutsche Kaiser (am 28. November) bei Gelegenheit des Empfanges des Präsidiums des preußischen Abgeordnetenhauses sehr günstig über den Weltfrieden aus und gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die guten Beziehungen zu Rußland gesichert seien. Auch zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bessert sich das Verhältnis, und im darauffolgenden Jahre kommt es zu warmen Freundschaftsbezeugungen zwischen diesen beiden Monarchen. Kaiser Franz Josef konnte die Delegationen mit dem feierlichen Hinweis auf die erfreuliche Uebereinstimmung der drei Monarchen und ihrer Regierungen eröffnen.

Die Werbekraft des Werkes Bismarcks sieht am Ende des Jahres 1883 auch Rumänien[1] und Serbien[2] im Lager des Dreibundes, der ein Jahr vorher verbrieft worden war.

[1]) Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hatte im September mit Bismarck in Gastein und dann mit Kálnoky in Wien verhandelt.

[2]) König Milan wohnt auf Einladung des Deutschen Kaisers im Herbst den großen Kaisermanövern um Homburg bei.

Der Anschluß Italiens

Zwischen Deutschland und Italien bestand zur Zeit, als Bismarck im Schönbrunner Kaiserschlosse zu Wien seine Unterschrift auf den Vertragsentwurf setzte, trotz manchen Zwischenfällen, die sich seit 1866[1] ergaben, das beste Einvernehmen — — nichts natürlicher, als daß der Altreichskanzler schon bei der Geburt des Zweibundes an einen Anschluß Italiens dachte. Dies beweist wohl am besten die Tatsache, daß der Fürst, noch bevor er den Grafen Andrássy nach Gastein lud, (im August 1879) dem italienischen Ministerpräsidenten Grafen Cairoli, der ihm in Gastein einen Besuch abstattete, von seinen Plänen Mitteilung machte und ihm eröffnete, Itálien sei ihm als Dritter im Bunde jederzeit willkommen[2]. In Italien machte der Exminister und Senator Jacini lebhafte Propaganda für eine Friedensliga zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien[3] — — im allgemeinen jedoch löst die Kunde von dem Abschlusse des deutsch-österreichisch-ungarischen Schutz- und Trutzbündnisses in Italien eine feindselige Stimmung aus, und Crispi kann in Palermo unter stürmischem Beifall die Worte sprechen: „Nous é avons éthumiliés à Berlin et traités comme le dernier peuple de l'Europe, nous y avons été bernés, déshonorés[4]!“

---

[1]) Crispi machte aus seiner Ueberzeugung, daß der Nikolsburger Friede dem Gefühl des italienischen Volkes nicht ganz entsprach, niemals ein Hehl: „Man gab uns Venezien innerhalb seiner damaligen Verwaltungsgrenzen, und der östliche Alpenkranz blieb uns versagt,“ klagt er in seinem Tagebuche — — daß es so kam, war seiner Ueberzeugung des dritten Napoleon Schuld.

[2]) Dem gegenüber behauptete Nigra nach dem Tode Bismarcks einem Interviewer gegenüber, die Idee des Anschlusses Italiens sei erst später aufgetaucht.

[3]) Siehe „Bismarck zwölf Jahre deutscher Politik“ Seite 157.

[4]) Die Ergebnisse des Berliner Kongresses werden in der gesamten Presse Italiens als eine Niederlage des jungen Königreiches behandelt: Italien war in Berlin so klein, als Piemont in Paris groß gewesen. Graf Corti, der Italien in Berlin vertrat, wurde für die Erfolge des Grafen Andrássy verantwortlich gemacht. Sofort waren die Irredentisten am Werke; die Volksversammlungen der „Roten“, denen Menotti Garibaldi präsidierte und die Barsantivereine hetzten gegen Deutschland, speziell aber gegen Oesterreich. Erst das Attentat auf den König in Neapel (17. November 1878) bringt einen radikalen Umschwung der Stimmung.

Die Verhältnisse sind einer Verständigung durchaus nicht günstig. Die von Italien in Albanien[1] geschürten Unruhen, dann die Agitation der Irredenta in Südtirol und Triest nehmen Dimensionen an, die schon bedrohlich genannt werden können. Wohl erschöpft sich die italienische Regierung Oesterreich gegenüber in den bündigsten Erklärungen, daß sie diese Wühlereien mißbilligt, doch unternimmt sie absolut keinen Schritt, diese einzudämmen. Verstimmend wirkt eine Flugschrift des österreichischen Militärattachés Haymerle (eines Bruders des Gesandten in Rom) „Italicæ res", die mit den Worten schließt: „Buben, entweder seid ihr ruhig oder ihr bekommt Schläge!" Die Italiener antworten mit der Streitschrift „Pro Patria", in welcher sie nicht weniger als Istrien, Triest, das ungarische Litorale und einen Teil Kroatiens verlangen.

Im Juni bessern sich vorübergehend die Verhältnisse. Am 24. Juni werden bei der feierlichen Einweihung des Beinhauses von Custozza zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn Freundschaftsbezeugungen ausgetauscht. Der österreichisch-ungarische Feldmarschall-Leutnant Graf Thun, der der Feier beiwohnt, erklärt in einer Rede, die gemeinsame Beisetzung der Gebeine der Tapferen beider Armeen sei ein Beweis für die zwischen beiden Regierungen und Ländern bestehende Freundschaft. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern Villa an die Präfekten, in welchem diese aufgefordert werden, jede Manifestation zu Gunsten der Italia Irredenta hintanzuhalten[2], macht in Oesterreich besten Eindruck. Um dieselbe Zeit weckt der Besuch, welchen der König von Italien und sein Bruder, der Prinz Amadeo, dem deutschen Kronprinzen, der mit seiner Familie in Pegli bei Genua weilt, italienfreundliches Echo. Aber schon brechen im Dezember, ausgehend von der Ermordung des italienischen Konsuls in Sarajevo und von den Demonstrationen bei dem Begräbnis des Präsidenten des Vereins Italia Irredenta, des Generals Avezzana (der am ersten Weihnachtstage starb), solche Unruhen aus, daß sich Oesterreich-Ungarn im Februar 1880 gezwungen sieht, größere Truppenmassen nach Südtirol zu werfen. Die Maßnahmen Oesterreich-Ungarns wirken: die

[1]) Seit der Reise Königs Humberts nach Petersburg 1877 wollen trotz allen offiziösen Versicherungen der italienischen Regierung die Gerüchte, daß bezüglich Albaniens ein Spezialübereinkommen zwischen Rußland und Italien bestehe, nicht schwinden. Siehe hierüber auch die 1878 in München erschienene Flugschrift „Graf Andrássy auf der Anklagebank der Delegationen": „Graf Andrássy war in Kenntnis, daß Italien seine aktive Freundschaft gegen einen gewissen Kaufpreis dem Zarenreiche förmlich aufdrängte" (Seite 18).

[2]) Das Rundschreiben hob den großen Wert hervor, welchen die Regierung auf das gute Einvernehmen mit dem benachbarten Kaiserstaate lege.

italienische Regierung tritt der auch ihr gefährlich werdenden Agitation energisch entgegen und schon im März konnte Ministerpräsident Cairoli in der Kammer unter dem Beifalle seiner Majorität einer austrophilen Politik das Wort reden. Er erklärte: Italien sei nicht isoliert und befinde sich in den normalen Verhältnissen einer Macht, welche die Erhaltung des Friedens anstatt kompromittierender Allianzen anstrebe, ohne Freundesdienste und Erleichterungen in besonderen Fragen auszuschließen. Vertragstreue und andere Erwägungen rieten Freundschaft mit Oesterreich an. Diese Freundschaft werde nicht durch die ohnmächtigen Deklamationen derjenigen getrübt werden, welche durch die Träume törichter Unternehmungen die Früchte hundertjähriger Opfer gefährdeten. Oesterreich habe selbst mit freimütigen und freundschaftlichen Erklärungen den Eindruck des Mißtrauens beseitigt, welches durch die Annahme imaginärer Gefahren erweckt worden sei. Noch schärfer nimmt Minister Depretis gegen die Italia Irredenta Stellung: „Wir haben eine Italia Irredenta, nämlich bezüglich des Fortschrittes der Landwirtschaft und bezüglich der Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse und zur Lösung der sozialen Frage“ und betont, die Regierung werde jeden, die internationalen Beziehungen kompromittierenden Akt und jede republikanische Agitation, deren Bedeutung übrigens sehr gering sei, energisch verhindern.

Bald darauf wurde der Generalsekretär des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten Graf Maffei [1] ermächtigt, in Berlin offiziös Fühlung zu nehmen „betreffs der Möglichkeit, den Beziehungen zwischen Italien nnd Deutschland den Charakter größerer Vertraulichkeit zu geben und auf ein wirkliches Bündnis hinzuarbeiten“. Fürst Bismarck hatte ihm darauf geantwortet, daß der Weg nach Berlin über Wien führe [2]. Und so wurden zwischen Rom und Wien im August direkte Verhandlungen eingeleitet, die Haymerle, der ausgezeichnete Verbindungen in Rom hatte, und dort als warmer Freund des jungen Königreiches galt, nach besten Kräften förderte. Auch der Besuch, den Haymerle im September bei Bismarck in Varzin abstattete, galt der Frage des Anschlusses Italiens. Die Verhandlungen gedeihen so weit, daß in der englischen Presse bereits die Nachricht auftaucht, das Dreierbündnis sei vollzogene Tatsache [3]. Dies stimmt wohl nicht, doch müssen schon damals

[1]) Ueber diese Verhandlungen siehe Crispis Memoiren, Seite 122, ff.

[2]) Bismarck hatte auch schon früher dem Botschafter De Launay zu verstehen gegeben, Triest müsse österreichisch bleiben.

[3]) Im Oktoberheft der „Contemp. Rev.“ wird ein Artikel publiziert „Outidinos: The triple-alliance and Italys place in it“, mit einem Ausspruche Gladstones, Italiens Anschluß an den Dreibund sei „a gigantic piece of tomfoolery“.

gewisse Abmachungen getroffen worden sein, die sich auch in einer Restringierung der Grenztruppen offenbaren. Der formelle Abschluß eines Bündnisses mag damals noch an der entschieden franzosenfreundlichen Gesinnung Cairolis gescheitert sein. Als aber 1881 der Bardovertrag (12. Mai), durch den Frankreich sich Tunis bemächtigte, den Rücktritt Cairolis[1] zur Folge hatte, und dann auch noch gelegentlich der Rückkehr der Truppen aus Tunis italienische Arbeiter in Marseille mißhandelt wurden, entschloß sich König Humbert zu einem gründlichen Wechsel in der Richtung der auswärtigen Politik Italiens. Schon vor der Ratifizierung des Bardovertrages (15. April 1881) warnt die „Nouvelle Revue" die französische Regierung: „Il ne faut pas qu'un malentendu ait des conséquences qu'il serait un jour trop tard de regretter". Und am 1. Juli schreibt Madame Adam in derselben Revue: „L'Italie n'est pas notre amie: elle attend avec impatience le moment, où une crise intérieure éclatant chex nous lui permettra de se ranger impunément du coté de nos ennemis." Gleichzeitig schrieb die „Rassegna settimanale": „L'amicizia coll'Austria é per noi una condizione indispensabile per una politica concludente ed operosa"[2].

Der König reist mit der Königin Margherita, begleitet vom Premierminister Depretis[3] und dem Minister des Auswärtigen Mancini, Ende Oktober nach Wien[4]. An diese Entrevue knüpft sich im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation eine interessante Debatte. Sektionschef Kállay erklärte, laut der Zeitungsberichte, auf mehrfache Anfragen, die Initiative zum Besuche des Königs von Italien sei ausschließlich von Italien ausgegangen, weshalb das Wiener Auswärtige Amt zu einer Erklärung der Motive dieser Reise nicht kompetent sei; soviel könne aber ebenso aus den äußeren, wie aus den inneren Verhältnissen Italiens nicht ohne Grund gefolgert werden, daß Italien seine Annäherung an unsere Monarchie als hauptsächlich in seinem eigenen Interesse gelegen betrachtet — — „denn was uns betrifft, wir haben von Italien nichts zu verlangen und auch nichts zu befürchten". Graf Julius Andrássy greift eben-

---

1) Gelegentlich seines Rücktrittes sagte Cairoli zum französischen Gesandten: „Ich war der letzte italienische Minister, der Frankreich geliebt hat". Siehe Oncken „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", Seite 891.

2) Näheres hierüber Kapitel VI in dem Werke des Senators Luigi Chiala „Pagine di Storia Contemporanea", 1898.

3) „Journal des Débats" bemerkte hämisch: „Ça ne sera pas un spectacle peu curieux que de voir M. Depretis, l'ancien irrédentiste accompagner à Vienne son Souverain, qui sans doute ne va pas parler à l'Empereur d'Autriche de la cession de Trente et de Trieste".

4) Nach Rom zurückgekehrt, empfangen den König rote Plakate mit der Aufschrift „Nieder mit der Monarchie und dem österreichischen Oberst"!

falls in die Debatte ein: die italienische Irredenta sei viel eher eine Gefahr für Italien als für uns; hätte die Irredenta vermocht, Italien zu einem Kriege gegen Oesterreich-Ungarn zu bringen und hätte in diesem Italien gesiegt, dann wäre dies auch ein Triumph der republikanischen Partei gewesen, welche diesen Sieg hervorgerufen hatte, wäre aber Italien unterlegen, dann wäre dies auch für die Dynastie verhängnisvoll gewesen; er ist demnach von der Aufrichtigkeit der italienischen Freundschaft, sowie davon vollständig überzeugt, daß in diesem Augenblicke nicht wir unsere italienische Grenze verteidigen, sondern die italienische Regierung die ihres Landes. Eine lückenhafte Wiedergabe der Rede Kállays in den Wiener Blättern [1] veranlaßt diesen spontan den italienischen Botschafter am Wiener Hofe Grafen Robilant aufzusuchen, ihm sein Bedauern über diese Zeitungspublikationen auszusprechen und folgende authentische Legende seiner Erklärungen abzugeben: „Unsere Monarchie unterhielt stets trotz der irredentistischen Bewegung freundschaftliche Beziehungen zu Italien. Indem der König von Italien die Initiative zu einem Besuche ergriff, bezeugte er die Existenz dieser Beziehungen. Die öffentliche Meinung und die Presse beider Länder beweisen das Gelingen dieser Entrevue. Keinerlei besondere politische Fragen wurden erwogen, noch sind solche aufgetaucht. Das Ergebnis dieses Besuches ist, daß wir weder auf der einen noch auf der anderen Seite etwas zu wünschen oder zu befürchten haben". Auch Graf Julius Andrássy erschien im Palais des Grafen Robilant, um, wie eine die Erklärungen der beiden Staatsmänner mit Befriedigung zur Kenntnis nehmende halbamtliche Note der Agenzia Stefani vom 10. November mitteilt, die „freundschaftlichsten und herzlichsten" Erklärungen zu erneuern. Der österreichisch-ungarische Botschafter am Quirinal Graf Wimpffen hatte dem Minister Mancini in Rom ebenfalls den authentischen Text der Rede Kállays sowie die Tatsache mitgeteilt, er sei gleichzeitig beauftragt worden, die Versicherung der aufrichtigsten Herzlichkeit der Gesinnungen und Dispositionen Oesterreich-Ungarns gegenüber Italien zu geben. Gleichzeitig hatte Kállay in einer Plenarsitzung der Delegation eine Erklärung abgegeben, Oesterreich-Ungarn, dessen Beziehungen zu Italien durch keinerlei egoistische Rücksichten bestimmt seien, habe zu der jüngst erfolgten Annäherung bereitwillig die Hand geboten. Und Graf Julius Andrássy fügte hinzu, er habe als Minister des Auswärtigen den Grundstein zu dieser Politik gelegt, welche sich bis heute so glücklich entwickelt hat; er war

---

[1]) Kállay hatte seine Rede in einer geschlossenen Ausschußsitzung gehalten.

auch während seiner ganzen Ministerlaufbahn der Ueberzeugung gewesen, Eintracht und ein freundschaftlich-inniges Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien seien ein großer wichtiger Faktor des europäischen Gleichgewichtes.

Die Annäherung an Oesterreich-Ungarn wird in Italien angesichts der „Perfidie Frankreichs" bei allen Parteien (die ultraradikal-republikanische ausgenommen) mit großen Sympathien begrüßt. Die Tatsache der Annäherung, die Debatte in der ungarischen Delegation, sowie eine Erklärung Bismarcks bei der zweiten Lesung des Etats im Deutschen Reichstage (29. November)[1] werden in der italienischen Kammer zur Diskussion gestellt. Massari führt aus, das ganze Land begrüße die Reise des Königs nach Wien mit begeistertem Beifall und wünscht, die Minister mögen die Zweifel bezüglich der Verwirklichung der von der Reise erwarteten guten Folgen zerstreuen. Sonnino erblickt in der Wiener Reise den Beginn eines rationellen Systems von Allianzen und meint, man müsse in ein Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland als mit nützlichen Alliierten ohne Bedenken eintreten. Mancini, der hierauf das Wort ergriff, erklärte: „Als er das Portefeuille für Auswärtiges übernahm, seien die wohlwollenden Beziehungen zu Frankreich durch die Marseiller und Tuniser Ereignisse erschüttert, die Beziehungen zu Deutschland zwar regelmäßige aber von einem unerklärlichen Mißtrauen imprägniert gewesen. Der einstimmige Wunsch des italienischen Volkes sei es gewesen, in Wien und Berlin alles Mißtrauen zu zerstören und Freundschaft zwischen den drei Völkern zu knüpfen. Wir begannen in Wien, nachdem wir die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß Oesterreich von dem gleichen Wunsche beseelt sei, als wir. Die Entrevue hatte Erfolg und trug den Stempel großer Herzlichkeit und politischer Höflichkeit. Unsere Annäherung an Oesterreich involviert keine Feindschaft gegen irgend jemanden, was ja auch der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich beweise. Unsere Beziehungen zu Deutschland sind jetzt nicht allein regelmäßige, sondern auch sehr wohlwollende und haben sich in der letzten Zeit noch gebessert". Der Minister machte sodann der Kammer ausführliche Mitteilungen über Botschaftsberichte, welche besagen, Fürst Bismarck betrachte jeden Oesterreich geleisteten Freundschaftsdienst als an Deutschland gerichtet. Ueber die jüngsten Ausführungen Bismarcks äußerte sich der Minister dahin, diese seien als Folge einer oratorischen Exkursion durch mehrere Völkerschaften Europas zu betrachten, um darzutun,

[1]) „Ist in Italien nicht von Ministerium zu Ministerium der Schwerpunkt immer mehr nach links geglitten? So daß er ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gleiten kann?"

daß der Liberalismus überall ein maskierter Republikanismus sei, worauf aus Freundschaft für Deutschland Schweigen und absolute Reserve die beste Antwort sei. Und am letzten Tage der Debatte teilt der Minister der Kammer mit, er habe vor einigen Stunden ein Telegramm erhalten, in welchem Fürst Bismarck ihm für seine jüngsten Erklärungen in der Kammer danken lasse: die Auffassung seiner Aeußerungen durch die italienischen Minister stehen im vollen Einklang mit der Auffassung dessen, der sie getan und man dürfe weder an seinen freundschaftlichen Gefühlen und Absichten Italien gegenüber, noch auch an der Aufrichtigkeit seiner Wünsche für die erlauchte, dem deutschen Kaiserhause so enge verbundene Dynastie zweifeln.

Der Inhalt des Vertrages ist bis heute ein sorgsam gehütetes Geheimnis der drei Staatskanzleien geblieben — — ja es wird Bismarck der Ausspruch zugeschrieben, der Inhalt des Dreibundes werde niemals, auch nicht im Falle seiner Auflösung vollständig an die Oeffentlichkeit treten[1]. Das genaue Datum des formellen Abschlusses ist bis heute amtlich nicht bekanntgegeben worden, vielleicht auch aus Rücksicht auf den Vatikan. Eine authentische Mitteilung über dieses Datum gibt Crispi[2], der erklärte, der Beitritt Italiens sei am 20. Mai 1882 erfolgt, unter besonderen Bedingungen[3], die Staatsgeheimnis sind, der Vertrag selbst sei kein gegenseitiger Neutralitätsvertrag, wie ihn Oesterreich-Ungarn zuerst gewünscht, sondern eine „Garantie betreffs der Unantastbarkeit des Territorialbesitzes der drei Mächte". Dieses Datum bezeichnet auch Staatsminister von Brauer, der letzte noch lebende Mitarbeiter Bismarcks, der an den Verhandlungen mitgewirkt hat, in einem an den Verfasser gerichteten Schreiben als richtig: Der Geburtstag des Vertrages ist in den sonst so unzuverlässigen und gehässigen „Diplomatischen Enthüllungen" von J. Hansen richtig angegeben — — es ist der 20. Mai 1882, nicht der 2. Januar, wie Blum[4] angibt. Die Unterzeichnung — — einer Meldung der „Italia" zufolge sollen drei identische Protokolle ausgetauscht worden sein — —

---

1) Siehe Julius v. Eckardt „Berlin-Wien-Rom" (Leipzig, Duncker und Humblot 1892), Seite 129.

2) In seiner zu Florenz am 8. Oktober 1890 gehaltenen Rede.

3) Die Bedingung, die Italien stellte, auch seine Aspirationen im Mittelmeer in den Vertrag aufzunehmen, wurden sowohl von Deutschland, als auch von Oesterreich-Ungarn abgelehnt. Näheres hierüber in dem Artikel von Alexander Blaskovich „Unsere Monarchie und Italien" in der Nummer der ungarischen Zeitschrift „Nyugat" vom 1. September 1913.

4) Band V, Seite 297 und übrigens auch Busch „Tagebuchblätter, Band III, Seite 353.

war in Wien durch Kálnoky, den Prinzen Reuß[1] und Robilant vorgenommen worden. Dem Abschlusse sind langwierige Verhandlungen in Wien und Rom und auch in Berlin vorangegangen, die oft auf Monate unterbrochen wurden. Knapp nach dem Besuche des italienischen Königspaares schien es, als sollte der Vertrag schon unterzeichnet werden. König Humbert war von dem Ergebnis der Reise außerordentlich befriedigt. Chiala konstatiert in seinem öfters angezogenen Buche auf Grund „unveröffentlicher Dokumente", Kaiser-König Franz Josef und dessen Regierung hätten „über gewisse sehr delikate Fragen absolutes Stillschweigen bewahrt, was den König und dessen Minister förmlich entzückte". Einigermaßen verstimmend wirkte der negative Verlauf der Verhandlungen über einen Gegenbesuch Franz Josefs des Ersten. Die italienische Regierung bestand darauf, daß dieser Gegenbesuch „in Rom oder gar nicht" erfolge. Als das Wiener auswärtige Amt Turin vorschlug, und Kálnoky dem Grafen Robilant gegenüber diesen Vorschlag damit unterstützte, daß er sagte, Turin sei die Wiege des Hauses Savoyen, soll Graf Robilant geantwortet haben: „Die Wiege wohl, aber nicht das Bett!" Das erwähnte Mißverständnis betreffend eine Rede Kállays wurde zwar offiziell aufgeklärt, daß dies aber in Rom nicht vollauf befriedigte, geht aus einem (von Chiala publizierten) Privatbriefe des Grafen De Launay hervor, in welchem sich die Worte finden: „La cicatrice resta" (Die Narbe bleibt). Anfangs Dezember 1881 schrieb De Launay in einem anderen Briefe: „Seit dem Aufenthalte unserer Majestäten in Wien läßt die Haltung des Berliner Kabinetts vieles zu wünschen übrig". Und am 13. Januar 1882 benachrichtigte De Launay einen Freund in Rom, er glaube nicht, daß man in Berlin und in Wien sich hic et nunc aussprechen werde, da man offenbar Beweise der Gesinnungsfestigkeit Italiens haben wolle. Speziell nach dem Sturze Gambettas nahm Bismarck eine abwartende Haltung ein. Das Substrat der Verhandlungen bildete ein Entwurf Mancinis, der für die Konzessionen in der Balkanfrage volle Wahrung der Interessen Italiens in den Fragen der Mittelmeerpolitik verlangte. Anfangs April nahmen die Verhandlungen einen rascheren Verlauf. Bismarck hatte mehrfache Besprechungen mit dem Grafen De Launay, und bald kam ein Entwurf zustande, den Graf Robilant als „Ultimatum Deutschlands und Oesterreichs-Ungarns" nach Rom sandte. Mancini gab telegraphisch seine Zustimmung und richtete auch an den Grafen

---

[1]) Prinz Reuß soll bei der Unterzeichnung des Vertrages die Worte gesprochen haben: „Que Dieu bénisse cette oeuvre de paix!" (Siehe Luigi Chiala: „Pagine di Storia Contemporanea", Storia Seite 311).

Robilant ein Schreiben, in welchem er ihn zu dem erreichten Resultate beglückwünscht. Weder Robilant noch De Launay teilten die Begeisterung ihres Chefs. Letzterer sagte, als ihm der Text des Vertrages mitgeteilt wurde: „Au reste, ce traité vaudra pour nous autant que nous saurons nous mettre en mesure de le faire valoir".

Senator Chiala, dessen Buche „Pagine di Storia Contemporanea" (1888) auch die obigen Mitteilungen entnommen sind, behauptet, der Vertrag, dessen Giltigkeit auf fünf Jahre anberaumt wurde, verpflichte in seinem ersten Teile die Regierungen der Vertragsmächte, „im Innern eine konservative Politik zu befolgen, damit das monarchische Prinzip gestärkt und die soziale Ordnung aufrechterhalten werde." Chiala glaubt ferner annehmen zu können, der Vertrag enthalte eine „geheime" (?) Klausel auch für den Fall, wenn einer der vertragschließenden Staaten die Offensive ergreifen sollte. Demgegenüber steht die Auffassung in Deutschland und Oesterreich: Der Dreibund habe rein defensive Ziele, schütze keine Offensive und statuiere als casus fœderis nur den Fall, wenn eine der drei verbündeten Mächte angegriffen werden sollte. Da auch der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn keinen Punkt für den Fall eines offensiven Vorgehens der kontrahierenden Staaten enthält, dürfte der Dreibundvertrag gleichfalls keine Vereinbarung für diesen Fall stipulieren[1]. Im August 1882, also schon nach Abschluß des Dreibundes kommt es wieder zu irredentistischen Unruhen in den italienischen Provinzen Oesterreichs (Attentat gegen den Erzherzog Karl Ludwig, den Protektor der Ausstellung in Triest), die eine gewisse Verstimmung hervorrufen. Die deutsche Presse warnt die italienische Regierung: die italienischen Aspirationen seien nach dieser Seite hin geradezu töricht, indem Italien beim ersten ernsthaften Versuche in Triest nicht nur auf die Spitze des österreichischen, sondern auch des deutschen Schwertes treffen würde. Im September 1882 das Bombenattentat Wilhelm Oberdanks. Die Erschießung Oberdanks hat Tumulte in Rom, Mailand, Turin und Bologna zur Folge, die jedoch von der Regierung energisch unterdrückt werden. Just in diese stürmischen Tage fielen die italienischen Wahlen (29. Oktober), deren glänzendes Ergebnis ein vernichtendes Urteil gegen die Irredenta war.

Am 13. März 1883 machte Mancini der zweiten Kammer offizielle Mitteilungen über den Anschluß Italiens an den Zweibund Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, und alle fünf

---

[1]) Siehe auch die Artikel Josef Vészis „Wie Italien in den Dreibund kam" im „Pester Lloyd" vom 17. und 19. Mai 1893.

Führer der oppositionellen, monarchistischen Linken: Cairoli, Crispi, Nicotera, Zanardelli und Baccarini (von da an Pentarchen genannt) erklären ihr Einverständnis mit dem Anschluß an die Zentralmächte [1]. Mancini verdammt bei dieser Gelegenheit das Treiben der Irredenta so unumwunden, wie noch nie: „Darum, weil einige Gebietsteile in Oesterreich italienisch sind, sollen wir sie von Oesterreich verlangen? Ja, dann müßten wir mit Frankreich und England wegen Nizzas, Korsikas, Maltas ganz dasselbe tun. Deutschland müßte von Oesterreich und Rußland deren deutsche Provinzen fordern und ganz Europa würde in einen entsetzlichen Krieg hineingezogen. An die Möglichkeit solchen Aberwitzes glauben die Bannerträger der Irredenta selber nicht. Nein, ich will die harte Wahrheit aussprechen: Was sie wollen ist nicht Triest und Trient, sondern der Untergang der Monarchie, dieser Einrichtung, an der die Nation mit ihrem Herzblut hängt. Diese unverschämten Anschläge einer frechen, verschwindenden Minderheit finden im Ausland die gebührende Würdigung". Die Kammer nimmt die Enunziationen Mancinis etwas kühl auf und die Debatte schließt ohne eine bestimmte Erklärung der Kammer. Am 11. April verwahrt sich Mancini in der Kammer gegen die Annahme, als ob das neue Bündnis gegen England oder Frankreich gerichtet wäre: „Die Regierung .... wird aber auch gute Beziehungen mit England [2] pflegen und mit größter Sorgfalt das Verhältnis zu Frankreich zu einem wirklich freundschaftlichen zu gestalten suchen, denn eines schließt das andere nicht aus". Challemel-Lacour, der Minister des Aeußern im Kabinett Ferry, gibt auf die Interpellation des Herzogs von Broglie eine verärgerte Antwort [3], Valbert [4] nennt den Dreibund eine gegen Frankreich gerichtete „Heilige Hermandad", und die in Paris weilenden italienischen Radikalen demonstrieren bei einer Garibaldi-Gedächtnisfeier gegen den Anschluß Italiens an Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Ende März beantwortet der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause eine Interpellation Helfys (Mitglied der italien-freundlichen äußersten

---

1) Siehe Otto Speyer „Das Königreich Italien in den Jahren 1879 bis 1886" („Unsere Zeit", Jahrgang 86, Band II, Seite 558).

2) Bald darauf ist auch ein Einvernehmen mit England erzielt, und dieses bereitet (wie Oncken im „Zeitalter des Kaisers Wilhelm", Seite 900 schreibt) dem Minister Mancini die Genugtuung, ein Wort wahr zu machen, das er dreißig Jahre früher als Professor vom Lehrstuhl herab gesprochen hatte, das Wort nämlich: wenn Italien seine Einheit errungen hat, wird es alles aufbieten müssen, um Kolonien zu gründen.

3) „Wir sehen in der Annäherung Italiens an Deutschland und Oesterreich nichts, was uns beunruhigt oder bedroht" (1. Mai 1883.)

4) „Revue des Deux Mondes", LVII, Seite 281.

Linken) über den Dreibund, bei welcher Gelegenheit er den Anschluß Italiens als vollendete Tatsache konstatiert, ohne über die Bedingungen des Anschlusses Näheres zu sagen. Die deutsche, sowie die liberale Presse Oesterreichs und die Budapester Zeitungen widmen der Anmeldung des Abschlusses des Dreibundes in Rom und Budapest warme Worte (die „Nationalzeitung“ schreibt: „Das große Ereignis des Tages ist die Nachricht von der Herstellung eines zentraleuropäischen Friedensbundes“), die französischen Blätter hingegen veröffentlichen wahre Brandartikel. (Der „Temps“ schreibt: „Deutschland, Oesterreich und Italien seien imstande, Europa den Frieden aufzuzwingen“). Große Aufregung herrscht im Vatikan, wo man bis zum letzten Momente glaubte, Franz Josef werde nie seine Einwilligung zu einem Vertrage mit dem Hause Savoyen geben, und diese Aufregung steigert sich noch, als sich die Prinzessin Isabella von Bayern, die Tochter des verstorbenen Prinzen Adalbert, mit dem Herzog Thomas von Savoyen verlobt. Besten Eindruck machte in Italien auch die in Deutschland für die schwer heimgesuchte Insel Ischia eingeleitete Aktion, welche über eine halbe Million Lire ergeben hat. Und als einen Monat später der Deutsche Kronprinz in Italien weilt (zweimal: auf der Hin- und Rückreise nach und von Madrid [1]), findet er einen enthusiastischen Empfang [2].

1887 wieder auf fünf Jahre erneuert, wurde der Dreibund schon im Juni 1891 durch Rudini bis 1897, dann von 1897 bis 1902 verlängert. Im Jahre 1902 unterzeichnete das Kabinett Zanardelli die Erneuerung. Der Ablauf des jüngsten Vertrages war für den 8. Juni 1914 vorgesehen [3]. Es war (laut einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers vom 22. Oktober) vereinbart worden, daß ein Jahr vorher die Entscheidung darüber zu treffen sein werde, ob eine der drei Mächte von ihrem Kündigungsrechte Gebrauch machen oder ob der Vertrag unver-

---

[1]) Als sich der Kronprinz in Genua nach Madrid einschiffte, begrüßte ihn ein russisches Geschwader — — ein Beweis für die damaligen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

[2]) Als der Kronprinz Italien verläßt, ruft ihm am Bahnhofe (in der Mitternachtsstunde des 20. Dezembers) Mancini die Worte nach: „Die Glückwünsche ganz Italiens begleiten Eure Kaiserliche Hoheit!“

[3]) Pierre Albin gibt in „Les Grands Traités Politiques“ andere, jedoch kaum stichhaltige Daten an. In der vom Botschaftssekretär Maurice Herbette gezeichneten Note heißt es: Der Dreibund sei 1891 auf zwölf Jahre bis zum 20. Mai 1903 mit der Möglichkeit eines Austrittes mit Ende des sechsten Jahres erneuert worden. Am 28. Mai 1902 soll sodann die Verlängerung bis zum 20. Mai 1915 beschlossen worden sein. Nach allen vorliegenden offiziösen Meldungen stimmen jedoch diese Daten nicht.

ändert oder mit gewissen Veränderungen (speziell in maritimer Hinsicht) verlängert werden soll. Aber die politischen Wirren des Jahres 1912 veranlaßten die Dreibund-Mächte, um „vor aller Welt ihre enge Geschlossenheit zu erweisen", am 7. Dezember den Vertrag schon eineinhalb Jahre vor dem Ablauf ohne jede Abänderung, aber unter selbstverständlichem Einschluß der Bürgschaft für Italiens neuen libyschen Besitz zu erneuern. Das italienische Blatt „Vita" begrüßte die Erneuerung mit den Worten: „Vor der Besitznahme von Libyen war unsere Haltung unsicher, von jetzt an wird sie gradlinig sein und Italien wird nicht mehr umkehren". Der Dreibund hat Italien in der schweren Tripoliskrise große Dienste geleistet, welche die italienischen Politiker bereitwilligst anerkannten. Im August 1912 schrieb der italienische Deputierte und Publizist Enrico Buonanno in der Münchener Zeitschrift Janus (Nr. 24): „Wir haben dreißig und mehr Jahre durch den Dreibund einen so kräftigen Halt gehabt, daß es schon eines groben Leichtsinnes bedürfte, uns in ein anderes Verhältnis hineinzudrängen, dessen Vor- und Nachteile zu erproben für uns mehr als gewagt wäre".

Die „Vernunftehe", wie die Frankfurter Zeitung schon 1883 den Dreibund und speziell das Verhältnis Italiens zu Oesterreich-Ungarn nannte, hat sich trefflich bewährt. Immer wird wohl das Schlagwort von dem „unerlösten Italien" seine Werbekraft bewahren, und die Sprachenfrage in Oesterreich wird nie aufhören, gewisse nationalistische Eifersüchteleien zu wecken — kein Minister wird Preßangriffe und Preßklagen weder in Oesterreich-Ungarn noch in Italien verstummen machen können, aber die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen wird immer stärker wirken als diese vorübergehenden Verstimmungen. In Italien wird man zeitweilig immer wieder dem Wunsche nach dem Besitze Trients und Triests und der dalmatinischen Küste Ausdruck geben, in Oesterreich, aber auch in Fiume, der Perle der Krone des Heiligen Stefan, wird es immer wieder zu antiitalienischen Demonstrationen kommen, aber in beiden Ländern wird die Furcht vor der Isolierung die offizielle Politik stets zur Wahrung freundnachbarlicher Beziehungen veranlassen. Kein Minister Oesterreich-Ungarns wird je den alten Kaiser bewegen können, dem italienischen Königspaare in der Hauptstadt des alliierten Landes einen Besuch abzustatten und es bleibt fraglich ob Franz Ferdinand mit dieser zur Tradition gewordenen klerikalen Auffassung wird brechen können, doch hat sich das Haus Savoyen damit abgefunden, wie ja auch die italienische Königsfamilie peinlich bedacht ist, die Empfindlichkeiten des Papstes zu schonen. Für Oesterreich-Ungarn, das in der An-

nexionskrise Deutschland in schimmernder Wehr an seiner Seite sah und Italien in korrektem Festhalten an dem Tittonischen Balkanübereinkommen, bedeutet, wie Friedjung[1] mit Recht hervorhebt, die Politik der Allianzen die Fortsetzung der Politik der Heiraten, durch welche Oesterreich begründet wurde.

[1]) Heinrich Friedjung: „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland", Seite 8.

Regesten zum Dreibunde
1884–1912

1884

Im Zeichen des Friedens. Die Freundschaftsbezeigungen zwischen den drei Kaisermächten häufen sich, um in der Dreikaiser-Zusammenkunft in Skierniewice am 15.—17. September zu kulminieren. Die Kaiser sind von ihren Ministern Bismarck, Kálnoky und Giers (der am 20. Januar in Wien einen Besuch abgestattet hatte) begleitet. Am 2. Februar beantwortet Mancini in der Kammer eine Interpellation über den Dreibund mit den wärmsten Worten der Freundschaft für Deutschland und Oesterreich, und erklärt, die Vereinbarung bezwecke eine gemeinschaftliche Verteidigung der Grenzen. Die Kölnische Zeitung meldet am 20. Januar, man habe bisher angenommen, daß die vertragsmäßige Bundeshilfe durch den deutsch-österreichischen Vertrag von 1879 erst für den Fall festgesetzt sei, daß Deutschland oder Oesterreich von zwei Seiten angegriffen werde, der casus fœderis sei aber enger gezogen, und zwar auch für den Fall, wenn eine der Mächte angegriffen werde und die Gefahr nahe und drohend sei, daß eine zweite Macht sich mit der angreifenden verbinde — — Italien sei dem Friedensbündnisse unter denselben Bedingungen beigetreten. Auch Mancini erklärt am 5. April in der Kammer, Italien sei mit vollkommener Parität und Gegenseitigkeit der Bedingungen in die Allianz eingetreten, ohne Näheres über diese Bedingungen mitzuteilen. Am 20. Februar wird Fürst Orloff, der bisherige russische Botschafter in Paris, der mit Bismarck befreundet ist, zum Botschafter in Berlin ernannt. Am siebzigsten Jahrestage der Schlacht von Bar-sur-Aube (25. Februar), bei der Wilhelm I. die Feuertaufe erhalten hatte, empfing der Kaiser eine russische Deputation, welche ihm die Glückwünsche des Zaren zu der vor siebzig Jahren erfolgten Verleihung des St. Georgenordens überbrachte. Aus diesem Anlaß fand im königlichen Palais zu Berlin ein politisch-militärisches Fest statt. Bei dem darauffolgenden Diner auf der russischen Botschaft sprach der Generalgouverneur von Polen, General Gurko, einen sehr warmen Toast auf die deutsche Armee. Im April brachten die Seehandlung und Bleichröder eine russische Anleihe auf den Markt. Am 18. Mai erfolgt die Großjährigkeitserklärung des russischen Thronfolgers; Kaiser

Wilhelm sendet seinen Enkel Wilhelm in außerordentlicher Mission (der ersten diplomatischen, mit welcher der jetzige Kaiser betraut worden war) nach Petersburg, wo die anderen Mächte nur durch ihre Botschafter vertreten waren.

Der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza äußert sich am 16. Oktober im Reichstag über das Bündnis und das intime Verhältnis der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschlands und gibt seiner Freude über die Friedensbezeigungen Rußlands Ausdruck. Auf denselben Ton ist die Thronrede gestimmt, mit welcher Kaiser-König Franz Josef die Delegationen in Budapest eröffnet: „Die Begegnung, welche ich jüngst mit dem Kaiser von Rußland und dem deutschen Kaiser hatte, bot mir nicht nur die erwünschte Gelegenheit, meine herzlichen Beziehungen zum russischen Kaiserhause zu erneuern, sondern überzeugte mich zugleich von der erfreulichen Uebereinstimmung der drei Monarchen und ihrer Regierungen". In der Debatte über das Exposé Kálnokys ergriff auch (am 8. November) Graf Julius Andrássy das Wort, um auf eine Allusion Szilágyis zu erklären, ein Wunsch, zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ein öffentliches, verfassungsmäßiges Bündnis herzustellen, sei von Kabinett zu Kabinett nicht gestellt worden, Bismarck habe wohl diese Frage zur Sprache gebracht, doch habe er (Andrássy) demgegenüber betont, eine Inartikulierung sei nicht zweckmäßig.

Die Thronrede, mit welcher der deutsche Reichstag am 20. November eröffnet wurde, gedenkt ebenfalls der Dreikaiserzusammenkunft: „Ich freue Mich darüber, daß die Freundschaft mit den, durch Tradition der Väter, die Verwandtschaft der regierenden Häuser und die Nachbarschaft der Länder Uns besonders nahestehenden Monarchen Oesterreich-Ungarns und Rußlands durch die Begegnung in Skierniewice derart hat besiegelt werden können, daß Ich ihre ungestörte Dauer für lange Zeit gesichert halten darf".

Auch mit Frankreich bemühte sich Bismarck ein besseres Einvernehmen herzustellen, in dem er auf der Kongokonferenz (15. November) die Ansprüche Frankreichs unterstützte, was die italienische Presse dem Einflusse Italiens zuschrieb.

Eine vorübergehende Verstimmung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien verursacht eine Rede, die der Präsident des italienischen Senates Tecchio über den aus Südtirol gebürtigen Dichter Prado hält, in der er von der auf den Bergen des Trentino lastenden „Knechtschaft" sprach. Die österreichisch-ungarische Regierung erhebt in Rom Protest, und Tecchio gibt seine Demission.

1885

Das hervorragendste Ereignis des Jahres ist die Zusammenkunft Franz Josefs des Ersten mit dem Zaren in Kremsier am 25. und 26. August, der eine Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem Kaiser von Oesterreich in Gastein und ein Besuch Kálnokys in Varzin bei Bismarck vorangegangen sind. Der Entrevue in Kremsier wohnten Giers und Kálnoky bei. Einer Meldung der „Neuen Freien Presse" zufolge, richteten beide Monarchen aus Kremsier ein gemeinschaftliches Telegramm an den Deutschen Kaiser, in welchem sie diesen herzlichst begrüßten, und dem Gedanken Ausdruck gaben, die beiden Kaiser betrachten ihn als im Geiste anwesend. Das Organ des Wiener Auswärtigen Amtes, das „Fremdenblatt", konstatierte wohl vor der Entrevue, daß meritorische Abmachungen auf ihr nicht geplant seien, doch erklärte die Thronrede, mit welcher die Delegationen Oesterreichs und Ungarns am 24. Oktober eröffnet wurden, mit nachdrücklicher Betonung, Kremsier erscheine als ein wertvolles Zeichen der Fortdauer jenes engen nnd vertrauensvollen Verhältnisses zwischen den Herrschern der drei großen Kaiserreiche. Und Kálnoky sagte am 31. Oktober in der ungarischen Delegation: „In den Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, sowie in den Beziehungen dieser beiden Reiche zu Rußland ist gegen das Vorjahr keine Veränderung eingetreten; wir wissen alle, mit welcher Sicherheit Deutschland auf unsere Verläßlichkeit und wir auf die seinige rechnen können: Das Verhältnis zu Deutschland steht auf Grundlagen, welche durch keinerlei Inzidenzfälle[1] zu erschüttern sind". Vorher hatte sich der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza am 3. Oktober in Beantwortung einer Interpellation über die Vorgänge in Bulgarien dahin geäußert, die Monarchenbegegnung in Kremsier sei ein bloßer Höflichkeitsakt, die Erneuerung der persönlichen Freundschaft beider Monarchen gewesen — — Oesterreich-Ungarn wahre sich naturgemäß die Freiheit seiner Entschließungen für den Fall, da die Bemühungen, zu einem Einvernehmen zu gelangen, scheitern sollten[2].

Schon drohen Komplikationen in der Orientfrage, aber die österreichisch-ungarische Monarchie kann, auf den Dreibund gestützt, die Friedensvermittlung zwischen Serbien und Bulgarien

---

1) Deutschland und Oesterreich-Ungarn stehen in einem wirtschaftlichen Kampfe.

2) Auf diesen Passus reflektiert einige Monate später Graf Robilant. Siehe 1886.

energisch in die Hand nehmen, dem siegreich in Serbien vordringenden Fürsten Alexander Halt gebieten und so Rußlands Einfluß auf der Balkanhalbinsel lahmlegen.

In Italien übernimmt im Juni Graf Robilant, ein warmer Anhänger des Dreibundes[1], das Portefeuille eines Ministers des Auswärtigen. Die von Bismarck angerufene Vermittlung Leos XIII. in der Karolinenfrage verstimmte wohl vorübergehend, ohne jedoch tiefergehende Differenzen nach sich zu ziehen.

1886

Die Orientfrage dominiert. Und damit auch die Frage des Verhältnisses Oesterreich-Ungarns zu Rußland, welches das ganze Jahr hindurch trotz des Zündstoffes, den die bulgarischen Wirren (Kaulbars) anhäufen, ein verhältnismäßig gutes bleibt. Kálnoky werden russophile Tendenzen nachgesagt, und auch Andrássy scheint in der Politik seines Nachfolgers eine gewisse Trübung des Einvernehmens mit Deutschland zu erblicken. In der offiziellen Politik kommt eine solche jedoch nicht zum Ausdruck. Friedjung konstatiert in seiner Kálnoky-Biographie[2], die Politik Kálnokys habe zwei Ziele gehabt: die Erhaltung des Friedens und die Abdrängung Rußlands von der Balkanhalbinsel, die auch erreicht wurden.

Die bulgarische Frage bringt Graf Julius Andrássy bereits am 25. Januar im ungarischen Reichstage in Form einer Interpellation zur Diskussion, doch lehnt Ministerpräsident Koloman Tisza die Beantwortung der Anfrage mit Hinweis auf die im Zuge befindlichen Beratungen der Mächte ab. Einige Tage darauf veröffentlicht Graf Albert Apponyi, der Führer der staatsrechtlichen Opposition, unter dem Titel „Unsere Auswärtige Politik und das Bündnis mit Rußland“ zwei Artikel im Pesti Napló, die allgemeines Aufsehen erregen und alldas enthalten, was Andrássy in der Begründung seiner Interpellation nur durchblicken ließ, aber aus Rücksicht auf seine Stellung in Bezug auf die Zukunft nicht klar aussprechen zu dürfen glaubte. Graf

[1]) Durch seine Mutter mit dem preußischen, durch seine Gemahlin mit dem österreichischen Adel verwandt.

[2]) Heinrich Friedjung: „Graf Kálnoky“ in Bettelheims „Biographisches Jahrbuch“ (III. Band).

Apponyi meint, die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns sei auf eine falsche Grundlage gestellt, auf die Grundlage der Fiktion eines russischen Bündnisses: „Unser Bündnis mit Deutschland werde durch eine Verbindung mit Rußland geschädigt, denn Deutschlands Aufgabe sei nicht mehr jene, die sie früher gewesen, nämlich unsere Orientinteressen im europäischen Konzert unmittelbar zu unterstützen. Da unsere Entschlüsse das Werk eines Kompromisses mit Rußland sind, kann Deutschland nur die zustandegekommene Vereinbarung befördern, statt unsere Interessen den russischen gegenüber in Schutz zu nehmen. Wir können mit Rußland friedlich nebeneinander gehen, aber wir können keine gemeinschaftlichen Ziele mit Rußland besitzen".

Die Erörterungen über die neugefestigten Beziehungen der Donaumonarchie zu Rußland gewinnen neue Nahrung durch einen Besuch des Erzherzog Karl Ludwig in Petersburg (29. Juli). In den Sommermonaten hat Bismarck zwei Begegnungen mit Kálnoky: am 22. Juli besucht Kálnoky den Reichskanzler in Kissingen und am 8. August findet in Gastein eine Entrevue Kaiser Wilhelms mit Franz Josef statt, der auch Bismarck und Kálnoky beiwohnen. Mit Bismarck reisten auch dessen Sohn, ferner Rottenburg und Bülow. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Diese Solennität charakterisiere nicht bloß den Fortbestand, sondern auch das Wachstum der freundschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage des vollen wechselseitigen Einverständnisses". Auf der Rückreise von Gastein besucht Bismarck den in Franzensbad zur Kur weilenden russischen Minister des Auswärtigen Giers, der ihm diesen Besuch am 2. September in Berlin erwidert.

In Ungarn berührt es unangenehm, daß die Magistrate von Berlin und München die Einladung der Stadt Budapest zur zweihundertjährigen Jubelfeier der Rückeroberung Budas (Ofens) ablehnten und diese Ablehnnng mit der Unterdrückung der Siebenbürger Sachsen durch die Ungarn motivieren. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" billigt diese Beschlüsse nicht, indem sie schreibt: „Unsere Beziehungen zu Oesterreich sind derart, daß wir besser tun, uns derjenigen Momente zu erinnern, die uns mit Ungarn vereinen, als jener, die uns von ihm trennen." Kaiser Wilhelm entsendet zu derselben Feier eine Militärdeputation, welche in Ungarn mit demonstrativer Auszeichnung empfangen wird.

Im Oktober und November wird die Bündnisfrage in Oesterreich-Ungarn sehr eingehend erörtert. Am 8. Oktober sagt der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe im Abgeordnetenhause: „Die Annahme, als ob das Verhältnis zwischen unserer

Monarchie und Deutschland erschüttert wäre, ist eine vollkommen grundlose; dasselbe beruht nach wie vor auf den vom Herrn Minister des Aeußern im Schoße der Delegation wiederholt definierten Grundlagen, und es liegt kein Anlaß vor, eine Lockerung oder Trübung der gegenseitigen engen und vertrauensvollen Beziehungen besorgen zu müssen". Am 13. November hält Kálnoky in der ungarischen Delegation eine längere Rede, in welcher der Minister vor allem betont, das Verhältnis zu Deutschland sei in letzter Zeit viel, vielleicht mehr als gut war, besprochen worden, weshalb es heute „jedenfalls nützlich" sei, hierüber etwas zu bemerken. Der Minister entwickelt nun die Theorie, es sei gar nicht denkbar, daß ein Großstaat, ohne jede Selbständigkeit seiner Aktion aufzugeben, sich verpflichten könnte, für jedwedes Interesse seiner Bundesgenossen einzustehen. Ein Verhältnis, wie es zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bestehe, sei nur dann praktisch in Kraft zu treten berufen, wenn es sich um vollkommen solidarische, gemeinsame Interessen beider handelt. In diesem Sinne ist dann auch die Gemeinsamkeit der Stellung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stärker und unerschütterlicher, als wenn man sich diese lediglich auf Paragraphen gegründet vorstellen wolle. Auch bezüglich der bulgarischen Frage habe zwischen den beiden Kabinetten nie eine Disharmonie bestanden. Für das Einvernehmen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien findet Kálnoky ebenfalls warme Worte; er anerkennt das Interesse Italiens an den Machtverhältnissen im Mittelmeer und gibt der „berechtigten" Hoffnung Ausdruck, daß sich das Einvernehmen mit Italien auch weiterhin im beiderseitigen Interesse und im Interesse des Friedens bewähren werde.

Eine überaus bemerkenswerte Rede hält Graf Julius Andrássy am 16. November in der ungarischen Delegation, in welcher der Schöpfer des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vor allem der „Ansicht" entgegentritt, das deutsche Bündnis habe der Monarchie keinen wesentlichen Nutzen gebracht, da Deutschland die Interessen Oesterreich-Ungarns den Interessen des Friedens geopfert habe. „Wie zur Zeit, als das Bündnis zustande kam, bin ich", führt Graf Andrássy aus, „auch heute der Meinung, daß es eine Garantie des europäischen Friedens bietet, wie sie durch keine andere Gruppierung oder Kombination ersetzt werden könnte. Es hat vor allem den Vorteil, ein so natürliches zu sein, daß wenn es nicht wäre, man sowohl bei uns als auch in Deutschland fragen müßte, warum es nicht existiere. Es ist ein natürliches und sicheres Bündnis, weil die Interessen der beiden Staaten nirgends kollidieren. Es ist aber auch gut für Europa, weil es das Bündnis zweier

mächtiger Reiche ist, die keinen Wunsch hegen und kein Interesse an Eroberungen haben, die groß genug sind, um nichts anderes zu wünschen, als daß ihre innere Entwicklung nicht durch äußere Gefahren gestört werde. So lange dies ein Bündnis zwischen bloß zwei Mächten war, funktionierte es sehr einfach. Die Ursache, daß aus der neuen Gruppierung der drei Mächte bis jetzt wenigstens sehr viel Beunruhigung in Europa, aber sonst nicht viel Ersprießliches hervorgegangen ist, ist ausschließlich in der unnatürlichen Gruppierung zu suchen. Von diesem Augenblicke an konnte Deutschland selbstverständlich nicht mehr ausschließlich unsere, sondern mußte nicht nur die wirklichen Interessen Rußlands, sondern auch dessen momentane Auffassung und Wünsche respektieren. Das neue Verhältnis, in welchem dieses Bündnis wirken sollte, konnte keinem der Beteiligten nützen. Es war für uns und auch für Rußland nicht nützlich, weil das gezwungene enge Zusammengehenmüssen die gegenseitigen Interessen in einen schärferen Gegensatz brachte, als sie sonst gewesen wären.“ In seiner Erwiderung auf diese Rede bemerkte Graf Kálnoky: „er glaube, daß das Bündnis mit Deutschland in seiner Hand nicht nur nicht geschädigt, sondern bei der besonderen Pflege, die er ihm angedeihen ließ, sich wesentlich entwickelt und gekräftigt hat. Er könne betonen, daß das Vertrauen und die Zuversicht der beiden Regierungen in dasselbe vollkommen und beiderseitig ist. Eine volle Auseinandersetzung und Klärung dieses Verhältnisses sei vor der Oeffentlichkeit nicht möglich; wenn er gesagt habe, daß Buchstaben und Paragraphen keine Sicherheit geben, so sei damit nicht gesagt, daß solche überhaupt nicht existieren. Die Annäherung an Rußland habe dem Bündnisse nicht geschadet.“ Diese Erklärung wiederholt Graf Kálnoky in der österreichischen Delegation und fügt hinzu: die Grundlagen des Bündnisses hätten seit 1879 bis zum heutigen Tage niemals in irgend einer Weise eine Aenderung erfahren, weder in ihrer Basis noch in ihrer Ausdehnung oder Wirksamkeit.

Eine starke Betonung der Friedensbestrebungen des Deutschen Reiches enthält die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages vom 25. November, jener Friedensbestrebungen, die durch die „enge Freundschaft“ gefördert werden, welche den Deutschen Kaiser mit den „benachbarten Kaiserhöfen“ verbindet.

Zum Schlusse sei auf zwei Reden des italienischen Ministers des Auswärtigen Grafen Robilant verwiesen. Am 23. Januar beantwortete der Minister eine Interpellation des Abgeordneten Giovagnoli über die Haltung Italiens in der Balkanfrage: „Wir warten und sind für alle Vorkommnisse gerüstet. Dem Abgeordneten Giovagnoli, der angeblich zu alt ist, um für Oester-

reich Sympathien zu empfinden, bemerke ich, ich bin älter als er". Und der Minister unterstreicht diese Entgegnung mit einer wirkungsvollen Geste: er erhebt seinen linken, bei Novara zerschossenen Arm. Dann konstatiert Graf Robilant, es liege keine Notwendigkeit vor, hinsichtlich der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten vom 6. Oktober[1] Vorstellungen zu erheben: er finde diese Rede ganz in der Ordnung; Tisza hat sich für unvorhergesehene Fälle Freiheit zum Handeln reserviert, dieselbe Freiheit der Aktion hat sich auch Italien vorbehalten. Sehr warme Worte findet Graf Robilant auch in der auf eine Interpellation Di Sant' Onofrios erteilten Antwort am 28. November[2]: „Unser Verhältnis zu Deutschland und Oesterreich beruht auf der Grundlage gegenseitiger Herzlichkeit und der friedlichen Ideen jener zwei Kaiserreiche." Der Minister betonte, Italiens höchstes Ziel sei der europäische Friede und sein Interesse an der bulgarischen Frage sei kein anderes, als das der Erhaltung des Friedens. „Popolo Romano" deutet diese Rede dahin, der Dreibund und auch England seien fest entschlossen, jeden Versuch, im Orient die russische Hegemonie zu begründen, mit Gewalt zurückzuweisen. Die Rede Robilants veranlaßte den Grafen Kálnoky, dem Gesandten Oesterreich-Ungarns beim Quirinal Grafen Ludolf den Auftrag zu erteilen, dem italienischen Minister des Auswärtigen den Dank des Wiener Auswärtigen Amtes zu verdolmetschen[3].

1887

Das Jahr der Erneuerung des Dreibundes. Der Tag ist nicht bekannt. Die Erneuerung mag Mitte März erfolgt sein, mit einer fünfjährigen Dauer[4]. Außer dem Vertragsinstrumente sollen die Monarchen auch Handschreiben gewechselt und eine Militär-

---

[1]) 3. Oktober — siehe 1885.

[2]) Dieser Kammersitzung wohnen auch die Botschafter Deutschlands (Keudell) und Oesterreich-Ungarns (Ludolf) in der Diplomatenloge bei.

[3]) Die Depesche Kálnokys an Ludolf ist in dem der italienischen Kammer am 17. Dezember 1889 unterbreiteten Grünbuche der italienischen Regierung publiziert.

[4]) Der Senator Luigi Chiala publiziert in seinem Werke „Pagine di Storia Contemporanea" Briefe des Grafen Launay, aus denen hervorgeht, daß die Erneuerung nicht so glatt vor sich ging und erst langwierige Unterhandlungen mit Italien gepflogen werden mußten.

konvention unterfertigt haben[1]. Am 22. März verleiht der Kaiser dem Grafen Robilant den Schwarzen Adlerorden. Mit Bezug auf diese Ordensverleihung schrieb die „Nationalzeitung": „Die Verleihung wird allgemein als ein Zeichen höchst bedeutungsvoller Vorgänge aufgefaßt. Die Erneuerung des Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn, Italien und Deutschland, die als vollzogene Tatsache betrachtet werden kann, konstituiert aufs neue eine Gruppe, die gewillt und befähigt ist, allen friedenstörenden Elementen ein Gegengewicht zu bieten. Nach Auslassungen autorisierter Stimmen des In- und Auslandes gewährt das erneuerte Bündnis der drei Staaten eine vollständige Deckung auf dem Boden der Defensive". Die „Post" kommentiert die Ordensverleihung in gleichem Sinne und hebt hervor, wie töricht die Besorgnisse eines Teiles der französischen Presse seien, der seit mehreren Tagen sich den Kopf darüber zerbreche, welcher künftige Landerwerb von Seiten Italiens stipuliert sein möchte: „es handle sich nicht um eine Offensivallianz, sondern um die Verteidigung des Statusquo". Interessant ist auch eine römische Meldung der Kölnischen Zeitung, nach welcher Italien verpflichtet sei, bei einem französischen Angriff gegen Deutschland tätig einzugreifen, bei einem russischen Angriffe auf Oesterreich-Ungarn jedoch sich vorbehalten habe, neutral zu bleiben. Die maßgebenden Organe der italienischen Presse begrüßen

---

1) Hansen „Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim", Seite 91 und 94. Laut Professor Friedjung „Der Inhalt des Dreibundes" (Nr. 1 „Der Greif") wurde diesmal bloß ein Dokument (ein Doppelvertrag, einer mit Oesterreich-Ungarn und einer mit Deutschland) unterzeichnet. Professor Friedjung teilt in demselben Artikel auf Grund von „Andeutungen", die ihm seinerzeit von Aehrenthal und Kiderlen-Wächter gemacht wurden, mit, daß in den Vertrag eine besondere Bestimmung über die Zukunft des Balkans aufgenommen wurde: „Das Wiener Kabinett erklärte, daß es ebenso wie das von Rom die Erhaltung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel wünsche; sollte Oesterreich-Ungarn jedoch genötigt sein, seine Grenzen in jenen Gebieten zu erweitern, so dürfe sich Italien gleichfalls auf dem Balkan ausdehnen". Siehe hierzu zwei Artikel der „Weser-Zeitung" (Nr. 24065 und 24066 vom Jahre 1913) „Der Inhalt des Dreibunds" von Dr. Hans F. Helmolt und desselben Verfassers Artikel „Ein Märchen vom Dreibunde" im „März" (7. Jahrgang, 42. Heft.) Interessante, bisher nicht dementierte Mitteilungen publizierte die Kölnische Zeitung in ihrer Nummer vom 13. Juli 1902. Laut dieser Quelle sollen außer dem offiziellen Vertrage, welchem Protokolle über die Militärkonvention beilagen, noch mündliche Abmachungen zwischen König Humbert und Kaiser Wilhelm getroffen worden sein, in denen sich beide Monarchen ehrenwörtlich verpflichten, dem Bunde treu zu bleiben und auf die Entschließungen ihrer Minister einen Druck auszuüben, um eventuell zu verhindern, daß er gebrochen würde. Dieses vertrauliche Uebereinkommen sei dem Kaiser-König Franz Josef mitgeteilt worden, worauf er ihm beigetreten ist. Zur Bekräftigung dieser Vereinbarung sollen die drei Herrscher eigenhändige Briefe ausgetauscht haben.

ebenfalls sehr sympathisch die Erneuerung des Dreibundes. „Popolo Romano“, das Organ des greisen Depretis, (der am 4. April nach dem Rücktritte Robilants an die Spitze der Geschäfte tritt und diese bis zu seinem Ableben, bis zum 29. Juli führt, worauf dann der bisherige Minister des Innern Francesco Crispi das Präsidium übernimmt) erklärt, der Dreibund garantiere den territorialen Besitzstand Italiens und sichere die bedingungs- und schrankenlose Hilfe der Alliierten. „Opinione“ betont, die Erneuerung des Dreibundes strebe vor allem die Erhaltung des Friedens an und konstatiert gegenüber einer Mitteilung der „Tribuna“ über Gebietserweiterungen der Verbündeten im Kriegsfalle, das Bündnis habe keinerlei agressiven Charakter.

Die im Januar im Reichstage zur Verhandlung stehende Militärvorlage gibt dem Reichskanzler Gelegenheit zu interessanten Aeußerungen über das Verhältnis zu Oesterreich. In seiner Rede vom 11. Januar sagte Bismarck: „Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt haben, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Oesterreich. Die Absicht und das Bedürfnis dahin zu gelangen, beherrschten bereits die Friedensverhandlungen in Nikolsburg im Jahre 1866 und es hat uns seitdem nie das Bestreben verlassen, die Anlehnung an Oesterreich wiederzugewinnen ..... Wir stehen mit Oesterreich in einem so sicheren uud vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im Heiligen Römischen Reiche der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben“. In derselben Rede verweist Bismarck auch auf die über jeden Zweifel erhabene Freundschaft mit Rußland und auf das „trianguläre Karré“, welches die drei Kaiserreiche unter sich formieren. Die Schwierigkeit der Aufgabe liege nicht darin, „unseren Frieden mit Oesterreich oder mit Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland, den Advokaten des Friedens zu machen in beiden Kabinetten, wobei wir Gefahr laufen, in Oesterreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten zu werden“. In einer späteren Rede sagte Bismarck: „Der Herr Abgeordnete (Windthorst) hätte gewünscht, daß die deutsche Politik ganz und voll mit Oesterreich ginge; er hat das nachher nach der Richtung noch erläutert, daß wir uns um die orientalische Frage mehr interessieren sollten, als wir es bisher getan. Meine Herren, unsere Beziehungen zu Oester-

reich beruhen auf dem Bewußtsein eines jeden von uns, daß die volle großmächtliche Existenz des anderen eine Notwendigkeit für den einen ist, im Interesse des europäischen Gleichgewichtes. Aber sie beruhen nicht auf der Grundlage, wie man es im ungarischen Parlamente unter Umständen ausgelegt hat, daß eine von beiden Nationen sich und ihre ganze Macht und Politik vollständig in den Dienst der anderen stellen kann. Das ist ganz unmöglich. Es gibt spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen können. Es gibt spezifisch deutsche Interessen, für die sich Oesterreich nicht einsetzen kann. Oesterreich hat das Interesse, daß Deutschland als große, volle und starke Macht erhalten bleibe. Deutschland hat dasselbe Interesse in Bezug auf Oesterreich. Aber wir können uns nicht unsere Sonderinteressen gegenseitig aneignen. Wir haben von Oesterreich niemals verlangt, und haben auch keinen Anspruch darauf, daß es sich in unsere Händel mit Frankreich einmische. Wenn wir Schwierigkeiten haben mit England in Kolonialfragen oder wenn wir mit Spanien über Lumpereien, wie die Karolinen, in Händel kommen, haben wir nie auf Oesterreich einen Anspruch gemacht auf Grund unseres freundschaftlichen Verhältnisses. Soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als vollmächtige und freie Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige Interessen".

Am 21. Mai beantwortet der ungarische Ministerpräsident Koloman von Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause eine Interpellation des Wortführers der Aeußersten Linken, Daniel Irányi, über die Vorgeschichte der Besetzung Bosniens und der Herzegowina und erklärt, schon am 15. Januar 1877 sei zu Reichstadt ein Abkommen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn getroffen worden, welches letzterem das Recht der Besetzung Bosniens und der Herzegowina einräumte.

Am 6. August besucht Kaiser Franz Josef den Kaiser Wilhelm in Gastein; am 16. September weilt Graf Kálnoky bei Bismarck in Friedrichsruh.

Am 1. Oktober reist Crispi zu Bismarck nach Friedrichsruh. Crispi gab gelegentlich seiner Unterredung mit dem Reichskanzler folgende Erklärung ab: „Ich achte Oesterreich, weil ich die Verträge achte und achten muß. Oesterreichs Bestehen ist notwendig für das Gleichgewicht Europas. Ich erkenne dies an, und Italien wird dem Nachbarreiche ein treuer Verbündeter sein. Mir liegt daran dies auszusprechen, weil ich Oesterreichs Feind war und gegen Oesterreich konspiriert habe, solange es italienische Provinzen besaß." In der Kammer sagte Crispi: „Als mich Depretis einlud, in sein Kabinett einzutreten, verlangte ich zuerst Einsicht in den Dreibundvertrag; als ich ihn gelesen

hatte und fand, daß er nur ein Defensivbündnis sei, war ich befriedigt und nahm die Berufung an." Nach dem Besuche bei Bismarck äußerte sich Crispi am 25. Oktober in einer Bankettrede zu Turin über die Erneuerung des Dreibundes dahin, daß „wir Europa damit einen großen Dienst erwiesen haben — — man hat behauptet, wir haben in Friedrichsruh konspiriert, mag sein: mir, dem alten Konspirator, macht das Wort keine Furcht, ja, wenn man will, wir haben konspiriert, aber für den Frieden!"

Einem Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung[1] sagte Crispi, Italien habe sich der deutsch-österreichischen Allianz angeschlossen, weil sie die Aufrechterhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichts anstrebe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" konstatierte nach dem Besuche Crispis in Friedrichsruhe, die Begegnung habe die volle Uebereinstimmung beider Staatsmänner in ihrer Entschlossenheit ergeben, im Vereine mit Oesterreich-Ungarn den Frieden zu erhalten, einen europäischen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern und im Falle der Notwendigkeit gemeinsam abzuwehren. Das Organ Crispis, die „Riforma", erblickte in den Besprechungen zu Friedrichsruh ein beruhigendes Symptom für die politische Situation Europas. Nur die radikalen Blätter tadeln Crispi, der sich „von Deutschland ins Schlepptau nehmen lasse". Die klerikalen Zeitungen geben der Hoffnung auf eine günstige Lösung der „römischen Frage" Ausdruck; demgegenüber gab Crispi die Erklärung ab, eine solche Frage gebe es nicht, speziell Bismarck betrachte das Verhältnis des Papstes zu Italien als eine interne Angelegenheit des Königreiches. Am 29. November machte Crispi folgende Eintragung in sein Tagebuch: „Die Berliner und die Wiener Regierung sind dahin übereingekommen, mir den Inhalt des Geheimvertrages von 1879 zwischen Oesterreich und Deutschland mitzuteilen. Sie sind der Ansicht, daß Italien nichts verheimlicht bleiben dürfe. Mit einem Briefe Bismarcks vom 20. d. M. und einem des Grafen Kálnoky vom 24. d. M. sind die beiden Botschafter beauftragt worden, sich zu mir zu begeben, um mir die Abschrift des Vertrages einzuhändigen".

Die bulgarische Frage — am 7. Juli war Ferdinand von Koburg zum Fürsten von Bulgarien gewählt worden — wird im November sowohl in der ungarischen als auch in der österreichischen Delegation erörtert und hierbei nimmt Graf Kálnoky Gelegenheit, auf die Uebereinstimmung mit Deutschland und auch mit Italien in der Beurteilung aller schwebenden Fragen hinzuweisen („der Anschluß Italiens bestehe ja nicht erst seit dem letzten Jahre, sei aber in der jetzigen Situation prägnanter

[1]) Herrn Grunwald, den Crispi später, im Jahre 1890, aus Rom auswies.

zum Ausdruck gekommen“). Die Reden Kálnokys und Crispis finden auch in England volle Billigung; der Premierminister Lord Salisbury gibt im Oberhause seinen Sympathien für Italien und Oesterreich-Ungarn Ausdruck und erklärt am 9. November beim Lordmayorsbankett: „Die Interessen dieser beiden Staaten fallen in vielen Hinsichten genau mit den unsrigen zusammen“.

Die Situation verschärft sich immer mehr. Zu Beginn des Jahres hatte das Organ des Wiener Auswärtigen Amtes, das „Fremdenblatt“, von der „Durchführung notwendiger Rüstungen in kürzester Frist“ geschrieben und am Ende des Jahres bespricht das offiziöse Organ der ungarischen Regierung, der „Nemzet“ die russischen Truppen-Verschiebungen. Die „Budapester Korrespondenz“ konstatiert, daß an den Grenzen Galiziens dreimal soviel russische Truppen konzentriert sind, als in dem ähnlichen Gebietsraume österreichisches Militär disloziert ist. Die „Revue de l'Orient“ meldet, daß dem Zaren Alexander offiziell der casus fœderis mitgeteilt wurde. Vom 8. Dezember an finden militärische Konferenzen in Wien und Budapest statt und selbst die maßgebenden Preßorgane halten den Krieg für unvermeidlich („Neue Freie Presse“ vom 7. Dezember: „Rußland allein kann den Frieden erhalten, indem es seine Politik der Bedrohungen und der Anmaßung ändert“).

Die allgemeine Spannung wird auch dadurch nicht vermindert, daß Bismarck am 31. Dezember im Reichsanzeiger die gefälschten „bulgarischen Briefe“ veröffentlichen läßt. Daß diese Briefe (in denen Prinz Ferdinand in seiner bulgarischen Thronkandidatur unterstützt und zum Widerstand gegen Rußland ermuntert wird) gefälscht sind, hatte Bismarck Gelegenheit, dem Zaren anläßlich dessen Besuches in Berlin am 18. November nachzuweisen[1].

Unter sehr ungünstigen Auspizien tritt die europäische Politik in das Jahr 1888.

---

[1]) Hierüber Näheres „Kölnische Zeitung“ vom 22. November und Jules Hansen „Diplomatische Enthüllungen aus der Botschafterzeit des Barons von Mohrenheim“; Bismarck beschuldigte Mohrenheim und Hansen, diese Briefe fabriziert zu haben.

1888

Die fortschreitenden Rüstungen Rußlands mußten in Berlin und Wien als eine „Bedrohung“ angesehen werden und so entschlossen sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Veröffentlichung ihres Geheimvertrages. Die Veröffentlichung erfolgte selbstverständlich mit der Zustimmung Italiens, die bereits am 31. Januar durch die Botschafter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in Rom eingeholt worden war. Die Stimmung, welche der Veröffentlichung vorausging, charakterisiert am Besten ein Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 22. Januar, in welchem es heißt: „. . . . Wenn die Trompeten schmettern, wenn Oesterreich in einen Krieg mit Rußland verwickelt wird, so grübeln wir nicht darüber, ob die Veranlassung zu diesem Kriege uns nahe liegt, oder fern, dann marschieren wir vielmehr an die Grenze, um dem Verbündeten beizustehen. Wer diesen Gedankengang nicht zu begreifen vermag und deshalb an der deutschen Auffassung des deutsch-österreichischen Bündnisses herumnörgelt, der besorgt, ohne es zu ahnen, die Geschäfte Rußlands“. Gleichzeitig wird auch die Frage publizistisch erörtert, ob sich Belgien und Holland formell dem Dreibund angeschlossen hätten. Hierüber meldet die „Kreuzzeitung“: ein formeller Anschluß dieser Staaten an die Friedensliga sei wohl nicht erfolgt, doch bestünden allgemein gehaltene Verabredungen; die Nachricht, als ob bezüglich der Maasbefestigung in Berlin eine „beruhigende“ Erklärung abgegeben worden sei, entbehre jeder Grundlage — einer solchen Erklärung habe es für Deutschland nicht bedurft.

Bis ins neunte Jahr blieb das Geheimnis gewahrt, und nun zeigte es sich, daß die Staatsmänner der verbündeten Mächte scharfblickend die Zukunft richtig beurteilt haben. Die Gefahr, die nun den Frieden Europas bedrohte, war richtig vorausgesehen worden. Rußland zwang die verbündeten Mächte zum ersten Schritt ihrer gemeinsamen Aktion, und das Mittel wirkte: der Friede blieb erhalten.

Die Veröffentlichung erfolgte zu gleicher Zeit, am 3. Februar, in Berlin, Wien und Budapest. Eingeleitet ward die Veröffentlichung durch folgende offiziöse Note: „Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben die Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses angemessen befunden, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden

zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhaltes ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen".

Der Eindruck dieser Publikation war ein gewaltiger. Die Presse konstatierte einmütig, durch die Veröffentlichung des Vertrages sei deklariert, daß die Rüstungen Rußlands als eine „Bedrohung" angesehen werden; vor der Veröffentlichung sei eine vertrauliche Mitteilung an den Zaren erfolgt, und das Gewicht dieser Mitteilung werde durch die Publizierung des Vertrages verstärkt. Die „Times" sprechen von der schweren Beleidigung („a slap in the face"), welche die beiden Mächte Rußland zufügen mußten und die „Nowoje Wremja" (und mit ihr die gesamte russische Presse) erklärt, die Veröffentlichung des Bündnisvertrages beweise, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Frieden nicht wünschen.

Nach der Publizierung des Vertrages wird im Budapester Nationalkasino zu Ehren des Grafen Julius Andrássy ein Bankett veranstaltet, bei welchem Obersthofmeister Graf Géza Szápáry einen vielbemerkten Toast ausbringt.

Drei Tage nach der Veröffentlichung des Bündnisvertrages hält Bismarck im Reichstage eine seiner berühmtesten Reden. Auf der Tagesordnung standen zwei Militärvorlagen: die dem Reichstage am 9. Dezember des Vorjahres unterbreitete Vorlage „betreffend Aenderungen der Wehrpflicht" und der dem Reichstage am 31. Januar zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres. Bismarck gab in dieser seiner Rede[1] ein Bild der „Gesamtlage Europas". Er schilderte eingehend die wechselvollen Beziehungen zu Rußland, um aus ihnen die Genesis des vor wenigen Tagen publizierten Vertrags mit Oesterreich darzulegen. Die 1879 erhobenen Forderungen Rußlands, die sich bis zu Drohungen, bis zu „vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite" steigerten, zwangen die deutsche Politik zur „Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden". Hätten wir den Vertrag nicht geschlossen, so müßten wir ihn heute schließen. „Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich, er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen sowohl auf österreichischer Seite wie auf der unsrigen. Keine Großmacht kann auf die

[1]) Bezeichnend für die Wirkung dieser Rede ist der Umstand, daß sie versifiziert wurde; sie erschien bei Decker in Berlin „jambisch frei bearbeitet" von Cäsar Astfalck. Die anderen Publikationen siehe in Arthur Singers „Bismarck in der Literatur", II. Auflage, Seite 156, ff.

Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eignen Volkes an dem Wortlaut irgendeines Vertrages kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr, — — und muß das vor ihrem Volke und vor dem vertragsschließenden Teile nach Möglichkeit rechtfertigen. Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen an den Buchstaben eines unter anderen Umständen unterschriebenen Vertrags, das wird keine Großmacht gutheißen. Das liegt aber in diesen Verträgen in keiner Weise drin. Sie sind eben — — nicht nur der Vertrag, den wir mit Oesterreich geschlossen haben, sondern ähnliche Verträge, die zwischen uns und anderen Regierungen bestehen, namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben, — — sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben. Italien sowohl wie wir sind in der Lage gewesen, das Recht, uns national zu konsolidieren, von Oesterreich zu erkämpfen. Beide leben jetzt mit Oesterreich im Frieden und haben mit Oesterreich das gleiche Bestreben, Gefahren, die sie gemeinsam bedrohen, abzuwehren, den Frieden, der dem einen so teuer ist, wie dem anderen, gemeinsam zu schützen" ..... Dies mache die Verträge fest, haltbar und dauerhaft. „Schon bei den Verhandlungen in Nikolsburg waren wir unter dem Eindruck, daß wir ein starkes aufrechtes Oesterreich auf die Dauer doch nicht missen könnten in Europa. Und 1870, als der Krieg zwischen uns und Frankreich ausbrach, war für eine besonnene und voraussichtige Politik in Oesterreich der Weg vorgeschrieben". Eine Isolierung Deutschlands ist vermieden und „wir haben vermöge der Gleichheit der Interessen, vermöge dieses Vertrages, der Ihnen vorgelegt ist, zwei zuverlässige Freunde". Bismarck schließt diesen Passus seiner Rede mit den Worten: „Mit unseren Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des Europäischen Gleichgewichtes und unserer eignen Zukunft. Und deshalb glaube ich: Sie werden die Politik Seiner Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird. Es ist ja unzweifelhaft, daß durch die Annahme dieses neuen Gesetzes das Bündnis, in dem wir stehen, außerordentlich an Kraft gewinnt, weil dies durch das Deutsche Reich gebildete Mitglied seinerseits außerordentlich verstärkt wird". Nach einigen militärischen Erörterungen kommt die Rede wieder auf die russischen Drohungen zurück und klingt in dem zum geflügelten Worte gewordenen Ausspruch aus: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!"

Die Rede Bismarcks wird im österreichischen Abgeordnetenhause eingehend erörtert[1], wobei Graf Taaffe erklärt, er sei bereits im Amte gewesen, als das Bündnis abgeschlossen wurde — — er könne daher kein Gegner dessen sein; unter seiner Ministerpräsidentschaft habe sich das Bündnis nur gekräftigt und gefestigt und er hoffe, daß es noch auf lange Zeit hinaus so sein werde. Auch Crispi nimmt bald darauf (am 17. März) Anlaß, sich in der Kammer über den Dreibund zu äußern; er betonte hierbei, in Italien habe das Bedürfnis nach einer Allianz schon vor dem Abschluß des Bündnisses bestanden[2].

Am 9. März segnet Kaiser Wilhelm I. das Zeitliche, und am 15. Juni folgt ihm Kaiser Friedrich III. in die Unsterblichkeit nach. In den traurigen neunundneunzig Tagen äußert sich Bismarck dem Präsidenten des österreichisch-evangelischen Oberkirchenrates Dr. Franz gegenüber[3], das Zustandekommen des österreichisch-deutschen Bündnisses und das Festhalten daran bilde den Grundzug seiner ganzen Politik. Und daran ändert auch der dritte Hohenzollernkaiser nichts. Mit Recht schrieb der österreichische Minister Geheimrat Ernst Freiherr von Plener anläßlich des fünfundzwanzigjährigen Regierungs-Jubiläums Kaiser Wilhelms II.[4]: „Kaiser Wilhelm ist zu jeder Zeit fest zu der Bundesgenossenschaft gestanden ... In schweren, ernsten Momenten hat er das ganze Gewicht der deutschen Machtstellung zugunsten unserer Monarchie in die Wagschale gelegt ...... und mit Recht hat die Stadt Wien in dankbarer Anerkennung seiner stets bewährten Sympathien für unser Land dem schönsten Teil der Ringstraße die Bezeichnung ‚Kaiser-Wilhelm-Ring' gegeben, um auch hier seinen Namen zu ehren und zu verewigen." Schon die anläßlich der Thronbesteigung zwischen Berlin, Wien und Rom gewechselten Depeschen und die bei den Antrittsbesuchen in Wien[5] und Rom verklungenen

---

1) Die Deutschnationale Vereinigung verlangte am 7. Februar die parlamentarische Genehmigung des Vertrages.

2) Crispi hat dann im Sommer Gelegenheit gefunden, mit Kálnoky eine Reihe schwebender Fragen in mündlicher Besprechung zu erledigen. Die Begegnung der beiden Staatsmänner fand am 25. August in Eger statt.

3) Siehe Poschingers „Also sprach Bismarck" Band III., Seite 9.

4) „Nord und Süd", Juniheft 1913.

5) Die durch die Reisedispositionen des Deutschen Kaisers bedingte Tatsache, daß Kaiser Wilhelm II. seinen ersten Besuch in Petersburg machte, und erst im Oktober an den Wiener Hof reiste, deutet Pierre Albin in seinem Werke „L'Allemagne et la France en Europe" ganz grundlos als Beweis dafür, daß sich Wilhelm II., eingedenk der Mahnung seines Großvaters, gute Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, beeilt, seine erste Visite in Petersburg abzustatten, „mécontentant ainsi son allié François Joseph et l'opinion autrichienne". Wie grundlos diese Behauptung ist, beweisen die Wiener Blätterstimmen über die Petersburger Reise, sowie die Polemik zwischen der „Moskauer Zeitung" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Trinksprüche enthielten eine scharfe Betonung des Bündnisses. Und am 25. Juni sagte der junge Kaiser in seiner Thronrede zur Eröffnung des Reichstages: „Unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn ist öffentlich bekannt. Ich halte an demselben in deutscher Treue fest, nicht bloß weil es geschlossen ist, sondern weil Ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichtes erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war. Gleiche geschichtliche Beziehungen und gleiche nationale Bedürfnisse verbinden uns mit Italien. Beide Länder wollen die Segnungen des Friedens festhalten, um in Ruhe der Befestigung ihrer neugewonnenen Einheit, der Ausbildung ihrer nationalen Institutionen und der Förderung ihrer Wohlfahrt zu leben".

Als Kaiser Wilhelm II. im Oktober am römischen Hofe seinen Antrittsbesuch macht[1], ereignet sich eine Demonstration, die von den Gegnern des Dreibundes ganz willkürlich aufgebauscht wird: Beim Einzuge des Kaisers in Rom fiel, just als der Galawagen die Ehrenpforte passierte, ein Regen von kleinen rotbedruckten Blättchen auf die Monarchen, auf jedem der Zettel stand gedruckt: „Abasso la tripplice alleanza! Viva la Francia! Viva l'Alsacia e Lorrena! Viva Trento et Tryeste". Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Zettel in Marseille gedruckt worden waren. Vor der Entrevue in Rom hatte Italien um eine Intervention Deutschlands bei der französischen Regierung angesucht und zwar in der Massaoua-Frage. Der deutsche Botschafter in Paris war beauftragt worden, der französischen Regierung mitzuteilen, daß, sollte Italien in eine schwierige Lage geraten, („si l'Italie se trouvait engagée en de graves complications"), es nicht isoliert bleiben würde[2]. Es kam jedoch nicht

---

1) Der Kaiser war von Herbert Bismarck begleitet, den Crispi bat, Deutschland solle dahin wirken, daß Oesterreich seine italienischen Staatsangehörigen besser behandle, wodurch ihm (Crispi) Verlegenheiten erspart blieben und der Irredentismus an Boden verlieren würde. Dem Fürsten selbst hatte Crispi am 21. August in Friedrichsruh einen Besuch abgestattet und ihm bei dieser Gelegenheit bezüglich Oesterreichs gesagt: „Unsere Beziehungen zu Oesterreich können unmöglich mit einemmal so herzlich werden, wie diejenigen zu Deutschland sind. Der schmerzlichen Erinnerungen sind noch zu viele . . . Das Geschlecht, das von österreichischen Soldaten Weiber auspeitschen sah, ist noch nicht ausgestorben!" („Mr. Crispi chez Monsieur de Bismarck", Rome 1894).

2) Depesche des Grafen Launay im italienischen Grünbuch vom 8. Dezember 1888; siehe auch Pierre Albins „L'Allemagne et la France en Europe" (1885—1894), Seite 173 und die daselbst zitierten Quellen Billot, Crispi und Despagnet, ferner die im französischen Grünbuch für Handelsangelegenheiten publizierten Depeschen an General Menabria (No. 52 und No. 54).

zu dieser Intervention des Grafen Münster, weil der französische Minister des Auswärtigen, Goblet, die Angelegenheit fallen ließ.

Mitte September weilt Erzherzog Albrecht in Berlin. Er findet in der gesamten Presse eine freudige Begrüßung. Die „Nationalzeitung" konstatiert, der Besuch dieses Erzherzogs, der seit 1864 Berlin und Preußen ferngeblieben sei, und der, wenn von antipreußischen Elementen in Oesterreich geredet wurde, stets als geistiges Haupt dieser Richtung galt, habe besondere Bedeutung: die Aenderung der Anschauungen des österreichischen Prinzen enthalte den denkbar stärksten Beweis für die Naturnotwendigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Im November brachte ein unbedeutendes Wiener Blatt „Schwarzgelb" Angriffe gegen das deutsch-österreichische Bündnis, die einen veritablen Federkrieg entfachen. In Rom wird verbreitet, daß eine Spannung in den Beziehungen zwischen dem Botschafter am Wiener Hofe Fürsten Reuß und dem Grafen Taaffe eingetreten sei und erzählt, Taaffe inspiriere die Angriffe des Wiener Publizisten Moritz Szeps, eines Verwandten Clemenceaus, gegen Preußen. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage, speziell was die Person Moritz Szeps betrifft. Szeps, der mit dem Politiker Clemenceau nur insoweit verwandt war, als seine Tochter dessen Bruder ehelichte, hat speziell in diesem Jahre im „Wiener Tagblatt" Artikel (teils aus seiner, teils aus der Feder Norbert Bechhöfers) veröffentlicht, die außerordentlich dreibundfreundlich gehalten waren.

Zum Schlusse sei noch auf eine Mitteilung Jules Hansens[1] verwiesen, laut welcher Ende dieses Jahres „sehr wichtige Verhandlungen" zwischen den Dreibundstaaten und England eingeleitet wurden wegen des Beitrittes Großbritanniens zu diesem Bunde: die treibende Kraft bei diesen Verhandlungen sei Crispi gewesen, auf dessen Anregung ein höherer englischer Offizier nach Berlin und Wien gereist sei, um Militärkonventionen zwischen England und den Dreibundstaaten abzuschließen.

1889

Das ungarische Abgeordnetenhaus veranstaltet am 25. Februar eine einmütige Kundgebung für den Dreibund. Der Führer der gemäßigten Opposition, Graf Albert Apponyi, erklärt: „Abgesehen von einzelnen achtenswerten, aber ganz isolierten

[1]) „Diplomatische Enthüllungen aus der Botschafterzeit des Barons v. Mohrenheim" Seite 99 u. ff.

Stimmen gibt es keine Parteischattierung in Ungarn, welche an dem Bündnisse mit Deutschland nicht festhalten und dasselbe nicht als den Kardinalpunkt ihrer Politik ansehen würde." Und Ignatz Helfy sekundiert im Namen der äußersten Linken: „In Ungarn könnte sich eine Regierung nicht ein halbes Jahr halten, welche eine von der deutschen Bündnispolitik abweichende Politik befolgen würde." Ministerpräsident Koloman von Tisza gab sodann seiner „aufrichtigsten Freude" Ausdruck, daß die beiden Parteien der Opposition so entschieden für die deutsche und italienische Allianz eintreten; er halte dieses Bündnis nicht für so ephemär, daß ihm die Verdächtigungen der gegnerischen auswärtigen Presse irgendwie schaden könnten, denn das Bündnis beruhe auf einer viel festeren Basis, als der der bloßen Sympathie, es basiere auf dem wohlverstandenen Interesse beider Staaten.

König Humbert von Italien weilt im Mai in Berlin. Der außerordentlich warme Empfang, den der König in der Reichshauptstadt findet, veranlaßt die italienische Deputiertenkammer, an den Reichstag eine Dankadresse zu richten, die der Präsident Levetzow mit den Worten unterbreitet: „Dieser Dank berührt uns auf das sympathischeste; solches hier zu erklären, diesen Gefühlen und unserer Freude über das zwischen Deutschland und Italien abgeschlossene, den Weltfrieden sichernde Bündnis in geeigneter Weise und an geeigneter Stelle Ausdruck zu geben, dazu halte ich mich für ermächtigt." Auf dem am 25. Mai zu Ehren Crispis veranstalteten Bankette feiert Benda den italienischen Ministerpräsidenten als eine der Säulen des italienisch-deutschen Friedensbündnisses. Crispi dankt: „Die beiden Dynastien und Völker sind vereinigt, mehr noch als durch den politischen Bund, durch die Interessen, durch die herzliche Freundschaft, durch die gemeinsamen Ziele, durch alldies, was naturgemäß die Völker vereint, und wozu es keiner weiteren künstlichen Veranstaltungen bedarf." Dr. Miquel konstatiert, das deutsche Volk sehe in dem Dreibund eine dauernde Vereinigung, der die Staatsmänner überleben wird, welche die richtige Form für diese fanden. Mit dem österreich-ungarischen Kaiserstaate verbinden uns alte Erinnerungen, mit dem italienischen Volke das Andenken an das gleiche Ringen um Einheit und Freiheit — — „wir blicken mit dem vollsten Vertrauen auf unsere Verbündeten und erwarten das Gleiche von ihnen . . . möge dem starken und mächtigen Bunde, wir hoffen es zu Gott, die letzte Probe erspart bleiben!"

Im Juni und Juli kommt es in Wien und in Rom zu scharfen Betonungen der Bündnistreue. Am 24. Juni erklärt Graf Kálnoky in der österreichischen Delegation, Oesterreich-Ungarn besitze an Italien in jeder Beziehung einen ebenso sicheren Bundes-

genossen, als Italien an Oesterreich-Ungarn. Im Juli erfolgt die Auflösung des Komitees für Triest und Trient; diese Maßnahme Crispis, sowie seine Antwort auf eine von dem Deputierten Cavallotti eingebrachte Interpellation über einen Zwischenfall in den istrischen Gewässern und schließlich die Unterdrückung der irredentistischen Kundgebungen im September machen in Wien den besten Eindruck. Ueber die irredentistische Frage enthalten Crispis „Denkwürdigkeiten" interessante Mitteilungen; sie publizieren einen Brief des Grafen Julius Andrássy aus dem Jahre 1874 an den damaligen österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom Grafen Wimpffen, in welchem die Gefahren einer ultranationalen Politik und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Regierungen Oesterreich-Ungarns und Italiens gegen die Maßlosigkeiten der Irredentisten dargelegt wird, ferner eine Depesche Crispis vom 29. Juli 1889 an den Botschafter De Launay in Berlin, in welcher dieser beauftragt wird, den Fürsten-Reichskanzler zu ersuchen, nach Wien „ein Wort der Klugheit und Mäßigung" gelangen zu lassen, die österreichischen Behörden mögen die Italiener der Monarchie „milder" behandeln, welches Ansuchen der Reichskanzler erfüllt, indem er den Fürsten Reuß anwies, in einem Gespräch mit dem Grafen Kálnoky „die heikle Frage im zweckmäßigen Augenblicke außeramtlich zu berühren".

Im August weilt Kaiser-König Franz Josef am Deutschen Kaiserhofe. Beim Galadiner am 13. August spricht Kaiser Wilhelm in seinem Toaste die Worte: „In Meinem Volke, wie in Meinem Heere wird fest und treu an der von Uns abgeschlossenen Bundesgenossenschaft gehalten!" Im November stattet Graf Kálnoky dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe einen Besuch ab.

Immer wieder erneuern sich die Kundgebungen für die Festigkeit des Dreibundes — — die Chauvinisten in Frankreich[1] wüten, und Charles de Maurel schreibt in seinem in diesem Jahre erschienenen Buche „Le Prince de Bismarck démasqué": Rom und Wien sind Vasallen Berlins geworden[2]!

---

1) Siehe den Artikel von Anatole Leroy-Beaulieu in der Revue des Deux Mondes vom 15. Juli 1889.

2) Seite 251.

1890

Das Jahr des Rücktrittes des Altreichskanzlers. Nach der Ernennung Caprivis beeilen sich alle maßgebenden Faktoren zu versichern, daß sie an dem Dreibund unerschütterlich festhalten. Und so wie die Nationalliberalen die Pflege des Freundschaftsbundes mit Oesterreich-Ungarn und Italien in ihr Wahlmanifest aufnehmen, dokumentieren alle großen Parteiverbände in den beiden anderen Staaten die Treue im Dreibund. Kaiser Wilhelm läßt am 8. April durch den Grafen Wedel dem Kaiser-König Franz Josef in Wien ein eigenhändiges Schreiben überreichen, nachdem bereits früher Graf Caprivi den Grafen Kálnoky schriftlich begrüßt hatte (er selbst reist am 1. Oktober nach Wien). Bismarck betonte in dem ersten Interview, das er nach seinem Rücktritte einem Journalisten gewährte (am 10. Mai), dem Korrespondenten Lwow der „Nowoje Wremja" gegenüber, die Existenz Oesterreichs sei für Deutschland ebenso nötig, wie für Rußland die Existenz Frankreichs; bis zum Berliner Kongreß habe er gesucht, mit Rußland zusammenzugehen und auf diesem die Wünsche Rußlands wie ein Sekretär Schuwaloffs zu erfüllen, trotzdem sei Deutschland im nächsten Jahre von Rußland mit Krieg bedroht worden; darauf habe er sich entschlossen, in Wien ein Bündnis mit Oesterreich zu schließen. Demselben Interviewer sagte Bismarck am 22. Juli[1]: „Im Jahre 1879 habe ich ein Dokument in Händen gehabt, an dessen Existenz ich niemals geglaubt hätte; in diesem Dokumente war zweimal die Kriegsdrohung wiederholt. Dieses Dokument entschied über meine Reise zu meinem Freunde Andrássy — — die heute bestehende Tripelallianz wurde damals geboren".

In den ersten Junitagen empfing Bismarck Herrn Kingston, Vertreter des Daily Telegraph, zu dem er sich in folgenden Worten über den Dreibund äußerte[2]: „Wie der Dreibund gerade jetzt besteht? So kräftig wie je, fest begründet auf einer breiten Basis gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Interessen. Er ist nicht weniger eng in seinem Zusammenhang als unbeweglich in seinem Entschluß, den Frieden aufrecht zu erhalten. Er wird fortdauern, weil er zum Besten Aller dient und weil er der natürliche Ausfluß gesunder Bestrebungen und des gesunden Menschenverstandes ist. Aus vielen guten Gründen ist sein Grundsatz: Einer für Alle und Alle für Einen. Ein starkes

---

1) Siehe Poschingers „Neue Tischgespräche und Interviews" Band I, Seite 346.

2) Siehe Poschingers „Neue Tischgespräche und Interviews" Band I, Seite 314.

Oesterreich ist nicht nur wesentlich für die Wahrung des europäischen Gleichgewichtes, sondern auch speziell notwendig für Deutschland. Wäre da kein solches Reich, so müßte es in unserem Interesse geschaffen werden ...... Die Freundschaft ferner, welche Deutschland und Italien verbindet, ist eine vollständig natürliche, da sie nicht Nachbarstaaten sind und keiner dem anderen irgend etwas zu nehmen wünscht. Die Freundschaft zwischen Oesterreich und Italien ist in gleicher Weise notwendig für beide ..... Ein vernünftigerer und nützlicherer Bund wie der Dreibund war niemals geschlossen worden ...... Dank der Tripelallianz bin ich berechtigt zu glauben, daß der Friede von Europa fest verbürgt und daß die Fortdauer desselben für eine lange Zeit wohlgesichert ist, es sei denn, daß der Allmächtige eine jener fürchterlichen Katastrophen uns senden sollte, welche alle Voraussicht und vernünftigen Berechnungen zu nichte macht". Eine sehr lange Unterredung gewährte Bismarck am 13. Juni dem österreichischen Historiker Friedjung für dessen Werk „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland". Bismarck erörterte in diesem Interview die Vorgeschichte des Krieges von 1866, den er als einen Abschluß für lange Zeit bezeichnete. In dasselbe Jahr fällt auch, wenn sie nicht apokryph ist, eine Unterredung Bismarcks mit einem „Deutsch-Oesterreicher", die in einem Buche „Unterredungen mit Bismarck" von A. v. Unger reproduziert ist. In diesem Interview soll Bismarck mit besonderem Nachdruck betont haben: „Wir jetzt Lebenden und unsere Enkel brauchen ein Oesterreich, ein starkes Oesterreich, es ist für Deutschland eine Machtvermehrung!" Schließlich registrieren wir einen am 22. Dezember dieses Jahres erschienenen, scheinbar von Bismarck inspirierten Artikel der „Hamburger Nachrichten", in welchem konstatiert wird, daß die Stärke des Dreibundes nicht zumindest in den Sympathien beruhe, welche das Bündnis in den beteiligten Völkern selbst findet; jedoch dürfe Deutschland (dies deckt sich fast wörtlich mit Aeußerungen Bismarcks bei verschiedenen Anlässen) den Nutzen des Dreibundes nicht mit wirtschaftlichen Opfern erkaufen und auf diese Weise einen Tribut an Oesterreich zahlen.

Oesterreich-Ungarn antwortet mit ähnlichen Stimmen. Der ungarische Ministerpräsident Koloman von Tisza findet beim Neujahrsempfange seiner Partei warme Worte für den Dreibund, und das am 18. Februar erfolgte Ableben des Grafen Julius Andrássy löst in beiden Staaten der Monarchie warme Kundgebungen aus für die Schöpfung Bismarcks und Andrássys Anch anlässlich des Rücktrittes Bismarcks nimmt die Presse. beider Länder einmütig Stellung für den „bewährten Kurs in

der auswärtigen Politik". Taaffes „Presse" betont, kein Personenwechsel könne das Bündnis erschüttern, ja man dürfe behaupten, daß gerade jene Beunruhigungen, welche infolge von Bismarcks Rücktritt von Ost und West her erfolgen werden, zur ferneren Festigung des Dreibundes das ihrige beitragen würden. Das Organ des auswärtigen Amtes, das Wiener „Fremdenblatt", erklärt, der Dreibund ruhe auf der Erkenntnis einer so tiefreichenden Interessengemeinschaft, daß das Zurücktreten eines noch so bedeutenden Ministers die Friedenslage nicht zu berühren vermöge. Aehnlich der „Pester Lloyd", der konstatiert, daß der Meinungsaustausch zwischen Caprivi und Kálnoky das rückhaltloseste Einvernehmen über alle die Bundespolitik berührenden Fragen ergeben habe. Nur die Jungtschechen und ihre Presse hetzen gegen das Bündnis. Der Jungtscheche Waschaty nennt in seiner Budgetrede (22. April) Oesterreich eine Expositur der deutschen Reichskanzlei. Graf Kálnoky betont in der Ausschußsitzung der österreichischen Delegation am 9. Juni, die Beziehungen zu Deutschland seien nie vertrauensvoller, klarer und fester gewesen, als jetzt: „der Wechsel dreier Monarchen Deutschlands und der leitenden Staatsmänner hat nicht die geringste Schwankung des Bündnisses zur Folge, was am besten beweist, wie festgewurzelt das Bündnis ist. In Berlin und Rom von maßgebender Seite in jüngster Zeit abgegebene Erklärungen bezeugen, wie man auch dort von der unerschütterlichen Festigkeit des Bündnisses überzeugt ist. Die täglichen Versuche der Gegner des Bündnisses, letzteres zu erschüttern und Zweifel daran hervorzurufen, sollen niemanden beirren. Diese Bemühungen werden künftig, wie in den letzten zehn Jahren vergeblich bleiben". Und der Präsident der ungarischen Delegation Graf Ludwig Tisza erklärt in seiner Schlußrede am 28. Juni, die ungarische Delegation erblicke in dem Bestande des Dreibundes die vorwiegendste Friedensgarantie.

Das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien erfährt in diesem Jahre eine sehr bemerkenswerte Vertiefung. Schon am 11. Juni führt Graf Kálnoky in der ungarischen Delegation aus, er sei erfreut, der steten freundschaftlichen Uebereinstimmung mit dem italienischen Verbündeten gedenken zu können, mit welchem ein Verhältnis des Vertrauens, sowie eine Gemeinsamkeit des Bestrebens hergestellt sei, die den beiderseitigen Friedenszielen nur förderlich sein könne. Im Juli finden wohl irredentistische Unruhen in Görz und Triest statt, doch die energische Stellungnahme Crispis macht in Wien den besten Eindruck. Crispi hielt am 8. Oktober in Florenz bei einem Bankett eine Rede, in welcher er den Irredentismus außerordentlich scharf geißelt: „Der unmittelbare Zweck der irre-

dentistischen Agitation sei das Zerreissen des Dreibundes. Es sei natürlich, daß eine Partei, welche die weltliche Macht für sich in Anspruch nimmt, die Auflösung des Dreibundes wünsche, in der Hoffnung den Bund der katholischen Mächte wieder herzustellen, zum Nutzen des Vatikans, sobald Oesterreich nicht mehr der Freund und Alliierte Italiens sein würde. Das Bündnis sei zu einem aufrichtig freundschaftlichen geworden", Crispi verweist darauf, der junge Deutsche Kaiser habe zweimal die „Roma intangibile" begrüßt — — nicht weniger loyal, wenn auch nicht so demonstrativ, sei die Stellung des katholischen Oesterreichs Italien gegenüber gewesen. Auch Marquis Rudini, der Führer der Konservativen, erklärt sich mit warmen Worten für den Dreibund; er richtete anläßlich der Neuwahlen zur Kammer (Ende Oktober) ein Schreiben an die „Opinione", die Friedensperiode, deren Italien sowohl im Innern als auch nach außenhin bedürfe, sei durch den Dreibund gesichert. Eine Meldung des Pariser „Figaro" vom 29. September, Crispi hätte dem Korrespondenten dieses Blattes, Herrn St.-Cère in Neapel „bedeutungsvoll" erklärt, der Dreibund erlösche im Jahre 1892 und sei noch nicht erneuert, wird von Crispi in der „Riforma" als unrichtig bezeichnet.

Crispi teilt in seinen „Denkwürdigkeiten" eine Depesche De Launays vom 14. August dieses Jahres mit, in welcher der Berliner Botschafter Italiens ihm meldet, Kaiser Franz Josef (der eben in Berlin zu Besuch war) habe sich glücklich und hocherfreut genannt, daß dem König von Italien ein so tüchtiger Ministerpräsident zur Seite steht. Seine Majestät, heißt es in der Depesche, schlägt die Vorteile des Bundesverhältnisses mit Italien auch in Hinsicht des allgemeinen Friedens sehr hoch an; Graf Kálnoky wird in Hinsicht der österreichischen Italiener sein Möglichstes tun. Die Denkwürdigkeiten enthalten auch interessante Mitteilungen des Barons Bruck über Aeußerungen des Kaiser-Königs Franz Josef betreffend die Frage des Kaiserbesuches in Rom. Anläßlich der Florentiner Rede Crispis sandte Graf Kálnoky an Baron Bruck eine Depesche, die der römische Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse" Robert di Fiori am 1. Februar 1913 in seinem Blatte veröffentlicht; in der Depesche wird Herr von Bruck beauftragt, Crispi im Namen Kálnokys zu beglückwünschen und ihm zu sagen, daß seine Rede als ein neuer Beweis betrachtet werden kann dafür, daß die für den Frieden so notwendige Tripelallianz auf einer festen Basis ruhe, welche in der klugen und energischen Persönlichkeit Crispis einen treuen und allen Eventualitäten gewachsenen Hüter besitzt.

1891

Crispi gibt am 31. Januar seine Demission. Sein Nachfolger Marchese di Rudini, erneuert im Juni den Dreibund [1]. Er entwickelt am 14. Februar vor der Kammer sein Programm und erklärt, Italien werde seinen Allianzen eine „feste sichere Treue" bewahren [2]. Am 28. Juni verkündet Rudini in der Kammer unter dem enthusiastischen Beifalle einer überwältigenden Majorität, „der Dreibund werde auch in Zukunft bestehen bleiben". Am 9. November wiederholt Rudini die Ankündigung der Erneuerung der Tripelallianz: „Durch Erneuerung der Bande, die uns an Oesterreich-Ungarn und Deutschland knüpfen, glaubt die königliche Regierung einen Zustand befestigt zu haben, geeignet zur Entwicklung jener Politik der Sammlung, die uns hauptsächlich Not tut ..... Mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben wir die Solidarität der Anschauungen und Interessen, welche dauernde Spuren zurückgelassen hat, aufrecht gehalten und verstärkt".

Die Erneuerung des Dreibundes wird in allen drei Staaten in besonders markanter Weise proklamiert — ein energisches Echo gegenüber der Kronstädter Demonstration. Die Pariser Presse macht besonders scharf gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Ein Artikel „La Triple-Alliance" in der „Revue des deux Mondes" (vom 15. Februar) [3] beschuldigt Bismarck, er habe der Donaumonarchie Bosnien und Herzegowina „zu-

---

1) Der dem Ministerpräsidenten Rudini nahestehende Abgeordnete Maggiorino Ferraris bezeichnet in einem an den „Corriere della sera" vom 6. Juni gerichteten Schreiben als den wesentlichsten Punkt des Vertrages die Bestimmung, keiner der kontrahierenden Staaten dürfe für irgend einen Angriffskrieg auf Unterstützung seiner Verbündeten rechnen, daß aber jeder Angriff auf eine der drei Mächte die sofortige bewaffnete Teilnahme der beiden anderen zur Folge haben werde; ferner hätten Deutschland und Oesterreich den Besitzstand Italiens garantiert, ohne dafür eine Gegengarantie von italienischer Seite erlangt zu haben. (Letztere Zeilen gehen wohl an die Adresse Frankreichs, Elsaß-Lothringens wegen. Anmerkung des Verfassers). Siehe auch „Berlin-Wien-Rom", Berlin, Duncker und Humblot. 1892.

2) Die Rede Rudinis veranlaßt den greisen Senator Jacini, der stets ein warmer Anhänger speziell des Bündnisses mit Deutschland gewesen, in einem Artikel („Nuova Antologia" vom 16. Februar, also knapp vor seinem am 25. März desselben Jahres erfolgten Ableben) gegen die Möglichkeit eines Frontwechsels Italiens zu protestieren, jedoch auch davor zu warnen, daß „die Kluft zwischen den beiden lateinischen Völkern zum Abgrund erweitert werde".

3) Von A. Benedetti, später aufgenommen in dessen Buch „Essais diplomatiques" (Paris 1895); in demselben Artikel hatte Benedetti Rudini wärmstens begrüßt: „Rudini et ses collègues justifieront, avec la confiance du Souverain, l'attente de tous les amis de l'Italie".

geschanzt", vergißt aber, daß diese Frage bereits 1877 von Rußland in Reichstadt angeschnitten worden und daß damals eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen Rußland und Oesterreich zustande gekommen war.

Der Deutsche Kaiser macht am 29. Juni auf der Fahrt von Hamburg nach Helgoland dem Vorsitzenden der Paketfahrtgesellschaft, Herrn Waldemar Nissen, persönlich die Mitteilung, daß die Verlängerung des Dreibundes am 28. Juni auf weitere sechs Jahre vollzogen sei. Und als das Deutsche Kaiserpaar im Juli in England weilte, wurde in Hatfield, wohin den Kaiser Staatssekretär Marschall begleitet, ein „Protokoll" ausgefertigt, welches die Identität der Interessen des Dreibundes mit denjenigen Englands feststellt.

Gleichzeitig mit der Nachricht von der Erneuerung des Dreibundes wird in den Parlamenten und in der Presse auch die Frage eines Anschlusses Englands an den Dreibund erörtert und das Wort vom „Dreibund zu Vieren" wird flügge. Der „Flirt anglo-triplicien" (ein Wort Pierre Albins[1]) reicht bis ins Jahr 1887 zurück[2], die Annäherung Englands an den Dreibund scheint sich jedoch faktisch erst in diesem Jahre zu vollziehen. England hat mit den drei Mächten alle schwebenden Fragen erledigt: mit Italien die Mittelmeerfrage, mit Oesterreich-Ungarn die Orientfrage und mit Deutschland die Frage der Interessensphäre in Afrika. Am 22. Juni überraschte der englische Unterstaatssekretär Sir James Fergusson die Welt mit der Mitteilung, England seien die „Bedingungen des Dreibundes vertraulich" mitgeteilt worden; allerdings fügte er hinzu „die englische Regierung habe nicht Teil am Dreibunde", doch die gesamte englische und kontinentale Presse kommentiert diese vertrauliche Mitteilung dahin, daß diese zu dem Zwecke erfolgt sei, England zu einem Zusammengehen mit den drei Kontinentalmächten zu veranlassen. So schrieb der „Standard" bald darauf (vor dem Besuch des Deutschen Kaisers in England): „Es werden zwar weder Verträge zu unterzeichnen, noch eine Entente herzustellen sein, aber die in Windsor gesprochenen Worte können möglicherweise einen ebenso welthistorischen Einfluss üben, wie Unterschriften, die in den europäischen Staatskanzleien sorgsam aufbewahrt werden". Die Erklärung Fergussons findet am 28. Juni im italienischen Senat einen Widerhall. Rudini hatte am selben Tage in der Kammer die Erneuerung des Dreibundes angekündigt (die Sitzung hatte einen sehr stürmischen Verlauf genommen und mußte infolge

[1]) Siehe Pierre Albin „L'Allemagne et la France en Europe (1885—1894)", Seite 312 ff.

[2]) Siehe Erklärungen Salisburys 1887.

eines Handgemenges zwischen Mitgliedern der äußersten Linken und der Regierungspartei vertagt werden). Am Nachmittag veranstalteten Cavallotti und Imbriani, nachdem die Regierung eine öffentliche Versammlung, (zu welcher ein leidenschaftlicher Aufruf erlassen worden war) verboten hatte, eine Demonstration, bei welcher Giovanni Bovio eine Brandrede hielt. Am Abend ließ sich Rudini im Senat von Taverna interpellieren. Der italienische Ministerpräsident wiederholte die Ankündigung der Erneuerung der Dreibundverträge und äußerte sich sodann über das Verhältnis Italiens zu England: „Italien wolle die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes und des Statusquo in Europa, namentlich im mittelländischen Meere. Um diese Ziele zu erreichen, suchte die Regierung nicht erst heute mit Mächten in Verbindung zu stehen und Verträge zu schließen, welche den gleichen Ideengang und analoge Interessen haben wie wir. Vor einigen Jahren habe ein Ideenaustausch über die Verbindungen mit England stattgefunden. Fergusson habe diesen Ideenaustausch im englischen Parlament in vollkommen wahrheitsgetreuer Weise besprochen. Die beiden Länder nehmen sich vor, für den Frieden und den Statusquo gemeinschaftlich zu wirken. Er sehe keine Frage, in welcher die Anschauungsweise Italiens und Englands nicht dieselbe sei". Fergusson kommt im Verlaufe weniger Tage noch dreimal auf dasselbe Thema zu sprechen. Am 3. Juli erklärt er, in scheinbarem Widerspruch zu seiner Rede vom 22. Juni, er könne keine Informationen über die Stipulationen der „angeblich" jetzt erneuerten Dreibundverträge geben — in scheinbarem Widerspruche deshalb, weil Fergusson am 22. Juni nur die alten Dreibundverträge kennen konnte. Sowohl am 3., als auch am 6. und am 11. Juli wiederholte Fergusson, daß ein Einvernehmen mit Italien bezüglich der Aufrechterhaltung des Statusquo im Mittelmeer besteht. Augenscheinlich aus dem Auswärtigen Amte inspiriert, stellt der Referent des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation, Max Falk, im Pester Lloyd fest, daß die Sympathien, die England dem Dreibunde entgegenbringt, „die Qualität haben, in der Stunde der Gefahr sich in kräftige Taten umzusetzen". Schon nach der ersten Erklärung Fergussons äußert sich Flourens einem ungarischen Interviewer („Magyar Nemzet") gegenüber, durch die Annäherung Englands an die Zentralmächte sei das Zusammengehen Rußlands und Frankreichs noch enger geworden — es existieren wohl keine formellen Verträge, jedoch schriftliche Dokumente, die getrost als Verträge angesehen werden können. Gleichzeitig erfolgte der Besuch des englischen Mittelmeergeschwaders in Fiume und Venedig, Kaiser-König Franz-Joseph und der König von Italien erscheinen an Bord des englischen Admiralschiffes,

und speziell der Trinkspruch des Königs von Italien spricht von den intimen und herzlichen Beziehungen zwischen Italien und England. (Kronstadt[1] war die Antwort des Zweibundes). Die „Morning Post" bezeichnet den Besuch der Flotte im Hafen von Fiume als Akt der Freundlichkeit, die umso angemessener gemacht wird durch die zwischen Großbritannien und dem Reiche der Habsburger bestehende historische Allianz, und „Standard" schreibt: „England kenne die friedlichen Absichten Oesterreich-Ungarns, deshalb teile und unterstütze es dieselben" und fügt hinzu: „Wir bezweifeln, ob wir uns mit irgend einem anderen Staate in einer derartigen Uebereinstimmung befinden". Als die Krönung des Verständigungswerkes kann der Besuch Kaiser Wilhelms in Windsor und die enthusiastische Aufnahme, die der Ehrenadmiral der englischen Flotte in London findet, gelten. Die englischen Blätter stellen bei dieser Gelegenheit einmütig fest, daß die deutsche und die englische Interessensphäre in Afrika zur Zufriedenheit beider Staaten abgesteckt wurde, wodurch die letzte Schranke, die England von den Interessen der Dreibundstaaten trennt, gefallen sei. „Nie zuvor ist in England derartiges dagewesen", konstatieren die „Hamburger Nachrichten" in ihrer Rückschau auf die englischen Festtage: „England besitzt für seine Annäherung an Deutschland, respektive an den Dreibund, schon jetzt ein ausreichendes Aequivalent, daß es mindestens ebensoviel erhält, als es gibt". Einen bemerkenswerten Beitrag zur Geschichte dieser Tage liefert ein Brief des Senators und gewesenen Ministers des Auswärtigen Barthélemy St.-Hilaire an einen Mitarbeiter eines Pariser Blattes, welcher den ehemaligen Vertrauten von Thiers über die Isolierung Frankreichs befragen wollte. Herr Barthélemy St.-Hilaire schrieb unter Anderem: „Die Tripelallianz wird morgen die Quadrupelallianz sein. England, die einzige Nation, mit der wir uns alliieren könnten, ohne uns herabzusetzen, geht, wohin sein Interesse es drängt, und dieses Interesse führt England zu einer Einigung mit den drei Mächten, welche entschlossen sind, Rußland in seinen Welteroberungsgelüsten aufzuhalten".

Die Erneuerung des Dreibundes verschärft den katholisch-klerikalen Kampf gegen die italienische Regierung. Der „Osservatore Romano" bezeichnet am 13. August die Erneuerung des Dreibundes als eine Kränkung der Katholiken Italiens, ihm sekundiert Ende September das „Fränkische Volksblatt": „Oesterreich ist zum Schildknappen Preußens herabgesunken,

---

[1]) Freycinet sagte am 8. Oktober in Marseille: „La paix n'est plus seulement dans les mains des autres, elle est aussi dans les notres et n'en est, par suite, que mieux assurée".

statt an 1866 zu denken und an seine Verluste als „einstige deutsche Bundesmacht".

Im Oktober weilt König Karl von Rumänien in Berlin. Man diskutiert wieder die Frage des Anschlusses Rumäniens an den Dreibund. Man erinnert daran, daß schon Graf Julius Andrássy die Grundlinien der gegenseitigen Freundschaft gelegt hat, und daß er seinerzeit die Kabinettsfrage gestellt hatte, um den Handelsvertrag, der für Rumänien die Anerkennung der wirtschaftlichen Selbständigkeit bedeutete, durchzusetzen. Konkrete Abmachungen scheinen auch diesmal nicht getroffen worden zu sein, schon weil der König nicht von seinem Ministerpräsidenten Florescu begleitet war. Die „Post" schreibt am 1. November, ein Beitritt Rumäniens zum Dreibund könnte nur unter der Bedingung einer Garantie des Besitzstandes des Königreiches Rumänien von seiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von Bedeutung sein — solche Garantien könnten aber nur dann Sinn und Wert haben, wenn der Staat, für den die genannten Mächte Garanten werden sollen, ein Aequivalent an Macht und Bedeutung zu bieten hätte, was bei Rumänien nicht zutreffen möchte.

Graf Caprivi nimmt zweimal, am 27. November (Etatsberatung) und am 10. Dezember (Zoll- und Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien) Gelegenheit, sich über die Erneuerung des Dreibundes zu äußern: „Man hat vielleicht", sagte Caprivi am 27. November mit Hinweis auf die Kronstädter Demonstration des Admirals Gervais, „bei der Erneuerung des Dreibundes in der Presse etwas zuviel Pauken und Trompeten gerührt und dadurch anderen Leuten das Gefühl gegeben, sie wollen auch mal Pauken und Trompeten rühren, an sich aber hat sich durch die Erneuerung des Dreibundes in Bezug auf unsere östlichen und westlichen Nachbarn nichts geändert." Am 10. Dezember betont Caprivi, es gehe nicht an, Staaten, mit denen man ein Bündnis schließt, mit einem wirtschaftlichen Kriege zu überziehen und erklärt, der Dreibund, geschlossen zu gegenseitiger Abwehr, habe nicht die mindesten agressiven Ziele."

Eine gemeinsame Aktion hat, wie man aus einer Interpellations-Beantwortung des ungarischen Ministerpräsidenten Julius Szápáry (14. März) erfährt, der Dreibund bei der Sofioter Regierung übernommen, um die Ausweisung von Nihilisten aus Bulgarien zu verlangen.

Die Erneuerung der Tripelallianz steht im November und Dezember in Wien und Budapest zur Diskusion. Am 14. November bespricht Graf Kálnoky die Zusammenkunft Rudinis mit Herrn von Giers, die er „ohne irgendwelches Mißtrauen" be-

trachtet habe. Das Bündnis mit Italien sei auf eine Reihe von Jahren verlängert worden, ohne daß wesentliche Aenderungen vorgenommen, oder neue Verpflichtungen übernommen worden wären. Das Verhältnis zu Deutschland könne der Minister als unverändert bezeichnen, insofern dieser Ausdruck auf ein Verhältnis paßt, welches sich mit der Dauer fortwährend vertieft und die zwischen den Beteiligten bestehenden Bande immer mehr festigt. Am 27. November spricht Kálnoky in der österreichischen Delegation über die Papstfrage und bezeichnet diese als ein Problem, an das nicht herangetreten werden könne, ohne die italienische Nation auf das tiefste zu verletzen. Eine ironische Wendung, die Kálnoky am Schlusse seiner Rede gebraucht, wird entstellt nach Rom telegraphiert, und sie hat in der italienischen Kammer eine erregte Diskussion zur Folge, in deren Verlaufe auch der Minister Nicotera dagegen protestiert, daß die „Lösung der Papstfrage noch nicht gefunden sei". Das Mißverständnis wird alsbald aufgeklärt, und Rudini konstatiert, die Haltung Oesterreich-Ungarns in der Frage des Papsttums sei eine Italien stets aufrichtig freundliche gewesen — — „wenn die Einheit Italiens bedroht werden sollte, steht Oesterreich-Ungarns Armee auf unserer Seite".

Crispi richtete am 23. Oktober an einen französischen Journalisten einen Brief, in welchem es u. a. heißt: „Der Bund der drei Monarchien Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien ist gebildet worden, um den Frieden des Weltteils zu gewährleisten, und er hat keinen Wunsch nach Eroberungen. Er ist nunmehr der erste Kern der europäischen Konföderation. Wenn Frankreich wolle, könnte es sich den drei Mächten anschließen, die es mit Begeisterung in ihren Bund aufnehmen würden."

Im österreichischen Abgeordnetenhause hetzen die Jungtschechen und die Antisemiten gegen die Erneuerung des Dreibundes. Am 24. Juni wehrt Sueß die Angriffe des Jungtschechen Waschaty ab, und am 14. Dezember weisen Taaffe, Plener und Bilinski die Anrempelungen Deutschlands und Caprivis durch Lueger zurück. Ministerpräsident Taaffe gab „Namens Oesterreichs" seinem Bedauern Ausdruck, daß in solcher Weise in einem Momente gesprochen wurde, wo die Möglichkeit geschaffen worden ist, das politische Bündnis, welches zwischen den drei Großmächten besteht, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung zu festigen

1892

In diesem Jahre sind einige bemerkenswerte Aeußerungen Bismarcks über den Dreibund zu verzeichnen. Einem Berichterstatter des „Newyork Herald" sagte Bismarck in Friedrichsruhe[1]: „Ein unabhängiges und mächtiges Oesterreich ist eine Notwendigkeit für Deutschland, und wenn Frankreich und Rußland es angriffen, so könnten wir nicht gleichgiltige Zuschauer bleiben. Aber es besteht keine Gegenseitigkeit in diesem Falle. Oesterreich garantiert uns keineswegs, daß es unser Alliierter sein wird, wenn Frankreich uns angreift — trotzdem sind wir verpflichtet, Oesterreich sowohl im Osten wie im Westen zu verteidigen. Oesterreich ist nur verpflichtet, uns im Falle eines Krieges mit Rußland beizustehen". Bei der Tafel nach der Trauung Herberts mit Gräfin Hoyos in Wien brachte der Fürst folgenden Trinkspruch aus: „Ich danke zunächst dem Herrn Grafen Andrássy[2] für die Erinnerung an die politische Vereinigung der beiden großen Reiche, denen wir angehören, eine Verbindung zu deren Zustandekommen sein Herr Onkel, mein treuer Freund, soviel beigetragen hat. Der Sympathie zu Oesterreich-Ungarn bin ich bis zu diesem Augenblicke treu geblieben und werde ihr immer treu bleiben, weil sie der natürlichste Ausdruck unseres Herzensbedürfnisses in Deutschland ist". Am 24. Juni veröffentlicht die Wiener „Neue Freie Presse" eine Unterredung mit dem Altreichskanzler, in welcher der Fürst gegen die ihm von gewisser Seite unterschobenen antiösterreichischen Tendenzen protestiert; er habe gewiß nichts gegen Oesterreich, sondern er habe nur die deutsche Regierung wegen der Handelsverträge angegriffen: „ich fand es für ganz natürlich, wenn Oesterreich die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler zu seinem Vorteile benützt hat". Zu einem Vertreter der „Münchner Neuesten Nachrichten" sagte Bismarck am 27. Juni[3]: „Das Bündnis verdanken wir zunächst dem äußeren Anlasse, daß von Petersburg äußerst ungeschickte Briefe nach Berlin gesandt worden waren. Man muß doch ins Auge fassen, daß das Bündnis mit Oesterreich nur ein Defensivbündnis ist. Es soll nur die Sicherheit dafür geben, daß Oesterreich von Rußland nicht angegriffen werden könne. Es war dies eine Sicherstellung, die auf Gegenseitigkeit beruht". Am 10. Juli gab der Fürst auf die Ansprache eines Ungars folgende Ant-

[1]) Siehe Poschingers „Neue Tischgespräche und Interviews" Band I, Seite 370.

[2]) Géza Andrássy.

[3]) Siehe Poschingers „Neue Tischgespräche und Interviews" Band I, Seite 380.

wort[1]: „Ich rechne unser heute bestehendes Bündnis mit Oesterreich-Ungarn zu denjenigen Reichsinstitutionen, an denen uns allen liegt und die wir alle zu pflegen entschlossen sind. Es ist eine alte geschichtliche Tradition — — wir haben seit Jahrhunderten mit Oesterreich-Ungarn zu demselben Reich gehört. Es ist dies ein historisches Vermächtnis der Vergangenheit, aber auch ein Bedürfnis der modernen Politik. Ich rechne darauf, daß wir den österreich-ungarischen Freunden, diesem verbündeten Reiche, alle Treue halten werden, in jeder Not und Gefahr, die es bedrohen könnten. Ich habe an diesem Bündnis nicht ohne Schwierigkeit gearbeitet, und es ist eine ungeschickte Verleumdung, wenn man behauptet, es sei mir leid, und ich wolle dieses natürliche, im europäischen Gleichgewichte nötige Bündnis schädigen, das ich für fest begründet halte in unseren nationalen Antezedentien und unseren heutigen Bedürfnissen und zu dem wir immer wieder zurückkommen müßten. Wir haben uns mit Oesterreich, wie sie dort sagen, „gerauft", fast in jedem Jahrhundert einmal, aber wir sind immer wieder als Brüder zusammengekommen und werden es, so Gott will, jetzt bleiben". In Jena hält der Fürst am 31. Juli eine Rede, aus welcher folgende Stelle angezogen sei: „Der Bürgerkrieg, den wir 1866 geführt haben, war ganz unvermeidlich. Wir haben jedoch bei unserem damaligen Gegner keine unversöhnliche Stimmung hinterlassen. Es ist uns gelungen mit Oesterreich in ähnliche Beziehungen zu kommen, wie diejenigen waren, die von den Frankfurter Verfassungsentwürfen vergebens erstrebt wurden. Wir haben sie heute reifer, vollständiger und wirksamer, als sie damals erstrebt wurden". Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 5. November berichten über eine Unterredung Bismarcks mit Dr. Hans Blum, in welcher der Reichskanzler sich über Rußland und das ihm entgegengebrachte Vertrauen des Zaren Alexander II. äußerte: „Ich hielt das Dreikaiserbündnis für eine von Natur und aus Naturnotwendigkeit eigentlich noch festere Verbindung als den jetzigen Dreibund, der freilich auch nur gegen den Willen und gegen die Einsicht der politisch Urteilsfähigen in den drei verbündeten Völkern gelöst werden könnte"; und weiter: „Was Italien anbelangt, ist eigentlich nur Savoyen streng monarchisch gesinnt, im Norden liebäugelt man vielfach mit dem blutsverwandten republikanischen Frankreich, und im Süden ist man vielfach päpstlichem Einfluß zugänglich".

Im Juni weilt das italienische Königspaar in Potsdam. Beim Galadiner am 21. Juni feiert Kaiser Wilhelm seine Gäste in einem

---

[1]) Siehe Poschingers „Die Ansprachen des Fürsten Bismarck" Seite 215.

äußerst warmen Trinkspruche: „die blonde Schwester Germania begrüßt ihre schöne Schwester Italia, und durch meinen Mund begrüßt sie die beiden Majestäten!"

Crispi hält am 20. November bei einem Bankett in Palermo eine Rede, in welcher er gegen Rudini (dem im Januar der Deutsche Kaiser und Kaiser-König Franz Josef hohe Ordensauszeichnungen verliehen hatten) wegen des Handelsvertrages heftige Angriffe richtet und erklärt, Italien sei diejenige der drei verbündeten Mächte, die am meisten unter der Tripelallianz leide; Rudini hätte bei der Erneuerung des Dreibundes verhüten müssen, daß Italien bei den Handelsverträgen mit den Zentralmächten den Kürzeren ziehe.

Im Oktober wird der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Széchényi, von seinem Posten abberufen und durch Herrn Ladislaus von Szögyény-Marich ersetzt, der bald persona gratissima am Berliner Hofe wird.

Die ungarische Delegation demonstriert wieder einmütig für den Dreibund; sogar der als franzosenfreundlich bekannte äußerstlinke Delegierte Ugron erklärt, er kenne in Ungarn niemanden, weder Individuen noch Parteifraktionen, welche mit dem Dreibunde nicht zufrieden wären. In Oesterreich hetzen die Jungtschechen gegen Deutschland und den Dreibund: im Abgeordnetenhause Professor Masaryk, in der Delegation Eym, demgegenüber Kálnoky konstatiert, die erdrückende Majorität der Delegation sei für den Dreibund.

Reichskanzler Caprivi unterbreitet am 23. November dem Reichstage die Militärvorlage und hält bei diesem Anlasse eine längere Rede, aus welcher folgende auf den Dreibund bezügliche Stelle wiedergegeben sei: „Der Dreibund ist vielleicht in keiner der drei Nationen so populär wie bei uns, und ich glaube, die Nation rechnet es meinem Herrn Amtsvorgänger als eines seiner größten Werke an, daß er diesen Dreibund geschaffen hat. Wir halten an dem Dreibunde fest und sind überzeugt, daß unsere Verbündeten ebensofest daran halten". Der Reichskanzler motiviert die Militärvorlage damit, daß der Dreibund nicht diejenige Truppenanzahl aufzubringen im Stande ist, die Frankreich und Rußland aufzubringen vermögen, betont die Unmöglichkeit, die Oesterreicher und die Italiener „antreten" zu lassen oder das Bündnis militärisch zu kontingentieren: „Immer wird das bestehen bleiben, daß wir im Dreibund, wenn es zum Kriege kommt, die Hauptlast auf unsere Schultern zu nehmen haben; das ist auch insofern keine Unbilligkeit, da wir von den drei Staaten die einzigen sein werden, der genötigt ist, nach zwei Seiten zu schlagen!" Bei Verhandlung der Militärvorlage erklärt der Abgeordnete Lieber (Zentrum) am

14. Dezember: „Weit entfernt, den Dreibund irgendwie schädigen zu wollen, sind wir unsererseits der festen Ueberzeugung, daß die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit auf dem bezeichneten Gebiete, die Herstellung einer territorialen Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles nur zur größeren Sicherung eines hervorragend wichtigen Gliedes dieses Bundes und damit des ganzen Dreibundes gedeihen würde. Ich darf dieser Erklärung übrigens, um jeden Zweifel zu zerstreuen, noch hinzufügen, daß niemand von uns daran denkt, die territoriale Unabhängigkeit des römischen Stuhles unter Gefährdung des Dreibundes zu wollen. Darüber werden Sie alle Katholiken völlig einträchtig finden".

1893

Im Zeichen der russischen Kriegsgefahr, die in den Dreibundstaaten eine scharfe Betonung der Bündnistreue auslöst.

Graf Caprivi hält am 11. Januar in der Militärkommission eine längere Rede, in welcher er laut der, allerdings später mehrfach benachrichtigten Zeitungsmeldungen unter anderem sagte: „Die Richtschnur unserer äußeren Politik ist und bleibt die Erhaltung der vollen Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns. Es wäre durchaus falsch, um augenblicklicher Vorteile willen uns Rußland gegen Oesterreich zu nähern . . . . . . Die Erneuerung des Dreibundes, nach dessen Ablauf ist allerdings zu hoffen, aber doch auch nicht absolut sicher. Das Bündnis mit Italien habe den Hauptzweck, die Südgrenze Oesterreichs gegen Frankreich zu sichern. Oesterreichs Landmacht sei für uns wichtig, besonders wenn Oesterreich den Kriegsschauplatz nördlich von den Karpathen verlegt". Der Reichskanzler erörterte sodann auch, wie in seiner Rede vom 23. November des Vorjahres, die militärischen Stärkeverhältnisse und wiederholt, der Dreibund sei gegenüber Frankreich und Rußland in militärischer Minorität.

Mitte März findet ein sehr warmer Depeschenwechsel zwischen Rom und Berlin statt. Kaiser Wilhelm meldet seinen Besuch in Rom zur silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares an. König Umberto antwortet: „Für Marguerita und mich wird es ein Fest sein, Dich mit Deiner Frau in Rom wieder

zu sehen, wo Eure Gegenwart in den Augen meines Volkes ein neues und sehr wertvolles Unterpfand der innigen Freundschaft und des Bündnisses, welches unsere Völker und unsere Kronen vereinigt, sein wird". Das Deutsche Kaiserpaar trifft am 20. April in Rom ein, (Kaiser-König Franz Josef ist durch Erzherzog Rainer vertreten) und Kaiser Wilhelm sagt am 22. April beim Galadiner im Quirinal: „Hand in Hand mit unserer persönlichen Freundschaft geht die warme Sympathie, welche die Völker Deutschlands und Italiens verbindet und die in diesen Tagen mit neuer Kraft zum Ausdruck gelangt". Im September wohnt der Kronprinz von Italien den Kaisermanövern um Koblenz bei, und es werden bei der Paradetafel am 2. September sehr warme Trinksprüche gewechselt. Bezeichnend für die Stimmung in Italien ist, daß auch die Gegner des Ministeriums Giolitti die auswärtige Politik dieses Kabinettes billigen. Marchese Rudini richtet am 23. Oktober an seine Wähler ein Schreiben, in welchem es heißt: „Die Bündnisse sicherten den Frieden und verhinderten die Isolierung Italiens; sie sind für Italien eine unschätzbare Wohltat, und eben deshalb müsse diese Politik für Italien traditionell sein". Am 15. November weilt Graf Kálnoky bei König Humbert in Monza, wo er mit seinem italienischen Kollegen Brin und mit dem Botschafter Nigra konferiert. Die Wirtschaftskrise, die dem Lande die Papierwährung mit fünfzehn Prozent Agio brachte, fegt das Ministerium Giolitti hinweg und der Alte vom Berge, Crispi, tritt wieder an die Spitze der Regierung. Er hält am 20. Dezember seine Antrittsrede in der Kammer und im Senat und bezeichnet das Festhalten an den Verträgen als das Ziel seiner auswärtigen Politik.

In Oesterreich-Ungarn nimmt Graf Kálnoky in der Delegations-Session Gelegenheit, die Bündnistreue der Donaumonarchie zu betonen. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern führt in seinem Exposé vom 3. Juni aus, die Beziehungen der Monarchie zu Deutschland und Italien seien so intim, wie jemals und werden es auch bleiben. Der friedliche Tenor dieses Exposés sowie die Betonung des guten Einvernehmens mit Rußland werden von einem Teil der reichsdeutschen Presse mißdeutet; die „Nationalzeitung" und die „Münchener Neuesten Nachrichten" kommentieren diese Rede dahin, daß „man am Ballplatz in Wien mehr Freude an Rußland als an Deutschland habe", so daß sich Kálnoky veranlaßt sieht, am 5. Juni zu erklären: „Von einer politischen Schwankung Oesterreichs sei keine Rede. Das Bündnis mit Deutschland und Italien schließe gute Beziehungen zu anderen Mächten nicht aus, wie ja auch Fürst Bismarck, der doch den Grundstein zu der Bündnispolitik gelegt, stets ausgesprochen habe, daß möglichst freundschaft-

liche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens seien. Es ist also widersinnig, daß, wenn wir konstatieren, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundliche sind, deutsche Blätter darin etwas erblicken, was eine Entfernung von unserem Bundesverhältnisse bedeute. Ich kann nur nochmals konstatieren, daß wir bezüglich unseres Bündnisses unverändert auf demselben Boden stehen, es mit derselben Aufrichtigkeit und Loyalität festhalten, wie bisher, daß dieses Bündnis, ein rein defensives, zur Erhaltung und Sicherung des Friedens bestimmt ist". Das „Berliner Tageblatt" stimmt den Ausführungen Kálnokys zu, indem es schreibt: „Kommt eine österreichisch-russische Annäherung zustande, so würde dieselbe als ein eminenter Erfolg der Friedenspolitik des Dreibundes doppelte Bedeutung gewinnen; Grund zu Mißtrauen zwischen Deutschland und Oesterreich aber würde dadurch nicht geschaffen werden".

Zu einer herzlichen bundesfreundlichen Demonstration gestaltet sich in Löcse (Leutschau) die Feier der 50-jährigen Wiederkehr des Tages, an welchem das Infanterieregiment Nr. 34 dem Prinzen Wilhelm, nachmaligen Kaiser Wilhelm II., verliehen wurde. Den Deutschen Kaiser vertritt bei dieser Feier Militärattaché Oberstleutnant von Deines, der einen sehr warmen, kameradschaftlichen Toast spricht (10. Oktober).

Zum Schlusse eine Aeußerung des Fürsten Bismarck. Der Altreichskanzler hatte am 29. April eine Unterredung mit Dr. Hans Blum[1], in welcher sich der Fürst über die unmittelbare Veranlassung des deutsch-österreichischen Bündnisses äußerte: „Im Jahre 1879 war gemäß der Abrede im Berliner Frieden eine von den Großmächten und beteiligten Staaten beschickte Kommission in Novipasar zusammengetreten, um die dortigen Grenzen endgiltig abzustecken. Da verlangte Rußland plötzlich in drei persönlichen Briefen des Zaren aus Livadia an den Kaiser Wilhelm, daß der deutsche Vertreter immer das tue, was der russische wolle und verlange".

---

[1]) Siehe Blums „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck" Band IV, Seite 268.

1894

Wahlkampf in Deutschland. Keine der Parteien nimmt gegen den Dreibund Stellung. Der Wahlaufruf des Zentrums betont, das Zentrum habe den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien nur aus Rücksicht für den Dreibund zugestimmt — ein Zollkrieg hätte das für Deutschlands Sicherheit und die Erhaltung des Weltfriedens so notwendige Bündnis geschädigt. Die Monarchen tauschen Besuche aus: am 29. März reist Franz Josef zu Wilhelm nach Abbazia, und im September weilt der Deutsche Kaiser bei den großen Manövern in Köszeg (Güns). Auf seiner Rückreise nach Berlin sendet Kaiser Wilhelm von Oderberg aus eine sehr warme Depesche an Kaiser-König Franz Josef (26. September) und ernennt Tags darauf den Erzherzog Albrecht zum General-Feldmarschall der preußischen Armee. Im Oktober Kanzlerwechsel: Gaprivi geht, und Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst wird sein Nachfolger. Am 1. November stirbt Kaiser Alexander III., und der zweite Nikolaus besteigt den Thron; das Verhältnis der Dreibundmächte zu Rußland bessert sich durch den Abschluß von Handelsverträgen.

In Oesterreich schüren die Jungtschechen unausgesetzt gegen den Dreibund. Im Mai finden Straßendemonstrationen in Prag statt, und im September sprechen Dr. Pazak und Kaftan in der Delegation der Bundespolitik Kálnokys das Mißtrauen der Tschechen aus. In der ungarischen Delegation läßt auch die Opposition durch den Grafen Apponyi das unentwegte Festhalten an der Dreibundpolitik verkünden. Franz Kossuth, der Ende Oktober aus Italien nach Ungarn heimgekehrt war, erklärt sich ebenfalls für den Dreibund, speziell für die Aufrechthaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Italien, seiner zweiten Heimat. Graf Kálnoky nimmt wiederholt Gelegenheit, für den Dreibund einzutreten. Am 17. September kündigte er den Anschluß Rumäniens an den Dreibund an. Er sagte im Budgetausschusse der österreichischen Delegation: „Rumänien war von den außerhalb des Dreibundes stehenden Ländern eines der ersten, welches dessen wirkliche friedliche Ziele erkannt und sich entschlossen hat, sich zu denselben[1] zu bekennen

[1]) Das Wort „denselben“ bot seinerzeit den Anlaß zu einer interessanten Kontroverse. In dem den Zeitungsberichterstattern für die Abendblätter ausgegebenen Texte der Rede hieß es: „demselben“ (nämlich dem Dreibunde selbst, nicht nur den Zielen des Bundes). Angeblich hat der Minister selbst im Stenogramm den Buchstaben „m“ auf „n“ korrigiert. In den Morgenblättern vom 18. September erschien jedoch schon der obenstehend reproduzierte Text, der als der authentische zu betrachten ist, auch weil er in das offizielle Delegationsprotokoll, beziehungsweise in das vom Stenographenbüro redigierte Generalregister übernommen wurde.

und eine Anlehnung an die europäischen Zentralmächte zu suchen".

Auch Crispi hält in Rom treue Wache. Die Radikalen laufen am 4. und 5. Mai Sturm gegen den Dreibund, den sie beschuldigen, den Bruch der Handelsbeziehungen zu Frankreich und damit die wirtschaftliche Krise Italiens verursacht zu haben. Dem gegenüber verweist der Minister des Auswärtigen Blanc darauf, die neutrale Schweiz werde von Frankreich ebenso behandelt wie Italien. Am 27. Mai richtet Imbriani eine Interpellation an die Regierung über den Kolozsvárer rumänischen Memorandumprozeß („ob die Regierung beabsichtige, zur Wahrung der unterdrückten nationalen Rechte der lateinischen Völker Oesterreich-Ungarns eine Aktion einzuleiten"), deren Beantwortung Crispi ablehnt. Ein im Januar in den „Times" erschienener Artikel, in welchem behauptet wird, Rudini habe, als er an der Spitze der Regierung gestanden, den Dreibund aufgeben und sich Frankreich nähern wollen, wird in der Presse lebhaft diskutiert. Die „Tribuna" entgegnet: Rudini habe den Dreibund nicht verlassen, sondern nur Italiens Stellung im Bunde modifizieren wollen, die Verhandlungen mit Frankreich hätten sich aber bald zerschlagen, und so sei der Dreibund unverändert erneuert worden. Rudini selbst protestiert in der „Opinione" energisch gegen alle diese Ausstreuungen.

Im September wird die Polenfrage im Zusammenhange mit der Dreibund-Politik zur Diskussion gestellt. Auf das Demonstrations-Bankett (Reden Koscielskis und Kusztelans) folgt die scharfe Zurückweisung des Kaisers (Thorn), und auch Bismarck nimmt in zwei Reden (Varzin) Stellung gegen die allpolnische Agitation. Darauf schreibt das Sprachrohr des polnischen Adels, die „Gazetta Norodowa": „Wir verlieren nicht die Hoffnung, es werde die Zeit kommen, daß die durch den Dreibund vertretene Politik es erfordern wird, der polnischen Nation zu einer selbständigen Rolle auf ihrem althergebrachten Posten zum Schutze der westlichen Gesittung gegen den Anprall von Osten wieder zu verhelfen und deshalb halten wir treu zum Dreibund und zu den im Dreibunde vereinigten Mächten"[1].

Der in Hamburg tagende deutsche Journalisten- und Schriftstellertag unternimmt am 1. Juli eine Huldigungsfahrt nach Friedrichsruhe. Auf die Ansprache eines Oesterreichers erwidert Bismarck u. A.: „Ich freue mich herzlich, daß wieder ein besseres

[1]) Vergleiche „Offenes Sendschreiben an den Fürsten Bismarck von einem Polen" (Zürich 1894), ferner „Réponse d'un gentilhomme polonais" (Separatabdruck aus der Wiener „Reichswehr), schließlich die schon 1886 in Budapest erschienene Flugschrift „Ein Ungar über Bismarck. Reflexionen zu den Ausweisungen der Polen aus Preußen" von Ogari.

Zusammengehen als im alten Bundestage statthat, wo die Pferde gleichzeitig vor und hinter den Wagen gespannt waren, so daß wir nicht vorwärts kommen konnten. Wir mußten leider uns auseinandersetzen. Es war ein Bruderkrieg, so nennt man ihn mit Recht. Wir haben alle bedauert, daß wir ihn führen mußten, er war aber unvermeidlich. Wir haben schon 1866 in Böhmen das Gefühl gehabt, wir wollen uns hier so benehmen, daß wir einmal wiederkommen können. Der Krieg ist ja nur bis an die Grenze des Notwendigsten gegangen. Sobald wir in Wien erreicht hatten, daß man uns in Deutschland die Sache machen lassen wollte, hatten wir das Bedürfnis, Oesterreich in bisheriger Stärke zu erhalten, womöglich noch stärker zu machen; denn wir gehören doch zueinander, wir und die Süddeutschen mit Einschluß unserer Landsleute in Oesterreich; aber in näheren Verband konnten wir uns nicht einlassen, und Sie auch nicht, Sie haben ihr eigenes Leben im Donaubecken, und das kann nicht von Berlin abhängen. Sie sind uns aber gute Freunde und Bundesgenossen".

1895

Die Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck löst in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn lebhafte Kundgebungen für den Schöpfer des Dreibundes aus. In Oesterreich nehmen die deutschnationalen Demonstrationen stellenweise einen antiösterreichischen Charakter an, so daß sich der österreichische Minister des Innern, Freiherr von Bacquehem, veranlaßt sieht, am 30. März im Abgeordnetenhause zu erklären: „In Oesterreich müssen derartige Kundgebungen eine Schranke darin finden, daß der österreichische Staatsgedanke auch nicht vorübergehend in den Schatten gestellt werde". Am Ostermontag nahm der greise Jubilar im Sachsenwalde eine Huldigung der Steirer Nationalen entgegen. Ein Strauß aus Edelweiß und Heidekraut war der sinnige Gruß, den ihm die Verehrer aus dem Alpenlande mitbrachten. Fürst Bismarck hielt beim Empfange der Steirer eine längere Rede, in welcher er die tausendjährige Zusammengehörigkeit, die in die Sagenzeit zurückreiche, pries. Auch der Dreibund reiche fast auf dieselbe Zeit zurück, erstreckte sich ja die alte deutsche Kaiserherrschaft von der

Nordsee bis nach Apulien. Unser Dreibund deckt ungefähr die alte anspruchsvolle Kaiserherrschaft der Nachfolge Karls des Großen nach Absonderung von Gallien, unserem heutigen Frankreich. „Ich glaube“, fuhr Bismarck fort, „wir werden dauernd zusammengehören und zusammenbleiben können, mit mehr Dauer, als wir früher mit einander gelebt haben. . . . . Ich hoffe, wir haben eine Form gefunden, in der wir nebeneinander leben können. . . . . Wir kommen immer wieder zusammen, weil wir auf einander angewiesen sind und namentlich so, wie das heutige europäische Staatsgebilde ist, können wir gar nicht, ohne einander Treue und Freundschaft zu halten, in eine ruhige Zukunft Europas blicken. . . . . Ein Bündnis von dem Gewichte, wie es der heutige Dreibund repräsentiert, kann immer von sich sagen mit dem alten schottischen Spruche: „Nemo me impune lacessit“ und wird imstande sein, sich zu wehren. Wenn man also das Bedürfnis hat, um Anlehnung sich umzusehen, so liegt für uns doch die Annäherung an Oesterreich-Ungarn näher, wie irgend eine andere. Auch auf die in Italien sind wir durch die Geschichte angewiesen. Wir haben in beiden Ländern durch das Ungeschick der gemeinsamen kaiserlichen Regierung gelitten, indem wir zerfallen sind in nicht existenzfähige Größen unter einander. Wir mußten uns wieder zusammenfinden, wir haben eingesehen, daß das zu unserem Heile notwendig ist“.

Im Mai stürzt Kálnoky und Graf Agenor Goluchowski zieht in das Palais auf dem Wiener Ballplatze ein. Am 11. Juni hält der neue Minister des Auswärtigen in der ungarischen Delegation sein Exposé, in welchem er erklärt, seine Politik ließe sich in folgenden kurzen Worten zusammenfassen: „Unverbrüchliches Festhalten an der durch den Friedensbund der drei europäischen Zentralmächte geschaffenen Grundlage, welche die Pflege der besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu allen übrigen Mächten ohne Unterschied nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu bedingt“. Die tags vorher gehaltene Thronrede nimmt Bezug auf die Kieler Feier, die im Juni stattfindet. Am 11. September ernennt Kaiser-König Franz Josef den Deutschen Kaiser zum General der Kavallerie.

Am 10. Juni hatte Hanotaux in der französischen Kammer zum erstenmal offiziell die Allianz zwischen Rußland und Frankreich proklamiert, was nicht hinderte, daß sich die offiziellen Beziehungen Deutschlands zu den Entente-Mächten besserten. In der ostasiatischen und in der armenischen Frage stand Deutschland an der Seite Rußlands, und die Dreibundmächte veranstalteten gemeinsam mit den übrigen Mächten eine Flottendemonstration in den türkischen Gewässern.

1896

Wie eine Bombe wirken Ende Oktober dieses Jahres die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“[1] in der Nummer 251 vom 24. Oktober. Der „Fürst Bismarck und Rußland“ betitelte Artikel konstatiert in einer Polemik mit der „Vossischen Zeitung“, das gute Einvernehmen der deutschen und der russischen Politik sei schon in Skierniewice hergestellt gewesen und sei in dieser Verfassung bis 1890 geblieben. Dann heißt es in dem Artikel: „Bis zu diesem Termine waren beide Reiche im vollen Einverständnis darüber, daß wenn eins von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle. . . . . Dieses Einverständnis ist nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck nicht erneuert worden und wenn wir über die Vorgänge in Berlin richtig unterrichtet sind, so war es nicht etwa Rußland, in Verstimmung über den Kanzlerwechsel, sondern Graf Caprivi war es, der die Fortsetzung dieser gegenseitigen Assekuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war“. Diese Publikation erregt nicht nur in Deutschland, sondern begreiflicherweise auch in Oesterreich-Ungarn und in Italien ungeheure Sensation. Bismarck wird von einem Teil der Presse speziell der letztgenannten beiden Staaten heftig angegriffen und als „Verräter am Dreibund“ bezeichnet. Und als der „Reichsanzeiger“ am 27. Oktober (im nichtamtlichen Teile) jede Erörterung dieser Frage mit Berufung auf das Staatsgeheimnis ablehnt, wogt der Streit darüber, ob Bismarck zu dieser Veröffentlichung berechtigt gewesen sei oder nicht. Die Bismarckfreundlichen Blätter, speziell die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, konstatieren, es liege keine solche Abmachung vor, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Dreibundes stehe. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ sowie die „Badische Landeszeitung“ erblicken in dem russischen Traktat eine Ergänzung des Dreibundes; der „Hamburger Korrespondent“ verweist auf die Erklärung Caprivis, die Regierung hätte den Vorwurf, den Draht, der uns mit Rußland verbindet, zerrissen zu haben, nicht verdient. Die „Hamburger Nachrichten“ bestreiten entschieden, daß es sich hier um ein Staatsgeheimnis handle; so wie Deutschland für den Dreibund nicht die Geheimhaltung verlangt hatte, so erfolgte lediglich auf russischen Wunsch nicht die Veröffentlichung des in Rede stehenden Traktates. Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich

[1]) Siehe das jüngst erschienene Werk „Bismarck“ von Hermann Hofmann und hierzu Arthur Singer: „Die Hamburger Enthüllungen und der Pester Lloyd“ („Pester Lloyd“ vom 8. November 1913).

wäre, sei vollständig aus der Luft gegriffen. Der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen, das bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestanden. Ein dritter Artikel der „Hamburger Nachrichten" (No. 258 vom 1. November) besagt: „Unseren beiden Bundesgenossen war die Rückversicherung mit Rußland nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht; im Gegenteil man hat mit Befriedigung gesehen, daß Deutschland die Beziehungen, die es mit Petersburg unterhielt, jederzeit benützte, um Verstimmungen zwischen den beiden benachbarten Kaiserreichen zu verhüten, respektive beizulegen". Darauf noch einmal der „Reichsanzeiger" (2. November): „Die Verpflichtung, die vor 1890 mit Rußland geführten Verhandlungen geheim zu halten, verhindere, auf den sachlichen Inhalt jener Verhandlungen einzugehen".

Die Diskussion über diese Enthüllungen speziell mit Rücksicht auf den Dreibund währt Wochen hindurch. Bismarck erhält zahlreiche Zustimmungskundgebungen [1], und auch politische Vereinigungen, wie der Nationaliberale Verein in Karlsruhe, nehmen in dieser Fehde für den Altreichskanzler Stellung. Das „Berliner Tageblatt" meint, daß sich eine Erneuerung des Vertrages noch heute empfehle; andere Blätter, wie die „Vossische Zeitung" bezweifeln die Legitimität der Enthüllung: „Wer die Ereignisse von 1887 bis 1888 im Gedächtnis hat, kann darüber nicht im Zweifel sein. Man weiß weiter, daß Rußland während der bulgarischen Krisis in Rom eine geheime Eröffnung machte, durch die Italien Triest angeboten wurde, wenn es in einem Kriege mit Oesterreich und Deutschland sich auf Rußlands Seite stelle, während um dieselbe Zeit Frankreich unter gleichen Bedingungen Italien vorschlug, ihm das Trentino zu sichern, Anträge die damals Depretis loyal kurzerhand zurückwies. Hätte die Neutralitätsassekuranz bestanden, dann hätte die österreichisch-ungarische Presse und Diplomatie sich über eine beispiellose Felonie zu beklagen". Die „Frankfurter Zeitung" konstatiert, die Enthüllungen hätten bei den Dreibundmächten nur ein vorübergehendes Mißtrauen gezeitigt. Das Organ des Wiener Auswärtigen Amtes, das „Fremdenblatt", billigt die Haltung der Deutschen Regierung und gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Enthüllungen nicht imstande seien, die Zuversicht an die Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik zu erschüttern. In der englischen Presse begegnen die Enthüllungen scharfem Tadel; „Standard" führt aus, Europa sehe in der Beständigkeit des Dreibundes eine der wichtigsten Garantien des

---

[1]) Siehe Poschingers „Bismarck-Jahrbuch" IV. Band, IV. Abt., Seite 330 ff.

Friedens, es sei traurig, daß jener Mann, der durch die Einigung der Zentralmächte der Friedenssache unvergleichliche Dienste geleistet, jetzt diese Einigkeit zu gefährden suche. Eine offiziöse Note der „Agencia Italiana" konstatiert, der Rückversicherungsvertrag sei für die italienische Regierung kein Geheimnis gewesen, diese wußte, daß die Bestimmungen dieses Vertrages mit den Dreibundpflichten nicht kollidieren. Ich schließe diese Blätterschau mit den „Preußischen Jahrbüchern", die in einem längeren Artikel ausführen, das deutsch-russische Abkommen sei nicht gegen Oesterreich, sondern gegen England gerichtet gewesen, die Veröffentlichung müsse aber bedauert werden, da hierdurch bei den Bundesgenossen der Eindruck einer ungeheuren Treulosigkeit hervorgerufen sei[1].

Die „Hamburger Enthüllungen" stehen in der Sitzung des Reichstages vom 16. November zur Diskussion. Graf von Hompesch hat eine Interpellation an den Reichskanzler gerichtet, in welcher dieser aufgefordert wird, Auskunft darüber zu geben, welchen Einfluß die Enthüllungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibund geübt haben. Der Interpellant schließt die Begründung seiner Anfragen damit, daß er der Hoffnung Ausdruck gibt, der jetzige Leiter der deutschen Politik wolle unentwegt an dem Vertrage mit Oesterreich und Italien festhalten. Der Reichskanzler Dr. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst beantwortet die Interpellation sofort: die „amtliche Auskunft" verweigert er mit Berufung auf die seinerzeit verabredete „unbedingte Geheimhaltung" und konstatiert, daß „die Wolke des Mißtrauens", welche sich im ersten Augenblicke in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat, wieder verschwunden ist und daß „unser Verhältnis zu unseren Verbündeteten nach wie vor getragen ist von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen". Nach dem Reichskanzler ergreift Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein das Wort, um in längerer Rede die „Gründe darzulegen, die im Jahre 1890 die deutsche Politik gegenüber Rußland bestimmt haben"; er weist mit aller Entschiedenheit den Gedanken zurück, als ob jemals von deutscher Seite mit irgend einem Staate etwas verabredet worden sei, was „unvereinbar wäre mit bestehenden Verträgen" und betont

[1]) Ueber den Eindruck der Enthüllungen in Frankreich siehe Pierre Albin „L'Allemagne et la France en Europe", Seite 236 ff. Vergleiche auch die in Zürich schon 1887 erschienene Flugschrift „Bismarcks politisches Testament oder der geheime preussisch-russische Vertrag" von E. Faldre, in welcher bereits neun Jahre vor den Hamburger Enthüllungen die Existenz eines preussisch-russischen Vertrages mit allerdings apokryphen Punkten nachgewiesen und Oesterreich der Rat erteilt wurde: „will es nicht über kurz oder lang zur preussisch-russischen Beute werden, schleunigst ein Bündnis mit England, Frankreich und der Türkei abzuschließen".

mit besonderem Nachdruck als die Hauptaufgabe der deutschen Politik: „treues unentwegtes Festhalten an unseren Bündnissen mit Oesterreich-Ungarn und Italien". Ich resumiere kurz die Debatte, die sich an diese beiden Erklärungen knüpfte (natürlich nur soweit sie sich auf den Dreibund bezieht): Dr. Lieber verweist auf das Vertrauen, das das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn in der Bevölkerung genießt und betont, derartige Abkommen wie der Rückversicherungsvertrag mit Rußland dürften, solange der Dreibund besteht, nicht abgeschlossen werden. Freiherr von Manteuffel glaubt, die verbündeten Regierungen hätten von diesem Rückversicherungsvertrage, der auch im Interesse des Dreibundes gelegen sei, Kenntnis gehabt. Dr. Enneccerus: Der Dreibund ist nicht nur ein Vertrag der Herrscher und der Regierungen, er hat in dem Verständnis des Volkes und im Herzen des Volkes Wurzel geschlagen — — der Neutralitätsvertrag hat dieses freundschaftliche Band in keiner Weise verletzt. Der Abgeordnete Richter ergeht sich in heftigen Angriffen gegen Bismarck; über den Dreibund sagt er: „Der Dreibund ist in unseren Augen nicht bloß ein Augenblicksprodukt diplomatischer Klugheit, sondern beruht auf den dauernden gemeinschaftlichen Interessen der verbündeten Völker ..... Sind die Verträge mit Rußland derart gewesen, daß sie den anderen Dreibundmächten nicht mitgeteilt werden durften, so haben sie wenn nicht gegen den Wortlaut, so gegen den Geist des Dreibundes verstoßen". Richter bezieht sich auch auf ein Tags vorher im „Neuen Wiener Tagblatt" erschienenes Interview mit Bismarck, welches der nächste Redner, Graf Mirbach, namens des Grafen Herbert Bismarck (der später diese Erklärung auch selbst abgibt) als apokryph bezeichnet. Liebknecht nennt den deutsch-russischen Vertrag den „Verrat eines Verbündeten". Kardorff und Paasche verteidigen Bismarck, Liebermann von Sonnenberg polemisiert gegen Richter; Hausmann richtet an die Regierung die Frage, ob sie darüber Auskunft geben kann, daß zwischen dem Dreibundstaate Italien und England ein Assekuranzverhältnis besteht, Rickert verteidigt Caprivi, worauf die Debatte geschlossen wurde [1]. Im Dezember (am 1. und am 10. Dezember) wird im ungarischen Abgeordnetenhause über die Hamburger Enthüllungen debattiert. Ministerpräsident Baron Desider Bánffy lehnt es ab, sich in eine Erörterung der Anfragen einzulassen, verweist darauf, daß gerade aus diesem Anlaß die maßgebendsten Faktoren und die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland sich nachdrücklichst für eine unverbrüchlich loyale Durchführung der vertragsmäßigen Verpflichtungen, die Deutsch-

[1]) Ueber die Politik Bismarcks Rußland gegenüber siehe „Gedanken und Erinnerungen" II. Band, XXX. Kapitel.

land im Dreibundvertrage auf sich genommen, ausgesprochen habe und betont, der Dreibund sei heute wie zuvor die unerschütterlich feste Basis der österreichisch-ungarischen Politik. Einige Tage darauf (am 17. Dezember) bringt die „Neue Freie Presse“ einen augenscheinlich aus Friedrichsruhe inspirierten Artikel, in welchem ausgeführt wird, der deutsch-russische Vertrag habe kein Dreibundinteresse gefährdet, ja er habe seinerzeit die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner gefunden.

Die Diskussion über die Hamburger Enthüllungen greift auch nach Italien hinüber. Nach der Bismarck-Sitzung des Reichstages wurde in Wiener Zeitungen behauptet, es bestehe auch ein Geheimvertrag zwischen Italien und Rußland. Ueber diese Nachricht ließ sich Rudini am 9. Dezember durch den Direktor der „Italie“ interviewen. Rudini dementiert diese Nachricht, erzählt aber, es seien 1891 bedeutende Anstrengungen gemacht worden, Italien vom Dreibund abzuziehen. Einige Monate nachdem der Dreibund neu besiegelt worden war, sei er mit Giers in Monza zusammen gekommen, und es sei ihm bei dieser Gelegenheit gelungen, Giers von der absolut friedlichen Tendenz des Dreibundes zu überzeugen. Demgegenüber versichern die „Hamburger Nachrichten“ (11. Dezember), es sei eine Uebereinkunft, laut welcher Rußland als Aequivalent für Italiens Zugeständnisse in der Orientpolitik die Verpflichtung übernimmt, unter gewissen Voraussetzungen zu Gunsten Italiens in Paris Mediation zu üben, tatsächlich erfolgt. Die „Frankfurter Zeitung“ konstatiert, Marokko habe zu einer Annäherung Italiens an Frankreich[1] geführt, was später Fürst Bülow eine Extratour nannte, die man dem verbündeten Italien ohne Gefahr für das Bündnis wohl gestatten könne[2].

Die übrigen Ereignisse dieses Jahres (soweit sie sich auf den Dreibund beziehen), sind rasch erledigt:

Der Dreibund tritt in vollem Einvernehmen mit Rußland gegenüber den Unruhen in Armenien für den Statusquo ein.

Die Dreibundmächte intervenieren in der egyptischen Frage (eine Entscheidung des Appellsenates gestattet die Entnahme von Geldern aus der Staatsschuldenkassa zum Zwecke des Sudanfeldzuges), um den von den Derwischen bedrängten Italienern Luft zu machen.

Bei den Besuchen des Deutschen Kaiserpaares in Wien und Venedig werden überaus warme Trinksprüche und Depeschen

---

1) Am 28. September hatte Visconti-Venosta mit Hanotaux einen Vertrag betreffs Tunis abgeschlossen, dem am 1. Oktober ein Schiffahrtsvertrag folgte.

2) Siehe „Geschichte der Frankfurter Zeitung“, Seite 878.

gewechselt. In diesen trüben Tagen von Adua beeilt sich das Deutsche Kaiserpaar, durch Besuche in Genua, Syrakus und Venedig seine lebhaften Sympathien für Italien zu bekunden. In Neapel fand unter Mitwirkung der Kaiserlichen Schiffskapelle ein Konzert zu Gunsten der in Afrika Verwundeten statt. Als die italienischen Waffen bei Kassala einen Erfolg errangen, beglückwünschte der Kaiser den König von Italien in einer Depesche aus Syrakus.

Rudini betont in seiner Programmrede vor Kammer und Senat das Festhalten am Dreibunde. Im Mai, Juni und Juli geben sowohl Rudini als auch der Minister des Auswärtigen Herzog von Sermoneta überaus bundesfreundliche Erklärungen ab. Die Rede Rudinis am 1. Juli gibt Anlaß zu einer Zeitungspolemik. Aus dieser Rede wurde durch die offiziöse Telegraphenagentur ein Auszug nach Berlin telegraphiert, laut dessen Rudini, davon ausgehend, daß die freundschaftlichen Beziehungen Italiens zu England die natürliche Ergänzung des Dreibundes seien, gesagt hätte, die Regierung beabsichtige im Interesse Italiens und der verbündeten Staaten die Dreibund-Abmachungen zu verbessern, wozu die Möglichkeit ausdrücklich stipuliert worden sei. An diese Meldung knüpfte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 2. Juli die Bemerkung: „Wir müssen annehmen, daß hier eine fehlerhafte Uebermittlung der Worte des italienischen Staatsmannes vorliegt, denn von einer Absicht, den neuerdings verlängerten [1] Dreibundvertrag zu verändern, ist diesseits nichts bekannt“. Tags darauf erklärt die „Agenzia Stefani“, Rudini habe gesagt „nichts stehe einer Verbesserung der Dreibundverträge im Einverständnis mit den Vertragsmächten entgegen, wenn man die Opportunität einer Verbesserung erkennen sollte“, er habe aber auch betont, daß der Dreibund jetzt voll und ganz die Interessen Italiens garantiere — jede Auslegung, die darauf hinausgehe, glauben zu machen, man wolle an dem Vertrage Abänderungen vornehmen, sei durchaus unbegründet.

Die Thronrede, mit welcher Franz Josef die Tagung der Delegationen in Budapest eröffnet, rühmt die Erfolge des Dreibundes, dessen festes und zielbewußtes Auftreten in allen wichtigen europäischen Fragen den Frieden erhalten habe. Die Thronrede enthält auch eine ganz besondere Sympathieäußerung für Italien: „Mit warmer Teilnahme verfolgen Wir die Er-

[1]) Es war die dritte Erneuerung, deren Tag nicht feststeht, die jedoch in die letzten Tage des Monates Juni verlegt werden kann. Eine andere offizielle Kundmachung ist nicht verlautbart worden. Die „Verlängerung“ scheint automatisch erfolgt zu sein, da keine der Vertragsmächte von ihrem Kündigungsrechte Gebrauch gemacht hatte.

eignisse auf dem afrikanischen Kriegsschauplatze, wo die Armee Unseres treuen Bundesgenossen im schweren Kampfe mit einem an Zahl weit überlegenen Gegner die Ehre der italienischen Fahne hoch gehalten hat". Graf Goluchowski erklärt in seinem Exposé (9. Juni), es sei beinahe müßig, jedesmal die Intimität, das gegenseitige Vertrauen und die enge Verständigung zu betonen, die zwischen uns und unseren Bundesgenossen herrschen; die Dreibundgruppe habe sich vortrefflich bewährt: das Verhältnis zu Deutschland sei fester denn je, und ebenso intim und vertrauensvoll sei das Verhältnis zu Italien.

Der Besuch des Kaiser-Königs Franz Josef in Bukarest (aus Anlaß der Feier am Eisernen Tor, 28. September) wird in der Presse dahin kommentiert, daß der Anschluß Rumäniens an den Dreibund vollzogene Tatsache sei. König Karl gab in seinem Trinkspruche in Herkulesbad der Hoffnung Ausdruck, die Begegnung möchte dazu beitragen, „die so glücklich hergestellten Bande der Freundschaft zwischen unseren Staaten noch enger zu knüpfen", doch scheinen (trotzdem auch Goluchowski und der rumänische Ministerpräsident Demeter Sturdza intim befreundet sind) keine vertragsmäßigen Abmachungen getroffen worden zu sein.

Zum Schlusse sei noch der Vermählung des italienischen Kronprinzen Viktor Emanuel mit der Prinzessin Helene Petrowitsch Njegosch von Montenegro (24. Oktober) gedacht, die in einem Teile der österreichisch-ungarischen Presse als ein „Akt der Balkanpolitik Italiens" kommentiert wird.

1897

Murawiew, der neue russische Minister des Auswärtigen, hat asiatische Sorgen. In dem scharfen Gegensatze zu England trifft er sich mit den Dreibundmächten. Die auftauchenden politischen Fragen, in erster Reihe der Kretarummel[1], der zum türkisch-griechischen Kriege führt, finden die Binnenmächte einig.

---

[1]) „Das europäische Konzert vor Kreta war die Réunion, bei welcher sich jener Flirt entwickelte, der dann zu so vielen Extratouren führte", Leopold Freiherr von Chlumecky „Oesterreich-Ungarn und Italien" (Seite 17); siehe auch Albert Billot „La France et l'Italie; Histoire des années troubles 1881—1899 (Paris 1905).

Das gute Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland leitet der Antrittsbesuch des Grafen Murawiew in Berlin und Kiel ein und der ungarische Ministerpräsident Baron Desider Bánffy gibt am 4. Februar der Hoffnung Ausdruck, die Begegnung des russischen Staatsmannes mit den maßgebenden Faktoren des mit uns so eng verbündeten Deutschen Reiches werde dem guten Verhältnisse sowohl zu Deutschland als auch zu Oesterreich-Ungarn nur zum Vorteil gereichen.

Während Deutschland auf der einen Seite die Verbindung mit Rußland aufrecht hält, tritt auf der anderen Seite in den Beziehungen Italiens zu Frankreich eine auffallende Besserung ein (wir sehen in der Kretafrage Italien an der Seite Frankreichs und Englands). Und Giolitti erklärt in einer Wahlrede zu Caraglio am 7. März: „Die Bündnisse, deren Bestimmungen Italien loyal nachgekommen und denen es immer treu bleiben wird, sind eine sichere Gewähr für den Weltfrieden; da die Aufrechterhaltung des Friedens Hauptzweck des Dreibundes ist, liegt jede Besserung in den Beziehungen zu anderen Mächten im Geiste des Dreibundes". Eine herzliche Manifestation der deutsch-italienischen Freundschaft bringt der Besuch des italienischen Königspaares in Homburg vor der Höhe. Da widersprechende Meldungen über diese Reise verbreitet werden, äußert sich der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta einem Redakteur des „Corriere della Sera" gegenüber wie folgt: „In Wahrheit liegen die Dinge so, daß das Ministerium keinen Augenblick gezögert hat, den König auf seiner Reise nach Deutschland zu begleiten. Wenn dies nicht sogleich bekanntgegeben wurde, so lag dies daran, daß wir in Rom erst wissen wollten, wer mit dem Deutschen Kaiser in Homburg weilen werde. Was mich persönlich anbelangt, so gehe ich sehr gerne nach Deutschland, an das uns feste Freundschaft und der gemeinsame Wunsch, Europa den Frieden zu erhalten, knüpfen". Bei der großen Paradetafel in Homburg sprach Kaiser Wilhelm einen äußerst warmen Trinkspruch: „. . . . . . Nicht nur mein Herz, sondern das gesamte deutsche Vaterland begrüßt in Ew. Majestät den hohen Fürsten, den innigen Freund Meines verstorbenen Vaters, den treuen Verbündeten, dessen Hierherkunft von Neuem Uns und der Welt zeigt, daß unerschütterlich und fest der Band des Dreibundes besteht, der im Interesse des Friedens gegründet wurde und je mehr und je länger, desto fester und inniger in dem Bewußtsein der Völker Wurzeln schlagen und Früchte tragen wird".

Noch innigere Töne schlägt Kaiser Wilhelm in Budapest an, wo er beim Galadiner am 21. September nach beispiellos herzlichen Ovationen der Ungarn einen Toast spricht: „nach

Sohnesart zu Eurer Majestät als meinem väterlichen Freunde aufblickend": „Dank Eurer Majestät Weisheit besteht unser Bund, zum Heile unserer Völker geschlossen, fest und unauflöslich und hat Europa den Frieden schon lange bewahrt und wird es auch fernerhin tun!"

Heimgekehrt empfängt der Deutsche Kaiser den Besuch des Zaren, an dessen Hofe er im August geweilt, und die Thronrede vom 30. November hebt mit besonderer Genugtuung den „glänzenden und herzlichen Empfang" in Peterhof und in Budapest hervor.

Die Thronrede des Kaiser-Königs Franz Josef (17. November) konstatiert: „Nach wie vor bildet Unser Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien die unverrückbare Basis Unserer Politik. Diese Basis zu erhalten und zu kräftigen ist das beständige Bestreben Meiner Regierung" und fügte hinzu: „Zu den bisher bestehenden Bürgschaften des Friedens ist die freundschaftliche Ausgestaltung Unseres Verhältnisses zum russischen Reiche hinzugekommen". Die Thronrede findet auch in der russischen Presse die freundlichste Aufnahme; die „Nowosti" geben der Ueberzeugung Ausdruck, die bedauerliche Nebenbuhlerschaft beider Mächte auf der Balkanhalbinsel sei nunmehr eine geschichtliche Reminiszenz geworden. Auf denselben Ton sind auch die Aeußerungen des Grafen Goluchowski gestimmt. In seinem Exposé (20. November) erklärt der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen: „Der Dreibund hat sich das Bürgerrecht in Europa erworben und diese seine Stellung zu konsolidieren ist unser beständiges Streben . . . . . Hinsichtlich Italiens hatte ich anläßlich des Besuches am königlichen Hoflager zu Monza[1] Gelegenheit, die volle Uebereinstimmung in der Auffassung und Behandlung der politischen Fragen zu konstatieren". Am 23. November betont Goluchowski noch einmal nachdrücklichst: „Der Dreibund sei der Grundpfeiler unserer Politik . . . . er ist ein Friedensbund — die Garantien für die Erhaltung des Friedens können aber durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Mächten nur erhöht werden". „Siècle" registriert mit besonderer Genugtuung die Betonung des guten Einvernehmens zwischen Rußland und

[1]) Die Besprechung in Monza galt wohl in erster Reihe den Balkanfragen. Italien hatte schon in der Kretafrage einen Standpunkt eingenommen, der abseits lag von den Absichten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Als dann eine Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn erzielt worden war, verlangte Visconti-Venosta, daß Italien und Oesterreich-Ungarn ihr vollständiges territoriales Désinteressement an Albanien erklären sollen. Dies konzedierte auch Goluchowski in Monza. Näheres hierüber siehe Alexander Blaskovich: „Unsere Monarchie und Italien" im Septemberheft 1913 der ungarischen Zeitschrift „Nyugat".

Oesterreich-Ungarn und schmeichelt sich in der Annahme, daß die Entente mit Rußland denn doch irgend eine Schwächung der Dreibundbeziehungen trotz deren markanter Betonung durch das Exposé Goluchowskis zu bedeuten haben müsse. Die „Hamburger Nachrichten" besprechen ebenfalls die russenfreundlichen Aeußerungen Goluchowskis, vergleichen diese mit dem Rückversicherungsvertrage Bismarcks und konkludieren: „Vormals war Oesterreich in der Zwickmühle, heute aber hat Oesterreich die Zwickmühle".

Die Kämpfe der Deutschen in Oesterreich finden in der Reichstagssitzung vom 14. Dezember einen Widerhall. Schon Ende Oktober ermahnt Mommsen die Deutschen in Oesterreich zum Ausharren in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe, indem er ihnen die Sympathien aller Reichsdeutschen ausspricht. Im Deutschen Reichstag tritt der Abgeordnete Zimmermann für die Deutschen in Oesterreich ein, während der Welfe Hodenberg dankend anerkennt, daß man den annexionistischen landesverräterischen Deutschliberalen Oesterreichs ein Auftreten in Deutschland nicht gestattet habe und glaubt, der Dreibund sei auch deshalb ins Wanken geraten, weil Italien seine Rechnung darin nicht gefunden habe. Demgegenüber führt Staatssekretär von Bülow aus, die Besorgnis, als ob der Dreibund irgend wie erschüttert wäre, sei völlig unbegründet. Der Dreibund erfreue sich des besten Wohlseins, unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Italien seien gleich gute, und die Budapester Tage hätten nur dazu beigetragen, diese Beziehungen zu konsolidieren. Zum Schlusse ermahnte der Staatssekretär zur Mäßigung in der Behandlung interner Vorgänge in fremden Staaten.

Der Besuch des rumänischen Königspaares in Budapest (29. September), sowie der Toast des Kaiser-Königs Franz Josef, in welchem er Rumänien als ein Element der Ordnung und des Friedens feierte, gibt wieder Anlaß zur publizistischen Diskussion der Frage des Anschlusses Rumäniens an den Dreibund.

Zum Schlusse eine in diesem Jahre publizierte Bismarck-Reminiszenz. Am 7. Juni veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" einen Brief Buchers an Franz Pulszky, einen Freund Ludwig Kossuths, vom 16. Mai 1877: „Solange Bismarck und seine Tradition existieren, wird Deutschland nie auf den Zerfall Oesterreich-Ungarns spekulieren. Ein Bruch kann nur von Euch, ich meine Cisleithanien, kommen. Wir wollen Euch gute Nachbarn sein, und wenn einmal das Mißtrauen, welches jetzt wieder durch eine durchsichtige Intrige angefacht zu sein scheint, sich verloren hat, könnten wir ja in ein engeres Ver-

hältnis — gegenseitige Besitzgarantie — treten, was wir Beust vorgeschlagen haben und dieser mit Hohn zurückgewiesen hat. Halten Sie nur den Grafen Andrássy, den zu halten wir alles Mögliche tun".

1898

Am 30. Juli schließt Altreichskanzler Otto von Bismarck, der Schöpfer des Dreibundes, seine Augen für immer. An der Jahreswende erscheinen, von Horst Kohl herausgegeben, seine „Gedanken und Erinnerungen", 1901 ergänzt durch den zweibändigen Anhang „Kaiser Wilhelm I. und Bismarck" und „Aus Bismarcks Briefwechsel" [1].

An den großen politischen Ereignissen dieses Jahres: spanisch-amerikanischer Krieg und Sudan-Rummel ist der Dreibund nicht interessiert. An dem Pazifizierungswerke auf Kreta nimmt von den Dreibundmächten nur Italien teil, Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben ihre Truppen von der Insel zurückgezogen, da sie dem Sultan den neuen Gouverneur (Prinz Georg von Griechenland) nicht aufdrängen wollten.

Im Monat Mai entspinnt sich eine lebhafte Diskussion über ein angeblich russisch-österreichisches Abkommen, dessen Zustandekommen die „Frankfurter Zeitung" vom 16. Mai gemeldet hatte. Graf Goluchowski nimmt beim Zusammentritt der Delegationen Anlaß, diese Mitteilung als eine plumpe Erfindung zu bezeichnen. In seinem Exposé konstatierte der Minister, der Dreibund bestehe in seiner unerschütterlichen Festigkeit fort; das Bündnis sei nicht auf kurze Zeit geschlossen, sondern sei „ein festes Werk, welches die Basis unserer Politik bildet".

Am 4. März lehnt das ungarische Abgeordnetenhaus den Antrag Franz Kossuths ab, das italienische Parlament anläßlich des Verfassungsjubiläums zu begrüßen, welcher Beschluß der irredentistischen Presse Italiens Anlaß bietet zu heftigen Angriffen gegen Oesterreich-Ungarn und den Dreibund.

Die Ausweisung fremder Untertanen aus dem preußischen Staatsgebiete steht Ende November im österreichischen Reichs-

[1]) Siehe Arthur Singer „Bismarck in der Literatur" (2. Auflage) Seite 245 ff.

rate und im Dezember im Reichstag (bei der ersten Lesung des Etats) zur Diskussion. Im österreichischen Abgeordnetenhause erklärt Ministerpräsident Thun in Beantwortung der vom Jungtschechen- und Polenklub gestellten Interpellationen, eine Verletzung völkerrechtlicher Grundsätze sei nicht erfolgt, gleichwohl habe das auswärtige Amt im Hinblick auf die preußische Fremdenpolitik interveniert — — „sollten sich die an die Zusicherungen des Berliner Kabinetts geknüpften Erwartungen nicht erfüllen, werden eventuell dem Grundsatz der Reziprozität entsprechende Maßregeln in Anwendung gebracht werden". Die Erklärungen Thuns werden von der reichsdeutschen Presse sehr abfällig beurteilt, so daß die österreichische Regierung es für notwendig erachtet, in der „Wiener Abendpost" eine offiziöse Erklärung abzugeben: „Dem Grafen Thun sei die Tendenz einer Unfreundlichkeit ferne gelegen, wie er selbst die Ausweisungen auf keine bundesfeindliche Absicht Deutschlands zurückgeführt hatte. Se. Exzellenz ist amtlich, wie auch persönlich ein ebenso überzeugter, wie treuer Anhänger nicht nur unseres Vertragsverhältnisses, sondern auch der innigen Beziehungen zwischen den beiden Reichen, wie irgend einer der maßgebenden Faktoren der Monarchie". Im Reichstag erklärt Staatssekretär von Bülow: „Durch diese Ausweisungen werden unsere internationalen Beziehungen nicht alteriert . . . . . . Der Dreibund ist nicht erschüttert worden, er gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die Bäume mit jedem Jahre höher wachsen, was aber nicht hindert, daß im Falle des Krieges, den ich in diesem Augenblicke nicht voraussehe und nicht wünsche, die Festung in kürzester Zeit sturmfrei gemacht werden kann. Alle drei Staaten haben ihre innere Autonomie und Selbständigkeit und stehen nach außen fest zusammen. Der Dreibund beruht auf klaren und einfachen Interessen. Jeder der drei Teilnehmer hat das gleiche Interesse an seinem Fortbestehen, und da er weit entfernt ist von offensiven oder aggressiven Plänen, so kommt er am letzten Ende allen Völkern und der großen Sache des europäischen Friedens zugute. Ich kann aber bei dieser Gelegenheit nicht ganz die Bemerkung unterdrücken, daß es sich im allgemeinen empfiehlt, über bestehende, erprobte und zur Befriedigung aller Partizipierenden funktionierende Bündnisse nicht zu viel zu diskutieren. Denn mit den Allianzen ist es ähnlich wie mit den Frauen. Schließlich sind doch diejenigen die besten, von denen man am wenigsten spricht". Ueber das Meritum der Sache, über die Ausweisungen selbst seien vertrauliche Besprechungen im Zuge, die den „Charakter jener Intimität tragen, die unsere allgemeinen Beziehungen zu der österreichischen Regierung kennzeichnet".

Am 21. November wurde der Handelsvertrag zwischen Italien und Frankreich erneuert[1] (die Initiative hatte Graf Canevaro, der Minister des Aeußern im Kabinett Pelloux, ergriffen); authentischen Mitteilungen zufolge wurde die Absicht, einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen, vorher sowohl nach Wien als auch nach Berlin mitgeteilt[2].

1899

Madagaskar, Sudan, Samoa, Südafrika — — in keiner dieser Fragen ist der Dreibund als solcher engagiert. An der Friedenskonferenz im Haag nehmen die Dreibundstaaten mit dreiundzwanzig anderen Ländern teil. Vom Gesichtspunkte der Dreibundpolitik ist in diesem Jahr kein wichtiges Ereignis zu verzeichnen. Es seien nur die folgenden Aeusserungen registriert:

Bei Verhandlung der Militärvorlagen im Deutschen Reichstage (12. Januar) hielt Freiherr von Hertling (Zentrum) eine längere Rede, in welcher er sich auch mit Oesterreich und Italien beschäftigt: „Was Oesterreich betrifft, so kann man dem befreundeten Staate nur die lebhaftesten Sympathien aussprechen in der Hoffnung, daß es dem alten Kaiser gelingen möge, die inneren Wirren zu überwinden. Die finanziellen Schwierigkeiten Italiens sind nur die Folgen der dort bestehenden politischen und sozialen Schwierigkeiten, sowie der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Das offizielle Italien müßte sich vollständig von den revolutionären Elementen trennen, die dort eine große Rolle gespielt haben. Die konservativen Elemente müßten herangezogen werden und namentlich müßte in irgend einer Weise eine Lösung der römischen Frage gefunden werden".

Das jungtschechische Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses, Kramarz, veröffentlicht im Februarheft der

---

1) Der Kampf um den Vertrag hatte zehn Jahre gewährt. Italien hatte Ende 1886 den Vertrag vom 24. Mai 1882 gekündigt und es folgte eine vertragslose Periode, die zeitweilig zum Zollkriege führte. Der Vertrag vom 21. November wurde im Februar 1899 ratifiziert. Siehe auch den Artikel „La France et l'Italie" von Ernest Lémonon im zweiten Hefte der Pariser Monatsschrift „La Revue Politique Internationale".

2) Siehe Leopold Freiherr von Chlumecky „Oesterreich-Ungarn und Italien" (Fußnote Seite 15).

„Revue de Paris" einen Angriff gegen den Dreibund: „Oesterreich habe es seit der Entente mit Petersburg nicht mehr nötig, den obersten Lenker seiner Geschicke in der Wiener Deutschen Botschaft zu sehen: der Dreibund gleiche einem alten abgespielten Luxusklaviere, man mag es noch nicht in die Rumpelkammer stellen, aber man spielt nicht mehr darauf". Der jungtschechischen Agitation gegenüber vereinigen sich die deutschösterreichischen Oppositionsparteien (mit Ausschluß der Deutschnationalen) in einem gemeinsamen Programme, dessen achter Punkt das „unverbrüchliche Festhalten an dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche" betont.

Théophile Delcassé (der im Juni 1898 im Kabinett Brisson das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hatte) äußerte sich im Januar in der französischen Kammer dahin, daß sich in den verflossenen zehn Jahren in den Beziehungen Italiens zu Frankreich manches geändert habe [1]. Der italienische Minister des Auswärtigen, Canevaro pflichtet dem in der Senatssitzung vom 10. Februar (Verhandlung des Handelsübereinkommens zwischen Italien und Frankreich) bei, erklärt jedoch, es müsse bemerkt werden, daß diese Harmonie niemals die Vermutung aufkommen ließ, daß Frankreich seinen Verpflichtungen gegen den Zweibund, oder Italien den seinigen gegen den Dreibund nicht nachgekommen wäre; es habe darin weder ein Aufgeben der bisherigen Politik gelegen, noch eine Umschau nach neuen Allianzen — eine derartige Annahme hieße der Loyalität der französischen Regierung und der politischen Ehrlichkeit des italienischen Kabinetts eine Beleidigung zufügen.

Verstimmend wirkt in Italien der kroatische Vorstoß in Istrien. Die Errichtung kroatischer Schulen, sowie die Favorisierung der Slovenen durch die österreichische Regierung wird mit irredentistischen Demonstrationen in Triest beantwortet. Wohl aus dieser Stimmung heraus werden in der Kammersitzung vom 13. Dezember heftige Angriffe gegen Oesterreich und den Dreibund gerichtet. Der Deputierte De Martino, der in dieser Sitzung eine besonders scharfe Sprache führte, wird kurz nachher zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte ernannt.

---

[1]) Der neue, am 21. November 1898 abgeschlossene Handelsvertrag (siehe 1898) hatte die Aera der italo-französischen Freundschaft eröffnet. Dem Handelsvertrag folgte der Vortrag betreffend die Eisenbahnlinie Nizza-Coni. Und am 21. März 1899 konnte das Mittelmeer-Uebereinkommen unterzeichnet werden. Diese Konvention sicherte Italien gegen Anerkennung der französischen Rechte auf Marokko ein Vorzugsrecht auf Tripolis (Demarkationslinie). Dieser Geheimvertrag wurde erst 1902 Deutschland und Oesterreich-Ungarn mitgeteilt (siehe Richieri: „La Tripolitania e l'Italia", Mailand 1902) und von Prinetti in der Kammersitzung vom 14. Dezember 1902 der Kammer unterbreitet. (Siehe 1902).

1900

Zur feierlichen Mündigkeitserklärung des Kronprinzen trifft auch Kaiser-König Franz Josef in Berlin ein. Elf Jahre sind seit seinem letzten Besuche verflossen und Berlin bereitet dem greisen Habsburger einen enthusiastischen Empfang, der in der Presse beider Länder sein Echo findet. Nur Harden nimmt in der „Zukunft" einen Sonderstandpunkt ein; er schreibt, der Dreibund sei längst zum Phantom, zum Feiertagsspielzeug geworden; er bestehe noch, gewiß, nur versuche man nicht, ihn aus dem Bereich der dekorativen Politik zu blutiger Wehrtat zu rufen.

Bei der Galatafel am 4. Mai wurden zwischen den beiden Monarchen äußerst herzliche Trinksprüche gewechselt. „Der jubelnde Empfang der Berliner am heutigen Tage", sagte Kaiser Wilhelm, „gilt zunächst Euer Majestät erhabener Person, als dem großen und weisen Herrscher. Aber Mein Volk sieht auch in Eurer Majestät den treuen Freund und Bundesgenossen Meines seligen Herrn Großvaters, Meines Herrn Vaters und Meiner selbst . . . . . Zugleich aber haben Ew. Majestät durch Ihren Besuch der Welt offenbart, wie fest und sicher der Bund besteht, den Ew. Majestät dereinst mit Meinem seligen Herrn Großvater und dem Herrscher des schönen südlichen Landes, Italien, abgeschlossen hatten. Wahrlich dieser Bund ist nicht nur eine Uebereinkunft der Gedanken der Fürsten, sondern je mehr und mehr er bestanden hat, hat er sich tief eingelebt in die Ueberzeugung der Völker; und wenn erst die Herzen der Völker zusammenschlagen, dann kann sie nichts mehr auseinanderreißen. Gemeinsame Interessen, gemeinsame Gefühle, gemeinsam getragenes Freud und Leid verbinden unsre Völker heute über zwanzig Jahre, und, obwohl oft verkannt und mit Hohn und Kritik übergossen, ist es den drei Völkern gelungen, bisher den Frieden zu bewahren und als ein Hort des Friedens in aller Welt angesehen zu werden. So beugt sich denn auch heute Mein Volk dem Weisen und Aeltesten dieses Bundes". Aus der Antwort Franz Josefs des Ersten seien folgende Sätze zitiert: „Die unverbrüchliche Freundschaft, die Uns vereinigt, bildet auch ein kostbares Gut Unserer Reiche und Völker. Erweitert durch die Mithilfe Unseres verehrten Freundes und Verbündeten, Seiner Majestät des Königs von Italien bedeutet sie für Europa ein Bollwerk des Friedens. Um die Pflege dieses segensreichen Werkes, welches Ich mit Ihrem ruhmreichen Großvater zu begründen so glücklich war, haben Sich Ew. Majestät als mannhafter Hüter eines für alle Teile gleich kostbaren Erbteiles unvergängliche Verdienste erworben". Gleichzeitig weilte

auch der Herzog von Neapel in Berlin, wodurch Gelegenheit geboten wurde, einige schwebende Fragen speziell der Orientpolitik zu erörtern.

Einen zweiten, aber traurigen Anlaß zur Betonung der Bundestreue bietet der Thronwechsel in Italien: am 28. Juli wird König Humbert in Monza durch den Anarchisten Angelo Bresci erschossen und Viktor Emanuel III. besteigt den Thron. Ein herzlicher Depeschenwechsel zwischen Berlin, Wien und Rom betont den Fortbestand des Dreibundes. Kaiser Wilhelm telegraphiert aus Bremerhaven: „Möge die Freundschaft, welche Unsere Häuser und Völker während der Regierung Deines Vaters vereinigte, immer fortbestehen". Auch der vom Ministerpräsidenten Saracco dem König Viktor Emanuel unterbreitete Bericht vom 14. November tritt für die unveränderte Beibehaltung der Dreibundpolitik ein.

Eine parlamentarische Diskussion dieser Politik findet in diesem Jahre nur in der österreichischen Delegation und im ungarischen Abgeordnetenhause statt. Am 12. Januar beschäftigt sich die österreichische Delegation abermals mit der Ausweisung österreichischer Untertanen aus Deutschland[1]. Goluchowski anerkennt, auf die Angriffe der Jungtschechen antwortend, wohl einerseits das gute Recht der preußischen Behörden, konstatiert aber auch andererseits, daß infolge des Einschreitens der österreichisch-ungarischen Botschaft achtzehn Ausweisungen teils aufgehoben, teils suspendiert wurden. Die Jungtschechen setzen ihre Angriffe in der Maisession der Delegationen fort. Goluchowski hält am 28. Mai eine längere Rede, in welcher er bezüglich des Dreibundes Folgendes ausführt: „Der Dreibund ist, wie vor zwanzig Jahren, ein Friedensbund par excellence. Die Verständigung mit Rußland bezüglich des Balkans sei sehr erfreulich, ändere aber nichts am Wesen des Dreibundes. Sie sei nur eine Friedensgarantie mehr, sonst nichts. Der Dreibund sei keineswegs ein reparaturbedürftiges Klavier[2]. Auch eine Bekräftigung des Dreibundes sei überflüssig, und es sei nur nötig, den neuerlichen Ausstreuungen gegenüber festzustellen, daß an dem Dreibund sich gar nichts geändert hat. Die Berliner Kaiserbegegnung diente dem einen zur Beruhigung, dem anderen zur Belehrung. Auch Italien sei ein notwendiger Faktor des Dreibunds und stehe in hohem

[1]) Eine ähnliche Frage taucht im Sommer auch zwischen Italien und Deutschland auf. Anfang Juni erscheint eine von der reichsdeutschen Presse lebhaft angefeindete nichtamtliche Bekanntmachung des italienischen Auswärtigen Amtes, in welcher italienische Landleute gewarnt werden, Anträge ostpreußischer Grundbesitzer anzunehmen.

[2]) Antwort auf den Artikel von Kramarz in der Revue de Paris, siehe 1899.

Ansehen in Berlin und Wien, wo man überzeugt ist, daß gegebenenfalls Italien seinen Verpflichtungen nachkommen wird. Die Ausstreuung, der Dreibund schwäche Italien wirtschaftlich, sei haltlos. Italien müßte, wenn es dem Dreibund nicht angehörte, einer anderen Kombination beitreten, welche die gleichen Opfer für die Sicherheit im eigenen Lande erheischen würde". Die Jungtschechen erneuern ihren Ansturm gegen den Dreibund bei den Neuwahlen, zu denen die Deutschnationalen in Böhmen einen Aufruf erlassen, in welchem ein „über das völkerrechtliche Bündnis hinausreichender Anschluß an das Deutsche Reich" gefordert wird.

Im ungarischen Abgeordnetenhause erwidert der Ministerpräsident Koloman von Széll auf die Angriffe des franzosenfreundlichen Führers einer Fraktion der Aeußersten Linken, Gabriel Ugron: „Innerhalb des Dreibundes besteht eine vollständige Parität in dem Sinne, daß jeder Bundesgenosse soviel Geltung besitzt, als er Macht in die Wagschale wirft. Die Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands haben das Bündnis geknüpft, die Gefühle des Volkes haben ihn besiegelt..... Ein Bruch der Tripelallianz würde ein verhängnisvoller Schritt sein. Auch in Deutschland ist man, und zwar mit Recht von der Bedeutung und dem Wert des Bündnisses durchdrungen. Wenn Ugron behauptet, daß Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung mit uns schlecht verfährt, muß allerdings zugegeben werden, daß die Lage sich nicht in völlig wünschenswerter Weise gestaltet. Deutschland pflegt seine Wirtschaftspolitik von seiner allgemeinen Politik abzusondern, nicht bloß uns, sondern auch anderen Mächten gegenüber. Das ist bedauerlich .... kann aber die große Bedeutung dieser Allianz nicht in Frage stellen".

Am 18. Oktober tritt Bülow an die Spitze der Reichsgeschäfte, und alsbald beginnen in Rom, Wien und Berlin die Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge Italiens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die im Verlaufe dieser Verhandlungen auftauchenden Schwierigkeiten steigern die dreibundfeindliche Agitation in Italien, die bereits im April mit dem Aufrollen der albanischen Frage eingesetzt hatte. Die besonnenen Elemente warnen vor Uebertreibungen; der italienische Botschafter in Wien, Graf Nigra, nahm Gelegenheit, in einer Unterredung mit dem Wiener Korrespondenten der „Patria" darauf hinzuweisen, daß, sollte auch Oesterreich-Ungarn die Weinzollklausel nicht erneuern, dies keinen Einfluß auf den Dreibund ausüben könne: Italien sei auf diese Allianz im höchsten Grade angewiesen, weil dieses Bündnis die einzige Gewähr für die Sicherung der Interessen Italiens im Mittelmeere biete und zwar

in solchem Maße, wie es durch kein anderes Bündnis ersetzt werden könnte. Im April widerhallte ganz Italien von der Parole „Mare nostro", und die „Tribuna" schrieb: das adriatische Meer sollte eigentlich ein italienischer See sein. Die italienische Presse entdeckte plötzlich das Protektorat Oesterreich-Ungarns über die katholische Kirche in Albanien (die bis auf den Wiener Vertrag 1615 zurückreicht) und erblickt das größte Gravamen darin, daß Oesterreich-Ungarn die Klöster in Albanien subventioniert. Italien zeigte schon im Vorjahre ein lebhaftes Interesse für Albanien (die Pugliagesellschaft hatte eine ständige Dampferverbindung geschaffen, die 1901 mit wöchentlich zweimaligen Fahrten nach San Giovanni ausgestaltet wird) und dieses Interesse wird noch nachdrücklicher betont, als Guicciardini, der in albanischen Fragen als Fachmann gilt, am 15. Dezember in einer Parlamentsrede die Wichtigkeit dieser Frage darlegt. Der spätere Minister des Auswärtigen protestierte gelegentlich der Verhandlung des Voranschlages des Auswärtigen Amtes gegen das Vordringen Oesterreich-Ungarns in Albanien. Am 18. Dezember antwortet der Minister Visconti-Venosta auf die Angriffe Guicciardinis: „Was Albanien betrifft, kann ich versichern, daß die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung bereits Gelegenheit gehabt haben, ihre beiderseitigen Interessen an der türkischen Küste des adriatischen Meeres zu erörtern und zu erkennen, daß diese Interessen ihren Schutz in der Berücksichtigung und Erhaltung des territorialen Statusquo haben"; in Oesterreich-Ungarn weckt diese Erklärung allgemeine Befriedigung; das Wiener Auswärtige Amt läßt in einer offiziösen Note im Pester Lloyd (19. Dezember, Abendausgabe) konstatieren, daß diese Rede nicht ein Arrangement, sondern einen Akkord ankündigt. Tatsache ist, daß zwischen den beiden Regierungen behufs Ergänzung des Monzaer Uebereinkommens[1] ein Notenwechsel stattgefunden hat, der zu einem Einvernehmen führte, welches in der politischen Literatur als Albanisches Uebereinkommen vom Jahre 1900 bezeichnet wird. Der Inhalt des Abkommens ist nicht bekannt, doch dürfte dieses nicht weit über die Feststellungen Visconti-Venostas hinausgehen. Trotz diesem „Akkord" kommt die Diskussion weder in der Publizistik noch in den Parlamenten zur Ruhe — sie ist auch in den folgenden Jahren die Quelle mancher Unstimmigkeiten zwischen Wien und Rom.

Am 17. Dezember überbrachte General Graf Pálffy ab Erdöd dem König Viktor Emanuel III. ein Handschreiben Franz Josefs I., welches dem König dessen Ernennung zum Oberstinhaber des

[1]) Siehe 1897.

k. u. k. Infanterieregiments Nr. 28 (dessen Oberstinhaber weiland König Humbert gewesen) zur Kenntnis bringt. Gleichzeitig überreichte der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin Herr von Szögyény-Marich dem Deutschen Kaiser ein Handschreiben seines Monarchen, welches den Dank für die Uebermittlung des Interims-Feldmarschallstabes ausspricht.

Zum Schlusse sei kurz auf die hervorragenden Ereignisse dieses Jahres auf dem Gebiete der Weltpolitik hingewiesen: der südafrikanische Krieg bindet die Kräfte Englands, und der Boxeraufstand, der in der Ermordung des Deutschen Gesandten von Ketteler kulminiert, findet die ganze zivilisierte Welt einig in der für diese Greueltat unternommenen Sühneexpedition.

1901

Der Deutsche Kaiser widmet in der Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 4. Februar dem Dreibunde warme Worte: „Unverändert ist die Herzlichkeit, welche das engere Verhältnis zu den Uns verbündeten Mächten kennzeichnet". Und am 15. April begrüßt Kaiser-König Franz Josef den Deutschen Kronprinzen in der Wiener Hofburg mit den Worten: „Der Besuch wird die herzlichsten Beziehungen zwischen Unseren beiden Häusern wie Unsere politische Intimität neuerlich veranschaulichen". Die Thronrede, mit welcher die Delegationen Oesterreich-Ungarns am 21. Mai eröffnet werden, paraphrasiert die Worte des Deutschen Kaisers: „Mit Befriedigung kann ich auch diesmal auf unser unverändert herzliches Verhältnis zu den mit Uns alliierten Reichen hinweisen".

Tags darauf äußert sich der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski über den Dreibund: „Die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns bewegt sich in dem sicheren Rahmen des engen Anschlusses an die Verbündeten nebst parallel laufender Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten, vor allem zu dem Nachbarstaate Rußland. Die Tendenz der verschiedenen Gerüchte zur Erschütterung des Glaubens an die Solidität des Dreibundes sind zu durchsichtig, um nicht gleich erkannt zu werden. Derlei Ausstreuungen würden kaum besondere Erwähnung verdienen, wenn nicht zu der bisherigen Arbeit wohl bekannter Elemente

Bestrebungen anderer Kreise hinzuträten, welche die Frage politischer Allianzverhältnisse in direktem Konnex mit dem Abschluß von Handelsverträgen bringen möchten. Heute, wo die wirtschaftlichen Fragen täglich an Bedeutung gewinnen, ist die These kaum mehr verfechtbar, daß ein förmlicher wirtschaftlicher Kampf sich ganz gut mit diesen politischen Beziehungen vertrage. Es ist sicher, daß ein wirtschaftlicher modus vivendi im Interesse der Intimität dieser Beziehungen gesucht und gefunden werden muß. . . . . Es hieße eher, weit über das Ziel schießen und einer bedenklichen Theorie Vorschub leisten, wollte man die höhere Ziele verfolgenden politischen Bündnisse von einer unbedingt zufriedenstellenden Gestaltung der handelspolitischen Fragen geradezu abhängig machen und dadurch die Erfordernisse der Staatsraison den Rücksichten materieller Natur unterordnen . . . . Die Vorteile, welche die Dreibund-Konstellation bei ihrem eminent friedensfreundlichen Charakter und ihrer gleichmäßigen Verteilung der Rechte und Pflichten jedem der Kompaziszenten bietet, sind zu evident, um preisgegeben zu werden. Es wäre bedenklich, wenn durch eine, auf keinen Widerstand stoßende, systematische Verhetzung und Verführung breiter Volksschichten Strömungen entständen, die durch ihr lockerndes und zerstörendes Wesen jenen rührigen Elementen nur willkommen sein könnten, denen die gegenwärtige Gestaltung der Dinge in Europa aus wohlbekannten Gründen ein Dorn im Auge ist. Gegen derartige Anwürfe kann nicht entschieden genug durch sachgemäße Aufklärung der öffentlichen Meinung reagiert werden, damit bei dieser die Erkenntnis geweckt werde, daß, so sehr kommerzielle Angelegenheiten die weitgehendste Berücksichtigung fordern und so sehr es von tunlichster Pflicht jeder Regierung ist, für dieselben nachdrücklichst einzutreten, ein politisches Bündnis kein Gegenstand ist, welcher ohne Gefährdung schwerwiegender Interessen, als ein einfaches Rekompensationsobjekt ausgespielt werden darf, schon darum nicht, weil Bündnisse nicht aus Gefälligkeitsrücksichten geschlossen werden, aber hauptsächlich deshalb, weil sie einem höheren Bedürfnisse entsprechen und in ihren sich gegenseitig deckenden Interessen ihre Sicherstellung finden. Wie es verfehlt wäre, in derartige Kombinationen einzugehen, weil sie Vorteile auf dem Gebiete der Handelspolitik sichern, ebenso unverantwortlich wäre es, dieselben zu verwerfen, weil sie nicht jene unbedingte Befriedigung bringen, welche vom wirtschaftlichen Standpunkte angestrebt werden könnte“.

Bald darauf wird in den politischen Kreisen Oesterreich-Ungarns eine Mitte Juni in Paris erschienene Broschüre eines ehemaligen Sekretärs im österreichisch-ungarischen Auswärtigen

Amte, Rimler, lebhaft besprochen, in welcher behauptet wird, der ungarische Unabhängigkeitspolitiker Gabriel Ugron habe mit dem französischen Minister des Auswärtigen Delcassé Unterhandlungen geführt, die auf Gründung einer ungarisch-französischen Bank mit einem Kapital von 150 Millionen Franks abzielten. Dieses Finanzinstitut sollte zur „Sprengung des Dreibundes" beitragen und auch wirtschaftlich den Einfluß des deutschen Kapitals in Oesterreich-Ungarn zurückdrängen. Delcassé habe die Sache einem Pariser Finanzmann empfohlen, sie aber dann fallen lassen. Die Angelegenheit steht im ungarischen Abgeordnetenhause am 28. Juni zur Diskussion. Gabriel Ugron erklärte, er habe nicht von Delcassé Geld verlangt, er wollte nur mit französischem Kapital eine Bank in Ungarn gründen. Er halte es für patriotisch, den ungarischen Interessen entsprechende Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten, da Frankreich stets für die Unabhängigkeit der Nationen, so für die Nordamerikas und Italiens, eingetreten sei. Auch würde die Gründung einer franzosenfreundlichen Partei in Ungarn, das jetzt vor Deutschland im Staube liege, Ungarn davor bewahren, daß es von Deutschland bei jedem Anlasse, namentlich bei der Vieh- und Getreideeinfuhr, in seinen Interessen verletzt werde. Die gegen ihn gerichteten Angriffe entsprängen nur persönlichen Motiven, nicht dem Interesse für den Dreibund. Namens der Regierungspartei ergreift Edmund Gajári das Wort, um „Ugrons Vorgehen als schwere Versündigung gegen die politische Moral" zu brandmarken.

Im österreichischen Reichsrate ergreifen die slavischen Parteien nach der im Deutschen Reichstage im Dezember abgeführten Polendebatte die Gelegenheit zu erneuerten Angriffen gegen den Dreibund, die der Ministerpräsident Körber energisch zurückweist.

In Italien hat sich zu Beginn des Jahres ein Kabinettswechsel vollzogen. Der neue Premier Zanardelli, der später seine Unterschrift unter die Dreibundverträge gesetzt hat, äußerte sich am 25. März dem Berichterstatter der Pariser Ausgabe des „Newyork Herald" gegenüber: „Was die Zukunft anbelangt, wird Italien erst nach reiflicher Ueberlegung Verbindlichkeiten eingehen. Das Interesse des Landes müsse allen anderen Erwägungen vorangehen. Das Ministerium werde sich nicht bloß mit den Bündnisverträgen, sondern auch mit den Handelsverträgen zu befassen haben, denn man müsse wissen, welchen Einfluß die Handelsbeziehungen auf die politischen Beziehungen ausüben können. Die politischen Bündnisverträge Italiens gehen vor den Handelsverträgen zu Ende. Wir werden lange voraus wissen, woran wir uns bezüglich des einen oder

anderen zu halten haben. Er für seine Person habe lebhafte Sympathien für Frankreich".

Die „Extratour Italiens mit Frankreich" wirft ihre Schatten voraus.

Im Juni wird in der Kammer eine interessante Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußeren geführt, die sich hauptsächlich um Albanien dreht. Guicciardini leitet sie ein und bringt es fertig, in einem Atem den Dreibund zu loben nnd Oesterreich-Ungarns Treue zu verdächtigen. Italien könne nicht zugeben, daß Albanien die Beute einer Großmacht oder eines unter dem Schutze einer Großmacht stehenden Kleinstaates werde. Das katholische Kirchenregiment Oesterreich-Ungarns in Oberalbanien sei wahrhaft souverain und dieser Teil des Landes sei dadurch schon völlig der Donaumonarchie untertan. Auch der Umstand, daß die Begs von Unteralbanien ihre Söhne ins Wiener Theresianum senden, sei für Italien eine Gefahr. Wir haben, schloß dieser Redner, ein Bizerta geduldet, aber wir könnten nicht zugeben, daß Durazzo ein zweites Bizerta werde. Ihm sekundiert der Radikale de Marinis (der spätere Unterrichtsminister, der den Hafen von Valona für Italien als Schlüssel zur Herrschaft an der Adria reklamiert, auch Guicciardini mißt diesem Hafen in seinen Briefen über Albanien [1] besondere Wichtigkeit bei). Luzzatti bespricht die Frage der Handelsverträge und erklärt schließlich, daß man sich dem gleichzeitigen Bestande der Tripelallianz und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Italien und Frankreich widmen müsse. Barzilai hält eine Brandrede gegen den Dreibund. Der Berichterstatter Campi plädiert wohl für die Erneuerung des Dreibundes, jedoch nur auf Grund eines speziellen Uebereinkommens hinsichtlich Albaniens und von Tripolis, und spricht von der Sympathie des Hauses für jene anderen Italiener, welche noch nicht mit dem Vaterlande vereinigt sind. Am 14. Juni ergreift der Minister des Auswärtigen Prinetti [2] das Wort. Vor allem antwortet er Barzilai, der Prinetti daran erinnert hatte, daß er (Prinetti) 1891 eine scharfe Rede gegen den Dreibund gehalten: „Barzilai hat ohne Zweifel die kennzeichnenden Grundzüge unserer auswärtigen Politik von vor zehn Jahren vergessen, als der Dreibund mehr infolge individueller Tendenzen als kraft der in ihm enthaltenen Bestimmungen in Italien Anklang gewonnen hatte, als Ereignisse eintraten, welche die Gefühle einer großen Nation verletzten und ihren Interessen schadeten, so die Lockerung unserer

---

[1]) Deutsche Uebersetzung Seite 17.

[2]) Vico Mantegazza beschuldigt in seinem Buche „L'Altra Sponda" Prinetti und Zanardelli (letzterer hatte auch einige Deputationen aus Triest und Trient empfangen) die irredentistische Bewegung unterstützt zu haben.

politischen Beziehungen und der handelspolitische Krieg mit Frankreich, wie auch die Steigerung unserer militärischen Ausgaben über unsere Kräfte hinaus. Seitdem hat sich aber dieser Stand der Dinge vollkommen geändert. Seit jenem Zeitpunkte hat der Dreibund stets mehr seinen friedlichen Charakter bewiesen. Man hat gesehen, daß derselbe in Wirklichkeit keine Vermehrung der militärischen Ausgaben auferlegt, da diese Ausgaben auf einen unseren Mitteln entsprechenden Umfang herabgemindert werden konnten. An den Dreibund schlossen sich die Handelsverträge mit den verbündeten Mächten, und diese Verträge hatten die Wirkung, daß sie auch die politischen Beziehungen herzlicher gestalteten. In der Folge haben die Ereignisse auch bewiesen, daß innige Beziehungen zu Frankreich mit dem Dreibund nicht unvereinbar sind. Es ist eben ein großer Unterschied zwischen den gegenwärtigen Umständen und jenen, die vorhanden waren, als ich im Jahre 1891 meine Rede hielt. Man kann nicht verkennen, daß der Dreibund der italienischen Politik eine feste Grundlage gegeben, und wirksam Hilfe zur Aufrechthaltung des europäischen Friedens geleistet hat". Er bekennt offen die Aktion der italienischen Regierung zur Steigerung des italienischen Einflusses in Albanien ein, verweist jedoch auf die Erklärungen Visconti-Venostas (1900) und erklärt: „Ich bin glücklich, heute dieselbe Erklärung abzugeben und sie mit vollem Bewußtsein und mit ruhigem Gewissen zur meinigen zu machen". Scharf akzentuiert Prinetti das Einvernehmen mit Frankreich in der Kammerstzung vom 14. Dezember, in welcher er auf eine Anfrage des Deputierten Guicciardini erklärt, die Verhandlungen mit der französischen Regierung hätten eine „vollständige Uebereinstimmung der beiderseitigen Anschauungen bezüglich der Interessensphären" ergeben [1]. Diese Erklärung des Ministers wird in Frankreich mit großem Jubel aufgenommen. Der „Temps" schreibt, es gebe fürderhin kein mittelländisches Meer, das Frankreich von Italien trennt, und Alcide Ebray führt im „Journal des Débats" aus, die Erklärung Prinettis bedeute die Begründung einer franko-italienischen Allianz. Diesen Ausführungen der französischen Presse gegenüber konstatiert „Popolo Romano", das bereits von Visconti-Venosta angebahnte Einvernehmen mit Frankreich sei nunmehr vollkommen, doch dürfe dies nicht so aufgefaßt werden, als ob dadurch der Dreibund alteriert werden könnte. Auch die Begegnung des Herzogs von Genua mit Loubet in Toulon (April) unter der Patronanz Delcassés und die dabei verklungenen Reden werden in der deutschen Presse nicht zu tragisch

[1]) Siehe 1899.

aufgefaßt. Wohl als Folge der Touloner Begegnung erklärte Barrère beim Neujahrsempfange (1902) der in Rom ansässigen Franzosen, daß die Verständigung Italiens mit Frankreich bezüglich der Mittelmeer-Interessen lückenlos sei [1].

Am 11. August stirbt Crispi. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet ihm einen warmen Nachruf: „Uns geziemt es, dankbar das Gedächtnis des Mannes zu ehren, der ein eifriger Förderer des mitteleuropäischen Friedensbundes war".

Als eines jedenfalls pikanten Details sei der Rede des französischen Deputierten Massabuan in der Kammersitzung vom 3. Dezember bei der Verhandlung des Heeresbudgets gedacht, die einen Anschluß Frankreichs an den Dreibund, beziehungsweise an Deutschland und England befürwortete. „Eines ist gewiß", schrieb damals der „Matin": „ein derartiges Wort ist seit 1870 zum erstenmale auf der Kammertribüne ausgesprochen worden".

1902

Die vierte Erneuerung der Dreibundverträge. Als Tag der Unterfertigung wird der 28. Juni angenommen. Das Vertragsinstrument trägt die Unterschriften des Reichskanzlers von Bülow und der Botschafter Szögyény-Marich (Oesterreich-Ungarn) und Graf Lanza (Italien). Uebereinstimmenden Meldungen zufolge sollen die Verträge in unverändeter Form erneuert worden sein. Bezüglich der gleichzeitig abgeschlossenen Militärkonvention wird gemeldet, die Dreibundstaaten hätten sich in folgenden Bestimmungen geeinigt: Italien hat bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland Truppen durch Tirol nach dem Rhein, bei einem Kriege zwischen Oesterreich und Rußland ein Armeekorps durch Ungarn an den Pruth zu senden, um in Beßarabien einzufallen, und zwar unter dem Oberbefehl König Karls von Rumänien; ähnlich sollen Truppen Oesterreich-Ungarns, unter dem Befehle des Schwiegersohnes Franz Josefs des Ersten, Leopolds von Bayern, durch Böhmen nach Preußisch-Schlesien marschieren [2]. Diese Version sei registriert, trotzdem sie in

---

1) Die Erklärung Barrères und die Aeußerungen Delcassés desselben Inhalts Ojetti gegenüber werden wohl im Giornale d'Italia dementiert, doch hält sie Ojetti in einer Depesche an dieses Blatt vollinhaltlich aufrecht.

2) Siehe Albert Wirths „Weltgeschichte der Gegenwart", Seite 24.

allen Teilen als sehr unwahrscheinlich erscheint; abgesehen von dem strategisch absolut nicht zutreffenden Inhalte ist es auch kaum anzunehmen, daß Vereinbarungen solcher Natur in die Oeffentlichkeit gelangen können.

Vor der Erneuerung der Dreibundverträge wird das Verhältnis Italiens zu Frankreich lebhaft erörtert; durch die Presse gehen Gerüchte über ein definitives Abkommen Italiens mit Frankreich über Tripolis[1], die später von autoritativer Seite bestätigt werden. Die ernste Presse Italiens nimmt nur zögernd zu diesen Fragen Stellung: „Popolo Romano" dementiert wohl den Austausch von Dokumenten zwischen Italien und Frankreich, gibt aber zu, daß ein „Gedankenaustausch" der Regierungen stattgefunden hat. Die „Tribuna" ist offener: sie warnt davor, daß die Freundschaft mit Frankreich den Dreibund trübe, ermahnt jedoch die verbündeten Staaten, die legitimen Interessen Italiens mit voller Loyalität zu wahren, — — die großen Erfolge der französischen Politik sollten den Bundesmächten eine Lehre sein.

Ueber diese Erörterungen in der Presse spricht Reichskanzler Bülow am 8. Januar im Reichstag: „Es hat immer Leute gegeben, die von Zeit zu Zeit sich gedrungen fühlten, den Dreibund tot zu sagen. Der Dreibund erfreut sich aber noch immer des besten Wohlseins, und ich denke und hoffe, es wird ihm so gehen, wie solchen Personen, die fälschlich totgesagt werden und nun erst recht lange leben. Ueber die Natur, die Art und das Wesen des Dreibundes bestehen ja vielfach nicht zutreffende Vorstellungen. Der Dreibund ist nicht eine Erwerbsgenossenschaft. Er ist nicht offensiv, sondern er ist defensiv, er ist nicht aggressiv, sondern er ist im hohen Grade friedlich. Der Herr Graf Stolberg hat soeben gesagt, der Dreibund beruhe nicht auf einer künstlichen Kombination. Das ist vollkommen richtig. Historisch gesprochen, stellt der Dreibund die Versöhnung dar zwischen den nationalen Errungenschaften, die aus den Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre hervorgegangen sind und den Prinzipien der Stabilität, die nach Beendigung der napoleonischen Stürme auf der Basis der Wiener Verträge Europa während eines halben Jahrhunderts den Frieden gesichert haben. Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit

---

[1]) Siehe 1899. Das Abkommen sicherte Italien für Tripolis definitiv die auf Grundlage der Konvention vom 21. März 1899 abgegrenzte Interessensphäre, wogegen Italien sein Désinteressement bezüglich Marokko inartikulierte. Hierüber äußerte sich am 5. Juli Delcassé auf eine Anfrage des Deputierten Chastenet, wobei er betonte: „que, en aucun cas et sous aucune forme, l'Italie ne pourrait devenir ni l'auxiliaire, ni l'instrument d'une aggression contre notre pays".

der Gegenwart und sichert die Zukunft. Der Dreibund schließt auch gute Beziehungen seiner Teilnehmer zu den anderen Mächten nicht aus. Ich halte es nicht für richtig, wenn in den letzten Tagen ein kleiner Teil, übrigens nur ein sehr kleiner Teil der deutschen Presse anläßlich der französisch-italienischen Abmachungen eine gewisse Unruhe an den Tag gelegt hat. In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt — — Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht; sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am Besten hat. Der Dreibund legt seinen Teilnehmern keinerlei lästige Verpflichtungen auf; insbesondere wird durch den Dreibund in diesem Augenblicke, wie dies nach den mir vorliegenden Ausschnitten schon einmal in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hervorgehoben wurde, keiner der Teilnehmer am Dreibund verpflichtet, seine Land- und Seestreitkräfte auf einer bestimmten Höhe zu halten. Ich möchte sogar annehmen, daß ohne den Dreibund dieser oder jener Teilnehmer am Dreibund in seiner Isolierung zu stärkeren militärischen Anstrengungen und zu größeren militärischen Aufwendungen genötigt sein würde, als jetzt, wo er Mitglied einer starken Gruppe ist. Die französisch-italienischen Abmachungen über gewisse Mittelmeerfragen gehen auch nicht gegen den Dreibund. Sie liegen überhaupt nicht auf dem Dreibundgebiete". Der Kanzler schließt: „Die Ziele der heutigen, der Weltpolitik erstrecken sich auf Objekte, die fern von Deutschlands Grenzen liegen. Ich nenne in dieser Beziehung beispielsweise die Nordküste von Afrika, Persien, Ostasien. Wenn somit der Dreibund für uns nicht mehr eine absolute Notwendigkeit ist, so bleibt er doch im höchsten Grade wertvoll als stärkste Garantie für den Frieden und für den Statusquo, auch abgesehen davon, daß es ein überaus nützliches Bindemittel ist zwischen Staaten, die durch ihre geographische Lage und durch ihre geschichtliche Tradition darauf angewiesen sind, gute Nachbarschaft zu halten".

Der italienische Minister des Auswärtigen Prinetti entwickelt am 14. März und am 22. Mai in der Kammer sein Programm. Am 14. März erklärt Prinetti: „Ich kann der Kammer versichern, daß die in meiner Erklärung vom 14. Dezember erwähnten, so glücklich wieder hergestellten guten Beziehungen zu Frankreich die alte traditionelle Freundschaft zwischen Italien und England in keiner Weise beeinträchtigen. Ich benütze sehr gerne die Gelegenheit, um hinzuzufügen, daß die Beziehungen zwischen England und Italien niemals herzlicher und inniger als jetzt sein könnten". Am 22. Mai beantwortet Prinetti eine Anfrage des Abgeordneten San Martino über die albanische Frage dahin:

„Italien und Oesterreich-Ungarn stimmen darin überein, in der Erhaltung des Statusquo die besten Garantien ihrer gegenseitigen Interessen zu sehen. Die beiden Regierungen werden aber nicht aufhören, mit völliger Uneigennützigkeit der natürlichen Entwicklung des albanischen Volkes zuzusehen. Man habe vermutet, die Erneuerung des Dreibundes könne den guten Beziehungen schaden, die in so glücklicher Weise wieder mit Frankreich hergestellt worden seien. Bülow und Goluchowski, sowie er (der Redner) hätten schon früher erklärt, daß der Dreibund, der seinem Charakter nach durchaus friedliche Ziele verfolge, weit davon entfernt sei, irgend eine der Vertragsparteien zu hindern, sich an einem Uebereinkommen mit dritten Mächten zu beteiligen. Der Dreibund enthalte nichts Aggressives gegen Frankreich, nichts dessen Ruhe und Sicherheit Bedrohendes und könne also keinerlei Hindernis für die Erhaltung und Weiterentwicklung der herzlichen Beziehungen zu Italiens lateinischem Schwestervolke sein. Da man ferner behauptete, daß Sonderkonventionen und Zusatzprotokolle in den Dreibundvertrag eingefügt seien, welche den Geist der Dreibundpolitik änderten und einen aggressiven Charakter gegen Frankreich hätten, halte er sich für verpflichtet, zu erklären, daß solche Protokolle und Konventionen nicht existieren . . . ." In den Augen des Ministers würde eine auswärtige Politik, welche Erfolge sie auch erringe, weder als geschickt, noch als glücklich angesehen werden können, wenn sie nicht dem Lande auf wirtschaftlichem Gebiete befriedigende Beziehungen sicherte. Die Zukunft werde beweisen, ob die von ihm befolgte Politik bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen für Italien vorteilhaft sei. Sicher werde ihn niemand davon überzeugen können, daß der beste Weg, zu guten Handelsverträgen mit Oesterreich und Deutschland zu gelangen, der wäre, die politischen Verträge nicht zu erneuern. „Keine Wolke trübt den politischen Horizont. Heute ist das gemeinsame Programm der Mächte, auf friedlichem Wege die Fragen zu lösen, die man sonst den Chancen eines Krieges überließ. Im vollem Einvernehmen mit zwei anderen Mittelmeer-Großmächten ist Italien am besten in der Lage, in der Welt sein Werk der Beruhigung und Versöhnung zu verfolgen". Am 15. Dezember äußerte sich Prinetti wieder über die Frage der Handelsverträge, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Verhandlungen einen günstigen Abschluß finden werden: die italienischen Vertreter brächten in diese Verhandlungen den Geist hoher Billigkeit mit und den lebhaften Wunsch zu schneller Entscheidung zu kommen. Italien findet auch tatsächlich volles Entgegenkommen sowohl bei Bülow (der in Venedig persönlich mit Prinetti verhandelt) als auch bei Golu-

chowski, der trotz der Gegenwehr der Agrarier Oesterreichs und Ungarns Italien wertvolle Konzessionen für dessen Weine macht.

Am 28. August weilt der König von Italien in Berlin. Kaiser Wilhelm heißt bei der Galatafel seinen Gast willkommen als „treuen Bundesgenossen nach Wiedererneuerung des Uns untereinander und mit Unserem erhabenen Freunde, Sr. Majestät dem Kaiser und König Franz Josef verknüpfenden Bündnisses, welches in alter Kraft fortbesteht, in das Sein unserer Völker sich fest eingelebt hat, nachdem es Jahrzehnte hindurch Europa den Frieden gesichert und so Gott will, noch für lange sichern wird". Der König von Italien erwiederte: „Unsere Völker werden auf den Bahnen der Zivilisation fortschreiten, gesichert durch dieses alte Bündnis zwischen Italien und den beiden Kaisermächten, in welchem die allgemeine Anschauung jetzt ein Sinnbild des Friedens und dessen wirksamsten Schutz erkennt".

Am 26. Februar und am 18. März kommt es zu großen Skandalszenen im österreichischen Abgeordnetenhause, in deren Mittelpunkt der Abgeordnete Schönerer steht. Ritter von Schönerer gab die Erklärung ab, seine Partei strebe ein bundesrechtliches Verhältnis mit Deutschland an und schloß seine Rede mit dem Rufe: „Hoch und Heil den Hohenzollern". Das Auftreten der Deutschnationalen wird von den Wortführern der übrigen deutschen Parteien: Derschatta, Funke und Kathrein zurückgewiesen, aber auch in einer offiziösen Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entschieden verurteilt.

Der dem preußischen Landtage am 21. März zugegangene Gesetzentwurf über die Stärkung des Deutschtums in Posen und Westpreußen gibt den Polen und Tschechen Oesterreichs Anlaß zu erneuter Agitation gegen den Dreibund. Der Polenklub weist seine Mitglieder an, in der Delegation „auf die Befreiung Oesterreichs von der deutschen Oberherrschaft" hinzuwirken. Als dann der Deutsche Kaiser bei der Einweihung der Marienkirche in Marienburg von „polnischem Uebermut" spricht, wird die Verhetzung in Oesterreich noch schärfer, umsomehr als die Alldeutschen den Kaiser aus Anlaß dieser Rede demonstrativ feiern. Am 27. Mai verlangt der Jungtscheche Kramarz, das Auswärtige Amt solle in Angelegenheit der Los-von-Rom-Bewegung intervenieren, worauf Goluchowski die Erklärung abgibt, die deutsche Regierung sei außerordentlich korrekt vorgegangen und es liege kein Anlaß zu einer Intervention vor. Kramarz richtet auch am 7. Mai in der Delegation lebhafte Angriffe gegen den Dreibund, während der Wortführer der Polen Kozlowski die Dreibundpolitik billigt, trotz der „schikanösen Haltung der preußischen Regierung gegen die Polen".

In derselben Sitzung äußert sich Graf Goluchowski über die

bevorstehende Erneuerung des Dreibundes: „Auf der Grundlage sich gegenseitig deckender Interessen aufgebaut, jeder aggressiven Tendenz nach was immer für einer Seite bar, wird somit der eminent konservative Bund der europäischen Zentralmächte auch weiter die hehren Friedensziele, denen er sein Entstehen verdankt, mit umso größerer Zuversicht verfolgen, als er nach den von berufener Seite wiederholt abgegebenen Erklärungen über die nicht minder friedfertigen Ziele des ihm gegenüberstehenden Zweibundes in dieser Gruppierung eine höchst wertvolle Ergänzung und Förderung seiner eigenen Aufgaben wohl erblicken darf".

Die Marienburger Rede des Deutschen Kaisers wird von den Jungtschechen am 10. Juni im österreichischen Abgeordnetenhause zum Gegenstand einer Anfrage an das Präsidium gemacht, worauf Ministerpräsident Dr. Körber die Angriffe des Jungtschechen Klofac energisch zurückweist. Interessant ist, daß infolge einer Mystifikation die Prager Polizeidirektion am 3. Juli einen Steckbrief gegen den Deutschen Kaiser publiziert. Am 13. Juli findet bei Tannenberg eine große slavische Nationalfeier als Protest gegen die preußische Polenpolitik statt. Bezüglich der Wreschener Affäre führt das Wiener „Fremdenblatt" in einer offiziösen Note aus, es sei neuerlich der Beweis erbracht, daß es bei der Innigkeit der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen keine Zwischenfälle geben könne, die eine Schwierigkeit bereiten würden.

Am 6. Dezember äußert sich der ungarische Ministerpräsident v. Széll über die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland und lehnt am 12. Dezember eine Aufforderung der Opposition ab, die Handelsverträge am 31. Dezember zu kündigen.

Die albanische Frage wird trotz der Erklärungen Prinettis das ganze Jahr hindurch in der Presse Oesterreich-Ungarns und Italiens lebhaft erörtert. Der Puglia-Gesellschaft entsteht eine Konkurrenz, indem auch die Ungarisch-Kroatische Seeschifffahrtsgesellschaft regelmäßige Fahrten an die albanische Küste veranstaltet. In diesem Jahre publiziert auch A. di San Giuliano seine Briefe aus Albanien, vorerst in dem „Giornale d'Italia" und dann in Buchform. Mit besonderem Interesse wird jener Brief aufgenommen, der in der Nummer vom 23. Juli des Giornale d'Italia erscheint[1], in welchem San Giuliano über seine Besuche in den Schulen Albaniens berichtet. Er schrieb über Prüfungen in den italienischen Kindergärten: „Ich verhehle nicht, daß ich gerührt war, als ich bei den ersten ergreifenden Klängen des Königsmarsches sich jene fremden Kinder erheben sah und

---

[1]) In der Buchausgabe der deutschen Uebersetzung, Seite 49.

sie auch italienisch singen hörte: Viva l'Italia e Viva il Re". Giuliano hat auch dem Unterrichte in einer konfessionellen, von Oesterreich-Ungarn erhaltenen Schule beigewohnt: „Dort wird wohl die österreichische Kaiserhymne gesungen, aber in italienischer Sprache, was im entgegengesetzten Sinne als dem von Oesterreich beabsichtigten wirkt".

1903

Marokko, Mazedonien und Venezuela sind die Probleme dieses Jahres. Die Staatsoberhäupter verhandeln sie in persönlichen Zusammenkünften. Rußland und Oesterreich-Ungarn haben auf einer Entrevue der beiden Monarchen in Wien, beziehungsweise Mürzsteg anfangs Oktober ein Reformprogramm [1] vereinbart: Die Sanierung der trostlosen Zustände der christlichen Bevölkerung in der europäischen Türkei durchzusetzen. Oesterreich-Ungarn und Rußland sind in einer gemeinsamen Aktion geeinigt. König Eduard erscheint in Rom und Paris. Der König und die Königin von Italien werden in der Hauptstadt Frankreichs enthusiastisch gefeiert. Aber die Dreibundmonarchen betonen bei ihren Zusammenkünften in besonders feierlicher Weise die Bundestreue. Zurückschauend gibt der Deutsche Kaiser in seiner Thronrede am 3. Dezember seiner Freude Ausdruck, „mit seinen hohen Verbündeten in Wien und Rom und mit dem befreundeten Herrscher des russischen Reiches in persönlichen Gedankenaustausch" getreten zu sein.

Besonders glänzend waren die Festtage in Rom. Wilhelm II. ist, seitdem er die Kaiserkrone trägt, zum dritten Male in Rom, diesmal begleitet von seinen ältesten Söhnen. Beim Galadiner am 3. Mai werden herzliche Trinksprüche gewechselt. Der König von Italien nennt die Zusammenkunft ein „Unterpfand" inniger Freundschaft: „Schon seit drei Generationen ein festes Band zwischen Unseren Häusern, Unseren Armeen und Unseren Völkern". Der Deutsche Kaiser sagte in seiner Antwort: „Ich sehe darin (in dem herzlichen Empfange) die Bestätigung da-

[1] „Das Reformprogramm brachte keine Lösung des Orientproblems, sondern nur eine Vertagung der offenen Frage durch die Erhaltung des Statusquo" (Richard Charmatz: „Deutschösterreichiche Politik" 1907, Seite 366).

für, daß das italienische Volk mit voller Sympathie das Bündnis zwischen Unseren beiden Häusern und Unseren beiden Nationen schätzt und dessen unveränderten Fortbestand wünscht". Tags darauf weist Präsident Biancheri in einer Ansprache an die Kammer auf diesen „Austausch herzlicher Gefühle zwischen König Viktor Emanuel und Kaiser Wilhelm" hin und spricht von der „Zuneigung und Freundschaft, welche die italienische Nation mit der deutschen verbinden". Von den Blätterstimmen über die Entrevue sei ein Artikel des „Berliner Tageblatts" hervorgehoben: „Die feste Betonung des Bündnisses aus dem Munde beider Monarchen dürfte wie Mehltau auf die Hoffnungen vieler ausländischer Politiker fallen, die aus der Tatsache anderer Begegnungen mit Staatsoberhäuptern, welche König Viktor Emanuel gehabt hat oder noch haben wird, sich zu der Schlußfolgerung berechtigt glaubten, daß der Dreibund zu einer inhaltslosen Phrase herabgesunken sei. Von Bedeutung ist auch die Erklärung des Deutschen Kaisers, daß das Bündnis ‚unverändert' gepflegt wird". Die Tatsache, daß der Deutsche Kaiser in sehr offensichtlichem Unterschiede von dem König von England das Zeremoniell seines Empfanges dem Willen des Vatikans akkomodierte, die demonstrative Ehrerbietung des Kaisers gegenüber dem Papste wird von der französischen Presse zu Treibereien zwischen Italien und Deutschland benützt. Gegen eine Depesche der „Agence Havas", welche besagt, die Art des Kaiserbesuches beim Papst habe in dem offiziellen Italien einen peinlichen Eindruck gemacht, nimmt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Stellung, indem sie dieser Nachricht jede Grundlage abspricht: „Sollte mit dieser Ausstreuung die Absicht verbunden sein, in Italien gegen Deutschland Stimmung zu machen, so dürfte der Versuch sein Ziel völlig verfehlen: tatsächlich konnten die äußeren Formen des Besuches Seiner Majestät beim Papst in Rom nur den gerade entgegengesetzten Eindruck erwecken, wie ihn die „Agence Havas" charakterisiert, da durch die Einhaltung feierlicher Formen bei der Fahrt nach dem Vatikan vor den Augen der Welt bezeugt wurde, wie wenig der Papst in dem Genuß der ihm zustehenden Rechte eines Souverains bedrückt ist". Verstimmend wirkte in Wien, daß in diesen Festtagen Oesterreich-Ungarns nicht gedacht wurde.

Außerordentlich herzlich waren die Trinksprüche, die am 18. September in der Wiener Hofburg gewechselt wurden. Kaiser-König Franz Josef begrüßt seinen Gast als „treuen Freund und Verbündeten" und spricht von dem „Gefühl warmer Erkenntlichkeit, die das schon so feste Gefüge unserer gegenseitigen Beziehungen gewiß mit neuer erhöhter Kraft ausstatten wird". Der Deutsche Kaiser sagt in seiner Antwort: „Der Anblick Euer

Majestät stolzer Regimenter war Mir eine Herzensfreunde, denn den Bund Unserer Länder tragen und festigen Unsere beiden Heere zum Wohle des Friedens in Europa".

Am 19. März hielt Reichskanzler Graf Bülow aus Anlaß der Beratungen des Etats des Auswärtigen Amtes eine längere Rede, in welcher er sich eingehend über den Dreibund äußerte. Der Hauptzweck seiner Ausführungen schien zu sein, die Aeußerung (die er im Januar 1902 getan[1] und auf welche sich der Vorredner, der Zentrumsführer Freiherr von Hertling bezogen), daß der Dreibund keine absolute Notwendigkeit sei, abzuschwächen. Diese Aeußerung habe nur den diplomatischen Zweck gehabt, Deutschlands Stellung in den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes zu verbessern, und zwar gegenüber denjenigen Elementen, die behauptet hatten, für Deutschland sei die Erneuerung des Dreibundes nötiger als für andere. Graf Bülow sagte: „daß die Erneuerung des Dreibundes rechtzeitig erfolgte, ist ein Beweis dafür, daß der Dreibund nicht auf zufälligen, vorübergehenden oder künstlichen politischen Konstellationen, sondern auf dauernden, in der Natur der Verhältnisse begründeten, bei allen drei Mächten gleichmäßig vorhandenen Interessen und Bedürfnissen beruht. Der Dreibund legt uns in der inneren und äußern Entwicklung keine anderen Schranken auf als die, welche durch die Aufrechterhaltung des Statusquo und somit des Friedens geboten sind. Er unterscheidet sich dadurch von einer längeren Reihe früherer Allianzen, inbesondere von der Heiligen Allianz, die daran scheiterte, daß sie sich in die innere Entwicklung der Reiche einmischen wollte. Die Erneuerung kam nicht anstandslos und nicht ohne Schwierigkeiten zustande. In Oesterreich-Ungarn wie in Italien gibt es Gegner des Bundes; meist sind es auch Gegner der verfassungsmäßigen Institutionen jener Reiche. Sie wurden unterstützt durch dreibundfeindliche Strömungen außerhalb der Dreibundstaaten. Demgegenüber wurde bei der Erneuerung des Bundes an dem defensiven Charakter desselben festgehalten ohne Einschränkung und Abschwächung. Wir halten an dem Bunde mit deutscher Treue fest, haben aber auch alle möglichen Garantien, daß die verbündeten Mächte treu zu uns stehen. Der Dreibund hat nichts mit zoll- und handelspolitischen Fragen zu tun. Die Erneuerung wurde auch nicht erkauft mit zollpolitischen Zugeständnissen". Schließlich erwähnte Graf Bülow die Aeußerung, die Delcassé im französischen Parlament getan, daß Italien sich nie an einer offensiven Aktion gegen Frankreich beteiligen werde. Der Reichskanzler konnte demgegenüber auch nur den

[1]) Siehe 1902.

defensiven Charakter des Dreibundes betonen, aber er wies ausdrücklich darauf hin, daß bei der Erneuerung alle Bündnisfälle wie bisher aufrecht erhalten worden sind und er ließ durchblicken, daß auch Italien im Falle eines französischen Angriffes verpflichtet ist, Deutschland Hilfe zu leisten. Graf Bülow ergriff in derselben Sitzung noch ein zweitesmal das Wort, veranlaßt durch den Ausfall, den der alldeutsche Professor Hasse aus Anlaß der Verurteilung deutscher Journalisten in Ungarn gegen den „magyarischen Chauvinismus" gemacht hatte, wobei dieser Redner auch die Berechtigung der Auffassung bestritt, Ungarn sei die Hauptstütze des Dreibundes. Graf Bülow wies die Angriffe zurück, drückte sein Bedauern aus über die Art und Weise, wie Hasse sich über einen Staat und ein Volk ausgesprochen habe, das Deutschland seit Jahren ein zuverlässiger Verbündeter sei. Zum Beweise, daß die Deutsche Regierung, indem sie es sich zum Grundsatze macht, auf die innerpolitische Stellung der Deutschen, welche Angehörige ausländischer Staaten sind, in keiner Weise einzuwirken, die Politik des Fürsten Bismarck fortsetzt, brachte Graf Bülow einige Aktenstücke aus der Amtszeit des ersten Kanzlers zur Verlesung: einen Bericht des Deutschen Generalkonsuls in Budapest vom 22. Februar 1883, den darauf bezüglichen Erlaß des Fürsten Bismarck vom 2. März desselben Jahres, und schließlich einen Erlaß Bismarcks an den damaligen Botschafter in Wien — — die sich alle darauf beziehen, daß sich Deutschland in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht einmischen, daß die deutsche Politik für die Deutschen in Ungarn ebensowenig eintreten könne, wie für die Deutschen in den Ostseeprovinzen, weil Deutschland auf die Stärkung der Einheitlichkeit des ungarischen Staates einen so großen politischen Wert lege, daß „Gemütsbedürfnisse" dagegen zurücktreten müssen.

Gegen diese Rede Bülows wendet sich eine Interpellation der alldeutschen Abgeordneten Schönerer und Genossen im österreichischen Abgeordnetenhause (3. April): „Ist der Ministerpräsident geneigt, den gemeinsamen Minister des Aeußern darauf aufmerksam zu machen, daß die Deutschen in Oesterreich ihre Sympathie und ihre Stütze dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche mehr und mehr entziehen müßten, falls seitens der Regierung des Deutschen Reiches keinerlei Verständnis und Teilnahme für die nationalen Interessen der Deutschen in Oesterreich-Ungarn entgegengebracht werden würde?"

Zwischen Italien und Oesterreich wirkt die in diesem Jahre akut werdende Frage der Innsbrucker Universität verstimmend. Am 10. Mai erscheint ein Erlaß des Unterrichtsministers, laut

dessen die Innsbrucker Universität als deutsche Hochschule erhalten bleiben soll. Den Tumulten an der Innsbrucker Universität folgen antiösterreichische Demonstrationen in Rom. Auch in anderen Städten Italiens finden Kundgebungen statt, so daß Militär einschreiten muß. In Rom wird am 2. Juni der kleine Belagerungszustand verkündet, doch wird die Regierung bald Herr in dieser Bewegung. Am 15. Dezember (das Kabinett Giolitti hatte sich am 2. November 1903 konstituiert) verhandelt die Kammer den Etat des Auswärtigen Amtes, bei welcher Gelegenheit der neue Minister des Aeußeren Tommaso Tittoni seine Antrittsrede hält, die in Hinsicht der Stellung Italiens im Dreibunde und der daraus entspringenden Konsequenzen an bündiger und klarer Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. In der Kammer hatte man eine so offene Sprache über die irredentistischen Umtriebe aus dem Munde eines Ministers seit Jahren nicht gehört. Der Minister lehnt es ab, in der Frage der Innsbrucker Universität zu intervenieren und erklärt, die Bande, welche Oesterreich-Ungarn und Italien auf Grund des Bündnisses verbinden, müssen ebenso eng geknüpft sein, wie diejenigen, welche Deutschland und Italien verbinden. Italien werde dem Dreibunde treu bleiben, welcher eine mächtige Garantie des Friedens ist, und der kein Hindernis für die traditionelle Freundschaft mit England, noch für die glücklicherweise erneuerte Freundschaft mit Frankreich gebildet hat.

Am 16. Dezember trug Graf Goluchowski dem ungarischen Delegationsausschusse das Exposé über die auswärtige Lage vor, das zum größten Teile den Balkanfragen gewidmet ist. In der Einleitung des Exposés wird der Erneuerung des Dreibundes gedacht, den Goluchowski als die „Basis unserer Friedenspolitik“ bezeichnet. Der Minister weist auf die „Bewegungsfreiheit“ aller Teile hin, die ihnen gestattet, die Wahrnehmung und Vertretung ihrer spezifischen Interessen schon aus dem Grunde mit größerem Nachdrucke zu verfolgen, da das zwischen ihnen bestehende enge Verhältnis eine gegenseitige Stütze schafft, die an und für sich den einschlägigen Aktionen einen mächtigen Rückhalt zu leihen geeignet ist. Im weiteren Verlauf seiner Rede spricht der Minister über die irredentistischen Manifestationen, anerkennt jedoch die „korrekten Bemühungen der italienischen Regierung, den fraglichen Verirrungen Einhalt zu gebieten“; diese Bemühungen würden wohl am ehesten beitragen, die erwünschte Ernüchterung bald herbeizuführen und die „guten Beziehungen, die uns ebenso wie dem Nachbarkönigreiche am Herzen liegen müssen, vor ernsteren Trübungen zu bewahren“.

1904

Die Probleme und Konflikte dieses Jahres liegen weit abseits von der Interessensphäre des Dreibundes: der russisch-japanische Krieg mit dem Zwischenfall der Beschießung englischer Fischerboote durch die russische Flotte, Tibet, die Marokkofrage, die England an der Seite Frankreichs findet, der Herero-Aufstand binden die diplomatischen und militärischen Kräfte Europas in fernen Ländern. Nur die Unruhen in Mazedonien, die albanische Frage und mit dieser der ganze Komplex der Balkanfragen schiebt sich zwischen die beiden Dreibundmächte Oesterreich-Ungarn und Italien, doch werden die auftauchenden Streitfragen durch Vermittlung des Dritten im Bunde in persönlichen Aussprachen der leitenden Minister der beiden interessierten Staaten erledigt[1]. Nach dem Besuche des Deutschen Kaisers in Neapel und einer Begegnung Bülows mit Tittoni findet eine Zusammenkunft Goluchowskis mit Tittoni in Abbazia statt, bei welcher ein Uebereinkommen über die Balkanpolitik hergestellt wird, welches auch durch die Ausbrüche nationalen Hasses anläßlich der Innsbrucker Vorgänge nicht gestört wird. Ueber die Begegnung mit Goluchowski äußert sich Tittoni am 14. Mai in der Deputiertenkammer: „Ich bin von meinem Besuche beim Grafen Goluchowski sehr befriedigt, denn da wir beide mit größtem Freimut sprachen, fiel es uns nicht schwer, uns zu verständigen; wir trennten uns mit dem Gefühle gegenseitigen Vertrauens, das seinen günstigen Einfluß auf die Beziehungen beider Staaten nicht verfehlen wird". Allen übereinstimmenden Meldungen zufolge umfaßte das Abbazianer Uebereinkommen, das auch schriftlich stipuliert wurde, den gesamten Komplex der Balkanfragen. Tittoni behandelte in seiner bereits angezogenen Rede sowohl die mazedonische als auch die albanische Frage, spricht von einem „Spezialabkommen gegenseitiger Nichteinmischung" und konstatiert: „Unser uninteressiertes Verhalten ist im Orient mit Vertrauen von der Türkei und gleichzeitig mit Sympathie von den Balkanstaaten gewürdigt worden". Der Passus dieser Rede über Albanien lautet: „Albanien selbst hat keine große Wichtig-

[1]) Bezüglich Mazedoniens ergriff Oesterreich-Ungarn selbst die Initiative zur Ernennung eines italienischen Generals für die Oberleitung der Gendarmerie. (Siehe die Berichte des Herzogs von Avarna nach Rom im italienischen Grünbuch über Mazedonien). Auch in der Frage des Finanzreformprojektes tauchen Differenzen auf (hinter Italien stand England). Am 9. August ging eine Note Oesterreich-Ungarns an die italienische Regierung über Zwistigkeiten der österreichisch-ungarischen und der russischen Zivilagenten einerseits und des Gendarmeriekommandanten Generals De Giorgis anderseits.

keit, seine besondere Bedeutung liegt in seinen Häfen und Küsten, deren Besitz für Oesterreich oder Italien gleichbedeutend mit der unbestrittenen Vorherrschaft im Adriatischen Meere ist. Die kann aber weder Italien Oesterreich zugestehen, noch Oesterreich Italien, und wenn das eine danach streben sollte, müßte sich das andere diesem Vorhaben mit allen Mitteln widersetzen. Da die beiden Staaten den Frieden vorziehen und ernstlich das Bündnis aufrecht zu erhalten wünschen, so haben sie auf jedwede Besetzung Albaniens im Falle der Störung des Statusquo verzichtet. Wie Graf Goluchowski treffend zu mir sagte, muß Albanien, wenn Oesterreich und Italien in Frieden leben wollen, für beide ein noli me tangere bleiben. Dies als Grundlage, sind auf dem Balkan weder unvorhergesehene Besetzungen noch Ueberraschungen zu fürchten". Der Minister betonte auch, die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn seien sehr herzlich und von dem größten gegenseitigen Vertrauen getragen — es herrsche eine vollkommene Uebereinstimmung der Wünsche betreffend die beiderseitigen Interessen in der Balkanpolitik. Der Dreibund sei durchaus friedlich, besitze keinen Offensiv-Charakter und verfolge lediglich den Zweck der Verteidigung gegen den, der den Frieden stören wollte.

Ueber die Begegnung in Abbazia und die Rede Tittonis äußert sich auch die Presse beider Länder sehr befriedigt. „Mattino" betont, die Zusammenkunft in Abbazia am Vorabend des Besuches des Präsidenten Loubet in Rom dokumentiere in feierlicher Weise die Lebenskraft des Dreibundes.

Die Zusammenkunft des Deutschen Kaisers und des Königs Viktor Emanuel im Golf von Neapel am 26. März wird von der Dreibundpresse als ein Fest des Dreibundes gefeiert[1]. Bei dem Dejeuner, welches an Bord der „Hohenzollern" stattfand, brachte König Viktor Emanuel einen Toast in italienischer Sprache aus, in welchem er den Kaiser als seinen treuen und zuverlässigen Freund begrüßt: „Die Bande, die unsere Staaten seit so langen Jahren in so glücklicher Weise untereinander und mit den gemeinsamen Bundesgenossen verbinden, waren bisher die stärkste Bürgschaft für den Frieden Europas. Mögen diese Bande immer so bleiben, stets getragen von unserem Vertrauen in das Bündnis und von dem Gefühle unserer Völker, welche schon in der Vergangenheit durch die Aehnlichkeit ihrer politischen und nationalen Geschicke einander nähergebracht, nunmehr einig sind, in dem gemeinsamen Streben nach einem friedlichen Fortschritt in der Zukunft". Kaiser Wilhelm erwiderte in deut-

[1]) Die „Italie" sagt, die aus diesem Anlaß gewechselten Trinksprüche bezeichnen die „triumphierende Wiedergeburt des Dreibundes".

scher Sprache: „Der Begriff des Dreibundes ist unauslöschlich eingeprägt in die Seele unserer Untertanen. Das Bündnis, welches von Unseren erlauchten Vorgängern und dem allverehrten Haupte des habsburgischen Hauses geschlossen wurde, ist unseren Völkern eine Segnung, ganz Europa aber ein Unterpfand des Friedens geworden, unter dessen Schutze die friedliche Entwicklung der Völker ohne Unterbrechung fortdauern wird. Den getroffenen Abmachungen stets in Treue ergeben, bitte Ich Eure Majestät, Mir zu gestatten, Mein Glas zu erheben. . . . . . ." Am selben Tage beantragt Santini in der Kammer, ein Begrüßungstelegramm an Kaiser Wilhelm abzusenden, welchen Antrag Präsident Biancheri damit ergänzt, die Kammer möge ihre Freude über den in den beiden Monarchen verkörperten Bund zum Ausdruck bringen. Der Antrag gelangt mit Stimmeneinheit zur Annahme.

Das Exposé, welches Graf Goluchowski vor Weihnachten des verflossenen Jahres gegeben, gelangt am 12. Januar im Budgetausschuß der österreichischen Delegation zur Diskussion. Der Jungtscheche Dr. Kramarz nennt die Dreibundpolitik diplomatische Archäologie, wogegen Graf Goluchowski erklärt, „diese Konstellation sei nicht nur bisher die Basis unserer Politik gewesen, sondern werde es noch lange Zeit bleiben".

Da die Delegationen in diesem Jahre noch einmal tagen, erstattet Graf Goluchowski in der Sitzung des österreichischen Budgetausschusses vom 16. Mai wieder einen Bericht über die auswärtige Lage, in welcher er der Delegation über seine jüngste Begegnung mit Tittoni referiert: „Die bedauerlichen Erscheinungen in Italien [1], die ihren Ursprung im wüsten Treiben gewisser Gelegenheitspolitiker und fanatischer Agitatoren hatten, dürften wohl heute bei der besonnenen, energischen und streng bundesfreundlichen Haltung der gegenwärtigen königlichen Regierung als der Vergangenheit angehörend betrachtet werden, und meine jüngste Begegnung in Abbazia mit dem Herrn italienischen Minister des Aeußern konnte mich nur in der Erkenntnis bestärken, daß die Pflege inniger und vertrauensvoller Beziehungen zwischen uns und dem Nachbarreiche in den maßgebenden politischen Kreisen Roms nicht minder hoch bewertet wird, als wie in unserer Mitte, da man sich dort ebensowenig wie bei uns der Einsicht verschließt, daß diesem Verhältnisse

[1]) Es handelt sich noch immer um die Innsbrucker Universitätsfrage, die übrigens im November anläßlich der Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät wieder das Signal zu Demonstrationen gibt. Am 18. November werden 58 verhaftete italienische Studenten abgeschoben. Die Angelegenheit kommt auch im österreichischen Reichsrate zur Sprache, wobei Ministerpräsident Körber warme Worte für den nationalen Frieden findet.

der Stempel loyalster Gegenseitigkeit bewahrt werden muß, soll dasselbe stets seiner hehren Aufgabe gewachsen sein. Meine Aussprache mit Sr. Exzellenz Herrn Tittoni bewegte sich im Rahmen jener konservativen Grundsätze, welche unsere Politik fortdauernd beherrschen und die sich auch Italien, speziell hinsichtlich der Balkanfragen, zu eigen gemacht hat".

Zum Schlusse des Jahres macht sich in der Presse der Dreibundstaaten eine gewisse Nervosität bemerkbar, auch verstärkt durch die Schwierigkeiten bei den Handelsvertrags-Verhandlungen der drei Staaten.

1905

Unstimmigkeiten zwischen den Dreibundstaaten finden in der Presse ein hundertstimmiges Echo. Keiner der maßgebenden Faktoren denkt nur im Entferntesten daran, den Dreibund zu sprengen, aber die Feinde des Dreibundes messen den auftauchenden Differenzen die weittragendste Bedeutung bei — — mit Unrecht, da schließlich alle diese Differenzen wieder schwinden und Kaiser Wilhelm gegen Schluß des Jahres in seiner Thronrede (28. November) wieder scharf das „bewährte Bündnis" betont und mit besonderem Nachdruck seiner friedlichen Ziele gedenkt.

Diese Differenzen berühren alle drei Staaten des Dreibundes. Die Handelsvertrags-Verhandlungen werden glücklich zu Ende geführt, und damit versiegt eine Quelle der dreibundfeindlichen Agitation. Zwischen Italien und Deutschland steht die Marokko-Frage, die, verschärft durch die Reise des Kaisers nach Tanger, für eine Zeit den Weltfrieden bedroht. Die französisch-russische Entente arbeitet auf einen Krieg hin, bis Delcassé am 6. Juni zum Rücktritt gezwungen wird. Der Besuch Kaiser Wilhelms II. in Italien[1] und die Reise Wittes nach Berlin und Rominten klären einigermaßen die Situation.

---

[1]) Die Kaiserin hatte sich mit den Prinzen Eitel Friedrich und Oskar nach Sizilien begeben. Der Kaiser traf am 6. April in Neapel ein, wo beim Festmahle im königlichen Palaste Trinksprüche gewechselt wurden. Der König von Italien sprach von dem „gegenseitigen Band der innigen Freundschaft, das für die beiden verbündeten Völker ein Pfand des Friedens und einer gedeihlichen Zukunft darstellt". In dem Trinkspruch des Deutschen Kaisers heißt es: „Ein festes und sicheres Pfand des Friedens ist der Dreibund und Unsere verbündeten Völker erfreuen sich der schönsten Entfaltung ihrer Kräfte unter seinem Schatten".

Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn tritt die Polenfrage. Eine Aeußerung des preußischen Finanzministers Freiherrn von Rheinbaben am 13. Februar, bei der ersten Beratung der Handelsverträge über die ostelbischen Junker, löst einen heftigen Widerspruch der österreichischen Polen aus. Goluchowski erhebt, wie das „Fremdenblatt" meldet, Vorstellungen in Berlin, die zu vollkommen befriedigenden freundschaftlichen Erklärungen führen. Die Angelegenheit wird am 9. März im österreichischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht. Ministerpräsident Gautsch wiederholt den Inhalt des im „Fremdenblatt" publizierten Communiqués, lehnt aber die von den Alldeutschen geforderte Mitteilung des Schriftwechsels ab.

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien muß wieder Deutschland intervenieren. Wohl gelingt es bei dem Besuche, den Goluchowski seinem italienischen Amtskollegen Tittoni in Venedig abstattet (29. April), in Ergänzung der Abbazianer Abmachungen bezüglich der mazedonischen Frage eine volle Einigung zu erzielen, doch taucht alsbald ein Zwischenfall auf, der ernste Folgen zu nehmen droht. Der Kammerpräsident Marcora hat in einem Nekrolog auf einen Teilnehmer der Kämpfe im Jahre 1866 von „unserem" Tirol gesprochen. Goluchowski erhebt in Rom Vorstellungen, worauf die italienische Regierung ihrem Bedauern ob dieses Zwischenfalls Ausdruck gibt und versichert, dem Präsidenten der Kammer sei jede irredentistische Tendenz ferngelegen. Minister Tittoni soll[1] dem Grafen Goluchowski ohne Umschweife erklärt haben, daß die Art, wie die österreich-ungarische Regierung den Zwischenfall Marcora gelöst wissen wollte, der politischen Atmosphäre des Dreibundes und insbesondere dem Verhältnisse Italiens zu Oesterreich-Ungarn schwer schaden würde, weil die ostentative Genugtuung, die die italienische Regierung anstandshalber nicht verweigern könnte, von allen dreibundfeindlichen Elementen als eine Demütigung Italiens durch Oesterreich-Ungarn mit Erfolg ausgebeutet werden würde. Der Zwischenfall Marcora, sowie die Differenzen in der Balkanfrage veranlassen Tittoni, die Vermittlung Bülows anzurufen. Die Begegnung der beiden Staatsmänner in Baden-Baden (am 29. September) gilt vornehmlich diesen Zwecken, speziell Auskunft über den Endzweck der von Oesterreich-Ungarn vorgenommenen Verstärkung der Besatzungen im Sandschak Novipazar zu erlangen. Am 6. Dezember konnte Bülow dem Deutschen Reichstage melden, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien „jedes Mißverständnis" beseitigt sei. In der Tat hat sich schon am 23. November Italien mit

---

1) Siehe „Neue Freie Presse" vom 29. September.

der Donaumonarchie zu einer Flottendemonstration gegen die Pforte vereinigt, an welcher unter dem Kommando eines österreichisch-ungarischen Admirals auch Rußland, England und Frankreich teilnehmen.

Tittoni hielt am 9. Februar im Senat eine Rede, in welcher er u. a. sagte: „Zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn herrscht aufrichtige Uebereinstimmung und viel Vertrauen. Die Beunruhigungen der österreichisch-ungarischen Regierung über die irredentistischen Agitationen haben angesichts der loyalen Haltung der italienischen Regierung aufgehört. Die öffentliche Meinung Italiens wird gegenwärtig allerdings durch zwei Tatsachen beunruhigt: durch die Vermehrung der Präsenzstärke in Oesterreich und durch die Lage in Mazedonien. Erstere sei laut einer Erklärung Oesterreichs nur im Hinblick auf etwaige unvorhergesehene Ereignisse erfolgt. Die mazedonische Frage ist nur ein Grund mehr für Italien, die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und zu Rußland, die dort ein europäisches Mandat haben, intimer zu gestalten".

Die Debatte über den Etat des Aeußeren in der italienischen Kammer (12. Mai) gibt mehreren radikalen Abgeordneten Anlaß zu Angriffen gegen den Dreibund, speziell gegen Oesterreich-Ungarn. Der Abgeordnete Artoni ermahnt das Auswärtige Amt, dahin zu wirken, daß seine Verbündeten seinen Interessen eine größere Berücksichtigung angedeihen lassen. Die Debatte schloß mit einer hochwichtigen Rede Tittonis. Einem Abgeordneten, welcher bedauerte, daß im Neapolitaner Trinkspruch des Königs der Dreibund ungenannt blieb, antwortete der Minister mit dem Worte „Klatsch", und die Kammer lachte. Laute Bravorufe erschollen, als der Minister von den Abbazianer und Venetianer Vereinbarungen mit Goluchowski sprach. „Es ist schade um die Zeit", sagte der Minister, „darüber Erörterungen anzustellen, für wen der Dreibund etwas mehr oder etwas weniger Vorteile bietet, da er, wie sich gezeigt hat, ein kostbares Element für die Erhaltung des europäischen Friedens ist. Wir betrachten ihn stets als ein Unterpfand und eine Garantie des Friedens und als einen wichtigen Faktor unserer Politik. Wenn Kaiser Wilhelm ein gern gesehener Gast Italiens und seines Königs war und wenn Goluchowski in Venedig mit der gleichen Courtoisie den ihm von mir in Abbazia abgestatteten Besuch erwiderte, so hatte das erstere Ereignis nicht den Zweck, die Bande der Tripelallianz, die gar nicht gelockert waren, enger zu knüpfen, und auch die Zusammenkunft in Venedig verfolgte nicht den Zweck, die Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn, die ausgezeichnet sind, zu verbessern oder das Einvernehmen, das bereits erzielt und vollkommen war, noch inniger zu gestalten".

Dann betonte der Minister: „Alle Balkanfragen wurden mit Oesterreich-Ungarn eingehend beraten und gelöst; Deutschland hatte den einzigen Wunsch, daß das Einvernehmen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn aufrecht bleibe". Tittoni schloß seine eingehende Erörterung der mazedonischen und albanischen Frage mit folgenden Worten: „Ich bin heute so glücklich, in der Kammer zu erklären, daß Graf Goluchowski sich mit mir in vollkommenem Einverständnisse darüber befindet, daß, sobald man in Ausführung des Artikels III des Mürzsteger Programms an die Reorganisation der mazedonischen Verwaltung heranzutreten haben wird, jene Bezirke, in denen die Albaner die Mehrheit haben und welche heute einen Bestandteil Mazedoniens bilden, wieder mit dem eigentlichen Albanien werden vereinigt werden müssen". Nach der Rede Tittonis schrieb „Popolo Romano": „Das Einvernehmen Italiens und Oesterreich-Ungarns in der Frage der albanischen Bezirke Mazedoniens ist der beste Beweis für die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der wechselseitigen Beziehungen der zwei verbündeten Staaten".

In seiner bereits angezogenen Rede vom 6. Dezember (gelegentlich der ersten Beratung des Etats) erklärte Bülow: „Daß eine Abwendung Italiens vom Dreibund nicht zu befürchten ist, habe ich schon vor der inzwischen erfolgten Erneuerung des Dreibundes gesagt. Italien hat sich dem Dreibunde seinerzeit nicht in unklarer Sentimentalität angeschlossen, sondern weil es auch dabei seine Rechnung findet. Die Gründe, welche seinerzeit die drei großen Staaten zusammengeführt haben, bestehen auch heute noch, es ist nichts geschehen, was daran etwas ändern könnte. Wie zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, so besteht auch zwischen Deutschland und Italien nicht der leiseste Interessengegensatz. Zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien haben Mißverständnisse stattgefunden. Es ist aber durch beiderseitigen guten Willen und durch gegenseitiges Entgegenkommen jedes Mißverständniß beseitigt. Das Bindeglied zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien bildet Deutschland, das für jedes dieser beiden Reiche der natürliche Bundesgenosse ist. Die gegenwärtige italienische Regierung sieht in dem Dreibund die Grundlage ihrer auswärtigen Politik, aber auch die große Mehrheit des italienischen Volkes ist so patriotisch und so klug, einzusehen, daß ein vom Dreibund losgelöstes Italien noch stärker sein müßte, als es ist, um nicht Gefahren ausgesetzt zu sein, die jeder Italiener aus seiner Geschichte nur zu gut kennt. Wenn Italien jetzt von mehr als einer Seite umworben wird, so ist wohl nicht zu bestreiten, daß es durch seine Zugehörigkeit zum Dreibund für die übrigen Staaten an Wert gewonnen hat. Der Dreibund will den Frieden

und den Statusquo in Europa aufrecht erhalten. Das war sein Ausgangspunkt. Deshalb haben wir den Dreibund abgeschlossen, deshalb haben wir den Dreibund erneuert, deshalb halten wir unverbrüchlich am Dreibund fest. Aber, meine Herren, Deutschland muß stark genug sein, um im Notfalle sich auch ohne Bundesgenossen behaupten zu können. Es muß im schlimmsten Falle auch allein seine Stellung verteidigen können. Dieser schlimmste Fall ist nicht eingetreten, wir hoffen, daß er nicht eintreten wird, aber wir dürfen diesen Fall niemals aus dem Auge verlieren. Wir müssen stets eingedenk bleiben der Worte, die in seiner letzten großen Rede, in seiner unsterblichen Rede vom 6. Februar 1888 Fürst Bismarck mit Bezug auf den damals schon bestehenden Bündnisvertrag sagte: „Wir müssen stark genug sein, daß wir unabhängig von den Umständen jederzeit mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die ihr eigenes Schicksal in die eigene Hand nimmt, jeder Koalition, jeder Eventualität entgegensehen können“.

Zum Schlusse dieser Jahresrevue sei noch einer fragwürdigen Enthüllung des ungarischen Abgeordneten Géza Polónyi gedacht: der Deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, habe nach Erhalt von Berliner Instruktionen in einer Audienz bei Kaiser-König Franz Josef diesen gegen die Armeeforderungen der ungarischen Koalition gestimmt. Dem gegenüber wird offiziös konstatiert, der Deutsche Botschafter habe sich in keinerlei Form in die inneren Angelegenheiten der Monarchie, insbesondere in die Frage der Kommandosprache, eingemischt, und es habe auch die angebliche Audienz nie stattgefunden.

1906

Algeciras ist die große politische Frage dieses Jahres. Oesterreich-Ungarn steht wacker an der Seite Deutschlands: „eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen“. Italiens Vertreter Visconti-Venosta tritt auf Weisung seines Ministers Guicciardini für Frankreichs Ansprüche ein; kein Wunder, daß die Presse Deutschlands von einem Abrücken Italiens vom Dreibunde spricht und die Erneuerung des Vertrages zu Dreien in Zweifel zieht. Auch zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien entsteht tiefe Verstimmung, die die Donaumonarchie in Südtirol zu mili-

tärischen[1] Maßnahmen veranlaßt. Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, die Marokkofrage, sowie den Verlauf der Konferenz in Algeciras eingehend zu erörtern, hier seien nur die Beziehungen zur Dreibundpolitik festgelegt.

Als sich das neue italienische Kabinett Fortis am 30. Januar in der Kammer vorstellt und der Ministerpräsident sein Programm entwickelte, betonte er die Bündnistreue Italiens und erklärte, Italien wirke auf der Konferenz in Algeciras „an dem aufrichtig gewünschten Versöhnungswerke“ mit — — — weiter nichts. Auch sein Nachfolger Sonnino faßt sich bei seiner Antrittsrede in der Kammer, am 8. März, sehr kurz: aufrichtig treu der Tripelallianz . . . . . . in Algeciras uneigennützige Tätigkeit und eifrige Vermittlung. Am 20. Februar äußert sich der österreichische Ministerpräsident Gautsch über Marokko, indem er für das Prinzip der Gleichberechtigung und der „offenen Tür“ eintritt. Mittlerweile wird der Vorschlag des österreichisch-ungarischen Delegierten, des Grafen Welsersheimb als Grundlage für die Entwirrung angenommen, ein Vorschlag, der nach Erledigung des Zwischenfalles Lamsdorff-Cassini einen gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen sichert. Schon schreibt der „Börsencourier“: „Italien hat die Formel erfunden von der Treue zum Dreibunde und von der intimen Freundschaft mit Frankreich, aber man möchte wohl wissen, wie es beides gegebenenfalls mit einander vereinigen will“. Und in der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 5. April (in welcher sich der Ohnmachtsanfall Bülows ereignete) konstatiert Freiherr von Hertling, der nach der kurzen einleitenden Rede des Reichskanzlers das Wort ergreift, die Haltung Italiens habe eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen; Bassermann sagte, er wolle nicht untersuchen, ob Italien, um ein Bild des Reichskanzlers zu verwenden, eine solide oder unsolide Ehefrau sei, jedenfalls hätten die Vorgänge gezeigt, daß der französische Hausfreund nicht ungefährlich sei.

Die Presse publiziert am 13. April das folgende an den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern Grafen Goluchowski gerichtete Telegramm des Kaisers Wilhelm: „Im Augenblicke, da Ich mit Genehmigung Ihres Allergnädigsten Herrn dem Grafen Welsersheimb das Großkreuz des Roten Adler-Ordens übersende zum Danke für seine erfolgreichen Bemühungen in Algeciras, drängt es Mich, Ihnen vom Herzen aufrichtigen Dank zu sagen für Ihre unerschütterliche Unterstützung Meines Vertreters, eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen. Sie haben

[1]) In diesem Jahre werden die Landesschützenregimenter, eine Art Alpenjäger, mit dem Sitze in Bozen formiert. Die Soldaten dieser Regimenter haben ein Marschlied mit folgendem Kehrreim: „Ist der Welsche noch so klein, ein jeder Schuß muß Treffer sein“.

sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes im gleichen Falle auch von Mir gewiß sein. Wilhelm II. R." Naturgemäß wird die Depesche in der europäischen Presse lebhaft kommentiert. Die dreibundfeindlichen Blätter sind einig in den Angriffen gegen den Deutschen Kaiser. Die tschechische Presse Oesterreichs liest aus der Depesche eine „Demütigung" Oesterreich-Ungarns heraus, was das Wiener „Fremdenblatt" energisch bestreitet. Die französischen Zeitungen imputieren Deutschland die Absicht, einen Hafen im Mittelmeer zu erwerben und behaupten, Kaiser Wilhelm wolle eine Konferenz über Abessinien einberufen, um die Nachfolge Meneliks zu regeln. Interessant sind die italienischen Blätterstimmen. „Corriere della Sera" erblickt in dem Telegramm des Deutschen Kaisers eine Demonstration gegen Italien, nach welcher man auf noch ernstere Kundgebungen gefaßt sein müsse. Das Telegramm beziehe sich zweifellos auf das adriatische Meer. „Tribuna" wünscht die Rückkehr der italienischen Politik auf die Bahn, wo das Ministerium Giolitti-Tittoni sie gelassen hatte. Der Abgeordnete Barzilleri führt im „Matin" aus: „Deutschland läßt uns das Verbrechen unseres Einvernehmens mit Frankreich und England büßen — — es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Dreibund am 21. Juni 1908 zu bestehen aufhören wird". „Il Domani" spricht über das „freche Betragen der teutonischen Kanaille", nur „Giornale d'Italia" glaubt an die Fortdauer des Bündnisses. „Popolo Romano" betont demonstrativ die warme Anteilnahme Deutschlands an der Katastrophe im Süden Italiens.

Angesichts dieser Strömungen läßt sich Guicciardini am 24. April im Senat interpellieren. Senator Demartini schlägt in seiner Anfrage sehr dreibundfreundliche Töne [1] an, worauf der italienische Minister des Auswärtigen konstatiert, das Ergebnis der Konferenz in Algeciras sei gleich günstig für Deutschland wie für Frankreich: „Italiens Tätigkeit, gebunden durch ein mit Frankreich abgeschlossenes Sonderabkommen [2], war ein Werk der Versöhnung und der Vermittlung, dessen Zweck auch vollkommen erreicht wurde, denn keine Macht verließ beeinträchtigt in ihren materiellen Interessen oder in ihrem moralischen Prestige die Konferenz". Er wiederholt die Erklärungen, die Sonnino am 8. März abgegeben und bekennt sich zu einer entschiedenen Fortsetzung der Dreibundpolitik, die auch eine Garantie für Italiens Interessen auf der Balkanhalbinsel sei.

---

[1]) Am selben Tage hatte Präsident Graf Ballestrem bei Eröffnung der Sitzung des Deutschen Reichstages über die Vesuv-Katastrophe einige in Italien sehr sympatisch aufgenomme Worte gesprochen.

[2]) Siehe 1902.

Zum Schlusse betonte der Minister die herzlichen Beziehungen Italiens zu Oesterreich-Ungarn und das gegenseitige Vertrauen, von welchem die Regierungen in Rom und in Wien beseelt sind. Am 23. Mai kritisiert der Führer der Nationalliberalen, Bassermann, das Telegramm des Kaisers Wilhelm, „das in Oesterreich böses Blut gemacht, in Ungarn verstimmt und in Italien Aufregung hervorgerufen habe". Ihm antwortet der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Tschirschky und Bögendorff. Ueber das kaiserliche Telegramm ging er allerdings rasch hinweg und beanspruchte für den Kaiser das Recht, seine Worte frei zu wählen, das jedem Privatmanne zustehe. Er gab ferner die Versicherung ab, daß der Dreibund nach wie vor feststehe, und daß er insbesondere vom italienischen Botschafter kürzlich die bündigsten Erklärungen in dieser Richtung erhalten habe. Die bevorstehende Reise des Kaisers an den Wiener Hof habe keinerlei gegen Italien oder England gerichtete Tendenz. Die Rede Tschirschkys wird von der italienischen Presse mit großer Genugtuung aufgenommen. Die „Patria" hofft, die Rede werde allen Mißverständnissen ein Ende bereiten, und die „Tribuna" beglückwünscht den Staatssekretär zu seiner Offenheit und Geradheit. Einen völligen Wandel in der Stimmung führt der Depeschenwechsel anläßlich der Wiener Entrevue Kaiser Wilhelms mit Franz Josef herbei. Die beiden Monarchen richteten aus Wien an den König von Italien die folgende Depesche: „Zu zweien vereinigt, senden wir unserem dritten treuen Verbündeten den Ausdruck unserer unveränderlichen Freundschaft". König Viktor Emanuel antwortete: „Ich teile die Befriedigung Eurer Majestät und Seiner Majestät des Deutschen Kaisers über Ihr Zusammensein und bitte die beiden Verbündeten, mit meinem Danke für Ihre liebenswürdige Depesche die Versicherung Meiner treuen und unverbrüchlichen Freundschaft entgegenzunehmen". Der Kaiserzusammenkunft präludierte die „Vossische Zeitung" mit einem interessanten Artikel, in welchem es als begreiflich bezeichnet wird, daß Kaiser Wilhelm das Bedürfnis empfindet, dem Kaiser Franz Josef auch seinen persönlichen Dank für die Unterstützung in Algeciras darzubringen. In Ungarn, wo die Koalition ans Ruder gekommen war, wird der Besuch des Kaisers trotz der Erklärungen Guicciardinis über den unveränderten Fortbestand des Dreibundes und trotzdem der schon beschlossene Rücktritt Lanzas, des italienischen Botschafters in Berlin, demonstrativ rückgängig gemacht wurde, als mit seiner Spitze gegen Italien gerichtet angesehen, während Italien, wo Ludwig Kossuth der Vater und Franz Kossuth der Sohn durch soviele Jahre ein Asyl gefunden hatten, als der „traditionelle Freund und Bundes-

genosse Ungarns" gilt. Am heftigsten nimmt das Organ der Unabhängigkeitspartei, „Egyetértés", gegen Kaiser Wilhelm Stellung, den es als Feind Ungarns bezeichnet. Die Koalitionsparteien unternehmen auch in der Delegation einen Sturmlauf gegen die Dreibundpolitik, die der gemeinsame Finanzminister Freiherr von Burián in der Sitzung vom 27. Juni verteidigt, indem er erklärt, der Minister des Aeußern Graf Goluchowski habe auf die Intervention in Algeciras großes Gewicht gelegt. Das Auswärtige Amt unterbreitet übrigens den Delegationen am 25. November ein Rotbuch über die Konferenz von Algeciras.

Vorher, schon am 11. Juni, hatte sich Goluchowski[1] in der ungarischen Delegation eingehend über die Haltung Oesterreich-Ungarns in der Marokkofrage, insbesondere über den Vermittlungsantrag Welsersheimbs geäußert, wobei er betonte, die festen und unerschütterten Beziehungen zum Deutschen Reiche bildeten den „Angelpunkt jenes politischen Systems, welches sich seit mehr als einem Vierteljahrhundert bewährt hat".

Noch bis in den November und Dezember währt die parlamentarische Diskussion über Algeciras. Am 14. November erscheint Fürst Bülow (zum ersten Male nach seiner Krankheit) im Reichstag, um eine Interpellation des nationalliberalen Abgeordneten Bassermann zu beantworten. Seine Rede ist die längste, die er jemals gehalten, die längste vielleicht, die man noch in Deutschland von einem Chef der Regierung gehört hat. Sie ist ein umfangreiches Exposé über alle Fragen der auswärtigen Politik. Bassermann stellte u. a. die konkrete Frage, ob die Haltung Italiens in Algeciras den bundesfreundlichen Erwartungen entsprochen habe und ob Italien im Falle eines Krieges mit Frankreich oder England noch seiner Bundespflicht gegen Deutschland genügen wird und folgerte aus der Haltung Italiens, der Dreibund als wirksames Machtmittel der deutschen Politik scheine der Vergangenheit anzugehören. Fürst Bülow konzediert in seiner Rede, die damalige Haltung der italienischen Presse habe allerdings dem zwischen Deutschland und Italien bestehenden Bundesverhältnis nicht entsprochen — — „von der Haltung der italienischen Regierung", setzte Bülow hinzu, „und namentlich von den italienischen Delegierten in Algeciras kann

[1]) Goluchowski trat am 24. Oktober von der Leitung des Auswärtigen Amtes zurück. Seine Demission wurde von den Abgeordneten Dr. Chiari, Dr. Groß, Kathrein, Pacher, Peschka und Schwegel zum Gegenstande einer Interpellation gemacht, die vom Ministerpräsidenten Beck sofort beantwortet wurde, wobei der österreichische Premier erklärte, der „Kurs unserer auswärtigen Politik werde trotz des Personenwechsels keine neue Richtung einschlagen" und es werde der Dreibund, „diese vornehmste Bürgschaft des europäischen Friedens" auch fernerhin „die tragende Säule unserer auswärtigen Politik" bleiben.

ich das nicht sagen. Italien war auf der Konferenz in einer schwierigen Lage. Zwischen Italien und Frankreich waren hinsichtlich Marokkos gewisse Verabredungen getroffen worden, von denen Sie wissen, daß sie nicht im Widerspruch zu dem Dreibundsvertrage stehen. In dieser Lage hat die damalige italienische Regierung korrekt gehandelt, nicht nur, indem sie uns rechtzeitig hinsichtlich der Grenzen, in denen es ihr möglich war uns zu unterstützen, orientierte, sondern auch, indem sie innerhalb dieser Grenzen die von uns vertretenen Grundsätze und angestrebten Ziele nach Möglichkeit förderte". Der Reichskanzler dementierte ferner alle Meldungen über angebliche Umtriebe deutscher Agenten in Tripolis. „Das sind", sagte er, „Erfindungen, die lediglich bezwecken, Italien gegen uns mißtrauisch zu machen. Um auch in Wien gegen uns Stimmung zu machen, hat man die Erfindung hie und da mit dem Zusatz verbrämt, daß wir eine direkte Verbindung von Kamerun über Tripolis nach Triest erstrebten, das bei diesem Anlaß natürlich von Deutschland annektiert werden soll". Nach einer Abwehr der Angriffe „unverantwortlicher italienischer Politiker" gegen den Dreibund führte der Reichskanzler aus: „Solange Italien fest und treu zum Dreibunde steht, trägt es schon dadurch bei zur Aufrechterhaltung des Friedens für sich und andere. Wenn Italien sich vom Dreibund loslöste oder eine schwankende zweideutige Politik machte, würde es die Chancen einer Konflagration wesentlich erhöhen. Der Dreibund hat unter anderem auch den Nutzen, daß er zwischen den drei verbündeten Reichen Konflikte ausschließt. Wären Italien und Oesterreich-Ungarn nicht Verbündete, so könnten die Beziehungen zwischen beiden Reichen gespannte werden. Der Dreibund hat bis jetzt noch nicht die Möglichkeit gehabt, sich praktisch zu betätigen. Diese Gelegenheit ist ihm deshalb erspart geblieben, eben weil er bestand". Dann widmete der Reichskanzler Oesterreich-Ungarn äußerst warme Worte: „Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß wir eintretenden Falles Oesterreich-Ungarn dieselbe Treue halten werden". Mit einem energischen Dementi der Nachrichten, als ob sich Deutschland in die inneren Verhältnisse Cis- oder Transleithaniens eingemischt hätte, schloß Fürst Bülow diesen Passus seiner Rede, um später noch vor „Nervosität" in Bezug auf den Dreibund zu warnen, vor „Nervosität oben und unten".

Die Rede des Reichskanzlers wird von der reichsdeutschen Presse im Großen und Ganzen in dreibundfreundlichem Sinne beurteilt. Nur die „Tägliche Rundschau" schreibt: „Der Lobgesang auf den Dreibund findet nur noch wenige gläubige Ohren, da wir Italiens Bündnistreue einzuschätzen gelernt haben und Oesterreichs innere Wirren wenig zum Vertrauen einladen";

die „Germania“ sagt, „was den Dreibund betreffe, scheint Fürst Bülow bezüglich Italiens auch nicht auf eine pupillarische Sicherheit zu rechnen“. In Rom findet die Rede wärmsten Widerhall, in Paris ebenfalls eine freundliche Aufnahme und in England eine sympathische Beurteilung. Selbst in Ungarn beleben die Ausführungen Bülows die in der letzten Zeit einigermaßen erkalteten Gefühle für Deutschland und für den Dreibund, und der „Pester Lloyd“ bezeichnet die Rede als harmonische Ouvertüre zu den in wenigen Tagen beginnenden Delegationsverhandlungen.

Bülows Rede findet am 18. Dezember ihr Echo in dem an diesem Tage der Kammer erstatteten Exposé Tittonis. Ich komme später auf diese Rede zurück, an dieser Stelle sei nur der auf Algeciras bezügliche Passus wiedergegeben: „Ich werde nicht bei dem rasch vorübergegangenen Gewölk von Algeciras verweilen. Wozu auch in der Asche rühren, welche die ignes suppositos nicht mehr bedeckt. Uebrigens hat Fürst Bülow in seiner letzten Rede jede weitere Besprechung dieser Frage kurz abgeschnitten, indem er konstatierte, daß die von Italien Frankreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht im Widerspruche zu den Dreibundverpflichtungen stehen und indem er die korrekte Haltung Italiens und seines illustren Vertreters auf der Konferenz voll anerkannte. Ich konnte in dieser Beziehung nicht den geringsten Zweifel hegen, denn als ich im Juni dieses Jahres die Regierung übernahm, ließ ich den Fürsten Bülow[1] wissen, daß ich unsere gegenseitigen Beziehungen auf dem Punkte wieder aufnehmen möchte, auf welchem sie gelegentlich unserer Zusammenkunft in Baden-Baden bei vollständigem Einverständnisse über alle internationalen Fragen verblieben waren, und Fürst Bülow hatte mir geantwortet, daß dies gleichfalls seinen Wünschen entspreche“. Wahrscheinlich um Bassermann zu antworten, erklärte Tittoni im weiteren Verlaufe seiner Rede: „Jemand von uns wollte einmal voraussagen, daß jener Tag kommen wird, wo man zwischen Bündnissen und Freundschaften wird wählen müssen. Nun gut! Solange die Tripelallianz fortfahren wird, das friedliche Wirken, das in ihrem Charakter liegt, zu betätigen, solange die mit uns befreundeten Mächte (gemeint sind: Frankreich und England. Anmerkung des Verfassers) in ihrer gegenwärtigen Friedenspolitik verharren werden, werden wir es nicht nötig haben, sei es zu wählen, sei es zu überlegen. Wir werden einzig und allein unsre jetzige Politik aufrecht zu erhalten haben, dank welcher die Bundes-

[1]) Mit Bülow verband Tittoni innige Freundschaft. Siehe „Italien, der Dreibund und die Balkanfrage“ (Reden Tittonis) Seite 8.

treue uns erlaubt, die Freundschaften zu bewahren, indem wir auf diese Weise den europäischen Frieden sichern. Das ist nichts Gekünsteltes, kein Machiavellismus, das ist auch keine Politik des Doppelspiels, wie man dies unrichtigerweise behauptet hat; das ist der einfache Weg, leicht und natürlich, der sich jenem öffnet, der aufrichtig die Erhaltung des Friedens wünscht".

Der Zwischenfall ist abgeschlossen — — wie die „Tribuna" nach der Rede Tittonis schreibt: „Der Horizont ist nunmehr vom Nebel jeglichen Mißverständnisses befreit".

Gleichwie die Marokkofrage das Verhältnis Italiens zu Deutschland berührt, tritt das Balkanproblem in die sich begreiflicherweise nicht überall deckenden Interessensphären Italiens und der Donaumonarchie. Der Amtsantritt des Marchese di San Giuliano zeitigt Gerüchte über ein Abschwenken der italienischen Politik von Oesterreich-Ungarn, die auf gewisse Veröffentlichungen zurückgeführt werden, welche vom Marchese im Jahre 1902 ausgegangen waren. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sieht sich schon am 2. Januar genötigt, diese Gerüchte zu registrieren und die bedeutsame Bemerkung daran zu knüpfen, daß man in Berlin volles Vertrauen zur Loyalität des neuen italienischen Ministers des Aeußern habe und gewiß dessen sei, daß die Richtschnur seiner Politik dieselbe sein werde, wie die seines Vorgängers, getreu dem Geiste des Dreibundes. Ein Widerhall dieser Gerüchte findet sich in einem Artikel des Wiener Vertreters der „Tribuna" Guido Pardo, der seinem Blatte am 2. Januar schreibt, die Beziehungen Italiens zu Oesterreich-Ungarn seien „nicht gut" und es bestehe leider eine Spannung, die schwere Gefahren in sich birgt. Im Februar veröffentlicht die italienische Regierung ein Grünbuch über Mazedonien, das auch zum Teile die Ursachen der Differenzen enthüllt: Oesterreich-Ungarn versucht Hand in Hand mit Rußland den Anteil der übrigen Mächte an der Neuordnung der Dinge zu beschränken, während Italien den Standpunkt vertritt, alle Großmächte heranzuziehen. Während die Thronrede, mit welcher Franz Josef am 10. Juni die Delegationen eröffnete, von den „vertrauensvollen Beziehungen zu Italien" und von der „erfreulichen Uebereinstimmung" bezüglich der beide Länder berührenden Angelegenheiten spricht, geht Goluchowski in seinem am selben Tage in der ungarischen Delegation erstatteten Exposé den obwaltenden Differenzen nicht aus dem Wege, anerkennt jedoch die Bemühungen, diese „ab und zu zum Vorschein kommenden Verstimmungen baldigst aus der Welt zu schaffen", und lobt die korrekte Haltung der italienischen Regierung, die stets bestrebt sei, ihre bundestreuen Gesinnungen

zu betätigen. Just einen Tag darauf stellt sich das seit dem 29. Mai im Amte befindliche Kabinett Giolitti-Tittoni der Kammer vor. Wohl unter dem Eindrucke des Schönbrunner Depeschenwechsels kann Giolitti unter lauten Bravorufen erklären, daß Italien dem Dreibunde „unbedingt" treu bleiben werde [1]. Und am 14. Juni knüpft Tittoni an die Ausführungen Goluchowskis an und erklärt sich mit ihnen vollständig solidarisch. Einen Tag vorher hatte Goluchowski in der österreichischen Delegation auf eine Anfrage des Delegierten Dr. Sylvester erklärt, Oesterreich-Ungarn könne in den Balkanfragen unbedingt auf die Unterstützung Italiens rechnen, mit dem keinerlei andere geheime Abmachungen bestünden, als die Vereinbarung, in Albanien den Statusquo zu erhalten. Die Reise des italienischen Generalstabschefs Saletta nach Wien (zum Jubiläum des österreichisch-ungarischen Generalstabschefs Grafen Beck) wird von der Presse beider Staaten mit lebhafter Sympathie aufgenommen. Bald darauf schließen die Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Delegation, nachdem Goluchowski mehreremale, besonders nachdrücklich am 3. Juli, die Vorteile der Dreibundpolitik erörtert hatte.

Am 4. Dezember erstattete Freiherr von Aehrenthal, der Nachfolger Goluchowskis, in Budapest dem Budgetausschuß der österreichischen Delegation ein Exposé über die auswärtige Lage. Indem er seine Ausführungen mit der Erklärung einleitete: „Die Politik der Monarchie ist die der Kontinuität", wollte er feststellen, der Wechsel in der Person des leitenden Mannes sei nicht zugleich ein Wechsel des Kurses. Er konstatierte, daß seine Unterredung mit Fürst Bülow und sein Gedankenaustausch mit Tittoni die „erfreuliche Tatsache vollständiger Uebereinstimmung unserer Ansichten" ergeben hat und fügte hinzu: „Die guten, zwischen der italienischen und unserer Regierung bestehenden Beziehungen werden es uns erleichtern, die leider öfters vorkommenden Zwischenfälle in aller Ruhe zu behandeln und die beiderseits manchmal nervös werdende und irregeführte öffentliche Meinung [2] aufzuklären". In der Debatte, die dem Exposé Aehrenthals folgte, beschäftigte sich der Delegierte Dr.

[1]) Von Paris aus wird versucht, diese Stimmung durch die Verbreitung des Gerüchtes, Oesterreich-Ungarn habe mit Griechenland einen Geheimvertrag abgeschlossen, zu trüben. Der in Rom erscheinende „Courrier des Balcans" veröffentlichte sogar den Text dieses Geheimvertrages vom Dezember 1903 datiert. Es war Stimmungsmacherei ohne jede tatsächliche Grundlage.

[2]) Aehrenthal hatte knapp nach seinem Amtsantritte in einer offiziösen Note des „Fremdenblatt" vom 30. November gegen die Bemühungen der englischen Blätter zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien Verstimmungen hervorzurufen, energisch Stellung genommen.

Sylvester eingehend mit Italien. Obwohl er ein Freund der italienischen Nation sei, müsse er doch darauf hinweisen, daß gerade in letzter Zeit sich die Expansionspolitik Italiens in der Richtung Albaniens und Mazedoniens bemerkbar machte durch die Gründung italienischer Schulen, durch Ausgestaltung der Schiffahrtsgesellschaften, durch größere Verdichtung des Schiffahrtsnetzes mit Italien, kurz, daß Italien besonders in der Richtung des Balkans viel mehr hervortrete als früher. Freiherr von Aehrenthal beeilte sich auf diese Ausführungen Dr. Sylvesters zu antworten, umsomehr als in diesen Tagen durch die Wiener Zeitungen die Nachricht ging, Italien habe sich bezüglich seiner Pläne in Albanien der Unterstützung Frankreichs und Englands gegen Oesterreich-Ungarn vergewissert. Aehrenthal erklärte kurz und bündig, daß „gerade mit Italien über unsere Stellung im adriatischen Meere sehr klare und zufriedenstellende Versicherungen ausgetauscht worden wären; getreu unserer Politik haben wir unserem Freunde und Alliierten erklärt, daß wir über die durch den Berliner Vertrag fixierte Rechts- und Machtsphäre nach keiner Richtung hinaustreten wollen, nach keiner Richtung, also auch nach Albanien nicht[1], und daß wir dieselbe Zurückhaltung von Italien erwarten; die gleiche Zusicherung ist uns italienischerseits in der freundschaftlichsten Weise gegeben worden". In der Sitzung der österreichischen Delegation vom 14. Dezember kommt Aehrenthal nochmals auf das Verhältnis zu Italien zu sprechen. Er konstatiert mit Befriedigung, alle Delegierten scheinen in dem Wunsche einig zu sein, daß unser Bundesverhältnis zu Italien erhalten bleibe, warnt wiederholt davor, sich durch Scharfmacherei unverantwortlicher Politiker irreführen zu lassen und setzte dann hinzu: „Die beiden Regierungen haben den festen Willen und den ernsten Entschluß, unbekümmert um alles Bestreben, Argwohn zwischen uns zu säen, in ihren Bemühungen fortzufahren, die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien herzlicher und freundschaftlicher zu gestalten. Ich habe bereits in meinem Exposé gesagt, daß, objektiv gesprochen, ein Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien nicht besteht. Ich habe ferner angedeutet und will es heute nochmals betonen, daß Oesterreich-Ungarn und Italien als Alliierte, als Nachbarn und als maßgebende Machtfaktoren in der europäischen Politik manche gemeinsamen Interessen haben. Nun, meine Herren, wenn diese

[1]) Die besondere Hervorhebung Albaniens war vermutlich auch von der Tatsache geboten, daß ein Teil der italienischen Presse wieder (wie im Jahre 1900) die Handhabung des Protektorates Oesterreich-Ungarns über die katholischen Kirchen in Albanien (die Subventionierung einzelner Pfarren) beanstandete und ihr „Expansionstendenzen" unterschob.

beiden Regierungen in ihren Bemühungen fortfahren, jede Trübung in ihren Beziehungen fern zu halten und die Beziehungen herzlicher zu gestalten, so handeln sie nicht bloß zum Nutzen der beiderseitigen Interessen, sie handeln zum Nutzen der Allgemeinheit". Von demselben bundesfreundlichen Tone war die Rede getragen, die Tittoni am 18. Dezember in der italienischen Kammer hielt. Tittoni hatte auf die Ausführungen des Abgeordneten Barzilai zu antworten, der erklärte, zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien könne es keine Freundschaft geben, — — ein neuerer Beweis hierfür sei die Rede, die der österreichisch-ungarische Admiral Montecuccoli jüngst gehalten[1]. Tittoni betonte, er könne sich, „vollständig und herzlich" der Apologie des Dreibundes anschließen, wie sie kurz vorher von Bülow und Aehrenthal verkündet worden war: „Der Dreibund wird auch weiterhin die Grundlage unserer Politik bilden; dem Dreibund wollen wir treu bleiben, zur großen Enttäuschung jener, welche von Zeit zu Zeit auf den bloßen Anschein hin eine Schwächung des Dreibundes konstatieren zu können glauben, und dessen baldiges Ende voraussagen". Dem bereits mitgeteilten Passus über Algeciras folgte die Besprechung des Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn. Der Minister konstatierte mit Befriedigung, daß die österreichisch-ungarische Regierung aus Anlaß eines Zwischenfalles in Sussak „nicht einen einzigen Augenblick" gezögert hat, ihr Bedauern auszudrücken, während die ungarische Regierung gleichzeitig die Schuldigen der Bestrafung zuführte und freiwillig den geschädigten italienischen Staatsbürgern eine Schadensvergütung bewilligte. Der Minister tadelt gleich Aehrenthal die Uebertreibungen, deren sich ein Teil der Presse in beiden Ländern bei der Erörterung einzelner Zwischenfälle befleißigt und sagt: „Ich muß mit aller Deutlichkeit erklären, daß wir, Freiherr von Aehrenthal und ich, entschlossen sind, in allem und jedem in vollem Einvernehmen vorzugehen, jeden sich etwa ergebenden Zwischenfall mit kaltem Blute und mit den Gefühlen eines aufrichtigen, gegenseitigen Wohlwollens zu behandeln und Manifestationen, die wir beide bedauert haben und die wir immer bedauern, keine Rechnung zu tragen". Indem der Minister diesen Gedanken noch eindringlicher motivierte, warf er die Frage auf, ob es denn notwendig sei, daß er noch einmal die irredentistischen Demonstrationen in Italien verurteile und fügte hinzu, man könne nicht leugnen, daß seit dem Jahre 1904 eine langsame, aber stetige Besserung in den Gefühlen der öffentlichen Meinung gegenüber Oesterreich-Ungarn

[1]) Eine harmlose Rede, in die absolut keine Spitze gegen Italien hineinzudeuten ist.

Platz gegriffen habe. Eingehend äußerte sich der Minister sodann über Mazedonien und Albanien und betonte, die Interessen Italiens seien durch das zwischen den Ministern Visconti-Venosta und Goluchowski getroffene Uebereinkommen gewahrt. Italien sei bis jetzt im vollen Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn vorgegangen und werde es auch in Zukunft so halten. Seine Besprechungen mit Goluchowski hatten das „positive, nützliche und praktische" Ergebnis gehabt, zum vollsten Einverständnis zu führen: wenn die Aufrechterhaltung des Statusquo nicht mehr möglich sein würde, gemeinsam einer Lösung näher zu treten, welche in der politischen Autonomie der Balkanhalbinsel auf Grund des Nationalitätenprinzips bestehen soll. „Ich muß also den Rat zurückweisen, der mir gegeben worden ist, Oesterreich-Ungarn eine Länderteilung vorzuschlagen und es zu Gebietserwerbungen außer jenen, die ihm durch den Berliner Vertrag zugestanden worden sind, zu bestimmen und gleichzeitig für uns Gebietskompensationen in Anspruch zu nehmen . . . . Das zwischen mir und dem Grafen Goluchowski zustande gekommene Einvernehmen wird ohne Zweifel durch freundschaftlichen Gedankenaustausch mit dem Freiherrn von Aehrenthal noch bestimmter und vollkommener gestaltet werden können. Aber das Grundprinzip dieser Entente wird keine Abänderung erfahren dürfen, denn es ist am geeignetsten, das Einverständnis zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn aufrechtzuerhalten und zu befestigen".

Nach der Rede Tittonis beeilte sich Aehrenthal seinem italienischen Kollegen den „Dank und Beifall" der österreichisch-ungarischen Regierung zu übermitteln, wovon im Namen des Ministers des Aeußern der gemeinsame Finanzminister Burián am 21. Dezember der ungarischen Delegation offiziell Mitteilung machte. Baron Burián erteilte bei diesem Anlasse der Delegation Aufschlüsse über den Inhalt des Balkanübereinkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, die sich vollständig mit den Ausführungen Tittonis decken: Wenn der Statusquo nicht mehr zu erhalten sein sollte, so wird weder Oesterreich-Ungarn noch Italien auf Albanien die Hand legen, und die beiden Mächte sind darin einig, daß die dann notwendig werdende Neugestaltung nur im Sinne der Autonomie erfolgen könne.

Diese Vereinbarung half später über die Annexionskrise und auch über die durch den Balkankrieg hervorgerufene Krise hinweg und brachte tatsächlich die „Periode der Spannungen und unfreundlichen Strömungen" zum vorläufigen Abschluß.

Noch einiges über das Sturmlaufen der österreichischen Slaven und der ungarischen Koalition gegen die Dreibundspolitik.

In der Sitzung der österreichischen Delegation vom 21. Juni richteten die Wortführer sämtlicher slavischen Parteien heftige Angriffe gegen den Dreibund. Der Delegierte Bianchini aus Dalmatien warnt Oesterreich, sich zum Pionier für die imperialistischen Pläne Deutschlands herzugeben, Pläne, die, wie bekannt (!), von Berlin über Oesterreich nach der Adria und über den Balkan und den Bosporus nach Kleinasien führen. Er nimmt auch gegen Italien Stellung und betont, dieses stehe heute dem französisch-englischen Bündnis näher als dem Dreibund. Der nächste Redner, Dr. Tollinger, hegt ebenfalls kein Vertrauen zu der Bündnistreue Italiens. Am schärfsten aber äußert sich der Jungtscheche Klofac: der Deutsche Kaiser nehme, nachdem er überall einen Korb erhalten, zu Oesterreich seine Zuflucht; der Schönbrunner Depeschenwechsel, die kühle Antwort des Königs von Italien beweise, daß der Dreibund nur auf dem Papier bestehe, und noch mehreres in dieser Tonart. Tags darauf sekundiert ihm Dr. Kramarz, der den Dreibund eine ehrwürdige Reliquie aus alter Zeit nennt. Die Jungtschechen nehmen in ihren Delegationsreden auch von dem in Prager Blättern verbreiteten Gerüchte Notiz, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn der russischen Regierung militärische Hilfe gegen die revolutionären Unruhen zu leisten beabsichtigt und protestieren gegen diese „Strafexpedition der Reaktion". Dieses Gerücht geht auch in die russische Presse über und wird von einem Abgeordneten in der Duma zur Sprache gebracht, so daß sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veranlaßt sieht, der Meldung ein energisches Dementi gegenüber zu stellen. Da die Nachricht auch in ein der russischen Regierung nahestehendes Blatt, in die „Rossija" Eingang findet, läßt das russische Kabinett durch die „Petersburger Telegrafenagentie" erklären, daß sie dieser Nachricht und ihrer Verbreitung vollständig fern stehe. Von slavischer Seite werden auch die im Oktober erscheinenden „Denkwürdigkeiten" des Fürsten Hohenlohe zur Hetze gegen den Dreibund mißbraucht, obzwar gerade die Tagebücher des Fürsten der Bundestreue des Kaisers das glänzendste Zeugnis ausstellen.

Die ungarische Koalition, die sich in diesem Jahre in einer merkwürdigen Uebereinstimmung mit den slavischen Parteien Oesterreichs befindet, hat mit den Angriffen gegen den Dreibund, speziell aber gegen das Bündnis mit Deutschland, schon eingesetzt, bevor sie ans Ruder gelangte. Der Justizminister der Koalition, Géza Polónyi, hat in mehreren Interviews die Mär verbreitet, daß der Widerstand des Königs von Ungarn gegen die Einführung der ungarischen Kommandosprache auf reichsdeutschen Einfluß zurückzuführen sei. Schon im Januar nimmt

die Presse der Koalition in selten heftiger Weise gegen Goluchowski, die „Marionette des Deutschen Kaisers", Stellung, und der Präsident der Unabhängigkeitspartei, der nachmalige Handelsminister Franz Kossuth, erklärt, die Großmachtstellung, der der Dreibund diene, sei nur ein dynastisches, aber kein ungarisches Interesse. Die reichsdeutschen Blätter, am entschiedensten die „Kölnische Zeitung" vom 12. Mai, betonen demgegenüber die vollständige Grundlosigkeit des Gerüchtes von einer Beeinflussung des Kaisers von Oesterreich in Bezug auf die Kommandosprache zu Ungunsten Ungarns. Der Ministerpräsident der Koalition, Dr. Wekerle, nimmt auch am 14. Mai Gelegenheit, sich in einer Rede vor seinen Wählern in Temesvár gegen diese Quertreibereien zu äußern, indem er erklärt, das Bündnis mit Deutschland sei „nicht nur die Garantie des Friedens, sondern auch einer der Grundsteine unserer äußeren Politik". Fast zu derselben Stunde aber ließ sich Franz Kossuth, damals schon Handelsminister, über das Verhältnis zu Deutschland interviewen. Wohl bezeichnete er es als ein „hervorragendes Interesse" Ungarns, mit dem Deutschen Reiche das allerbeste Verhältnis zu unterhalten, erklärt jedoch, Deutschland befolge gegenüber den Interessen anderer Staaten eine egoistische Politik und versucht, den bevorstehenden Besuch des Deutschen Kaisers als einen reinen Akt der Höflichkeit — — „und nichts sonst" — — hinzustellen. Einen konzentrischen Angriff gegen den Dreibund richteten die ungarischen Delegierten in der Plenarsitzung der ungarischen Delegation am 26. Juni, und nur der energischen Vermittlung des Ministerpräsidenten Wekerle konnte es Goluchowski verdanken, daß er kein Mißtrauensvotum erhielt. Die Stimmung in Ungarn besserte sich erst, als Goluchowski gestürzt war und Fürst Bülow in seiner Rede vom 14. November sich energisch dagegen verwahrt hatte, als ob es der deutschen Politik je eingefallen wäre, sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns oder in die zwischen den beiden Staaten der Donaumonarchie obwaltenden Streitfragen einzumischen.

1907

Im Juli dieses Jahres, vermutlich in der ersten Woche (das Datum ist nicht genau bekannt) wurde der Dreibundvertrag erneuert, beziehungsweise, wie es in einer am 10. Juni verlautbarten offiziösen Note heißt: „stillschweigend verlängert". Die Wiener „Neue Freie Presse" veröffentlichte am 12. Juli in einer alle Zeichen der Authentizität tragenden römischen Depesche folgende (auch später nicht bestrittene) Mitteilung: „Der Dreibundvertrag wurde im Juni 1902 auf die Dauer von sechs Jahren geschlossen. Er hatte somit eine Geltungsfrist bis zum Juni 1908. In dem Vertrage war die Bestimmung enthalten, er bleibe noch weitere sechs Jahre in Geltung, wenn er nicht ein Jahr vor dem Ablauftermine gekündigt wird. Der Kündigungstermin fiel somit in den Juni des Jahres 1907. Eine Kündigung hat nicht stattgefunden und so bleibt der Vertrag noch weitere sechs Jahre nach dem Juni 1908, das ist bis zum Juni 1914 in Kraft". Dieser Termin wurde auch anläßlich der jüngsten Erneuerung des Dreibundes, im Jahre 1912, offiziell als richtig bezeichnet.

Die Erneuerung des Dreibundes fiel in eine sehr kritische Zeit. Die Mittelmeerreise des Königs Eduard, dessen Entrevue mit dem König von Spanien in Cartagena und die Zusammenkunft des englischen Königs mit dem König von Italien in Gaëta zeitigten jene Situation, die mit dem geflügelten Worte „Einkreisung Deutschlands" bezeichnet wird, eine kritische Situation, die erst später nach der Zusammenkunft des Kaisers mit dem König von England in Wilhelmshöhe, mit der Reise des Kaiserpaares nach England und mit der Entrevue Wilhelms II. mit dem Zaren in Swinemünde eine Klärung fand.

Die Ereignisse auf dem Gebiete der Dreibundpolitik seien in chronologischer Reihenfolge behandelt:

Zu Beginn des Jahres tauchen wieder Unstimmigkeiten zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn auf. Es handelt sich einerseits um eine angeblich in den unterirdischen Gängen der Quecksilbergrube in Vall'alta von österreichischer Seite begangene Grenzverletzung, andererseits um die demonstrativ feierliche Einsetzung des alten Garibaldianers Marcora [1] in das Präsidium der italienischen Kammer, die in Wien verstimmend wirkte. Ueber die angebliche Grenzverletzung wird in der Kammersitzung vom 5. Februar interpelliert, worauf Tittoni erklärte, es handle sich nicht um eine Grenzverletzung im politischen Sinne, sondern nur um eine Frage des internationalen Privatrechtes.

---

[1]) Siehe 1905.

Die Verhandlungen Italiens mit England betreffend das Somaliland, die auch am 19. März zur Unterzeichnung eines Sonderabkommens gediehen, werden in der Presse, speziell in einzelnen französischen Organen dahin kommentiert, daß sich zwischen den genannten Staaten einerseits in der Abrüstungsfrage gegen Deutschland, anderseits in der Balkanfrage gegen Oesterreich-Ungarn ein Zusammengehen vorbereite. Diesen Gerüchten tritt die „Tribuna“ und auch die Wiener „Politische Korrespondenz“ scharf entgegen und zwar just am Vorabend der Zusammenkunft des Fürsten Bülow mit Tittoni in Rapallo am 30. März. Ueber diese Begegnung wurde ein offiziöses Communiqué ausgegeben, welches das „vollständige Einvernehmen und die volle Uebereinstimmung der Ideen der beiden Staatsmänner“ konstatierte. Interviewern gegenüber äußerten sich Bülow und Tittoni außerordentlich befriedigt über das Ergebnis ihrer Besprechungen. Bülow sagte dem Spezialkorrespondenten des „Giornale d'Italia“: „Italien und Deutschland sind in fester Freundschaft verbunden und haben keine gegensätzlichen Interessen“. Tittoni betonte dem Korrespondenten des „Resto del Carlino“ gegenüber, das mit Bülow erzielte „vollkommene Einvernehmen“ beziehe sich auch auf die Frage der Abrüstung.

Die Zusammenkunft König Eduards mit Viktor Emanuel hat wieder eine Presspolemik über die Bundestreue Italiens im Gefolge. Die „Tribuna“ sieht sich (16. April) veranlaßt, zu erklären, Italien bleibe dem Dreibund treu und die Gerüchte über ein Abschwenken von der Friedenspolitik des Dreibundes energisch zu dementieren. Auch die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ tadelt (30. April) die Haltung der deutschen Presse: „Man solle der Welt nicht das Trugbild eines nervös beunruhigten Deutschlands vorführen“. In Oesterreich-Ungarn wird die englisch-italienische Freundschaft mit scheelen Augen betrachtet und der „Pester Lloyd“ (10. April) fordert die Regierung auf, den Balkanprojekten Italiens gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Eine neuerliche offiziöse Note der „Tribuna“ nimmt nochmals gegen diese Gerüchte Stellung, indem sie konstatiert, niemand sei berechtigt, die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der italienischen Politik zu bezweifeln. Minister Tittoni beeilt sich, am 15. Mai in offener Kammersitzung das Festhalten Italiens an dem Dreibunde zu proklamieren. Er wies den Vorwurf zurück, den einige Radikale an den Umstand knüpften, daß Freiherr von Aehrenthal sich dem König Viktor Emanuel nicht in Rom, sondern in der Sommerresidenz vorstellen und daß er auch mit Herrn Tittoni auf dessen Landsitz zusammentreffen wird, erinnerte an den Besuch des Erzherzogs

Rainer in Rom und betonte, man müsse von einer Monarchie, die sich mit dem Königreich verbündet hat und ihren Botschafter am königlichen Hofe hält, doch nicht immer wieder neue Beweise der Anerkennung fordern. Auch über die Zusammenkünfte in Rapallo und Gaëta äußerte sich der Minister erschöpfend: es gibt zwischen diesen keinen Gegensatz und keinen Widerspruch, sondern nur Harmonie. Es bleibt die alte Formel: Unerschütterliche Treue zum Dreibund, aufrichtige Freundschaft für England und Frankreich. Dem Besuche Aehrenthals präludiert Tittoni mit der Erklärung, die Beziehungen zu Oesterreich seien immer intimer und kordialer geworden und „sind heute in der Tat ausgezeichnet". Mit einem Hinweis auf den Besuch des Königs von Italien in Athen konstatiert der Minister das vollständige Einvernehmen der italienischen Balkanpolitik mit Oesterreich-Ungarn und Rußland und erklärt, jede Vermutung über mögliche territoriale Ansprüche Italiens auf Kreta oder auf dem Balkan sei „unbegründet und unstichhältig". Bezüglich der Abrüstungsfrage stimme Italien voll und ganz den Reserven zu, die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemacht worden sind. Italien ist über den Kernpunkt nunmehr ganz mit seinen Verbündeten einig und da auch Sir Henry Campbell-Bannerman kaum ein unmittelbares praktisches Ergebnis von seinem Vorschlag erwartet, ist die Angelegenheit, die soviel Aufsehen erregt hat, als erledigt zu betrachten.

Knapp nach der Erneuerung der Dreibundverträge betonte Kaiser Franz Josef in der Thronrede, mit welcher der österreichische Reichsrat eröffnet wurde: „Das Verhältnis zu unseren Verbündeten bestehe in unveränderter Herzlichkeit fort".

Am 14. Juli trifft der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren zum Besuche seines italienischen Amtskollegen in Desio ein. Von der Bevölkerung mit den Rufen: „Hoch der Dreibund! Hoch Oesterreich! begrüßt — — wer noch vor einigen Jahren gewagt hätte, ähnliches vorherzusagen, schrieb der „Corriere della Sera" über diesen Empfang, den hätte man bestenfalls für einen Träumer gehalten — — begab sich Aehrenthal in die Villa des Schwiegervaters Tittonis, wo mehrere Besprechungen stattfanden, über welche eine von beiden Ministern redigierte Note ausgegeben wurde, die ein „vollständiges, sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf alle Eventualitäten der Zukunft beziehendes Einvernehmen" feststellt. Dem Spezialkorrespondenten der „Neuen Freien Presse" gegenüber betonte Aehrenthal, „für Oesterreich-Ungarn und Italien bleibe der Grundsatz der Erhaltung des Gleichgewichtes und des Statusquo die oberste Richtschnur ihrer Politik." Im Zusammenhang mit diesen Aeußerungen erklärte

man auf der italienischen Botschaft in Berlin dem „Berliner Tageblatt", ein ernsthafter Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien werde durch die Irredentisten nicht mehr hervorgerufen werden können. Die italienische Presse widmet der Zusammenkunft in Desio außerordentlich dreibundfreundliche Artikel. Diese Stimmung hält für eine längere Zeit an. Als einige Tage später in der französischen Presse Stimmen laut werden, die den Abmachungen Italiens mit England, Frankreich und Spanien eine dreibundfeindliche Tendenz zuschreiben, konstatiert „Popolo Romano" (26. Juni), niemand habe das Recht, diesen Abmachungen mit Mißtrauen zu begegnen: Italien halte treu und fest zum Dreibunde. Am 22. August erwiedert Tittoni dem Freiherrn von Aehrenthal den Besuch auf dem Semmering bei Wien, bei welcher Gelegenheit abermals das vollständige Einvernehmen der beiden Minister festgestellt wurde.

In den beiden letzten Monaten ereignen sich Zwischenfälle, die rasch beigelegt werden: in Wien kommt es Ende November auf der Universität zu Zusammenstößen, zwischen deutschnationalen Studenten einerseits und italienischen und kroatischen Universitätshörern anderseits, welche jedoch von der italienischen Presse ohne jede Leidenschaftlichkeit besprochen werden; die Polendebatte in Oesterreich wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" damit abgetan, daß sie konstatiert, die in Rede stehenden Einmischungsversuche (die übrigens Freiherr von Aehrenthal am 21. Dezember in der österreichischen Delegation energisch zurückweist) könnten nur die Bedeutung einer Mahnung besitzen, die Ostmarkenvorlage ganz ausschließlich im Sinne der zwingenden nationalen Notwendigkeit zu erledigen.

1908

Das Jahr der Annexionskrise, aber auch einer Krise des Dreibundes. Eine Spannung, die zeitweise gefahrdrohende Dimensionen annimmt. An den Grenzen der Verbündeten, in Welschtirol und drüben in der Poebene, stehen Truppen auf Kriegsstand erhöht. An einzelnen Tagen hats schlimm ausgesehen — — aber die Krise ward überwunden und das Jahresende findet unter dem düsteren Widerschein einer ungeheueren Elementarkatastrophe Europa in einer friedlichen Stimmung, wenn auch die Lösung des Konfliktes noch aussteht. Die bosnische Krise, der Vorläufer der großen Abrechnung an den Hängen des Balkans, war ein Prüfstein für den Dreibund, der ja auch, mitten in der Orientkrise erneuert, den Ausbruch eines europäischen Krieges behindert hat.

Die Krise setzte mit den ersten Tagen des Jahres ein. Freiherr von Aehrenthal erklärte am 27. Januar in der ungarischen Delegation: Oesterreich-Ungarn beabsichtige von seinem ihm auf dem Berliner Kongresse übertragenen Rechte Gebrauch zu machen und eine Bahn durch den Sandschak Novipazar zu bauen. Einleitend konstatiert das Exposé des Ministers des Auswärtigen, daß seine Bemühungen, das Verhältnis zu Italien „freundlicher" zu gestalten, von Erfolg begleitet waren. Die Begegnungen in Desio und auf dem Semmering seien ein Beweis, daß beide Regierungen „in voller Harmonie auf das Ziel, eine größere Herzlichkeit in den Beziehungen herzustellen, lossteuern". Aehrenthal konstatierte auch, daß die Gegensätze in den Bevölkerungen, welche früher in Italien von einer der Monarchie feindlichen Partei genährt worden sind, wohl nicht gänzlich geschwunden, aber doch zurückgetreten seien und fügte hinzu: „Ich kann auch heute die bestimmte und beruhigende Erklärung abgeben, daß die beiden Regierungen etwaige Zwischenfälle in der ihren Beziehungen entsprechenden freundschaftlichen Weise behandeln und beilegen werden". Und bevor der Minister den Bahnbau beziehungsweise das Ansuchen um die Vorkonzession bei der Pforte anmeldete, betonte er, daß Oesterreich-Ungarn treu seiner Balkanpolitik keine territorialen Erwerbungen auf dem Balkan verfolge. Die Bahn selbst ist als eine Verbindung zwischen Wien und Saloniki über Sarajevo, Mitrowitza, Uesküb geplant; gleichzeitig soll der Bau einer Linie von Cattaro an das montenegrische Litorale effektuiert werden. Nun waren alle Geister los. Die italienische Presse nahm vorerst eine abwartende Haltung ein. Sie erörterte nur die auf Italien bezüglichen Erklärungen Aehrenthals und ließ die Frage der Orientbahnen bei Seite. Die „Tribuna" nennt die Exposé-Sitzung der ungarischen Delegation einen guten Tag für den Weltfrieden, und „Popolo Romano" bezeichnet das Exposé als klar, erschöpfend und beruhigend. Nur der „Corriere d'Italia" will rechtzeitig die „Gefahr" erkennen: Aehrenthal habe auf Grund des wieder bekräftigten Einvernehmens mit Rußland ein Programm entworfen, welches die Balkanhalbinsel wirtschaftlich der Monarchie unterwerfen soll — — die Ansichten des Ministers scheinen rosiger zu sein als die Tatsachen, auf welche sie begründet sind. Das Signal zu den Angriffen gegen das Bahnprojekt Aehrenthals (der Sultan hatte mittlerweile die angesuchte Vorkonzession erteilt) war gegeben, und nun setzte die Hetze ein. London und Petersburg alarmierten, Belgrad und Cettinje sekundierten, und bald mußte Oesterreich-Ungarn mit militärischen Maßnahmen im Wetterwinkel Tirols einsetzen. England, das den Abschluß des Dreibundes 1883 mit Freude

begrüßt hatte, suchte Italien in eine andere Interessengruppe zu lenken. Rußland erhob die Anklage wegen Treulosigkeit gegenüber dem Mürzsteger Programm, die Panslavisten an der Seine wüteten um die Wette mit den Brüdern an der Newa, das englische Balkankomitee tadelte öffentlich die „Expansionsgelüste" der Donaumonarchie, und in Rom erwachte die Sehnsucht nach dem „anderen Ufer". Den Angriffen der italienischen Presse gegenüber läßt das Auswärtige Amt am Wiener Ballplatz mit einer gewissen Tendenz offiziös verlautbaren, italienische Konzessionäre hätten in den letzten Jahren größere Zugeständnisse auf dem Balkan erlangt: eine italienische Gesellschaft baut den Hafen von Antivari und eine Bahn von Antivari nach Virpozar am Skutarisee, eine italienische Gesellschaft hat die Konzession für das Tabakmonopol in Montenegro erhalten, in Durazzo und Skutari bestehen italienische Handelsagentien, in Skutari eine italienische Bank, endlich ist einer italienischen Konzessionärin die Schiffahrt auf der Bojana und am Skutarisee eingeräumt worden.

Das Exposé Aehrenthals steht am 31. Januar in der österreichischen Delegation zur Diskussion. Der Jungtscheche Dr. Kramarz verlangt eine Abänderung des Artikels II des Bündnisvertrages mit Deutschland, betont, der direkte Weg nach Rom sei kürzer als der über Berlin und richtet heftige Angriffe gegen die Polenpolitik in Preußen. Pittoni kann sich mit der „Vorherrschaft Deutschlands im Dreibunde" nicht einverstanden erklären und spricht engeren Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien das Wort. Auch die polnischen Delegierten kritisieren die preußische Polenpolitik, worauf Aehrenthal diese Angriffe mit energischen Worten zurückweist. Der Minister äußerte sich nochmals eingehend über das Verhältnis zu Italien: er gab seiner Ansicht Ausdruck, der Irredentismus habe heute nicht mehr so große Dimensionen wie ehedem; die Rüstungen Italiens seien durch seine geographische Situation bedingt; die Rührigkeit Italiens auf dem Balkan könne nicht in Abrede gestellt werden, doch kann daraus Italien kein Vorwurf gemacht werden, eher Oesterreich-Ungarn wegen seiner Saumseligkeit. Schließlich beantwortete der Minister auch eine Anfrage über die Ausweisungen aus Preußen damit, daß er erklärte, seine Intervention habe in diesem Belange „doch immerhin einige Erfolge" aufzuweisen gehabt. Der Voranschlag des Auswärtigen Amtes wurde in der Delegationssitzung vom 12. Februar erledigt. In dieser Sitzung wurde die Frage der Balkanbahn eingehend diskutiert: Dr. Bærnreither trat mit Lebhaftigkeit für die Verbindung mit Mitrowitza ein, Dr. Kramarz ist gegen die Sandschakbahn, Axmann meint, der Preis, den Oesterreich-Ungarn für die Sand-

schakbahn zahlen müsse, sei ein zu hoher, Ritter von Vukovic verlangt eine Abwehr der Aktionen Italiens in Albanien und Ritter von Kozlowski stellt die These auf, der Widerstand Frankreich gegen die Sandschakbahn gelte nur dem Bundesgenossen Deutschlands. In der Rede, mit welcher Freiherr von Aehrenthal die Diskussion abschließt, widmet der Minister dem Bündnis mit Deutschland warme Worte.

An demselben Tage beraten die Parteien des österreichischen Reichsrates über die italienische Universitätsfrage, die das ganze Jahr hindurch spukt, und immer, wenn sich das Verhältnis zwischen Rom und Wien zuspitzt, zu Straßendemonstrationen führt.

Ueber die Bahnfrage äußerte sich Tittoni am 11. März in der italienischen Kammer und erklärte offen, diese Frage drohte einen Augenblick den politischen Horizont zu verdunkeln, doch sei sie seither einer „billigen Lösung, bei welcher den Interessen Italiens Rechnung getragen wird“, entgegengeführt worden. Der Minister leitete seine Rede mit einer „Erinnerung“ an Desio und den Semmering ein und konstatierte, daß — — obzwar bei diesen Begegnungen von der Bahn nach Mitrowitza keine Rede gewesen sei — — er von der Absicht Aehrenthals, bei der hohen Pforte die Zustimmung zum Bau der Linie Uvac-Mitrowitza einzuholen, benachrichtigt worden war, bevor Aehrenthal den Delegationen hiervon Mitteilung machte. Der Bau dieser Bahn sei ein Recht Oesterreich-Ungarns, das von niemand bestritten wird. Nach einer eingehenden Darlegung der Bahnfrage erklärt der Minister: es könne jede Gefahr beschworen werden, wenn die Mächte einmütig feststellen, daß der Bau der Bahnen auf dem Balkan als ein wesentlicher Teil des Reformwerkes in Mazedonien anzusehen sei. Im übrigen betonte Tittoni unter demonstrativem Beifall der Kammer, Italien sei grundsätzlich gegen jede Monopolisierung des Bahnbetriebes auf dem Balkan. Die Rede Tittonis und auch dessen Ankündigung, er werde die „lateinische“ Bahn, die bedeutende Linie von dem albanischen Hafen Valona nach Monastir, unterstützen, fanden in Oesterreich-Ungarn eine freundliche Aufnahme.

Bald darauf, am 24. März äußerte sich auch Bülow über die Bahnfrage. Er erklärte bei der Etatsberatung: „Wir haben das österreichisch-ungarische Projekt der Verlängerung der bosnischen Bahn nach Mitrowitza mit Sympathie begrüßt; unser Bundesgenosse macht damit von einem Rechte Gebrauch, das ihm in einem völkerrechtlichen Vertrage verliehen worden ist“.

Nach längerer Pause fand am 25. März eine Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit König Viktor Emanuel in Venedig

statt, der angesichts des Mittelmeervertrages, welcher zwischen England, Frankreich und Spanien abgeschlossen wurde, in Italien erhöhte Bedeutung beigemessen wird. Die Blätter begrüßen das Deutsche Kaiserpaar mit sehr herzlichen Worten, in der Kammer beantragte Santini, die Kammer möge „den beiden Monarchen, deren Begegnung die Bande der Allianz zwischen Deutschland und Italien stärke und den Weltfrieden sichere, die ehrfurchtsvollsten Grüße entbieten", welcher Antrag vom Präsidenten Marcora als einstimmig angenommen enunziiert werden konnte. Der Kabinettschef des Ministers Tittoni, Marchese Carlotti, äußerte sich dem Spezialkorrespondenten der „Neuen Freien Presse" gegenüber, die deutsche und die italienische Politik seien vollständig einig („einiger als einig können wir nicht sein") in der Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes und in der Erhaltung des Dreibundes und des europäischen Einvernehmens.

Am 28. März trifft Bülow in Wien ein, um dem Freiherrn von Aehrenthal für die Besuche, die dieser im November 1906 und im Frühjahr 1907 in Berlin gemacht hat, einen Gegenbesuch abzustatten. Sowohl die reichsdeutschen als auch die Wiener und Budapester Zeitungen konstatieren bei diesem Anlasse die vollständige Uebereinstimmung der beiden Staatsmänner. Die in Wien gepflogenen Beratungen finden ihre Ergänzung in den Besuchen, die Bülow im April in Rom abstattet (14. April: Begegnung mit Tittoni, 28. April: Besuch bei Giolitti). Bülow selbst äußerte sich über seine Besprechungen mit Tittoni einem Mitarbeiter der „Agenzia Stefani" gegenüber, es sei wieder „die Gemeinsamkeit unserer Gesichtspunkte und Ziele" festgestellt worden. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien — — — fügte Bülow hinzu — — — war keinerlei Vermittlung Deutschlands notwendig, denn eines der unbestreitbarsten Verdienste der Minister Giolitti und Tittoni liegt darin, neuerlich die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien freundschaftlich und voll des gegenseitigen Vertrauens gestaltet zu haben, — das Bestreben der beiden Minister sei durch die gleiche loyale und bündnistreue Haltung des Freiherrn von Aehrenthal erleichtert worden.

Auf einem Bankette zu Ehren Gabriele d'Annunzios am 29. April in Venedig, veranstaltet von der „Lega Navale", werden irredentistische Reden gewechselt, doch macht es in Oesterreich guten Eindruck, daß an dem Bankette keine offiziellen Persönlichkeiten, auch nicht der Sindaco oder der Präfekt teilnahmen.

Eine Feier des Dreibundes nannte die „Neue Freie Presse" den 7. Mai, das Jubiläumsfest des Patriarchen auf dem Habsburger Throne. Der Deutsche Kaiser erschien mit den Bundes-

fürsten und dem Bürgermeister von Hamburg in Wien, um den Kaiser-König Franz Josef zur nahen Vollendung seines sechzigsten Regierungsjahres zu beglückwünschen. Der Wiener Festtag findet in der reichsdeutschen Presse einen warmen Widerhall. Im „Tag" veröffentlichte Professor Hermann Oncken unter dem Titel „Kaiser Franz Josef und die deutschen Fürsten" einen Artikel, der zu folgendem Schlusse gelangt: „Bündnisse beruhen auf Interessen und dauern nur solange, als diese die gleichen sind; auch dynastische Beziehungen und Völkerfreundschaften machen keinen Anspruch auf Ewigkeit. Dauerhafter aber sind jene völligen Kulturgemeinschaften, wie sie zwischen Deutschen und Deutschösterreichern bestehen, und darum geben sie auch dem politischen Bündnisse zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn einen festeren Kitt als alles andere. Die Stunde der Fürstenhuldigung erinnert unser Volk an Bande, die trotz 1866 nicht zerstört sind und nicht zerstört werden können"

Um die Mittagsstunde fand in dem historischen Schlosse von Schönbrunn die Gratulationscour der Deutschen Bundesfürsten statt. Auf die herzliche Ansprache Kaiser Wilhelms erwiderte Franz Josef mit einem feierlichen Hinweise auf das vor nahezu dreißig Jahren abgeschlossene Bündnis: „Die Tatsache, daß es Mir heute vergönnt ist, eine so große Anzahl deutscher Fürsten um Mich versammelt zu sehen, ist auch die ausdruckvollste Bestätigung des zwischen Uns seit beinahe dreißig Jahren bestehenden engen und unerschütterlichen Bundesverhältnisses. Dieser Tag bestärkt Mich in der frohen Erwartung, daß dieses nur friedliche Ziele verfolgende Bündnis, dem gleiche Bestrebungen der anderen Mächte wirksam zur Seite stehen, seine Aufgabe bis in die fernste Zukunft voll erfüllen wird". Auch in dem Trinkspruche bei dem Galadiner, das abends stattfand, bezog sich der greise Jubilar auf das Bündnis: „auf die so engen zwischen Uns bestehenden Beziehungen, die Uns allen ein wahres Herzensbedürfnis sind". Bedeutungsvoll ist auch die Tatsache, daß König Viktor Emanuel sich den Glückwünschen, die die Deutschen Verbündeten persönlich überbrachten, in einem herzlichen Telegramm anschloß. Franz Josef dankte für dieses „neue Zeichen der engen Bundesgenossenschaft und der innigen Freundschaft, die Uns verbindet".

Wenige Tage vor der Zusammenkunft König Eduards mit dem Zaren auf der Rhede von Reval legt Minister Tittoni am 4. Juni in der Kammer ein aufrichtiges Bekenntnis zur Dreibundpolitik ab. Er betont das einmütige Vorgehen mit Oesterreich-Ungarn in der Frage der mazedonischen Reformen, sowie das vollständige Einvernehmen bezüglich der Balkanbahnen, um zum Schlusse seiner Rede in herzlichen Worten des Aufenthaltes des

Deutschen Kaisers in Venedig, des Besuches des Fürsten Bülow in Rom und der Wiener Jubelfeier zu gedenken.

Im August und im September finden wieder Begegnungen der leitenden Staatsmänner der Dreibundmächte statt: am 23. August besucht Tittoni den Staatssekretär Schön in Berchtesgaden und am 4. September treffen Aehrenthal und Tittoni in Salzburg zusammen, worauf sich Freiherr von Aehrenthal zum Staatssekretär von Schön nach Berchtesgaden begab. Bei diesen Zusammenkünften wurde die am 5. Oktober durchgeführte Annexion Bosniens und der Herzegowina verhandelt. Ueber die Besprechungen in Salzburg und Berchtesgaden wurde am 5. September durch das Wiener k. k. Telegrafenkorrespondenzbüro amtlich verlautbart, daß hierbei die „erfreulichste Harmonie in der Auffassung der Kabinette der Dreibundmächte von neuem bestätigt wurde".

Und trotz alldem, trotz der vorbereitenden Besprechungen und der eigenhändigen Handschreiben Franz Josef des Ersten an die Monarchen und an den Präsidenten der französischen Republik wirkte die am 6. Oktober publizierte Proklamierung der Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die österreichisch-ungarische Monarchie wie eine Bombe. Vergebens die friedliche Motivierung in den Annexions-Handschreiben des Kaiser-Königs Franz Josef, vergebens die Versicherung der am 8. Oktober vor den Delegationen verlesenen Thronrede, daß die Monarchie keine territorialen Erwerbungen über den jetzigen Besitz hinaus anstrebt, vergebens die friedfertigen Erklärungen des Exposés Aehrenthals, vergebens die Räumung des Sandschaks Novipazar — — — Presse und Versammlungen in Rom protestieren gegen die Annexion, England, Rußland und Frankreich hetzen gegen Oesterreich-Ungarn; Serbien und Montenegro, ermuntert und angeeifert von seinen Protektoren, führen eine Sprache, die fast einer Kriegserklärung gleichkommt. Die irredentistischen Vereine werden gegen die Donaumonarchie losgelassen, Tittoni verspricht auf einem Kongresse in Carate-Brianza, er werde nicht dulden, daß die italienischen Interessen einen Schaden erleiden, und auch von offiziöser Seite wird die Forderung nach „Kompensationen" laut. An der Newa und noch mehr an der Seine wird eine Abrechnung mit den Waffen propagiert. Grey und Hardinge „vermitteln". Auch die deutsche Presse wird nervös. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel gibt dem Großvesier die Erklärung ab, „daß jene Ereignisse geschehen sind, ohne daß man Deutschland vorher um eine Meinungsäußerung ersucht hat". Die Wochenrundschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 11. Oktober verstimmt in Wien, wo die Presse mit Berufung auf die Dienste

Oesterreich-Ungarns in der Marokkofrage eine kräftigere Unterstützung fordert. Die ganze Orientfrage ist aufgerollt. Mit der Dardanellenfrage der „Zug nach Zarigrad“. Katharina II. und alle drei Alexander hatten nach der Herrschaft über die Balkanhalbinsel gestrebt. Czartoriski hat schon 1804 seinem Kaiser einen Plan für die Revision der Karte Europas vorgelegt, wonach „la masse des pays turcs en Europe devrait être liée par une féderation commune“, über welche der Zar „au moyen du titre de protecteur des Slaves“ seinen entscheidenden Einfluß, „influence décisive“ üben sollte. Der Traum, der zunichte ward, weil Alexander I. Händel mit Schweden bekam und gleich darauf Napoleon nach Rußland gezogen war, wird wieder lebendig — — sechs Jahrhunderte, nachdem der erste Murad nach Europa übersetzte und über Adrianopel der Halbmond auftauchte. Frankreich unterstützt den Bundesgenossen, England hat Indien, Aegypten und seine Interessen in Asien vor Augen, und auch Italien schwankt. Das Bekenntnis, das Tittoni für den Dreibund ablegt, verhallt unter den Freundschaftsbezeugungen für Rußland, und die Kammer hätte ohne Zweifel noch energischer gegen die verbündete Donaumonarchie Stellung genommen, wenn sie nicht in diesem kritischen Augenblicke einen Kabinettswechsel hätte vermeiden wollen. Nur die Bundestreue Deutschlands, die Oesterreich-Ungarn ermutigte, alle Forderungen nach Rekompensationen abzulehnen und im Süden Ungarns und Tirols Truppenmassen zu konsignieren, führte eine Milderung der Krise herbei und behinderte den Ausbruch eines europäischen Krieges.

Sofort nach der Proklamierung der Annexion unterbreitete Aehrenthal in Budapest der österreichischen Delegation sein Exposé. Er gab eine erschöpfende Darstellung der Orientfrage; an die Julirevolution in Konstantinopel anknüpfend, erörterte er mit seltener Offenheit das englisch-russische Reformprojekt, konstatierte das Einverständnis nicht nur mit Deutschland und Italien, sondern auch mit den anderen Mächten, in erster Reihe mit Rußland, motivierte die Angliederung der okkupierten Provinzen und schließt: „Indem wir fest zu unseren Verbündeten Deutschland und Italien stehen, tragen wir unentwegt zur Erhaltung des so notwendigen Friedens und Gleichgewichtes in Europa bei. Was insbesondere unser Verhältnis zu Italien betrifft, setze ich, von meinem italienischen Kollegen loyal unterstützt, mit Erfolg meine Bemühungen fort, die Intimität unserer Beziehungen zu pflegen, welche sich erfreulicherweise stets wärmer gestalten. Ich hatte auch heuer Gelegenheit, mich mit Herrn Tittoni freundschaftlich auszusprechen, wobei wir in der Lage waren, festzustellen, daß wir mit Genugtuung auf das

bereits Erreichte zurückblicken uud daraus die Ermutigung schöpfen können, bei unserer Methode vertrauensvollen Zusammengehens zu beharren. Das bereits bestehende Einvernehmen mit Italien ist in Bezug auf den Balkan in ähnlicher Weise ausgestaltet worden, wie das Einvernehmen mit Rußland, so daß man wohl von einer gleichen Auffassung der drei Mächte über die dortige Lage zu sprechen berechtigt ist".

Nun taucht die Konferenzidee auf und die Frage der Kompensationen. Ueber beide Fragen äußert sich Aehrenthal in klarer und unzweifelhafter Form am 27. Oktober vor der österreichischen Delegation: Die Monarchie habe prinzipiell gegen die Konferenzidee nichts einzuwenden, weil sie entschlossen ist, alles aufzubieten, um die bestehende Spannung zwischen den Mächten zu beseitigen. Zu diesem Zwecke will Aehrenthal das größtmögliche Entgegenkommen betätigen, indem er nicht etwa die vollständige Ausschaltung der bosnischen Frage aus dem Konferenzprogramm begehrt, sondern sich auf das Verlangen beschränkt, daß die Tatsache der Souveränitätserstreckung in der Konferenz nicht in Frage gestellt und nicht in die Diskussion einbezogen werde. Was die Kompensationen betrifft, seien solche schon deshalb nicht am Platze, weil ja ein tatsächlicher Zuwachs des Besitzstandes der Monarchie nicht eingetreten ist, hingegen die Türkei durch die Abtretung des Sandschaks bereits einen tatsächlichen Machtzuwachs erhalten hat. Mit besonderer Schärfe betonte der Minister, daß von irgend einer Kompensation nach anderer Seite hin keine Rede sein könne. Er gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck auf ein baldiges Nachlassen der eingetretenen Spannung, die Oesterreich-Ungarn, unterstützt von seinen Alliierten Deutschland und Italien anstrebt und betont nachdrücklichst, die Grundlage der Politik Oesterreich-Ungarns sei der Dreibund: „Ich blicke zuversichtlich in die Zukunft, schon deshalb, weil ich die gleichen konzilianten Dispositionen, von denen wir ausgehen, auch bei den anderen Regierungen zu konstatieren glaube".

Die Konferenzidee ist bald begraben, nachdem auch nach dem Besuche Iswolskis in Berlin (24. bis 26. Oktober) offiziös erklärt wird, die Deutsche Regierung halte an dem Standpunkte fest, daß sie Vorschlägen nicht zustimmen kann, gegen welche Oesterreich-Ungarn Einwendungen erhebt.

Am 3. November erfolgte ein Kollektivschritt Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bei der bulgarischen Regierung. Die Vertreter der beiden Staaten überreichten zur Wahrung der Interessen der Orientbahnen (die bulgarische Regierung hatte die Sophioter Vertretung der Orientbahnen aufgefordert, direkte Verhandlungen wegen der Ablösung einzuleiten) einen schrift-

lichen Protest, in welchem unter Hinweis auf die Möglichkeit der Expropriierung einer Bahnlinie erklärt wird, die Entlassung der bisher von der bulgarischen Regierung nicht angestellten Orientbahnbeamten und die Räumung der Dienstwohnungen sei während des gegenwärtigen Standes der Angelegenheit undurchführbar und die Aufnahme der Verhandlungen nicht früher möglich, bevor sich die bulgarische Regierung mit der Türkei als der Eigentümerin auseinandergesetzt habe.

Vom 4. bis zum 7. November weilt der Deutsche Kaiser in Oesterreich als Jagdgast des Thronfolgers Franz Ferdinand in Eckartsau und einige Stunden in Wien zum Besuche Franz Josefs.

In den ersten Tagen des Novembers wurde das Gerücht, daß sich der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand nach Rom begeben werde, in der italienischen Presse leidenschaftlich diskutiert. Der Vatikan ließ in der offiziösen „Corrispondenza Romana" verlauten, „der Papst erkläre es angesichts der Tatsache, daß die römische Frage noch nicht gelöst ist, als eine ihm persönlich und der Kirche zugefügte Beleidigung, wenn ein katholisches Staatsoberhaupt oder dessen Stellvertreter einen Besuch im dritten Rom machen wollte". Demgegenüber erklärt die „Tribuna", die römische Frage sei seit 38 Jahren gelöst und bedürfe keiner weiteren Sanktion durch hohe Besuche, wie willkommen sie auch sein mögen.

Am 25. November kommt es in der Aula der Wiener Universität zu Zusammenstößen zwischen italienischen Studenten, die für die Errichtung einer italienischen Universität demonstrieren, und deutschen Burschenschaftern; am 29. desselben Monates folgen Straßentumulte in Triest. An demselben Tage werden in Rom und in mehreren anderen Städten Italiens Protestversammlungen gegen die Vorgänge an der Wiener Universität veranstaltet. Das allitalienische Meeting zu Rom ist das Signal zu stürmischen Kundgebungen in Oesterreich. Am 9. Dezember erklärt der österreichische Ministerpräsident Bienerth, ohne auf diese Demonstrationen zu reagieren, die Regierung werde im Januar des kommenden Jahres an die Errichtung einer Rechtsfakultät mit italienischer Vortragssprache schreiten.

Der Dezember bringt wichtige Enunziationen in Rom und in Berlin.

Die italienische Kammer tritt am 1. Dezember in die Verhandlung des Voranschlages des Auswärtigen Amtes. Unter stürmischen Lärmszenen begründet der Deputierte Fusinato das Vertrauensvotum für die auswärtige Politik der Regierung. Er führt aus, die Annexion Bosniens und der Herzegowina habe das Land ernstlich beunruhigt, doch schon die nächste Zeit werde

beweisen, daß diese unerquickliche Stimmung unbegründet war, weil Italien dadurch weder in seiner politischen, noch in seiner wirtschaftlichen Stellung benachteiligt oder geschädigt wurde. Nach der Annexion hatte der Minister des Aeußern nur drei Wege: entweder den des offenen Widerstandes, oder den der stillen Zurückhaltung, oder den der Entschädigungen. Tittoni hat diesen letzten gewählt und die Preisgabe des Sandschaks von Novipazar erreicht, der für Italien den Verzicht auf das Aegäische Meer bedeutet. Am zweiten Tage der Debatte sprach Sonnino gegen den Antrag Fusinatos, als „Protest gegen die Haltung Tittonis in der letzten Zeit". Die Sensation des dritten Tages war die Rede des Deputierten Fortis. Dieser erklärte, die Annexion bedeute eine tatsächliche Verletzung des Vertrages. Unter stürmischem Beifall der Kammer setzte er hinzu: „Ich denke, wir müssen uns bemühen, auch im Falle der Vereitlung der Konferenz im Dreibunde zu bleiben — — doch nicht um jeden Preis! Das außerordentliche und übermäßige Maß der Rüstungen Oesterreich-Ungarns kann Italien nicht lange ertragen: der einzige Staat der uns tatsächlich mit Krieg bedroht, ist mit uns verbündet". Interessant ist, daß nach der Rede von Fortis der Ministerpräsident und alle Minister zu ihm eilen und ihm die Hände schütteln. Der Marineminister Mirabello umarmt und küßt ihn. Minister Tittoni bleibt einsam an seinem Tische .... Er hält am 5. Dezember eine längere Rede, in welcher er sich in erster Reihe über die Konferenzfrage äußerte. Er streifte die Konflikte an der Wiener Universität, betonte jedoch, er habe bei der vertraulichen Behandlung dieser Angelegenheit die besten Dispositionen auf Seiten der österreichischen Regierung gefunden. Sodann beschäftigt er sich mit einer Behauptung Barzilais, (die übrigens schon Sonnino tags vorher als unrichtig bezeichnet hatte), daß Oesterreich-Ungarn durch einen an seinen Botschafter gerichteten Brief dem Unterstaatssekretär Maffei die Ueberlassung des Trentino an Italien versprochen habe. Diesbezüglich sei absolut nichts in den Akten, auch nicht in den geheimen Dokumenten gefunden worden — — im Gegenteil, es liegen wiederholte, ausdrückliche, formelle Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung des entgegengesetzten Inhaltes vor. Tittoni berichtete sodann dem Parlament, daß zwischen Rußland und Italien eine neue Entente abgeschlossen wurde, die nicht ohne bedeutende Folgen für die Zukunft bleiben werde[1] und kündigt Verhandlungen an für den Ausbau der

---

1) Die Zusammenkunft zwischen Tittoni und Iswolski in Desio, bei der dieses Abkommen zustande gekommen ist, hat zwei Wochen nach der Begegnung Iswolskis mit Aehrenthal in Buchlau stattgefunden. Anfangs Sep-

Donau-Adria-Bahn, von welcher Serbien und Montenegro ihre wirtschaftliche Befreiung erwarten. Der Minister befaßt sich mit den möglichen Kompensationen und erklärt nach Ausscheidung oder Abänderung der Artikel fünfundzwanzig und neunundzwanzig[1] des Berliner Vertrages sei für die Verteidigung der Interessen Italiens in der möglichst besten Weise vorgesorgt worden. Mit der Versicherung, daß Italien der Allianz mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn treu bleiben werde, jedoch zwischen den Allianzen und den Freundschaften nicht zu wählen wünsche, schloß der Minister seine Rede. Giolitti erklärt sich mit Tittoni solidarisch, indem er betont, der Dreibund habe dem Lande eine sehr lange Zeit hindurch den Frieden gesichert. Nach der Erklärung Giolittis wird die Tagesordnung Fusinatos mit zweihundersiebenundneunzig gegen hundertundvierzig Stimmen angenommen. Am 21. Dezember äußerte sich Tittoni auf die Anfragen der Senatoren Tassi und Vischi noch einmal über die italienische Universitätsfrage in Oesterreich: er habe in dieser Frage eine offiziöse, freundschaftliche Aktion eingeleitet und bei der verbündeten Macht die besten Dispositionen gefunden. Er protestierte bei dieser Gelegenheit auch gegen die Annahme, als ob die italienische Regierung ihre Aktion auf dem Balkan gegen die österreichisch-ungarische Regierung gerichtet habe; sie wollte lediglich die italienischen Interessen gegen jeden, wer es auch sei, sicherstellen — — „es gibt da nichts, was dem Dreibunde widerspräche, dem wir treu sind und treu bleiben".

Am 5. Dezember beginnt im Deutschen Reichstag die Etatsberatung. Speck (Zentrum) lobt das enge Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn in der Orientfrage. Bassermann betont ebenfalls, der Dreibund müsse der Angelpunkt der deutschen Politik bleiben; erfreulicherweise wolle auch Italien daran festhalten, wie die Kammerverhandlungen beweisen. Dieser Redner bespricht auch die jüngst stattgehabten Ausschreitungen in Prag gegen Reichsdeutsche. Am 7. Dezember ergreift das Wort Abgeordneter Dr. Wiemer, der die Protestversammlung der Berliner Studenten (Rede des Professor von Liszt) gegen die Ausschreitungen in Prag zur Sprache bringt, jedoch betont, Deutschlands Platz sei an der Seite Oesterreichs in guten und erst recht in schweren Tagen. Reichskanzler Fürst Bernhard Bülow sprach hierauf von der „Treue zu dem uns verbündeten Oesterreich-Ungarn", erklärte, Deutschland sei gleichzeitig mit Italien und

---

tember war Aehrenthal mit Tittoni zusammengetroffen und sowohl der russische wie der italienische Minister waren daher von der bevorstehenden Annexion Bosniens unterrichtet gewesen.

[1]) Artikel XXV beziebt sich auf Bosnien und die Herzegowina und auf den Sandschak Novipasar, Artikel XXIX auf Antivari und Montenegro.

Rußland von der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, die Okkupation in eine Annexion zu verwandeln, in Kenntnis gesetzt worden und teilte dem Reichstag mit, er habe Iswolski keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland sich in der Konferenzfrage nicht von Oesterreich-Ungarn trennen würde. Die italienische Politik, führte sodann Bülow aus, werde durch ihr eigenes Interesse zu einer vermittelnden Haltung geführt. Er habe die Zuversicht, daß es möglich sein werde, den Gegensatz, der sich in jüngster Zeit zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien gezeigt hat, ebenso wieder auszugleichen, wie dies früher in vielen Fällen geschehen sei. Italien habe ein großes Interesse daran, wie mit Deutschland, ebenso mit Oesterreich-Ungarn verbündet zu sein. Graf Nigra habe ihm (dem Fürsten Bülow) kurz vor seinem Tode (1902 oder 1903) gesagt: „Italien kann mit Oesterreich nur entweder verbündet oder verfeindet sein". Ich glaube nicht — — setzte Bülow hinzu — —, daß diejenigen es gut mit Italien meinen, die ihm zu Abenteuern raten, die die große Zukunft und die erfreuliche Entwicklung des Landes in Frage stellen würden. Nach einer kurzen Besprechung der Exzesse in Prag („es würde den deutschen Interessen widersprechen, sich über den nötigen Schutz der deutschen Reichsangehörigen hinaus in die inneren Vorgänge eines fremden Landes einzumischen") gab Bülow der Hoffnung Ausdruck, daß der europäische Friede nicht gestört werden würde: „Wir werden die deutschen Interessen wahren, unseren Verbündeten und Freunden zur Seite stehen und in Uebereinstimmung mit diesem hohen Hause, in Uebereinstimmung mit dem Deutschen Volke alle auf die Erhaltung und Förderung des Friedens gerichteten Bestrebungen unterstützen".

Die Rede Bülows wird von der gesamten Presse überaus sympathisch beurteilt. Die reichsdeutsche Presse konstatiert, die Entwirrung sei auf dem Marsche, die Entwirrung auf der Grundlage der Dreibundpolitik, deren Schwerpunkt das „Berliner Tageblatt" nicht nach Wien verlegen lassen will. Die Wiener Zeitungen beurteilen wohl die Bemühungen Bülows, einen Ausgleich zwischen der Donaumonarchie und Italien herbeizuführen, sehr skeptisch (die „Neue Freie Presse" schreibt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von Italien für praktische Zwecke des Dreibundes leider abgesehen werden muß), geben jedoch der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Rede eine starke Beruhigung für alle Freunde des Friedens involviert. Charakteristisch für die Stimmung in London sind die Ausführungen des „Daily Graphic", der erklärt, die Aeußerungen Bülows über die Bundestreue gegenüber Oesterreich-Ungarn seien erwartet und von den anderen Mächten voll diskontiert worden, doch würde der

Deutsche Reichskanzler dem europäischen Frieden besser dienen, wenn er den Blankoscheck, den er so ostentativ seinem Kollegen vom Ballplatz anbietet, vorsichtig befristen würde. In Rom wird wohl der gute Wille Bülows anerkannt, doch die Freude über die Rede von Fortis klingt noch allzu mächtig in der Presse nach. „Giornale d'Italia" zweifelt an der Aufrichtigkeit der Gefühle Bülows für die österreichische Politik, welche mit ihrem Handstreiche die zwanzigjährige Geduldarbeit der deutschen Diplomatie in Konstantinopel vernichtet habe. Die „Tribuna" begrüßt mit Freuden die Bemühungen Deutschlands, die Italien mit der Erklärung beantwortet: „wir wollen im Dreibund bleiben, doch unter der Bedingung vollster Gleichstellung als par inter pares". Der „Mattino" propagiert sogar ein Bündnis mit der Türkei, um Oesterreich in Schach zu halten. Selbst gemäßigte dreibundfreundliche Politiker wie der Abgeordnete Maggiorino Ferraris äußern sich dahin, Oesterreich-Ungarn habe mit der eigenmächtig durchgeführten Aktion einen schweren Fehler gemacht und sich gegen die Bündnistreue vergangen.

In den letzten Dezembertagen, da Rußland und England den Vorschlag der Donaumonarchie bezüglich der Konferenz annehmen, wird Italien von einer entsetzlichen Katastrophe heimgesucht. Das Unglück, welches Kalabrien und Sizilien betroffen hat, löst überall innigstes Mitleid aus. Kaiser-König Franz Josef sendet herzliche Worte des Mitgefühls und des Mitleids nach Rom und die in Wien und Budapest eingeleiteten Sammlungen werden in der Hauptstadt Italiens dankbar gewürdigt. Im Zeichen schöner menschlicher Solidarität schließt dieses „Jahr der Ententen".

1909

Am 7. Oktober rundet sich das dritte Jahrzehnt seit der Unterfertigung des Bündnisvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, just zwei Tage nach der dreißigsten Jahreswende der Okkupation Bosniens und der Herzegowina [1], deren Einverleibung in den Staatsverband der Donaumonarchie zu

[1]) Siehe einen Artikel von Professor Dr. Heinrich Friedjung in der „Oesterreichischen Rundschau" Oktober 1909.

einer Weltkrise geführt, die erst in diesem Jahre, Ende März mit der vorbehaltlosen Anerkennung des Annexionsaktes seitens Rußlands ihre friedliche Lösung fand. Der Neujahrstag sah noch die bosnische Krise und die Marokkofrage in unverminderter Schärfe und erst nach vier Monaten konnte die Kriegsfurcht schwinden. Die Marokkokrise fand schon im Februar durch das Berliner Abkommen ihre Lösung, während die Annexionskrise sich noch bis in die ersten Tage des April hinzog. Die hierauf eintretende Entspannung ließ sodann beide europäischen Mächtebündnisse glatt über die türkischen Wirren, über die große Umwälzung in Konstantinopel, die Entthronung Abdul Hamids und den plötzlichen radikalen Systemwechsel am Goldenen Horn hinwegkommen. Kein Wunder, daß in diesem Jahre in allen drei Staaten des Dreibundes dem Werke Bismarcks warme Worte gewidmet wurden.

Der Jahreswende des Abschlusses des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses gedenken die Regierungsblätter aller drei Staaten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb: „Die unverminderte Geltung des Bündnisverhältnisses drei Jahrzehnte nach seinem Abschluß ist ein beredtes Zeugnis dafür, daß er den Lebensbedürfnissen der in ihm geeinten Völker in vollem Umfang gerecht wird. Allen gegnerischen Unterstellungen zum Trotz hat die Bundesgenossenschaft zu keiner Zeit die Grundlage einer angreifenden, auf die Beeinträchtigung der Rechte Dritter abzielenden Politik gebildet — ein festes Bollwerk des Friedens, hinter dem die verbündeten Mächte sich ungestört der Pflege ihrer eigenen Angelegenheiten widmen konnten. Seinem friedlichen Charakter gemäß hat das Bündnis die Herstellung freundschaftlicher Verhältnisse zu den außenstehenden Staaten nicht nur gefördert, es ist geradezu das fruchtbringende Erdreich geworden, aus dem die Friedensgedanken neue Nahrung gezogen haben. So hat in späterer ruhiger Entwicklung das zum Dreibunde mit Italien erweiterte Bundesverhältnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns eine segensreiche Wirksamkeit weit über sein ursprüngliches Geltungsgebiet hinaus geübt und in der seit seinem Abschlusse verflossenen Zeit wiederholt in ernsten Lagen seine Festigkeit und seinen hohen Wert für Europa erwiesen. Der Abschluß des Bündnisses zählt zu den bedeutendsten politischen Taten des großen ersten Kanzlers des Deutschen Reiches. Mit seinem in die Zukunft dringenden Fernblick hat Fürst Bismarck schon mehr als ein Jahrzehnt vor der Unterzeichnung den Grund gelegt für die enge völkerrechtliche Verschmelzung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Von seinen verdienstvollen Mitarbeitern weilt unter uns nur noch der jetzt im Ruhestande

lebende Botschafter von Radowitz[1]. Fürst Bismarck, Graf Andrássy und alle anderen an dem Abschlusse des Bündnisvertrages beteiligten Staatsmänner sind dahingegangen. Das große Werk des Bündnisses aber lebt und wirkt fort und ist vom Tage seiner Vollziehung an das Fundament der europäischen Politik geblieben".

Die „Wiener Abendpost" schrieb an denselben Tage: „Die dreißigjährige Geschichte der Allianz mit dem Deutschen Reiche beweist überzeugend, daß sie den Absichten treu geblieben ist, die bei ihrem Abschlusse vorgewaltet haben: niemals hat sie anderen als ausschließlich defensiven Zwecken gedient, und diese Zwecke hat sie vollauf erfüllt. Das Bündnis zwischen der Donaumonarchie und dem Deutschen Reiche, das späterhin durch den Beitritt des Königreichs Italien zum Dreibund ausgestaltet wurde, hat sich fast ein Menschenalter hindurch als die mächtige Stütze des europäischen Friedens bewährt und ist darum nicht nur für die verbündeten Staaten und ihre Bevölkerungen sondern für ganz Europa ein Segen geworden, denn unter seinem Schutze konnte die friedliche Erwerbsarbeit und die wirtschaftliche Entwicklung des alten Weltteils eine vordem ungeahnte Blüte erreichen. Darum lebt das Bündnis nicht nur in dem Vertragsinstrumente, sondern auch in der unverbrüchlichen Freundschaft der Souveräne, sowie in dem politischen Bewußtsein der Bevölkerung beider Reiche. Die Allianz und der durch den Anschluß Italiens geschaffene Dreibund zählt nach wie vor zu den lebendigsten, wirksamsten und segensreichsten Faktoren der europäischen Politik und an dem jetzigen Gedenktag erneuert sich das Gefühl tiefsten Dankes für die Souveräne und die Staatsmänner, die im Herzen des alten Weltteiles dieses Bollwerk des Friedens aufgerichtet haben".

Auch die „Tribuna" widmet dem Gedenktag einen Festartikel, in welchem sie mit Genugtuung feststellt, daß man in Berlin und Wien Italien als par inter pares im Dreibunde ansehe und betont, der Dreibund sei eine strategische Position ersten Ranges zu Gunsten des Friedens; seinem Bestande sei auch zu verdanken, wenn der Zweibund immer einen friedlichen Charakter bewahrt habe — — dies sei ein Faktum, das nicht nur historische Bedeutung habe, sondern auch für die Zukunft von Wichtigkeit sei.

---

[1]) Joseph Maria von Radowitz hatte mit Otto v. Bülow 1879 bei dem in Stettin weilenden Kaiser Wilhelm die Bündnispolitik Bismarcks vertreten. Siehe die Briefe von Radowitz an Bismarck und die Briefe Bismarcks an Radowitz, sowie den Brief- und Depeschenwechsel zwischen Bülow und Radowitz aus den kritischen Septembertagen des Jahres 1879. Näheres hierüber auch bei Wertheimer „Graf Julius Andrássy" IX. Kapitel.

In der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 8. Oktober gedachte Bürgermeister Dr. Karl Lueger dieses dreißigsten Jahrestages: „Dieses Bündnis hat sich während der ganzen Zeit seines Bestandes als eine der segensreichsten Institutionen erwiesen. Wir alle gedenken noch dankbar der Wirkung, die das Bündnis speziell dahin gehabt hat, daß ein Krieg in der letzten Zeit vermieden wurde". Der Bürgermeister erbat sich zum Schlusse seiner Rede die Ermächtigung, aus diesem Anlasse dem Kaiser die alleruntertänigste Huldigung darbringen und gleichzeitig an den Stufen des Thrones dem Wunsche Ausdruck geben zu dürfen, daß dieses Bündnis für immerwährende Zeiten erhalten bleiben möge.

Die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm am 30. November den Reichstag eröffnete, enthält folgenden Passus: „Im Deutschen Reiche ist ebenso wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie dankbar der Zeit gedacht worden, als vor einem Menschenalter die später durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweiterte Allianz beider Mächte ins Leben trat. Ich hege das Vertrauen, daß das Zusammenhalten der drei verbündeten Reiche auch ferner seine Kraft für die Wohlfahrt ihrer Völker und die Erhaltung des Friedens bewähren wird".

Ich möchte hier noch einiger Stimmen über das Bündnis gedenken. In der Osternummer der „Neuen Freien Presse" (Nr. 16035) veröffentlichten Gustav Schmoller und Franz von Liszt Artikel, ersterer unter dem Titel „Deutschland und Oesterreich-Ungarn", letzterer über die „Bündnistreue". Professor Schmoller beleuchtete das Verhältnis Brandenburg-Preußens zu Oesterreich-Ungarn von 1640 bis 1866 und dann Ursache und Wirkung der Allianz. Deutschland hat, heißt es an einer Stelle, heute, außer seinen eigensten Lebensinteressen, keinen wichtigeren Beruf als die Erhaltung und Stärkung der habsburgischen Monarchie. Der Artikel fordert sodann eine „bessere Bekämpfung des Nationalitätenhaders in Oesterreich-Ungarn" und betont, es sei klar, daß der Wert des österreichisch-ungarischen Bündnisses für Deutschland geringer wird, sobald die Monarchie als vom Nationalitätenhader bedroht, eventuell gelähmt erscheine. Franz von Liszt konstatiert in seinem Artikel, das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche habe sich als ein Machtfaktor ersten Ranges erwiesen, an der Bündnistreue der beiden verbündeten Staaten seien die geschickten Schachzüge der Gegner zu Schanden geworden. Dann heißt es: „In dieser Festigung und Erweiterung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Mächte erblicke ich die bedeutsamste Tatsache, die uns die letzten Jahre in Beziehung auf die Gruppierung der europäischen Großmächte zueinander

gebracht haben ...... Eine großzügige Politik wohlwollenden Entgegenkommens wird auch Italien dem Zweibunde wieder näher bringen, dessen Machtstellung es bisher wohl nicht ganz zutreffend eingeschätzt haben dürfte. Die Wiederbelebung des Dreibundes im Bismarckschen Sinne aber wäre ein unerschütterliches Bollwerk des europäischen Friedens: ein zentraleuropäischer Block, der mit den ihm befreundeten Staaten von der Nordsee und Ostsee über die Adria und das Tyrrhenische Meer bis an die Gestade des Mittelländischen und des Schwarzen Meeres reichte". Bald darauf (am 12. Mai) hielt der Publizist Maximilian Harden im Wiener Musikvereinssaale einen Vortrag über „Deutschland und Oesterreich-Ungarn", in welchem er, abweichend von seiner früheren Haltung, sich als entschiedenen Anhänger des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnete. Die Allianz sei nicht mehr der reine Friedensbund, als der sie bisher angesehen wurde, ein Bund, nur für den Frieden geeignet, sie hat die Kraftprobe, auf die sie während der eben abgelaufenen Balkankrise gestellt worden war, bestanden. Wenn in einem solchen Momente, schloß Harden seinen Vortrag, Oesterreich und Deutschland den Beweis geliefert haben, daß sie, zusammenstehend, unangreifbar sind, bereit, ihre Gemeinschaft mit dem Schwert in der Hand zu verteidigen, dann werde auch in kommenden Tagen sich jedermann hüten, diesen Ernstfall herbeizuführen, mag es auch künftig an heimlichen und offenen Versuchen nicht fehlen, dieses Bündnis zu lockern.

* * *

Nun seien in chronologischer Reihenfolge die auf die Dreibundpolitik bezüglichen Ereignisse dieses Jahres geschildert:

Aus der ersten Wochenrundschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" dieses Jahres erfährt man, daß der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Freiherr von Aehrenthal anläßlich des Jahreswechsels eine Depesche an den Fürsten Bülow gerichtet hat, worin er um Uebermittlung seiner Gratulation an das Kaiserpaar bittet und seinem deutschen Amtskollegen seinen wärmsten Dank für die bundesfreundliche Unterstützung der österreichisch-ungarischen Politik ausspricht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" polemisiert in demselben Artikel mit einigen Blätterstimmen („Temps", „Germania", Wiener „Reichspost") und erblickt in ihren Bemühungen der Zentrumspublizistik, das Vertrauen zu untergraben, das Fürst Bülow in der verbündeten Monarchie besitzt: „Der deutsche Standpunkt war vom Anfang an der, daß wir die Wahrung der Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns auch als ein eminentes

Interesse der deutschen Politik betrachten, daß wir deswegen ohne Zögern an die Seite unseres Bundesgenossen getreten sind und daß wir nach allen Seiten über unsere feste Entschlossenheit, uns nicht von Oesterreich-Ungarn abdrängen zu lassen, Klarheit gaben". Die Wiener „Reichspost", das Organ des Thronfolgers Franz Ferdinand, registriert diese Ausführungen und knüpft folgende Bemerkung daran: „Auf unseren Verhandlungen in Konstantinopel ruht heute das Schwergewicht der Situation, nicht auf der müßigen, weil schon entschiedenen Frage des Verhältnisses zwischen Wien und Berlin, das durchwegs von Vertrauen und Loyalität beherrscht wird". Das Wiener „Fremdenblatt" stimmt den Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bei und konstatiert, die deutsche Politik habe von Anfang an Oesterreich-Ungarn die vollste diplomatische Unterstützung gewährt.

Im Januar kommt es in Prag zu dreibund-, beziehungsweise deutschfeindlichen Universitätskrawallen; die Tschechen benützen die Anwesenheit französischer Studenten, die nach Prag gekommen waren, um an der Fünfhundertjahrfeier des Kuttenberger Dekretes teilzunehmen, zu Verbrüderungskundgebungen mit Frankreich. Auch die italienische Universitätsfrage spukt noch immer. In Agram großserbischer Rummel. Auf der ganzen Linie ist in Oesterreich-Ungarn der Nationalitätenhader entbrannt, der auch Skandale im Parlamente zur Folge hat. Die Studentenunruhen in Prag wiederholen sich am 28. Februar und am 7. März.

Am 22. Februar wird ein Sendschreiben des Führers der konstitutionellen Opposition in Italien, Sidney Sonnino, veröffentlicht, eine sehr interessante Kundgebung für den Dreibund, in welcher Sidney Sonnino konstatiert, daß der Dreibund keine der drei Mächte verhindert hat, die besten Beziehungen zu anderen Staaten zu pflegen. Sonnino propagiert die Wiederherstellung der herzlichsten Beziehungen zu dem benachbarten Kaiserreiche. Italien, heißt es am Schlusse, wird nie aufhören, sich für alle Fragen zu interessieren, die irgendwie das Gleichgewicht der Kräfte im Mittelmeerbecken berühren, daher wird es immer mehr wünschenswert, für die Lebensfähigkeit und Aufrichtigkeit seiner Bündnisse, daß der Bündnisvertrag auch die Fragen dieser Art in Betracht ziehe, indem er die Erhaltung der gegenwärtigen Lage verbürgt. In demselben Monate, am 28. Februar, hielt Guicciardini vor seinen Wählern in San Miniato eine Rede, in welcher er ausführte, daß er den Dreibund für die große Bürgschaft des Friedens und also auch für einen bedeutenden Faktor des Fortschrittes erachte.

Am 22. Februar besprechen die „Süddeutsche Reichskorre-

spondenz", der „Berliner Lokalanzeiger" und die „Kölnische Zeitung" die Stellung Deutschlands zum Konflikte zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien und konstatieren einmütig: „die deutsche Politik bleibe Schulter an Schulter mit Oesterreich-Ungarn". Als am 26. Februar das Konstantinopler Entente-Protokoll zwischen der Türkei (Großvezier Hilmi Pascha und Handelsminister Noradunghian) und Oesterreich-Ungarn (Botschafter Pallavicini) unterzeichnet wurde, läßt sich der Pariser „Matin" aus Berlin melden, Fürst Bülow habe in einer Versammlung der Führer der Blockparteien erklärt, Deutschland werde, falls Serbien gegen Oesterreich-Ungarn russische Waffenhilfe erhielte, gegen Rußland vorgehen — welche Mitteilung Fürst Bülow sofort durch das Wolffsche Büro dementieren ließ.

Im März, am letzten Tage dieses Monates, erfolgt die Lösung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes durch eine einlenkende Note, die der serbische Gesandte Simitsch auf dem Wiener Ballplatze überreicht. Den ganzen Monat hindurch steht dieser Konflikt naturgemäß im Mittelpunkte der Diskussion der europäischen Presse und gibt Anlaß zu den mannigfachsten Gerüchten den Dreibund betreffend. Am 11. März veröffentlicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" eine Unterredung, welche einer ihrer Mitarbeiter mit einer Persönlichkeit des Wiener Auswärtigen Amtes gehabt haben will. Der Mitarbeiter stellte im Verlaufe des Gespräches auch die Frage, ob die Meldung französischer Blätter zutreffe, daß Kaiser Wilhelm dem Kaiser-König Franz Josef erklärt habe, als Feldmarschall der Deutschen Armee möge er ihr das Zeichen zum Marschieren geben. Der Befragte soll hierauf erklärt haben, daß eine ähnliche Aeußerung in der Tat gefallen sei, aber nicht jetzt, sondern vor einigen Monaten, während des letzten Besuches Kaiser Wilhelms in Wien und zwar bei der Hoftafel in Schönbrunn. Während die deutsche Presse vorbehaltlos die Politik Aehrenthals billigt, sind die italienischen Zeitungen nicht im Lager dieser Politik, und selbst die „Tribuna" spricht ziemlich zweideutig die Hoffnung aus, daß Freiherr von Aehrenthal im Bewußtsein der Kraft und Macht Oesterreichs der um die Sicherung des Friedens bemühten europäischen Diplomatie mit freundlichem Vertrauen entgegenkommen und Rußland nicht vor die Wahl stellen werde, seiner Würde zu entsagen oder einen Weg zu betreten, der seinem Friedensbedürfnis widerspricht. Interessant ist die Haltung der Presse Oesterreich-Ungarns. Die tschechischen Blätter würdigen die Unterstützung Deutschlands, mahnen jedoch zum Frieden, die polnischen Zeitungen mit dem „Czas" an der Spitze grollen wohl noch über das Vorgehen der preußischen Politik gegenüber ihren Konnationalen in Posen, anerkennen jedoch

vollauf die Vorteile des Bündnisses mit Deutschland, die magyarische Presse ist durchwegs dreibundfreundlich, nur die nationalistischen Blätter in Ungarn und Kroatien greifen die deutsche Politik mit maßloser Heftigkeit an, indem sie ihr imputieren, sie nütze die Monarchie aus, um ihre Machtgelüste zu befriedigen.

Der Konferenzvorschlag der italienischen Regierung vom 15. März wird auch in der reichsdeutschen Presse abfällig beurteilt.

Am 23. März versendet die „Politische Korrespondenz" (Wien) ein offiziöses Communiqué an die Zeitungen, in welchem Deutschlands Bundestreue mit besonderem Nachdruck hervorgehoben wird, die in Oesterreich-Ungarn das „Gefühl warmer Anerkennung" wecke: „Alle politischen Kreise, die auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben wollen, haben damit zu rechnen, daß die Richtungslinien Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in Bezug auf die in der nächsten Zukunft zu lösenden Probleme identisch sind". Der „Temps" berichtete am 26. März, Kaiser Wilhelm habe einerseits im Interesse Oesterreich-Ungarns ein persönliches Handschreiben an Kaiser Nikolaus gerichtet, anderseits dem Erzherzog Franz Ferdinand seine Unterstützung ohne Vorbehalt zugesagt. Diese Nachricht wird offiziös dementiert, doch fügt die „Kölnische Zeitung" hinzu, es sei auch falsch, daß die Deutsche Regierung nur widerwillig, vom Kaiser gewissermaßen gezwungen, die Politik der festen Unterstützung Oesterreich-Ungarns befolgt habe: „Im Gegenteil, alle waren übereinstimmend der Ansicht, es sei Deutschlands Pflicht und Interesse, mit vollstem Nachdruck auf Oesterreich-Ungarns Seite zu stehen".

Der zweideutigen Haltung der italienischen Presse entspricht auch die Rede, die Tittoni am 29. März in der Kammer hält. Der Abgeordnete Brunialti interpelliert über die „Gestaltung und Vollendung der nationalen Schutzwehr zur See und zu Lande", bespricht hierbei die Haltung der österreichischen Regierung ihren italienischen Untertanen gegenüber und fragt, was die Regierung angesichts der Tatsache zu tun gedenke, daß Oesterreich-Ungarn nunmehr hunderttausend Mann an der italienischen Grenze stehen habe. Tittoni weicht einer direkten Antwort aus, findet aber kein Wort zur Verteidigung der österreichischen Regierung, im Gegenteil, er bedauert, daß seine Hoffnungen auf Erfüllung gewisser Wünsche der Italiener jenseits von der Grenze fehlschlugen („womit eine gute Gelegenheit, um die Völker der zwei Staaten mit einem kräftigeren Freundschaftsband zu umschlingen, unbenützt verstrichen ist") und vermeidet sozusagen das Wort: Dreibund.

Ganz anders die Rede Bülows von demselben Tage. Der Reichskanzler verteidigte die Orientpolitik der Deutschen Regierung gegen zwei entgegengesetzte Vorwürfe, gegen den Vorwurf, die Politik sei gegenüber Oesterreich-Ungarn schwankend gewesen, und gegen den Vorwurf, sie habe mit überflüssigem Eifer mehr für Oesterreich-Ungarn getan, als Deutschland in seinem Interesse hätte tun dürfen. Was den ersten Vorwurf anlangt, so wies Bülow durch Verlesung von Aktenstücken nach, daß Deutschland vom Anbeginn der Krise an mit aller Entschiedenheit an die Seite seines Verbündeten getreten sei. Am 6. Oktober ging folgende Instruktion an den Botschafter in Wien ab: „Ich lege besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es ist dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität und entspricht dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, dem Europa zum guten Teile den dreißigjährigen Frieden verdankt". Nach London gab der Reichskanzler am 7. Oktober die Weisung, zu betonen, Deutschland hätte wohl aufrichtige Sympathie für die jungtürkische Reformbewegung, würde aber den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in seiner schwierigen Lage nicht im Stiche lassen. Am 13. Oktober teilte Bülow nach London mit, Deutschland stünde auch in der Konferenzfrage auf der Seite seines Verbündeten. An demselben Tage ließ der Fürst eine Instruktion nach Wien gehen, aus der er folgenden Passus verlas: „Ich hatte gestern Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Sr. Majestät dem Kaiser und König und bin in der Lage zu sagen, daß Se. Majestät vollständig den Standpunkt billigt und teilt, den ich vom ersten Tage an eingenommen habe, die Auffassung nämlich, daß für uns weder eine Veranlassung vorliegt, noch auch die Neigung bei uns besteht, das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bündnispflichten an seiner Seite zu stehen und zu bleiben. Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, wird unser Verbündeter auf uns rechnen können. Se. Majestät der Kaiser und König, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den ehrwürdigen Kaiser und König Franz Josef bekannt ist, steht in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten". Die Entkräftung des zweiten Vorwurfes, des Vorwurfes, Deutschland habe gegenüber Oesterreich-Ungarn zu viel getan, gab dem Reichskanzler Gelegenheit, die Politik der Bundestreue zu rechtfertigen, die Deutschland während der Krisis im Orient Oesterreich-Ungarn gegenüber eingehalten hat. Er legte dar, daß Deutschland treu zu Oesterreich-Ungarn stehen mußte, aus moralischen, wie aus politischen

Gründen. Es war für Deutschland eine Pflicht der Loyalität, den Verbündeten in einer schwierigen Situation zu unterstützen, und außerdem erforderte das Interesse Deutschlands eine solche Haltung, denn eine diplomatische Niederlage Oesterreich-Ungarns hätte sicherlich ihre Rückwirkung auch auf Deutschlands internationale Stellung ausgeübt. Ueberdies, so fuhr der Reichskanzler fort, die Sache Oesterreich-Ungarns, welche Deutschland unterstützt hat, ist eine gerechte Sache. Er begründete dies damit, daß Oesterreich-Ungarn sich ein Recht auf die beiden annektierten Provinzen durch seine Arbeit erworben habe. Bülow sagte u. a.: „Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen von Deutschlands Vasallenherrschaft über Oesterreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig. Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt, wie zwischen den Königinnen im Nibelungenliede. Die Nibelungentreue, meine Herren, die wollen wir aus unserem Verhältnisse zu Oesterreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren". Zum Schlusse seiner Rede besprach der Reichskanzler die serbischen Forderungen und faßte die leitenden Gedanken der Deutschen Politik in den Satz zusammen: „Wir wahren unsere eigenen Interessen und stehen treu zu Oesterreich-Ungarn, und indem wir fest zu Oesterreich stehen, sichern wir am besten unsere Interessen". Alle Redner der Debatte, Freiherr von Hertling, Graf Kanitz, Bassermann, Schrader, Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg, Liebermann von Sonnenberg, selbst der sozialdemokratische Wortführer Ledebour, billigen die Erklärungen des Reichskanzlers.

Tags darauf erfolgt die Ueberreichung der serbischen Note, die den Konflikt beendet. An demselben Tage hielt Dr. Karl Lueger aus Anlaß seiner Wiederwahl zum Bürgermeister von Wien eine Rede, die in einer begeisterten Kundgebung für die Bundestreue Deutschlands gipfelte. Und in Budapest sagte Ministerpräsident Dr. Wekerle in Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Grafen Theodor Batthyány: „Ich kann meine Rede nicht beenden, ohne auch meinerseits mit aufrichtigem Danke jener musterhaften Freundschaft und Bündnistreue zu gedenken, welche das Deutsche Reich ohne jeden Vorbehalt mit ganzer Hingebung uns gegenüber bekundet hat. Ich möchte nur mit aufrichtigem Danke von dieser Stelle aus daran erinnern, daß diese Haltung auf unserer Seite vollen Wiederhall findet und daß wir dieses Bündnis nicht nur als ein der Form nach bestehendes sondern als ein Bündnis betrachten, das in den Gefühlen der Völker seine sicheren Wurzeln besitzt. Wir müssen an diesem Bündnisse festhalten, weil es nicht nur unsere Interessen gegenwärtig wahrt, sondern auch eine mächtige Garantie des Friedens bildet". Die ungarischen Preßstimmen sind auf den-

selben Ton gestimmt; der „Pester Lloyd“ sagt, die Bundestreue Deutschlands sei das ganze Geheimnis des Erfolges der österreichisch-ungarischen Politik gewesen.

Der nächste Monat (April) gilt der Liquidation: die Vertreter Oesterreich-Ungarns bei den Signatarmächten erhalten den Auftrag, das formelle Ansuchen um Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages zu stellen. Bei diesem Anlasse interveniert Italien zu Gunsten Montenegros in Angelegenheit der Streichung des Artikels XXIX des Berliner Vertrages (Souveränitätsbeschränkungen mit Ausnahme von Alinea 6: Antivaris Charakter als Handelshafen betreffend). Am 11. März machte der italienische Minister des Aeußeren Tittoni einen Abstecher nach Venedig, um den Fürsten Bülow, der die Osterfeiertage dort zubrachte, zu besuchen. Die „Tribuna“ wertet diese Begegnung als einen Beweis der sehr herzlichen Beziehungen, welche Deutschland mit Italien verbinden, betont jedoch, daß sie durch keinerlei politische Beweggründe veranlaßt war: „Der Dreibund bedarf weder einer Befestigung, noch dachte man je daran, ihn vorzeitig zu erneuern“. Am 14. April veranstaltet die Stadt Bozen zu Ehren Deutschlands einen Festkommers. Am 25. April weilt der Deutsche Kronprinz in Wien. Am 27. April erfolgt eine gemeinschaftliche Demarche des Dreibundes in Sofia. Die Vertreter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens überreichen der bulgarischen Regierung gemeinsam die Anerkennungsnote der Unabhängigkeit Bulgariens. Das Wiener „Fremdenblatt“ hebt in einer offiziösen Note hervor, diese einheitliche Stellungnahme der Dreibundmächte sei nur durch die Rücksichtnahme des römischen Kabinetts auf die Interessen seiner Bundesgenossen ermöglicht worden.

Am 12. Mai hat auf der Rückkehr von Korfu das Deutsche Kaiserpaar, aus Malta kommend, vor Brindisi Halt gemacht und König Viktor Emanuel und Königin Elena haben sich aus Rom dahin begeben, um mit den hohen Gästen zusammenzutreffen. Dieser Begegnung (zwei Wochen nach der italienisch-englischen Zusammenkunft in Baje) wird von der italienischen Presse schon aus dem Grunde erhöhte Wichtigkeit beigemessen, weil sie dem Besuch des Kaisers Wilhelm in Wien unmittelbar vorangeht. Die „Tribuna“ begrüßt diese Monarchenbegegnung als Beweis dafür, daß der Dreibund sich nicht ausgelebt hat, sondern in voller Kraft weiter besteht und nach wie vor der beste und sicherste Hort des Weltfriedens bleibt und fügt hinzu, es finde sich wohl kein italienischer Staatsmann, der den Dreibund verleugnen möchte.

Tags darauf läuft die deutsche Kaiserjacht „Hohenzollern“ in den Hafen von Pola ein. Das Kaiserpaar begibt sich nach

Wien, wo am nächsten Tag in der Hofburg ein Galadiner stattfindet. In seinem Trinkspruche gedenkt Franz Josef „mit tiefer und aufrichtiger Dankbarkeit der neuerdings in glänzender Weise bewährten bundesfreundlichen Haltung des Deutschen Reiches, dessen stets hilfsbereite Unterstützung die Erfüllung Meines innigen Wunsches in so hohem Maße erleichtert hat, alle entstandenen Schwierigkeiten ohne kriegerische Verwicklungen auszugleichen“ und fügt hinzu: „waren auch alle Mächte einig in diesem redlichen Bemühen, so ist es doch vor Allem der unerschütterlichen Bundestreue Meiner hohen Freunde und Verbündeten — Eurer Majestät und Seiner Majestät des Königs von Italien — zu danken, wenn wir heute in ungetrübter Befriedigung auf die erzielten Erfolge blicken können“. Aus der Antwort Kaiser Wilhelms seien folgende Sätze hervorgehoben: „Ein Menschenalter ist vergangen, seitdem Eure Majestät mit Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater den Grund zu dem Freundschaftsbund gelegt haben, der bald darauf zu unserer hohen Freude durch Italiens Beitritt erweitert wurde. Welcher Segen auf diesem Bunde geruht hat, das wird dereinst die Geschichte künden. Alle Welt weiß aber schon heute, wie wirkungsvoll gerade in den letzten Monaten dieses Bündnis dazu beigetragen hat, ganz Europa den Frieden zu erhalten. Was damals begründet worden ist, steht heute festgewurzelt in den Herzen unserer Völker. Eure Majestät wissen, wie spontan hüben und drüben, in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland, die Zustimmung war, so oft unser treues und geschlossenes Zusammenstehen nach außen hervortrat .... Mögen unter dem glorreichen Zepter Eurer Majestät die Gefühle und Gesinnungen treuer Freundschaft bis in die fernste Zukunft bestehen, mögen sie stets das unzerreißbare Band zwischen uns und unseren Reichen bilden, zum Heile unserer Völker, zur Wahrung des Friedens“. Nach dem Diner ist folgendes gemeinsame Telegramm der beiden Monarchen an den König von Italien abgegangen: „Unsere Begegnung bietet Uns den neuerlichen Anlaß, Unseren erhabenen Verbündeten und Freund zu begrüßen und Ihm den warmen Ausdruck Unserer unveränderlichen Freundschaft („amitié inaltérable“) zu übermitteln“. Auf diese Depesche erwiderte König Viktor Emanuel mit folgendem Telegramm: „Ich bin Eurer Majestät sehr dankbar dafür, daß Sie so gütig waren, im Vereine mit Sr. Majestät Unserem gemeinsamen Verbündeten und Freunde, Mir den Ausdruck Ihrer unveränderlichen Freundschaft zu übermitteln. Diese Freundschaft ist Mir überaus wertvoll, und Ich versichere Eure Majestät, daß sie in Meinem Herzen volle und aufrichtige Erwiderung findet“. Die Trinksprüche und der Depeschenwechsel finden sowohl in Deutschland als auch in Italien

und Oesterreich-Ungarn äußerst sympathische Aufnahme, speziell die ungarische Presse — Kaiser Wilhelm hatte in seinem Trinkspruche von dem „ritterlichen Volke der Magyaren" gesprochen — veröffentlicht Dithyramben über die Bundestreue Deutschlands und über die „unverwüstliche Jugendfrische" des Dreibundes.

Die am 17. Juni erfolgte Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem Zaren in den finnischen Schären bei Frederickshavn wurde schon Wochen vorher von einem Teile der französischen und englischen Presse in einer Weise gedeutet, als ob die deutsche Politik von der Dreibundpolitik abschwenken wollte, so daß sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 6. Juni veranlaßt sah, zu erklären, daß diese Entrevue „keine Veränderung in den Grundlinien der europäischen Politik bedeute".

Am 15. Juni weilt Prinz Heinrich von Preußen in Wien und wird von Franz Josef in besonderer Audienz empfangen.

Am 23. Juni hielt Tittoni in der italienischen Kammer anläßlich der Debatte über sein Budget eine längere Rede, in welcher er eine Anfrage des Abgeordneten Barzilai, ob eine Erneuerung des Dreibundes im Zuge sei, eingehend beantwortete. Der Minister gedachte der Entrevue von Brindisi und der Telegramme, die anläßlich des Besuches Kaiser Wilhelms in Wien zwischen Kaiser-König Franz Josef und Kaiser Wilhelm einerseits und dem König Viktor Emanuel anderseits gewechselt wurden, und bemerkte, daß diese Ereignisse die unerschütterliche Festigkeit der Tripelallianz gezeigt hätten. Es sei falsch, in den ausgezeichneten Beziehungen Italiens zu den befreundeten Nationen England und Frankreich ein Gegengewicht zum Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu erblicken. Diese Freundschaften und der Dreibund sollen sich in ihren Wirkungen nicht aufheben, sondern sich ergänzen. Minister Tittoni versicherte schließlich in der allerförmlichsten Weise, daß keine der Dreibundmächte an eine vorzeitige Erneuerung des Dreibundes denke, da kein Grund dazu vorhanden sei, und nur Besorgnisse oder Zweifel eine vorzeitige Erneuerung des Dreibundes veranlassen könnten. Solche Besorgnisse bestünden nicht; alle verbündeten Staaten seien vielmehr von vollstem gegenseitigen Vertrauen erfüllt. Am 28. Juni äußerte sich Tittoni in der Kammer auf eine Anfrage des Sozialisten Turati über die kürzlich von der preußischen Regierung erlassene Verordnung betreffend Ausweiskarten für italienische Arbeiter sehr maßvoll und bundesfreundlich; er kündigte an, die italienische Regierung werde, wenn sich die Deutsche Regierung durch die Einwände des italienischen Kabinetts nicht überzeugen ließe, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vorschlagen.

Am 14. Juli tritt Bülow zurück. Die österreichisch-ungarische,

speziell aber die italienische Presse widmet ihm warme Worte des Abschiedes; die „Tribuna“ knüpft an die zwischen Bülow und Tittoni bei diesem Anlaß gewechselten Depeschen die Bemerkung, Fürst Bülow sei stets der in Deutschland bei manchen bestehenden Meinung entgegengetreten, daß Italien aus dem Bündnis nur Nutzen ziehe, ohne einen Gegenwert zu geben.

Der neue Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, reist am 19. September nach Wien. Am 21. September wird über die zwischen dem neuen Kanzler und dem Grafen Aehrenthal gepflogenen Besprechungen eine amtliche Mitteilung verlautbart, in welcher es heißt: „daß das Bundesverhältnis beider Staaten zu einander und zu Italien weiter, wie bisher, die unverrückbare Grundlage ihrer europäischen Politik darstellt, bedarf keiner Erwähnung“. Einem Redakteur des Wiener „Fremdenblatt“ gegenüber äußerte sich Bethmann Hollweg sehr befriedigt über das Ergebnis seiner Wiener Reise: es habe sich eine volle Uebereinstimmung der Anschauungen ergeben — — das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn sei durch die Ereignisse des letzten Winters noch populärer geworden und die Erprobung dieses Bündnisses habe auch nach außen hin die stärkste Wirkung getan.

Die irredentistischen Unruhen in Trient Ende August und Anfang September können nur eine vorübergehende Verstimmung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien hervorrufen (von welcher die offiziellen Kreise gar nicht berührt werden) so daß das Dreibund-Jubiläum in allen drei Staaten ohne Trübung gefeiert werden kann.

Am 4. Oktober hält Prinz Ludwig von Bayern bei der Enthüllung eines Denkmals in Helmstadt zur Erinnerung an seine Verwundung im Jahre 1866 eine längere Rede, welche besonders im Kreise der Deutschen in Oesterreich freudigen Widerhall findet. Der Prinz erörtert in seiner Rede eingehend die Gründe des Kampfes im Jahre 1866, das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Deutschland und speziell die Lage der Deutschen in Oesterreich. Er warnte Oesterreichs Deutsche davor, über die Grenzen zu schielen. „Durch die Einigkeit Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn wurde — schloß der bayrische Thronfolger seine Rede — gerade im letzten Jahre ein schwerdrohender Krieg verhindert und der Frieden gewahrt. Dank dem wiederhergestellten guten Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn war es auch nur möglich, daß 1870 so schöne, schnelle Siege errungen wurden. Dadurch, daß Dank dem Fürsten Bismarck Preußen 1866 Oesterreich nicht einen Fußbreit Boden abverlangte, wurde es ermöglicht, daß die süddeutschen Staaten sich anschließen konnten. So sehen wir in Mitteleuropa den Drei-

bund, der seit Jahren besteht und jahrelang fortbestehen möge, zur Ehre der Nationen, die in ihm vertreten sind und zur Wahrung des Friedens! Es ist eine eigene Erscheinung, daß dieser Dreibund ungefähr das Gebiet umfaßt, das das heilige römische Reich Deutscher Nation umfasste. Freude war letzterem wenig beschieden, umso mehr dem heutigen Bund".

Am 11. November weilen der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin in Berlin, nachdem im September der Deutsche Kaiser den Manövern in Groß-Meseritsch und der Thronfolger den deutschen Kaisermanövern in Mergentheim beigewohnt hatten.

Am 11. November ereignet sich in Brescia eine irredentistische Kundgebung, die aber nicht viel Emotion hervorruft. Der Kommandeur des dritten Armeekorps Generalleutnant Asinari di Bernezzo hält gelegentlich der Uebergabe einer Fahne an das neue Kavallerieregiment Aquila eine Ansprache, in der er sagte: „Vor Ihren Blicken entfalten sich hier die Hügel, die mit dem Blute unserer Helden getränkt sind, und hinter diesen liegen die noch nicht wiedergewonnenen Lande (le terre irredente), die der Stunde ihrer Befreiung harren". Die italienische Regierung macht kurzen Prozeß und schickt den politisirenden General in Pension.

Am 9. Dezember tritt der Deutsche Reichstag in die Beratung des Etats ein. Die Debatte wird durch eine Rede des fünften Kanzlers eingeleitet, worauf Freiherr von Hertling in warmen Worten des Dreibundes als des „wirksamsten Hortes des Friedens" gedenkt; auch Bassermann spricht einem treuen Festhalten an dem Dreibunde das Wort, wobei er der Zusammenkunft des Zaren und des Königs von Italien in Racconigi (24. Oktober) gedenkt. Am nächsten Tage erklärt Bethmann Hollweg, daß in Italien im Anschlusse an den Besuch des Zaren wohl Stimmen laut geworden sind, die dem Dreibunde wenig freundlich waren, daß er jedoch keine Wahrnehmung gemacht habe, die irgendwie dahin gedeutet werden könnte, daß die verantwortliche Leitung der italienischen Politik den Wert der Dreibundverträge für Italien anders oder niedriger einschätze als bisher. Entsprechend dem Geiste vollster Loyalität, von dem unsere gegenseitigen Beziehungen erfüllt sind, setzte der Reichskanzler hinzu, hat uns denn auch der italienische Minister des Aeußern Mitteilungen über die Unterredungen in Racconigi gemacht, die ergeben, daß Italien in seiner Balkanpolitik keinerlei Ziele verfolgt, die mit unseren Verträgen im Widerspruche stünden.

Der neue italienische Ministerpräsident Sidney Sonnino (das Kabinett Giolitti hatte am 2. Dezember seine Demission

gegeben)[1] beeilte sich auch am 18. Dezember in seiner Antrittsrede ein Glaubensbekenntnis für den Dreibund abzulegen. Sonnino, der sich just in diesem Jahre (am 22. Februar) in einem Sendschreiben an seine Wähler als Anhänger des Dreibundes bekannt hatte, führte in beiden Häusern der italienischen Legislative aus, Italien werde die Richtung seiner auswärtigen Politik unverändert aufrechterhalten: „Der Dreibund bleibe nicht nur eine große Macht im Dienste des Friedens, sondern auch eine Garantie für die Interessen Italiens; die Freundschaftsbeziehungen zu den anderen Mächten fördern die Zwecke dieses Bundes, ohne irgendwie mit den Bundesverträgen zu kontrastieren“.

1910

Wenn man rückschauend die Fülle der Tagesereignisse dieses Jahres betrachtet, treten hauptsächlich die zahlreichen Begegnungen der Herrscher und Staatsmänner in Erscheinung.

Am 22. Februar reist Graf Aehrenthal nach Berlin. Dieser Besuch des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern ist die Erwiederung des Besuches, den der Deutsche Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, im vergangenen September in Wien abstattete. Dem Grafen Aehrenthal wird durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine schwungvolle Begrüßung zu teil, in welcher die Bedeutung der Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in warmen Worten gefeiert wird. Am 24. Februar wurde in Berlin über die Beratungen der beiden Staatsmänner ein offizielles Communiqué ausgegeben, in welchem festgestellt wird, daß „Oesterreich-Ungarn wie Deutschland die Erhaltung des Statusquo im nahen Orient anstreben und daß sie die weitere Konsolidierung der inneren Verhältnisse des ottomanischen Reiches mit ihren Sympathien begleiten“. Von Berlin begab sich Graf Aehrenthal nach München. Sowohl in Berlin als auch in München wurden die Fragen der Schiffahrtsabgaben, die Angelegenheit der österreichisch-bayrischen Grenzflüsse sowie finanzpolitische Projekte besprochen. Einer Meldung des Mailänder „Secolo“ gegenüber, daß der italienische Botschafter in Berlin, Pansa, während der Anwesenheit des Grafen

[1]) Tittoni ging als Botschafter nach Paris.

Aehrenthal von allen zu dessen Ehren gegebenen Festessen ferngehalten und sozusagen „geschnitten" worden sei, wird offiziös konstatiert, daß Graf Aehrenthal in einer längeren Besprechung mit Herrn Pansa „verschiedene, die Interessen der beiden Staaten betreffende Fragen zur vollsten Zufriedenheit beider Teile erörtert hat". Am 26. Februar veröffentlichte die offiziöse „Süddeutsche Reichskorrespondenz" eine Berliner Zuschrift unter der Ueberschrift „Nachklang", in welcher den Ausstreuungen entgegengetreten wird, als ob Deutschland „mit scheelen Augen auf die sich vorbereitende Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland blicke". Graf Aehrenthal selbst soll einer Meldung der „Neuen Freien Presse" zufolge sich in der am 28. Februar stattgehabten gemeinsamen Ministerkonferenz in Wien über die Ergebnisse seiner Berliner Reise durchaus befriedigt geäußert und hervorgehoben haben, es habe sich eine volle Uebereinstimmung zwischen seinen und des Deutschen Reichskanzlers Ansichten ergeben und er habe auch die Impression empfangen, daß zwischen Deutschland einerseits, England und Frankreich anderseits, die Beziehungen sich gebessert und freundlicher gestaltet haben.

Am 21. März trifft Reichskanzler von Bethmann Hollweg in Rom ein. Er wurde schon in Mailand vom Präfekten im Namen der Regierung auf italienischem Boden willkommen geheißen und in einer offiziösen Note der „Agenzia Italiana" begrüßt: „Der Besuch offenbart der Welt die Vorzüglichkeit der auf dem Dreibund und auf dem vollsten gegenseitigen Vertrauen beruhenden Beziehungen Deutschlands und Italiens". In der Audienz, die der Kanzler am 22. März beim König hatte, verlieh ihm dieser den Annunziatenorden. Am 24. März wird eine offiziöse Note veröffentlicht, in welcher bezüglich der Orientfrage fast dieselben Sätze wiederholt werden, die nach der Begegnung Bethmann Hollwegs mit Aehrenthal in Berlin publiziert wurden. In der Note heißt es: „In den politischen Unterhaltungen konnte zu gegenseitiger Genugtuung festgestellt werden, daß die auf dem Dreibunde beruhende Politik, die schon so lange eine Bürgschaft des europäischen Friedens bildet, in beiden Ländern zu feste Wurzeln geschlagen hat, als daß sie von einem Wechsel in den Personen berührt werden könnte". Das „Berliner Tageblatt" schrieb Tags darauf: „Es besteht kein Zweifel, daß der Dreibund heute gefestigter dasteht, als in den letzten Jahren, zumal, weil das Verhältnis Italiens zu Oesterreich-Ungarn heute entschieden gebessert ist. Die Besserung des etwas gespannten Verhältnisses ist das Verdienst des Grafen Guicciardini, dessen Sturz vom Standpunkte des Dreibundes aus sehr zu bedauern ist. Doch ist man in Berlin

nnd Wien fest überzeugt, daß sein Nachfolger in seinen Spuren wandeln wird". In ihrer Wochenschau vom 27. März schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat während seines Aufenthaltes in Rom Eindrücke empfangen, die von neuem bestätigen, daß der seit Jahrzehnten wirksame Dreibundgedanke in weiten Kreisen der Bevölkerung Italiens ebenso tiefe und feste Wurzeln schlug, wie in Deutschland und Oestereich-Ungarn". Am 31. März empfing der Kanzler auf der Deutschen Botschaft in Rom den Korrespondenten des „Russkoje Slowo" und sagte ihm u. A. Folgendes: „Deutschland als Verbündeter Oesterreich-Ungarns hat naturgemäß die Gesetzlichkeit der Annexion verfochten, die faktisch noch viel früher vom Petersburger Kabinett anerkannt worden war. Was das Verhältnis Deutschlands zu Italien betrifft, kann ich konstatieren, daß die beiden Staaten schon lange eine herzliche Freundschaft unterhalten, was sich in der letzten Zeit deutlich gezeigt hat, als die italienisch-deutschen Beziehungen wiederholt schweren Prüfungen ausgesetzt waren. Die Festigkeit des Dreibundes ist unerschütterlich, sie ist durch die wechselseitigen Interessen bedingt, die sich endgiltig dem Volksbewußtsein eingeprägt haben. Es ist somit lächerlich, von einer Erneuerung' des Bündnisvertrages zu sprechen, zumal die Frist des Vertrages erst im Jahre 1914 abläuft. Auch das Vorhandensein der Freundschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien unterliegt keinem Zweifel. Die unbedeutenden Mißverständnisse, die durch eine grundlose Agitation hervorgerufen werden, erfahren durch die Bemühungen der Regierungen ihre Paralysierung. Deutschland hat gar keinen Anlaß, die Rolle eines Vermittlers zu spielen. Man hat jetzt nicht einmal Grund, gute Ratschläge zu erteilen. Die Ministerkrise hat auf meinen Aufenthalt in Rom keinen Einfluß geübt. Ich bin überzeugt, daß die internationale Politik sich in denselben Bahnen bewegen wird wie bisher. Namentlich in den Balkanfragen sind Tittoni und Aehrenthal seinerzeit zu einem vollständigen Einvernehmen gelangt. Guicciardini hat keinen Versuch unternommen, daran zu rütteln. Darin liegt unter anderem ein Grund, weshalb Oesterreich-Ungarn während der letzten Verhandlungen nicht gezögert hat, sich den Anschauungen anzuschließen, die zur Basis des Einvernehmens in Racconigi gemacht worden waren". Der Reichskanzler, der von Florenz aus den neuen italienischen Ministerpräsidenten Luzzatti telegraphisch begrüßte (welche Depesche Luzzatti mit den herzlichsten Worten erwiderte), hatte, bevor er Italien verließ, am 2. April eine Besprechung mit dem neuernannten italienischen Minister des Auswärtigen, Marchese di San Giuliano, welcher Begegnung die „Norddeutsche All-

gemeine Zeitung" folgende Zeilen widmete: „Die Zusammenkunft in der Arnostadt bedeutet eine willkommene Ergänzung und Vertiefung der Eindrücke, die Herr von Bethmann Hollweg in Rom ausgetauscht hat".

Am 28. Mai reist Marchese di San Giuliano nach Berlin, um sich dem Deutschen Kaiser vorzustellen, wie sich in der Karwoche der Deutsche Kanzler dem König von Italien vorgestellt hatte. Ueber diese Reise veröffentlichte der italienische Deputierte Dr. Benedetto Cirmeni in der „Neuen Freien Presse" vom 29. Mai interessante Mitteilungen: „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien weisen nicht mehr jene Intimität und die Uebereinstimmung in den Absichten auf, die sie einstmals kennzeichneten. Der erste franco-italienische Handels-Modus vivendi und die darauf folgende franco-italienische diplomatische Vereinbarung bezüglich des Mittelländischen Meeres, die ein Jahr später von Prinetti und Delcassé noch schärfer akzentuiert wurden, riefen in Deutschland großes Mißtrauen wach. Dann folgte Algeciras. Erst später ist es Bülow gelungen, die deutsch-italienischen Beziehungen zu bessern, doch ist die alte große Intimität nicht wieder erreicht worden. Unter Tittoni und Guicciardini hat die Politik der Consulta ihr Augenmerk mehr auf Wien als auf Berlin gerichtet. Die Bildung eines Ministeriums Luzzatti sei in Paris mit Freuden begrüßt worden und die Franzosen ehrten in dem neuen Minister des Aeußern den Mann, der als Botschafter nach Paris gekommen, nachdem er vier Jahre lang Botschafter beim König Eduard gewesen war, den wahren Schöpfer der Drei-Mächte-Entente, die als Gegengewicht gegen den Dreibund dienen sollte. Jetzt, nach dem Tode Eduards VII., durfte die Spannung zwischen England und Deutschland nimmer mehr abnehmen, und so dürfte die Aufgabe, den Beziehungen zwischen Italien und Deutschland den einstigen intimen Charakter wieder zu verleihen, eine leichte sein". In Berlin hatte San Giuliano am Tage seiner Ankunft lange Unterredungen mit dem Staatssekretär Schön, dann mit Bethmann Hollweg und mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin Szögyény-Marich. Ueber diese Besprechungen wurde am 31. Mai ein offizielles Communiqué ausgegeben, in welchem es heißt: „Die Besprechungen bekräftigen den Willen der beiden verbündeten Regierungen, im Einklange mit dem Wiener Kabinett auch fernerhin die auf Erhaltung des Friedens gerichteten Grundsätze zur Geltung zu bringen, von denen die Politik der Dreibundmächte getragen ist".

Am 28. Juli stattete Herr von Kiderlen-Wächter, der zehn Jahre lang in Bukarest Gesandter gewesen, bevor er sein Amt als Staatssekretär antrat, dem Grafen Aehrenthal in Marienbad

einen Besuch ab. Das Wiener „Fremdenblatt“ kommentiert diese Begegnung in sehr friedlichem Sinne und bemerkt, Deutschlands Beziehungen zu den Westmächten seien in der günstigsten Entwicklung, von der soeben erst die bedeutsame Rede des englischen Ministerpräsidenten Asquith über die Flottenrüstungen Zeugnis gegeben habe.

Am 29. August traf Marchese di San Giuliano in Salzburg ein, wo er Tags darauf mehrfach Besprechungen mit dem Grafen Aehrenthal hatte. Von Salzburg begab sich der italienische Minister des Aeußern nach Ischl, wo er von Franz Josef in Audienz empfangen wurde. Der Marchese überreichte in dieser Audienz dem greisen Monarchen ein eigenhändiges, vom 18. August datiertes Schreiben des Königs Viktor Emanuel, worin der König seine bereits telegraphisch zum Ausdruck gebrachten Glückwünsche zum 80. Geburtstage Franz Josefs in herzlichen Worten erneuert und seinen Alliierten seiner freundschaftlichsten Gefühle versichert. Franz Josef richtete nach der Audienz (in welcher er dem italienischen Staatsmanne das diesem verliehene Großkreuz des Leopold-Ordens überreichte) an König Viktor Emanuel ein Danktelegramm, in welchem er die zum Ausdruck gebrachten Gefühle aufrichtiger Freundschaft und Bundesgenossenschaft auf das wärmste erwiedert und betont, daß es ihn „mit besonderer Befriedigung erfüllt habe, den hervorragenden Staatsmann Marquis di San Giuliano empfangen zu haben“. Der Salzburger Begegnung ging eine erregte Zeitungspolemik voran. Ein Wiener Brief der „Tribuna“ erörterte in einem Tone heftiger Entrüstung das gespannte Verhältnis Italiens zu Oesterreich und führte Klage über die Behandlung der Italiener Oesterreichs, speziell in der Universitsätfrage und auf wirtschaftlichem Gebiete: „Es wäre unnütz, leugnen zu wollen, daß diese unterwertige Behandlung der Italiener Oesterreichs das Haupthindernis für eine ehrliche Annäherung der zwei Staaten ist und bleiben wird“. „Corriere della sera“ gibt am 28. August der Hoffnung Ausdruck, es werde gelingen, in Zukunft „Zwischenfälle“ zu verhindern, die nur zu oft die Vorzüglichkeit der amtlichen Beziehungen der zwei Regierungen mit der öffentlichen Meinung der zwei Länder in geraden Widerspruch bringen“. Die herzliche Begrüßung San Giulianos durch die Wiener Presse quittiert der „Popolo Romano“ mit der Versicherung, der Dreibund bedürfe keiner Ministerentrevuen, um gefestigt zu werden, denn er sei in das politische Bewußtsein der Völker eingedrungen. Die „Tribuna“ selbst konstatiert am 29. August, die Salzburger Entrevue beweise, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten so sicher, so feststehend und so klar seien, daß es nicht nötig ist, sie durch Ministerzusammen-

künfte zu stärken, doch ergebe sich daraus der Vorteil, gewisse Unzukömmlichkeiten untergeordneter Natur, wie zum Beispiel jene kleinen Vorfälle an der Grenze, welche von der Tageschronik verzeichnet werden müssen, zu eliminieren.

Es handelt sich hier um Grenzzwischenfälle, die sich in den jüngsten Jahren in Südtirol des öfteren ereignet haben. Es war vorerst geplant, zur Verhütung dieser Zwischenfälle eine Kommission einzusetzen, doch wurde zwischen den beiden Staatsmännern auch diesbezüglich ein vollständiges Einvernehmen erzielt, so daß die Idee der Einsetzung einer gemischten Kommission vorläufig fallen gelassen werden konnte.

Die italienische Presse äußert sich sehr befriedigt über die Ergebnisse der Salzburger und Ischler Tage. „Popolo Romano" preist den Dreibund als größte Wohltat, welche Oesterreich-Ungarn und Italien zuteil werden konnte. Am 1. September wurde über die Ergebnisse der Reise des Marchese di San Giuliano ein amtliches Communiqué ausgegeben, in welchem diese Reise als „ein neuer Beweis für die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen Italiens zu Oesterreich-Ungarn" hingestellt wird: „Die Entrevue der beiden Staatsmänner gab diesen die Möglichkeit, einen den Allianzverhältnissen entsprechenden intimen Gedankenaustausch über die allgemeine Lage in Europa wie auch speziell über die Verhältnisse im nahen Osten zu pflegen; in der Beurteilung dieser Fragen ergab sich eine erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten". Bevor Aehrenthal und San Giuliano das kaiserliche Hoflager in Ischl verließen, haben übrigens auch der italienische Minister und der der Deutsche Reichskanzler herzliche Depeschen gewechselt.

Graf Aehrenthal erwidert den Besuch San Giulianos am 28. September. Die Zusammenkunft fand in Turin statt, bei welcher Gelegenheit ein neuerlicher österreichisch-italienischer Grenzstreit, der just am 28. September im Landtage von Vicenza Anlaß zu einer erregten Debatte gegeben, erledigt wurde [1]. Die italienischen Blätterstimmen sind trotz diesem Zwischenfalle sehr österreich-freundlich. Die „Gazetta del Popolo", das älteste und volkstümlichste Blatt Piemonts, begrüßt den Grafen Aehrenthal mit warmen Worten, gibt aber dem Wunsche Ausdruck, die Turiner Begegnung möge von wohltätigen Folgen für die italienischen Brüder Westösterreichs begleitet sein. Die Entrevue von Turin gibt der italienischen Presse Gelegenheit, auch die von London und Paris aus verkündete geheime Militärkonvention

[1]) Die „Tribuna" meldete diesbezüglich am 1. Oktober: „In Turin wurde auch die Grenzfrage genauer umschrieben, eine Frage, welche durch den Takt und die Klugheit der Diplomaten immer mehr geklärt und bestimmt werden wird".

zwischen Rumänien und der Türkei zu erörtern. Trotz dem energischen Dementi der offiziösen „Indépendance Roumaine“ und der Wiener Presse hält ein Teil der italienischen Presse daran fest, daß Rumänien nur die „Brücke zur Türkei“ bilden soll, weil Italien gegen die direkte Angliederung der Türkei an den Dreibund Widerspruch erhoben habe. Die „Stampa“ mahnt die Consulta zur Vorsicht: die neue türkische Kriegsflotte könnte unter anderer Maske eine neue Form des österreichischen Bündnisses in der Adria sein und die Vereinsamung Italiens endgiltig besiegeln. Am 30. September wurde Graf Aehrenthal auf dem königlichen Schlosse in Racconigi von Viktor Emanuel in Audienz empfangen. Graf Aehrenthal überreichte dem König ein Handschreiben Franz Josefs, in welchem dieser für das anläßlich seines 80. Geburtstages an ihn gerichtete Schreiben Viktor Emanuels dankte. Der König verlieh dem Grafen Aehrenthal das Kollier des Annunziatenordens. Ueber die Ergebnisse der Reise Aehrenthals wurde am 1. Oktober ein amtliches Communiqué ausgegeben, welches betont, daß sich seit der Begegnung in Salzburg und Ischl keine die internationale Lage verändernden Tatsachen ergeben haben und daß der Dreibund unentwegt im Sinne seiner friedlichen Politik tätig ist. Bevor Aehrenthal Italien verließ, richtete er von Pontebba aus an seinen Amtskollegen eine Depesche, in welcher die „Identität unserer Anschauungen bezüglich der uns beschäftigenden Fragen“ festgestellt wurde und welche San Giuliano mit den herzlichsten Worten beantwortete. Am 3. Oktober veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ eine Unterredung mit dem früheren italienischen Minister Maggiorino Ferraris. Der italienische Staatsmann konstatiert mit Bedauern, daß Oesterreich an der italienischen Grenze wie im Adriatischen Meere fortwährend rüste, gibt jedoch der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine italienisch-österreichische Freundschaft in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht allen beiden Staaten enormen Nutzen bringe und versichert, eine italienische Universität wäre ein Pfand ehrlicher Freundschaft zwischen Italien und Oesterreich. Am 3. Oktober richtete der Deputierte Eugenio Chiesa an das Kammerpräsidium ein Schreiben, in welchem er den Ministerpräsidenten fragt, ob er die Auszeichnung Aehrenthals durch den König als der Würde und den nationalen Interessen Italiens entsprechend halte. Die „Tribuna“ erklärt diese Anfrage für unmöglich und fragt: „Wem sonst, wenn nicht dem Dreibund danke Italien seinen Fortschritt — — ist es nicht natürlich, jene Staatsmänner zu ehren, die dazu beitrugen, diesen glücklichen Zustand zu bewahren?“

Am 15. September begab sich Kaiser Wilhelm von den

Manöverfeldern Ostpreußens nach Ungarn, um in den Wäldern an der Donau und der Drau als Gast des Erzherzogs Friedrich zu jagen. Von Béllye reiste der Deutsche Kaiser am 19. September nach Wien, wo ihm ein glänzender Empfang bereitet wurde. Am 21. September besuchte Wilhelm II. das Wiener Rathaus. Auf die Ansprache des Bürgermeisters Dr. Neumayer, der ihm den Beschluß der Stadtvertretung, einen Teil des Ringes (den Parkring) nach dem Kaiser zu benennen[1], mitteilte, hielt der Kaiser eine längere Rede, in welcher er u. a. sagte: „. . . . . Zum anderen glaube ich aus Ihrem Beschlusse herauszulesen, daß es das Einverständnis der Stadt Wien damit ist, daß in ernster Zeit der Bundesgenosse in schimmernder Wehr sich an die Seite Ihres Allerhöchsten Herrn gestellt hat. Es war dies ein Gebot der Pflicht und der Freundschaft zugleich, denn das Bündnis ist zum Heile der Welt in die Ueberzeugung und in das Leben der beiden Völker als ein Imponderabile übergegangen".

* * *

Stärker als in früheren Jahren ist die Irredenta am Werke. Die Societa Scuolastica pro Patria (Trento), 1886 gegründet, schon vor zwanzig Jahren aufgelöst, soll wieder gebildet werden. Die 1908 stattgehabte allitalienische Zusammenkunft in Rom bereitet einen neuen Kongreß vor. Und die 1891 gegründete Liga Nazionale (mit ihren drei Sektionen: Tridentina, Adriatica und Dalmatina) rüstet zu ihrem zwanzigsten Jahresjubiläum. Die Frage der italienischen Universität in Triest will nicht zur Ruhe kommen. Und an der süditalienischen Grenze stehen die Regimenter in Kriegsstärke einander gegenüber. Kein Wunder, daß es zu Zwischenfällen kommt, die speziell in Italien zu erregten Debatten im Parlament und in den Gemeindevertretungen Norditaliens führen. Die irredentistische Agitation wendet sich auch gegen Deutschland. Sie wollte einen Feldzug gegen die „Eroberung des Gardasees durch die Deutschen" eröffnen, der Verband Trento e Trieste, das römische Blatt „Giornale d'Italia" und der nationalistisch-italienische Verband für den Gardasee, die diese Agitation leiteten, mußten jedoch bald davon ablassen, weil die italienischen Anrainer des Gardasees selbst im Interesse des Fremdenverkehrs gegen diese Bewegung Stellung nahmen. Am 15. Februar fand im Mailänder Teatro Lirico auf einem von der „futuristischen" Dichterschule veranstalteten internationalen Vortragsabend eine irredentistische Demonstration gegen Oester-

[1]) Ein im Januar gefaßter Beschluß des der Vorstehung vierten Bezirkes Wiens, die Alleegasse Kaiser Wilhelmstraße zu benennen, hatte aus diesem Grunde die Genehmigung des Stadtrates nicht gefunden.

reich statt. Eine Woche später hielt in demselben Theater D'Annunzio einen Vortrag über Luftschiffahrt, in welchem er, laut einer Mailänder Depesche der „Vossischen Zeitung", darauf verwies, daß Oesterreich seine Lenkballons gegen den östlichen Himmel Italiens richte, „jener vielgeliebte Bundesgenosse, der seine gierigen Blicke gegen unser blaues venezianisches Meer wende, das uns als Abgrund des entehrenden Schweigens erscheint". Das Publikum begrüßte diese Phrasen mit nicht endenwollendem Beifall, dem bei Nennung des Namens „Oesterreich" schrille Pfiffe vorausgegangen waren. Die Einreichung der Vorlage über die italienische Rechtsfakultät im österreichischen Abgeordnetenhause (der österreichische Ministerpräsident Freiherr von Bienerth erhoffte durch diese Vorlage einen unerquicklichen Schwebezustand zu beseitigen) befriedigte keine der Parteien. Am 14. Mai demonstrierten zweihundert italienische Studenten unter Absingung des Danteliedes für die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Triest. Am 15. Mai werden 700 Besucher aus Triest im Hofe des Sforzaschlosses in Mailand durch den Bürgermeister Gabba begrüßt. Die beabsichtigten irredentistischen Kundgebungen werden aber durch die Regierung verhindert. Am 15. Juli verhandelte der deutsche Nationalverband des österreichischen Abgeordnetenhauses die Frage der italienischen Rechtsfakultät und beschloß tags darauf, das von der Regierung empfohlene Kompromiß anzunehmen, nachdem Freiherr von Bienerth mit seinem Rücktritte gedroht hatte. Am 20. August werden in Triest vier italienische Jugendvereine aufgelöst, weil sie unter dem Deckmantel des Sports eine hochverräterische Tätigkeit entfaltet hatten. Am 4. Oktober wollten die Irredentisten auf der Cima Dodici wegen des oben schon erwähnten Grenzstreites eine antiösterreichische Demonstration veranstalten, doch wurden die Demonstranten, unter denen sich auch Trientiner befanden, von italienischem Militär gewaltsam zurückgetrieben. Im Oktober wurden in der italienischen Presse Meldungen über neue österreichische Truppenverschiebungen in Südtirol kolportiert. Tatsache ist, daß die Italiener an der Grenze 23 Bataillone disloziert hatten, denen Oesterreich-Ungarn außer seinen ständigen 13 Bataillonen nur noch ein Landesschützen-Regiment mit drei Maschinengewehr-Abteilungen am Isonzo gegenüberstellt.

Nun die übrigen Ereignisse dieses Jahres:

Am 15. Februar motiviert der italienische Minister des Auswärtigen Guicciardini die Haltung Italiens in der Kretafrage. Er konstatiert, daß Italien in Uebereinstimmung mit Frankreich, Großbritannien und Rußland vorgehe, daß jedoch auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn, trotzdem sie sich seit mehreren

Jahren von den Verhandlungen über die Kretafragen fernhalten, der in dieser Frage befolgten Politik Italiens beistimmen. Die kretische Frage wird übrigens auch in diesem Jahre nicht gelöst.

Am 2. März werden im österreichischen Herrenhause gelegentlich der Verhandlung über das Rekrutenkontingent die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den auswärtigen Mächten diskutiert. Dem Grafen Latour gegenüber, der die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland propagiert, erklärt Dr. Freiherr von Plener, das deutsch-österreichische Bündnis entspreche dem Herzensbedürfnis aller Deutschen Oesterreichs aber auch dem legitimen Interesse aller Nichtdeutschen: „Zerstören Sie das Bündnis mit Deutschland, so gefährden Sie nicht bloß die Deutschen Oesterreichs, sondern auch die Existenz aller anderen kleineren Nationalitäten in Oesterreich; darum ist das Bündnis mit Deutschland trotz aller Ränke gewisser diplomatischer Kanzleien Europas der beste Kern im Mittelpunkte des mitteleuropäischen Staatensystems, an dem festzuhalten unsere patriotische Pflicht ist. Seit dreißig Jahren besteht dieses Bündnis, es hat niemandem geschadet, es hat beiden Teilen wesentlich genützt. Wenn in Italien eine ruhigere Auffassung der Dinge Platz greifen wird, wird auch die öffentliche Meinung in Italien dahin kommen, der korrekten Haltung seiner eigenen offiziellen Welt zuzustimmen, daß das Festhalten am Dreibunde im wohlverstandenen Interesse Italiens liegt". Am selben Tage wettert der Jungtscheche Dr. Kramarz im Abgeordnetenhaus gegen das Bündnis mit Deutschland („die slavischen Völker seien nicht dazu da, als ‚Wacht am Rhein' zu stehen"), worauf der Abgeordnete Stölzel erklärt, der tue Unrecht, der gegen das Bündnis streite, das durch mehr als dreißig Jahre nicht nur Böhmen, sondern Europa den Frieden bewahrt habe. Am 4. März kommt es zu einer Debatte über die Elbschiffahrtsabgaben (der Gesetzentwurf wird in Berlin am 21. April publiziert), in welcher Handelsminister Weiskirchner den Standpunkt der österreichischen Regierung darlegt. Ueber diese Angelegenheit interpelliert in der österreichischen Delegation (am 18. November) Dr. Exner, worauf Graf Aehrenthal erklärt, die Abgabenfreiheit der Elbschiffahrt sei durch internationale Verträge garantiert.

Am 28. April hält Ministerpräsident Luzzatti in der italienischen Kammer seine Programmrede. Er gedachte in ihr der „Festigkeit des Dreibundes, die soeben sowohl bei dem freudig begrüßten Besuche des Deutschen Reichskanzlers, unseres willkommenen Gastes, in Rom, wie auch durch den herzlichen Austausch der gemeinsamen Anschauungen zwischen den Ministern

des Auswärtigen Italiens und Oesterreich-Ungarns neu bekräftigt wurde".

Auch die Thronrede, mit welcher Franz Josef am 25. Juni den ungarischen Reichstag eröffnete, verweist auf das „unveränderte Fortbestehen unserer bewährten Bündnisse".

Bei der Grunewaldfeier in Krakau (15. Juli) zur Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg nehmen auch einige Sokolvereine aus Preußen teil. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Korfanty hielt eine begeistert aufgenommene Rede, in welcher er u. a. sagte: „Vor fünfhundert Jahren besiegten uns unsere Feinde. Nach fünfhundert Jahren ist dieser Feind abermals bestrebt, unserem Volke den Boden und die Seele zu nehmen — — angesichts der erhebenden Tage, die von der polnischen Nation jetzt in Krakau gefeiert werden, sind wir aber gewiß, daß ihm dies nicht gelingen wird". Reichskanzler von Bethmann Hollweg beantwortete am selben Tage ein an ihn gerichtetes Telegramm des deutschen Ostmarkenvereines in Osterode mit der Erklärung, die Regierung werde ihre bewährte Ostmarkenpolitik unverändert fortführen.

Die Königsberger Rede des Kronprinzen (23. August) veranlaßt die am 11. September in Wien stattgehabte Tagung alldeutscher Hochschüler, durch eine Depesche an den Deutschen Botschafter dem Deutschen Kronprinzen ihre Verehrung auszudrücken.

Im September wollte der ungarische Finanzminister Ladislaus von Lukács in Paris eine Anleihe von fünfhundertsechzig Millionen Kronen aufnehmen, welche Absicht jedoch an dem Widerstande Frankreichs scheiterte, dem „Verbündeten Deutschlands" Geld zu bewilligen zu „Rüstungen gegen Frankreich". Wenige Tage später übernahm ein Syndikat reichsdeutscher und österreichisch-ungarischer Banken diese Anleihe. „Ein Stückchen finanzieller Nibelungentreue hat bei der Anleihe des Herrn von Lukács geholfen", schrieb die „Neue Freie Presse" (29. September). Dasselbe Blatt veröffentlichte in der darauffolgenden Nummer ein Interview seines Budapester Korrespondenten mit dem auf der Durchreise nach Bukarest in der ungarischen Hauptstadt weilenden Deutschen Staatssekretär Kiderlen-Wächter. Dieser erklärt, es sei durch die Anleihe geradezu ein neues Band zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschaffen worden, was auch dem politischen Verhältnisse dieser Staaten nur zum Vorteile gereichen könne. Kiderlen-Wächter weilte übrigens zu Beginn des Oktobers einige Tage in Wien und wurde vom Kaiser-König Franz Josef in besonderer Audienz empfangen.

Am 13. Oktober traten in Wien die Delegationen zusammen. In der Thronrede heißt es: „Mit Beruhigung kann ich Ihnen

mitteilen, daß unsere Bündnisse mit dem Deutschen Reich und mit dem Königreich Italien, wenn möglich, noch fester und inniger geworden sind". Graf Aehrenthal betonte in seinem Exposé, die Erhaltung der Bündnisse werde die unverrückbare Grundlage der Politik Oesterreich-Ungarns bilden — der Dreibund richte gegen niemand eine Spitze. Thronrede und Exposé werden in Berlin und Rom sehr freundlich beurteilt, nur die „Post" meint, es dürfte in Deutschland einiges Befremden erregen, daß des „Bundesgenossen in schimmernder Wehr" in keiner Weise besonders gedacht wurde. In der österreichischen Delegation zieht Dr. Kramarz, wie schon gewohnt, gegen das Bündnis mit Deutschland los. Dr. Bärnreither und Freiherr von Schwegel nehmen für die Dreibundpolitik Stellung, worauf, nachdem sich auch die Polen gegen Kramarz erklärten, Graf Aehrenthal am 16. Oktober in längerer Rede betont, die Zuspitzung der Ereignisse habe eben die Richtigkeit der vor dreißig Jahren eingeleiteten Politik in das allgemeine Bewußtsein gebracht. Eingehend äußert sich der Minister auch über die Beziehungen zu Italien, die er mit einem Hinweis auf die Begegnungen in Salzburg und Turin als herzlich und vertrauensvoll bezeichnet. Nicht auf dem Gebiete der großen Politik, wo sich beide Staaten in „voller Uebereinstimmung der Interessen" finden, liegen die Sorgen der beiderseitigen Regierungen, sondern auf dem Gebiet der nationalen Reibungen, der Manifestationen und der Grenzzwischenfälle, die wir beim besten Willen nicht durch diplomatische Protokolle aus der Welt schaffen können. Die Zwischenfälle sind auf die Verschiedenheit der geschichtlichen Entwicklung beider Länder, sowie auf den Unterschied der Veranlagung und Auffassung hierzulande und in Italien zurückzuführen. In solchen Fällen gilt es ruhig zu bleiben, und aus singulären Erscheinungen keine allgemeinen Folgerungen zu ziehen. „Wir können es", schließt der Minister diesen Passus seiner Rede, „umso ruhiger tun, als die Geschichte lehrt, daß weit verschiedenere Staatswesen, als wir und Italien sind, erfolgreich im Bundesverhältnis gestanden sind. In unserem Falle hat sich der Erfolg bereits eingestellt und wird es auch künftighin tun. Die Bürgschaft hierfür liegt im Charakter des Dreibundes, welcher ausschließlich die Erhaltung des Friedens bezweckt".

In der Sitzung der österreichischen Delegation am 9. November machte der sozial-demokratische Delegierte Dr. Renner einen Ausfall gegen den Deutschen Kaiser, dessen „deklamatorische Politik sowie die unruhige Art, mit welcher er seine Sache vor Europa führt, den Dreibund gefährde". Vizepräsident Dr. Ritter von Czyhlarz rief den Delegierten zur Ordnung, worauf auch Graf Aehrenthal in energischer Weise gegen das Vor-

gehen Renners protestierte. Der Minister sagte u. a.: „Indem ich unerschütterlich an der seit lange erprobten Bündnispolitik festhalte, spreche ich voller Zuversicht die Erwartung aus, daß die Einsicht von der Nützlichkeit des im beiderseitigen Interesse gelegenen Allianzverhältnisses, wie bei uns, sich auch in Italien in immer weiteren Kreisen befestigen und eine wärmere und herzlichere Stimmung unter den Völkern erzeugen wird". Bezüglich der Ausweisungen aus Preußen erklärte Graf Aehrenthal, daß in allen eines Protestes würdigen Fällen bei der Deutschen Regierung interveniert wurde. In mehr als der Hälfte der Fälle sei ein Erfolg erzielt worden. Uebrigens dürfte nicht aus dem Auge gelassen werden, daß in den preußischen Grenzprovinzen ebenso wie in anderen Ländern hinsichtlich des Aufenthaltes und der Niederlassung der Fremden spezielle rigorose Vorschriften bestehen. In der Sitzung vom 10. November setzt der Delegierte Dr. Kramarz seine Angriffe gegen das deutsch-österreichische Bündnis fort, indem er u. a. behauptet, die Dankbarkeit Oesterreichs gegen die „Bündnistreue" Deutschlands sei nicht am Platze, da nicht Deutschlands Hilfe Oesterreich vor einem Kriege bewahrt habe, sondern die Tatsache, daß Rußland keinen Krieg führen wollte. In der gleichzeitig tagenden ungarischen Delegation nehmen die Wortführer sämtlicher Parteien für die Dreibundpolitik Stellung, auch der Wortführer der äußersten Linken, Ludwig Holló, erklärt, der Dreibund biete der Monarchie den gedeckten, gesicherten Zustand an ihren westlichen und südwestlichen Grenzen.

Am 28. November ernannte die medizinische Fakultät der deutschen Universität in Prag und am 23. Dezember die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Kolozsvár (Klausenburg) Kaiser Wilhelm II. zum Ehrendoktor.

Ende November verhandelt der Deutsche Reichstag das Schiffahrtsabgabengesetz (die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen), bei welcher Gelegenheit der Reichskanzler erklärt, er hoffe, daß die Verhandlungen mit den Nachbarstaaten, die auf der Basis derjenigen freundschaftlichen Beziehungen, in denen Deutschland mit seinen Nachbarn steht, geführt wurden, eine Verständigung ergeben werden.

Ohne jede besondere Emotion verläuft die Feier des fünfundzwanzigjährigen Gedenktages der Wahl Barzilais zum Abgeordneten von Rom. Dem Bankett präsidiert Bürgermeister Nathan, der in seiner Rede auch der Stadt Triest, der „Tochter der gemeinsamen Mutter Roma" gedenkt, was stürmische Hochrufe aut Trient und Triest auslöst.

Am 2. Dezember hielt San Giuliano in der italienischen Kammer zum Etat des Aeußeren eine längere Rede, in welcher

er den Dreibund als die feste Grundlage der Politik Italiens bezeichnete. Italien stehe zu seinen Bundesgenossen im Verhältnisse vollkommenster Parität. Bei den jüngsten Zusammenkünften der Minister der Dreibundstaaten sei weder die Erneuerung noch die Abänderung des Dreibundvertrages diskutiert worden; man habe nicht einmal neue Vereinbarungen über spezielle Fragen erörtert. Er sehe speziell keine Frage, die zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn führen könnte. In Bezug auf untergeordnete Fragen, nämlich Grenzzwistigkeiten (Zwölferkogelaffäre, Cima Dodici) hatten sich die beiden Regierungen bereits auf gewisse allgemeine Grundsätze zu ihrer Beseitigung geeinigt. Einen Irredentismus gebe es kaum mehr, seinen Kundgebungen lege man im Auslande viel größere Wichtigkeit bei, als sie verdienen, wodurch sie zu einem Hindernis werden, aus dem Bunde alle Früchte zu ziehen, die er tragen könnte. Was die Frage der Rüstungen betrifft, schließt sich der Minister der in den Delegationen Oesterreich-Ungarns geäußerten Ansicht an, die Rüstungen der beiden Staaten seien nicht gegeneinander gerichtet: daß vielmehr ein starkes Italien im Interesse Oesterreich-Ungarns liege und umgekehrt. Zum Schlusse erklärt der Minister, man sei auf dem besten Wege zu einem Abkommen über die Frage der Versicherung der italienischen Arbeiter in Deutschland.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg hielt in der ersten Lesung des Etats am 10. Dezember eine einstündige Rede, die vornehmlich dem Verhältnis Deutschlands zu England und Rußland galt. Seine Erörterungen über die auswärtige Politik leitete er mit folgenden Worten ein: „Zunächst will ich es nicht unterlassen, meinen Dank den Staatsmännern der beiden verbündeten Mächte auszusprechen, die in ihren Parlamenten unseren Beziehungen warme Worte gewidmet haben. Ich schließe mich ihnen voll an, denn ich finde in ihnen bestätigt, was mir die Herren in freundschaftlicher Unterhaltung hier und in Florenz gesagt haben“.

Zum Schlusse sei erwähnt, daß im Dezember dieses Jahres die mehrfach zitierten Denkwürdigkeiten Crispis auf dem Büchermarkt erschienen.

1911

Die Geschichte dieses Jahres führt in ferne Länder: Frankreich bemächtigt sich Marokkos, Deutschland findet seine Entschädigung im Kongogebiete, Italien führt Krieg um Tripolis und die Cyrenaika, Rußland dringt in Nordpersien vor, in Indien gärt es trotz der glanzvollen Kaiserkrönung, und in China erschüttert eine republikanische Revolution die bald 300 Jahre alte Herrschaft des Mandschustammes. Auch am goldenen Horn und auf den Hängen des Balkans züngeln Flammen auf und schon setzen in Rußland und an den Südgrenzen der Donaumonarchie jene militärischen Maßnahmen ein, die die Armeen dieser beiden Länder beinahe zwanzig Monate lang auf Kriegsstand stellen. Zwischen den Dreibundmächten klappt wohl auch nicht alles. In Italien fehlt es nicht an Stimmen gegen Deutschland, dem vorgeworfen wird, daß es die imperialistischen Pläne des jungen Königreiches nicht bundesfreundlich fördere und die Pressediskussion über eine unterbliebene Romreise des Deutschen Kaisers trug auch nicht dazu bei, die erregten Gemüter auf der Piazza di Monte Citorio zu beruhigen. Die Entsendung des „Panthers" löst gewisse Unstimmigkeiten aus, und vollends zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn herrscht zeitweilig ein ganz offener Gegensatz in den Auffassungen, der auch in den militärischen Rüstungen an der Grenze der beiden Staaten zum Ausdruck gelangt, umsomehr als die Irredenta sich wieder stärker zeigt denn je. Der Jubel rund um die Zwanzigjahrfeier des Bestandes der Liga Nazionale (Nachfolgerin der 1886 gegründeten und 1890 aufgelösten Societa Scuolastica pro Patria) gibt den offiziellen Kreisen dies- und jenseits von der Alpengrenze viel zu schaffen.

Zu Beginn des Jahres trübt keine Wolke die Beziehungen der Kabinette der Dreibundmächte. Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg und der Minister des Aeußeren Oesterreich-Ungarns Graf Aehrenthal sandten ihrem italienischen Kollegen San Giuliano anläßlich des Jahreswechsels warm gehaltene Glückwunschdepeschen, die der Marchese in gleich herzlichen Worten erwidert.

Am 24. Januar steht im volkswirtschaftlichen Ausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses die Frage der Schiffahrtsabgaben auf der Elbe und der Donau zur Diskussion und es wurde mit Zustimmung des Handelsministers Dr. Weiskirchner eine Resolution angenommen, in welcher die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe als den verschiedenen Verträgen widersprechend bezeichnet wird.

Am 30. Januar hält Graf Aehrenthal in Budapest vor dem

österreichischen Delegationsausschuß sein Exposé, in welchem er mit Genugtuung auf die jüngsten Reden seiner Kollegen in Berlin und Rom hinwies. An seine kurzen Ausführungen knüpfte der Jungtscheche Dr. Kramarz seine usuelle Brandrede gegen Deutschland und gegen den Dreibund, die Graf Aehrenthal mit seiner sofortigen Replik erfolgreich abwehrt. Am nächsten Tage spricht u. A. der Delegierte Baitoli, der seiner Ueberzeugung Ausdruck verleiht, das Bündnis mit Italien werde sich so lange nicht befestigen, als das Regierungssystem in Oesterreich sich nicht gründlich ändert.

Im Februar spukt wieder das Gespenst der italienischen Universität (der österreichische Budgetausschuß nimmt am 9. Februar einen Kompromißantrag des Abgeordneten Skedl an), die italienischen Blätter wettern gegen eine amtliche Verlautbarung der österreichischen Regierung, wonach die Volkszählung in Südtirol ein Zurückgehen der italienisch sprechenden Bevölkerung ergeben hätte, am 19. Februar tagt ein Kongreß der italienischen Sozialisten Oesterreichs, um dieselbe Zeit setzen die Beamten italienischer Nationalität in den südlichen Kronländern Oesterreichs mit der passiven Resistenz ein, Ricciotti Garibaldi erläßt einen Aufruf zu einer Freischarenlandung in Albanien — hingegen erleidet der Irredentismus eine empfindliche Niederlage dadurch, daß die Vereinigung zum Schutze der Italianität des Gardasees am 15. Februar ihre Auflösung aussprechen mußte, weil die Vertreter der Gardasee-Riviera die deutschfeindlichen, den Fremdenverkehr schädigenden Bestrebungen der Liga bekämpften. Der Besuch, den der Serbenkönig Peter Mitte Februar in Rom abstattet, wird von einem Teile der Wiener Presse nicht sehr sympathisch beurteilt — um dieselbe Zeit wird in den italienischen und in den reichsdeutschen Blättern mit einer unverkennbaren Nervosität die Frage eines Besuches Kaiser Wilhelms in Rom erörtert. Die radikale Presse Italiens führt das Unterbleiben einer Fahrt Kaiser Wilhelms zur Jubelfeier Italiens darauf zurück, daß der Papst angeblich alle Staatsoberhäupter hatte wissen lassen, er werde während des Jahres 1911 keines von ihnen empfangen. Der Deputierte Benedetto Cirmeni warnt die Freunde Italiens — in Rom sei noch immer Herr Barrère, der gewandteste und gefährlichste Gegner des Dreibundes, Botschafter Frankreichs ... Der ganzen Diskussion bereitet das „Berliner Tageblatt“ ein Ende, indem es von sehr gutunterrichteter Seite meldet, es hätten bezüglich einer Reise des Kaisers nach Rom zwischen dem Berliner Hofe und dem Quirinal keinerlei private oder diplomatische Pourparlers stattgefunden.

Am 17. März widmet der Präsident des Deutschen Reichs-

tages, Graf Schwerin-Löwitz, Worte warmer Sympathie der Fünfzigjahrfeier des Königreiches Italien (nur einige Zentrumsmitglieder blieben demonstrativ sitzen, während das Haus sich erhob); die aus dieser Sitzung nach Rom abgesandte Depesche wird von der italienischen Kammer mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Zu Beginn des Monates März gelangen die Ausweisungen tschechischer Arbeiter aus Preußen in der in Budapest tagenden Delegation zur Sprache; es wird eine Resolution angenommen, welche das Auswärtige Amt auffordert, im Interesse der „Freizügigkeit" der Arbeiter zu intervenieren.

Am 24. März stattet das Deutsche Kaiserpaar auf seiner Reise nach Venedig dem Wiener Hofe einen kurzen Besuch ab.

Am 2. April hält Fürst Bülow bei der Eröffnung des deutschen Pavillons der Internationalen Kunstausstellung in Rom eine Ansprache an den König, in welcher er die „Gemeinsamkeit der die beiden Länder verbindenden Interessen und Erinnerungen" hervorhebt. Am 5. April trifft das Deutsche Kronprinzenpaar in Rom ein. Bei dem am 6. April im Quirinal veranstalteten Galadiner brachte König Viktor Emanuel einen Trinkspruch aus, in welchem er den Besuch des Kronprinzenpaares als eine Kundgebung und ein Unterpfand der intimen Freundschaft Italiens und Deutschlands bezeichnet: „Nach den großen, eng mit einander verknüpften Ereignissen, von denen die italienische und die deutsche Einheit ihren Ursprung genommen haben, hat sich eine internationale Situation ergeben, die durch die wirksame Mitarbeit des Dreibundes Europa eine lange Friedensperiode gesichert hat und sichert". Kronprinz Friedrich Wilhelm erinnerte in seiner Antwort an die Depesche, die Kaiser Wilhelm I. an König Viktor Emanuel nach der Mailänder Zusammenkunft im Jahre 1875 gerichtet hatte („Wir und unsere Söhne müssen immer Freunde bleiben") und fügt hinzu: „Die Freundschaft zwischen den Dynastien und den Völkern hat sich durch Generationen erhalten und im Bunde mit Oesterreich-Ungarn die Form eines Bündnisses angenommen, das durch mehr als dreißig Jahre zur Erhaltung des Weltfriedens beigetragen hat". An demselben Tage stellt sich das neuernannte Kabinett Giolitti in der Kammer vor, bei welcher Gelegenheit der Premier das „unbedingte treue Festhalten an unseren Bündnissen" betont.

Die Frage der Unterstützung der deutschen Marokkopolitik durch Oesterreich-Ungarn wird sowohl im Monat Mai als auch später, gelegentlich der Entsendung des „Panther" nach dem Hafen von Agadir, lebhaft diskutiert. Der Scharfmacherei einiger österreichischer Blätter gegenüber verweist das „Fremdenblatt", das offiziöse Organ des Wiener Auswärtigen Amtes, die Zeitungs-

meldungen über Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Marokkofrage in das „Gebiet der Fabel"; dasselbe Blatt veröffentlicht am 4. Juli eine offiziöse Kundgebung, in welcher der Standpunkt Oesterreich-Ungarns präzisiert wird: Rückkehr zur Algecirasakte und Aufrechterhaltung der in diesem Vertrage niedergelegten Grundsätze. Dieser Standpunkt der Donaumonarchie wird in amtlichen Berliner Kreisen als „durchaus begreiflich" bezeichnet. Ueberdies erklärte der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Hédervâry am 5. Juli im ungarischen Abgeordnetenhause auf eine Anfrage des Deputierten Grafen Batthyâny, „Marokko liege abseits von den Bundespflichten Oesterreichs-Ungarns". Interessant ist die Haltung der italienischen Presse, die diese Frage ganz vom Gesichtspunkte der tripolitanischen Interessen Italiens aus beurteilt. Nicht nur die „Tribuna" (die Italiens Interessen im Mittelmeere bei seinen Freunden und Verbündeten in besten Händen weiß), sondern auch „Giornale d'Italia", „Popolo Romano" und „Corriere d'Italia" nehmen für Deutschland Stellung, nicht ohne aber auch die Consulta zu ermahnen, daß Italien bei diesem Streite, der ja unbedingt mit einem Ausgleiche enden werde, nicht leer ausgehe. „Giornale d'Italia" wendet sich speziell an die Adresse des Deutschen Reichskanzlers, indem es der Hoffnung Ausdruck gibt, er werde sich jetzt auch nicht gegen die Aufrechthaltung des zwischen Frankreich und Italien im Jahre 1900 geschlossenen Tripolisvertrages[1] sträuben. Die „Stampa" in Turin betont mit besonderem Nachdruck, Italien sei nur wegen seiner Mittelmeer-Interessen in den Dreibund eingetreten und fordert Deutschland auf, jetzt den Wechsel, den es Italien gegeben, einzulösen. Diese Mittelmeer-Interessen Italiens betont auch das Programm der Anfangs September in Florenz gegründeten monarchistisch-nationalen und liberalen Partei. Um dieselbe Zeit meldet die „Preßzentrale", Italien habe Frankreich unverkennbar zu verstehen gegeben, daß im Kriegsfalle Italien Deutschland gegenüber seinen Bundespflichten auf das entschiedenste nachkommen würde.

Am 7. Juni hielt Graf Guicciardini, Minister des Aeußern unter Sonnino, in der Kammer eine Rede, in welcher er darüber Klage führt, Italien sei durch das geringe Vertrauen, das in den Beziehungen zu seinen Verbündeten herrsche, in eine Lage geraten, die einer Isolierung gleichkomme. Diesen Ausführungen, sowie den Angriffen, die der Deputierte Foscaris am 7. Juni gegen den Dreibund richtete, tritt der Minister des Aeußern Marchese di San Giuliano am 9. Juni entgegen, indem er mit

[1]) Nicht 1900, sondern 1899 (Konvention vom 21. März 1899), siehe 1899.

besonderer Wärme die Notwendigkeit des guten Einvernehmens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn verfocht. Eine Anfrage, die der Deputierte Cirmeni am 12. Juni an die Regierung richtete, ob es wahr sei, daß durch Kontrakt ein vor den Toren von Tripolis gelegener großer Landbesitz teils durch Verkauf, teils pachtweise deutschen Kapitalisten abgetreten sei, bleibt unbeantwortet [1]. Am 21. Juni gibt San Giuliano im Senat programmatische Erklärungen über die äußere Politik Italiens ab, die einerseits das Festhalten am Dreibund, anderseits das vollständige Einvernehmen Italiens mit Oesterreich-Ungarn bezüglich der Balkanfragen feststellen.

Die Thronrede des Kaiser-Königs Franz Josef vom 18. Juli spricht von dem „innigen Verhältnis zu unseren Verbündeten" und kündigt eine neuerliche Vorlage betreffend eine italienische Rechtsfakultät an.

Die Diskussion über die Marokkofrage gewinnt im August neue Nahrung durch einen in der Nummer 16885 (vom 25. August) der Wiener „Neuen Freien Presse" publizierten Artikel „Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten in der Friedensfrage", in welchem ein „englischer Diplomat in wichtiger Stellung" Deutschland ermahnt, sich zu mäßigen, da seine herausfordernde Haltung einen Konflikt bedeutet, in welchem England Frankreich zur Seite sein werde; auch Oesterreich-Ungarn kann es nicht bequem sein, jetzt seinen Verbündeten mit dem Marokkofeuer wieder spielen zu sehen und Italien kann keinen Zustand herbeiwünschen, in welchem es genötigt wäre, innerhalb der Tripelallianz gegen die Tripelentente sich zu entscheiden. Gegen diese Ausführungen nimmt schon Tags darauf, in der „Neuen Freien Presse" selbst, der Legationsrat a. D. Hermann vom Rath entschieden Stellung. Der Artikel, den Dr. Sigmund Münz verfaßt hatte und der die Ansichten des englischen Botschafters am Wiener Hofe Sir Fairfax Leighton Cartwright wiedergab, erregt in Deutschland begreiflicherweise ungeheures Aufsehen. In der „Neuen Freien Presse" äußert sich am 27. August der Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher" Professor Hans Delbrück und am 29. August Dr. Paul Michaelis. Am 28. August telegraphierte Sir Fairfax Cartwright der „Neuen gesellschaftlichen Korrespondenz", er lehne „die Verantwortung für anonyme, in den Zeitungen erscheinende Artikel, deren Ursprung schlecht unterrichtete Leute ihm zuschreiben", ab. Am 12. September erhält das Wiener „Vaterland" von dem Sekretär des Botschafters folgende Mit-

---

[1]) Es handelt sich um etwa hundert Hektar, die Herr v. Lochow von Engländern gekauft hat, um sie mit tunesischen Arbeitern zu bewirtschaften, was einzelnen radikalen sozialistischen Zeitungen in Rom und Mailand Anlaß zu Angriffen gegen Deutschland bietet.

teilungen: „Das in der ‚Neuen Freien Presse‘ veröffentlichte Interview decke sich nicht mit dem tatsächlichen Inhalte des kurzen Gespräches, das Sir Fairfax Cartwright mit Dr. Münz geführt hatte. Die einzige Kritik, die Sir Fairfax übte, war, daß er das Verlangen der Alldeutschen als übertrieben darstellte. Die Person des Deutschen Kaisers ist mit keinem Worte erwähnt worden. Die Richtigkeit des Gesagten gehe aus einem Briefe hervor, den Cartwright nach dem Erscheinen des Interviews von Dr. Münz erhielt, ein Brief, der auch die ‚Neue Freie Presse‘ um eine Berichtigung bat, die aber nicht Aufnahme fand“. Daran knüpft sich wieder ein ganzer Rattenkönig von Erklärungen. Die Diskussion wird durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit der Erklärung abgeschlossen, die kaiserliche Regierung habe auf ihre Anfrage bei der großbritannischen Regierung die Mitteilung erhalten, daß der englische Botschafter in Wien weder den bekannten Artikel der „Neuen Freien Presse“ inspiriert, noch die ihm von dem Verfasser des Artikels zugeschriebenen Aeußerungen getan habe. Die Angelegenheit (die bona fides des Redakteurs Dr. Münz wurde in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festgestellt) kommt auch im österreichischen Abgeordnetenhause zur Sprache: Die Abgeordneten Dr. Gustav Groß und Genossen interpellieren über den Cartwright-Rummel, doch erklärt der Ministerpräsident Baron Gautsch, die Regierung sei nicht in der Lage, sich über diese Angelegenheit zu äußern.

Anfangs September begeben sich der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand sowie der Marinekommandant Admiral Graf Montecuccoli nach Kiel, um den Manövern der deutschen Flotte beizuwohnen.

Am 30. September eröffnete die italienische Eskader das Bombardement auf Tripolis. Deutschland übernimmt den Schutz der Italiener in der Türkei und den der Türken in Italien. Der Sultan wendet sich an den Deutschen Kaiser mit dem Ersuchen, für den Frieden zu intervenieren; die Antwort Kaiser Wilhelms wird offiziell nicht publiziert, laut einer Meldung des „Lokal-Anzeigers“ soll sie dem Bedauern Ausdruck gegeben haben, daß die Bemühungen der Deutschen Regierung fruchtlos geblieben seien. Am 11. Oktober interpelliert Graf Albert Apponyi im ungarischen Reichstag, doch wird die Interpellation vorerst nicht beantwortet. Am 24. Oktober äußern sich die beiden Ministerpräsidenten Gautsch und Khuen über die Haltung der Monarchie im italienisch-türkischen Konflikt. An demselben Tage beginnt das österreichische Abgeordnetenhaus die Verhandlung der Vorlage über die italienische Rechtsfakultät. Die italienische Presse quittiert die freundschaftlichen Aeußerungen der Premiers

der Donaumonarchie mit Dank und erklärt, Italien werde diese Haltung nie vergessen.

Am 4. November nachmittag um fünf Uhr wurde in Berlin das Marokko-Kongo-Abkommen unterzeichnet.

Am 30. November erfolgt der Rücktritt des Chefs des Generalstabes der österreichisch-ungarischen Armee Freiherrn Conrad von Hötzendorf. Die Demission des Generals wird auf politische Motive, auf einen Konflikt mit dem Minister des Aeußern Grafen Aehrenthal zurückgeführt: Freiherr von Conrad wollte verstärkte Rüstungen an der italienischen Grenze, wogegen Graf Aehrenthal Einsprache erhob. Das „Berliner Tageblatt" knüpfte daran die Bemerkung, die Politik des Generalstabschefs hätte das Ende des Dreibundes bedeutet und einen österreichisch-italienischen Krieg mit seinen unübersehbaren Folgen in greifbare Nähe gerückt. An demselben Tage veröffentlicht der „Budapesti Napló" ein Telegramm des italienischen Ministerpräsidenten Giolitti, in welchem dieser die Nachricht der Wiener „Reichspost", Italien werde demnächst aus dem Dreibunde austreten, als einfältige Erfindung bezeichnet, die „umsoweniger begründet sein kann, weil sie von Verhandlungen mit dem Botschafter Barrère sprach, der seit längerer Zeit von Italien abwesend ist".

Ende Dezember treten die Delegationen der Parlamente Oesterreichs und Ungarns zu einer Vorsession zusammen. Sowohl in seinem kurzen Exposé der Graf Aehrenthal wie auch die meisten Delegierten sprechen sich sehr warm für die Dreibundpolitik aus, registrieren mit Genugtuung den Abschluß des Marokko-Konfliktes und geben der Hoffnung auf baldige Beendigung des italienisch-türkischen Krieges Ausdruck.

1912

Das Jahr der sechsten Erneuerung des Dreibundes. Sie erfolgte bei weit geöffneten Toren des Janus Quirinus. Den türkisch-italienischen Krieg, der fast dreizehn Monate gedauert hat, beendet der Friede von Lausanne und just zu derselben Stunde entbrannte der Krieg an den Hängen des Balkan. Und kaum hatten die Kriegführenden (mit Ausnahme Griechenlands) einen Waffenstillstand geschlossen, wurde die vorzeitige Erneuerung des Dreibundes (der erst im Juni 1914 abgelaufen wäre) proklamiert.

Der Würdigung dieses Ereignisses schicke ich die Chronik des Jahres voran:

Am Neujahrstage tauschen die leitenden Minister der Dreibundstaaten herzliche Glückwunschdepeschen aus. In den ersten Tagen des Januar tritt zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn eine Verstimmung ein, die auch in den Artikeln zum Ausdrucke gelangt, die der österreichisch-ungarische Vizeadmiral d. R. Chiari und der Chefredakteur des italienischen militärischen Fachblattes „Preparazione“, Hauptmann Chitaro, in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichen. Die Schwierigkeiten des tripolitanischen Feldzuges steigern die Nervosität in Italien, wo gewisse militärische Maßnahmen, welche die Donaumonarchie an der italienischen Grenze traf, als ein feindseliger Akt beurteilt werden. Auch eine Rede des Freiherrn von Fuchs in einer Ausschußsitzung des katholischen Bauernbundes zu Salzburg erhöht die österreichfeindliche Stimmung der römischen Presse. In Oesterreich verstimmt der Spionageprozeß Simonides (versuchte Ausspähung der Befestigung Polas[1]).

Der deutsche Staatssekretär von Kiderlen-Wächter trifft am 20. Januar zu zweitägigem Aufenthalte in Rom ein. Ueber seine Unterredung mit San Giuliano wird offiziös gesagt: „Das Thema des Gespräches war durch die gemeinsamen Interessen der Dreibundstaaten an der Erhaltung des Friedens und des Statusquo auf dem Balkan gegeben, wobei die vollkommene Uebereinstimmung der zwei Staatsmänner in allem und jedem festgestellt werden konnte“. Es wird auch gegenüber den Meldungen mehrerer Blätter festgestellt, der deutsche Staatssekretär habe dem Marchese di San Giuliano keine Friedensvorschläge unterbreitet. Trotz diesem offiziösen Dementi bleibt speziell das „Giornale d'Italia“ dabei, Deutschland interveniere für einen Frieden, den Italien nicht annehmen könne und knüpft daran die folgenden Bemerkungen: „Der Augenblick ist für die Gefühle des italienischen Volkes inbezug auf den Dreibund entscheidend. Der Dreibund müsse dem Volke als ein echtes und rechtes Bündnis mit den ernstesten Bürgschaften für jedes seiner Mitglieder erscheinen. Es sei das erstemal, daß Italien seine Verbündeten auf die Probe stellt, und es wäre sehr eigentümlich, wenn die Verbündeten Italien einen Frieden anraten wollten, der seinen Interessen nicht voll entspräche“. Als Kiderlen-Wächter Italien verließ, richtete er von der deutschen Grenze eine äußerst warm gehaltene Dankesdepesche an den italienischen Minister

[1]) Diese Spionageangelegenheiten ziehen sich durch das ganze Jahr: So werden im Februar der Kommandant der italienischen Finanzwache in Riva Luigi Morganti (vom Kreisgericht in Rovereto jedoch am 5. Juni freigesprochen) und der Italiener Paluzzi verhaftet.

des Aeußern, die dieser sofort beantwortet. In der Depesche des Marchese di San Giuliano heißt es: „Es war mir ein lebhaftes Vergnügen, mit Ihnen Beziehungen wechselseitiger Sympathie und persönlicher Freundschaft anzuknüpfen, die unsere gemeinsame Arbeit nur leichter und angenehmer gestalten können".

Am 29. Januar weilte Erzherzog Franz Ferdinand in Berlin, um mit dem Grafen von Turin als Paten der Taufe des vierten Sohnes des Kronprinzen und der Kronprinzessin beizuwohnen. In einer offiziösen Note wird konstatiert, daß sich der Deutsche Kaiser am 31. Januar, als er wie alljährlich zur Jahreswende des Todestages des Kronprinzen Rudolf dem Botschafter Szögyény-Marich einen Besuch abstattete, „sehr befriedigt" über seine Aussprache mit dem Erzherzog Franz Ferdinand geäußert habe.

Die Thronrede, mit welcher der Deutsche Reichstag am 7. Februar im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin eröffnet wurde, betont die Pflege „unserer Bündnisse mit der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Königreich Italien".

Das Hinscheiden des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußeren Grafen Alois Aehrenthal (17. Februar) und die Ernennung seines Nachfolgers, des Grafen Leopold Berchtold, (18. Februar) lösen in Deutschland und Italien warme Kundgebungen für den Dreibund aus. Die Berliner Presse hofft, die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns werde sich in jenen Bahnen weiterbewegen, die Aehrenthal ihr gewiesen; auch die italienische Presse anerkennt die Beweise der loyalen Gesinnung, die Aehrental Italien gegeben. Ministerpräsident Giolitti nennt in seiner Beileidsdepesche den Grafen Aehrenthal den „treuen und loyalen Freund der italienischen Nation". In der Depesche des Marchese di San Giuliano heißt es: „Die von Tag zu Tag herzlicheren und intimeren Beziehungen zwischen den beiden befreundeten und verbündeten Ländern werden sich fortgesetzt enger knüpfen und befestigen". Graf Berchtold telegraphierte an seinen italienischen Kollegen: „Graf Aehrenthal hatte es als ganz besondere Herzenssache betrachtet, die intimen Beziehungen zwischen den beiden befreundeten und verbündeten Ländern immer enger zu knüpfen. Das persönliche Verhältnis, in dem der Verblichene so glücklich war zu Eurer Exzellenz zu stehen, hat nicht minder als die vollkommene Uebereinstimmung, die er zwischen Ihren Anschauungen und den seinigen herzustellen wußte, in hohem Maße zu dem vollen Erfolge seiner Bemühungen beigetragen, die jenem Zwecke galten. Von den gleichen Gefühlen beseelt, nehme ich mir vor, den Weg zu wandeln, den der Verblichene vorgezeichnet hat . . . . ." Marchese di San

Giuliano antwortet mit folgendem Telegramm: „Die Gefühle, denen Eure Exzellenz Ausdruck zu verleihen die Güte haben und die ich vollkommen teile, werden in Italien ein sympathisches Echo finden. Ich bin von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß meine Beziehungen zu Eurer Exzellenz, gegründet auf dasselbe gegenseitige Vertrauen, auf dieselbe Uebereinstimmung der Anschauungen, die mich mit dem illustren Staatsmanne, dessen Verlust wir lebhaft beklagen, verbunden hat, dazu beitragen werden, die Intimität zwischen unseren beiden befreundeten und verbündeten Ländern immer enger zu knüpfen". Auch zwischen Berchtold und Bethmann Hollweg wurden herzliche Depeschen gewechselt. Graf Berchtold betont in seinem Telegramme, Graf Aehrenthal habe in dem Dreibund die unverrückbare Grundlage seiner Politik erblickt, er selbst trete das reiche Erbe inniger und vertrauensvoller Beziehungen mit der zuversichtlichsten Hoffnung auf die bundesfreundliche und tatkräftige Unterstützung des Deutschen Kanzlers an. In seiner Antwortdepesche gibt der Kanzler seiner festen und frohen Ueberzeugung Ausdruck, daß die „vertrauensvollen bundesfreundschaftlichen Beziehungen in gedeihlichster Weise sich fortentwickeln werden" nnd versichert den Grafen Berchtold, daß er in fester Bundestreue seine Politik, wo er könne, unterstützen werde.

Am 23. März traf der Deutsche Kaiser auf der Fahrt nach Korfu zu eintägigem Besuche des Kaiser-Königs Franz Josef in Wien ein und begab sich von dort nach Venedig, wo er eine Begegnung mit dem König Viktor Emanuel hatte, die von der italienischen Presse als „gutes Zeichen für die Fortdauer des Dreibundes" und als „neue Feuertaufe des Dreibundes" bezeichnet wird; von Venedig reiste der Deutsche Kaiser nach Brioni, wo er dem österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand einen Besuch abstattete.

Eine interessante Rede hielt der neuernannte bayrische Ministerpräsident Dr. Freiherr von Hertling (Führer des bayrischen Zentrums, der in Rom oft zwischen Staat und Kirche interveniert hatte) am 28. März in der Etatsdebatte im bayrischen Landtag. Dr. Hertling sagte u. a.: „Ein Vorredner hat auf die Gefahr hingewiesen, die aus der Berufung meiner Person an die Spitze des bayrischen Ministeriums der deutschen Politik erwachsen könne. Er hat gemeint, es sei Italien gegenüber keine Aeußerung der Höflichkeit. Anderswo las man sogar, der Friede könnte dadurch bedroht werden, es könnte zu Verwicklungen mit Italien kommen. Ich sei ein Feind des Dreibundes. Meine Ernennung hat jedoch in Italien, und das könnte mir beinahe leid tun, gar kein Aufsehen gemacht." Der Ministerpräsident

protestiert dagegen, daß er je der Zertrümmerung des Dreibundes und der Wiederherstellung des alten Kirchenstaates das Wort geredet habe und wiederholt tags darauf diese Erklärung mit dem Hinzufügen: „Ich sehe in dem Bestande des Dreibundes eine Garantie gegen den europäischen Krieg, das war früher meine Meinung, und sie ist es auch jetzt noch".

Der neue österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Berchtold erstattete am 30. April in der ungarischen Delegation sein Exposé, in welchem es u. a. heißt: „Als festgefügte, in der Flucht der Jahre und der Ereignisse erprobte und bewährte Grundlage des europäischen Staatensystems haben wir den Dreibund übernommen und wollen demselben treu bleiben, treu seinem Wortlaute, treu seinem Geiste, treu namentlich auch der erhabenen Friedensidee, welcher er, den Intentionen seiner erlauchten Initiatoren zufolge zu dienen berufen ist. Innerhalb des Dreibundes steht unser Verhältnis zum Deutschen Reiche unentwegt im Zeichen innigsten Einvernehmens. Im Laufe jahrzehntelangen Zusammengehens und Zusammenhaltens zur Ausdrucksform eines innigen Solidaritätsbewußtseins geworden, besitzt dasselbe in dem unverbrüchlichen Freundschaftsverhältnisse der beiden Monarchen seine höchste Weihe. Die kürzliche Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm in Schönbrunn als Gast unseres allergnädigsten Herrn hat diese glückliche Tatsache wiederum in Erscheinung treten lassen und den verbündeten Herrschern Gelegenheit gegeben, das auf tief gewurzelte Traditionen gegründete und nach übereinstimmenden Endzielen eingestellte außerpolitische Wirken der zwei Zentralmächte neuerdings zu bestätigen und zu bekräftigen. In gleicher Weise tragen unsere Beziehungen zu Italien unverändert den Stempel des engen Bundesverhältnisses. Die Wärme des Tones, in welchem die Beileidskundgebung des Marchese di San Giuliano anläßlich des Ablebens meines Vorgängers gehalten war, hat Zeugnis gegeben von dem hohen Werte, den man in Rom den loyalen Bestrebungen des Grafen Aehrenthal beilegte, das Verhältnis der Alliierten möglichst vertrauensvoll zu gestalten. Ich habe nicht versäumt, die Kundgebung des italienischen Staatsmannes herzlich zu erwidern und ihn zu versichern, daß mit dem Personenwechsel keine Aenderung unserer Politik eingetreten sei". Sowohl die reichsdeutsche als auch die italienische Presse bespricht das Exposé mit großer Sympathie; das „Berliner Tageblatt" rühmt an der Rede Berchtolds den freundlichen Ton, den sie Italien gegenüber anstimmt, der eine Gewähr für die Fortdauer des europäischen Friedens sei, während „Popolo Romano" gegenüber den Bemerkungen des Grafen Berchtold über die Sondervereinbarungen der verbündeten mit nichtverbündeten

Mächten seinen ausdrücklichen Vorbehalt ausspricht, mit dem Hinzufügen, daß derartige Vereinbarungen die Bundesverträge verletzen könnten. In der Sitzung der österreichischen Delegation vom 1. Mai interpelliert der Delegierte Graf Skarbek über die „Gefahr der Ausdehnung der preußischen Ausnahmsbestimmungen gegen österreichische Arbeiter slavischen, insbesondere aber polnischen Stammes auf andere deutsche Bundesstaaten".

In der denkwürdigen Sitzung des Deutschen Reichstages vom 18. Mai (Aeußerungen Kaiser Wilhelms über Elsaß-Lothringen) bringt der Abgeordnete Spahn in der Etatsdebatte die Frage des Schutzes der österreichischen Arbeiter in Deutschland zur Sprache. Tags darauf bespricht Dr. David die Besetzung einer Anzahl von Inseln im Aegäischen Meere durch Italien und meint, es sei wahrscheinlich zwischen England und Italien ein Abkommen getroffen worden, welches den Dreibund gefährden und den Einfluß anderer Mächte, besonders auch Oesterreichs, auf dem Balkan aufs Aeußerste einschränken würde. Oertel und Bassermann gingen auf die deutsch-österreichischen Beziehungen ein, wobei sie feststellen zu können glaubten, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber Deutschland manchmal eine gewisse Kühle gezeigt habe, hoben aber mit Genugtuung die Wärme hervor, mit der Graf Berchtold in seinem Exposé von den deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen gesprochen hat. In derselben Sitzung lehnte Staatssekretär Delbrück eine vom Zentrum eingebrachte Resolution ab, welche eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ausländischer Landarbeiter verlangte, und erklärte, die Regierung könne auf ihr Ausweisungsrecht nicht verzichten.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren Graf Berchtold begab sich am 23. Mai nach Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet dem Gast einen warmen Begrüßungsartikel. Der Kaiser verleiht dem Grafen den Schwarzen Adler-Orden. Ein offizielles Communiqué über die in Berlin gepflogenen Konferenzen besagt, man habe in Berlin volles Verständnis für die konservativen Ziele der österreichisch-ungarischen Politik und sehe auch ein, welch großen Wert für die Nachbarmonarchie infolge ihrer geographischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan die ungestörte Erhaltung der Ruhe im Osten Europas besitze[1].

Am 29. Mai statteten die Berliner Stadtverordneten der

---

[1]) Aehnlich äußert sich auch der Sekretär des Grafen Berchtold, Graf Hoyos, in der „Vossischen Zeitung" vom 26. Mai; er betont, die Begegnung habe den Beweis eines durchaus ungetrübten vollen Einvernehmens erbracht.

Stadt Wien einen Besuch ab, bei welcher Gelegenheit äußerst warme, bundesfreundliche Reden gewechselt wurden. Am 30. Mai erschien Oberbürgermeister Kirschner bei Kaiser Franz Josef in Audienz.

Im Juni verbreiten französische Blätter die Nachricht, Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätten gegen die Besetzung weiterer türkischer Inseln durch Italien Protest erhoben: diese Nachricht wird in Berlin und Wien offiziell dementiert, die „Tribuna" registriert diese Dementis mit dem Hinzufügen, diese Gerüchte hätten lediglich den Zweck, speziell zwischen Rom und Wien Mißtrauen zu erregen. Am 7. Juni behauptet „Giornale d'Italia", die Deutsche Botschaft in Konstantinopel verhindere im türkischen und im deutschen Interesse die von Rom aus befürwortete Heimkehr der italienischen Arbeiter der anatolischen Eisenbahnen; hingegen versichert „Popolo Romano", daß die Italiener mit wenigen Ausnahmen den wirksamen Schutz ihrer Landsleute in der Türkei durch Deutschland dankbar anerkennen. Die Verhandlung des Wehrgesetzes im österreichischen Abgeordnetenhause am 19. Juni gibt dem Obmann des deutschnationalen Verbandes Dr. Gustav Groß Anlaß darauf hinzuweisen, die Bündnispflicht gegenüber Deutschland verlange, daß Oesterreich die Kräfte, die es zur Verfügung hat, auch zur Verfügung stelle: „Wir haben eine Dankespflicht zu erfüllen, für die tatkräftige Unterstützung, die uns das Deutsche Reich und sein Kaiser in schweren Tagen gewährt haben".

Als Zeichen des sich immer bessernden Einvernehmens zwischen der Donaumonarchie und Italien wird in der reichsdeutschen Presse die allerdings unkontrollierbare Mitteilung verbreitet, der in Wien am 9. und 10. Juli stattgehabte gemeinsame Ministerrat habe die Forderungen des Kriegsministers, speziell betreffend die Befestigungen in Tirol, abgelehnt.

Aus Anlaß des Geburtsfestes des Kaiser-Königs Franz Josef fand am 18. August auf Schloß Wilhelmshöhe eine Frühstückstafel statt, zu der die Herren der österreichisch-ungarischen Botschaft geladen waren. Beim Mahle brachte der Kaiser einen Trinkspruch aus auf den „treuen Freund und festen Verbündeten".

Am 19. August begibt sich der österreichisch-ungarische Minister Graf Berchtold zu einem zweitägigen Besuch nach Sinaia, um dem König von Rumänien einen Besuch abzustatten. Die Reise Berchtolds hat die mannigfachsten Kombinationen im Gefolge, „Journal des Débats" nennt sie einen „Bündnisbesuch", doch scheinen, wie die späteren Ereignisse beweisen, keine positiven Abmachungen getroffen worden zu sein.

Am 7. September trifft der Deutsche Reichskanzler zu zweitägigem Besuch als Gast des Grafen Berchtold in Buchlau ein.

Er erwidert ihm den Besuch, den Graf Berchtold in Berlin abgestattet hat. Das über die Besprechungen ausgegebene offizielle Communiqué konstatiert die „beiderseitige volle Uebereinstimmung über alle augenblicklich schwebenden Fragen der allgemeinen äußeren Politik, insbesondere diejenigen des nahen Orients". Auch in Rom setzt man, wie die „Tribuna" und die „Vita" konstatieren, volles Vertrauen in die Verhandlungen der beiden Minister. In der Thronrede, mit welcher Franz Josef die österreichische und ungarische Delegation eröffnet, heißt es u. A.: „Gestützt auf unser enges und durch viele Jahre bewährtes Bündnis mit dem Deutschen Reiche und mit Italien, wird unsere auswärtige Politik nach wie vor von dem Bestreben geleitet, bei Wahrung der Interessen der Monarchie zur Erhaltung des Friedens beizutragen". An demselben Tage hält Graf Berchtold sein Exposé; er konstatiert in seiner Rede bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland die „vollständige Uebereinstimmung der letzten Ziele der beiden Kabinette" und kündigt seinen Besuch am italienischen Hofe an, wodurch die Beziehungen der Kabinette von Wien und Rom an Klarheit und Vertrauen nur noch gewinnen können. Das Exposé, welches vorwiegend der Motivierung der Anregung des Grafen Berchtold zu einem Meinungsaustausch der Mächte über die Lage auf dem Balkan gewidmet ist, wird in Berlin und in Rom sehr günstig aufgenommen. In den Delegationen finden fast alle Redner für den Dreibund warme Worte. Die „Perseveranza" erblickt in dem Ergebnis der Delegationsberatungen den Beweis der unerschütterlichen Festigkeit des Dreibundes. Nach der am 18. Oktober (um 3 Uhr 45 Minuten in Ouchy) erfolgten Unterzeichnung des Friedens von Lausanne zwischen Italien und der Türkei bespricht „Popolo Romano" die Haltung der Verbündeten während des Krieges: „Ganz abgesehen von der vollkommen korrekten Haltung der verbündeten Regierungen gegenüber Italien genügen uns die post mortem ans Tageslicht gekommenen Dokumente von Rohlfs, um festzustellen, daß Kaiser Wilhelm II. persönlich den entschiedensten Widerstand gewissen Einflüsterungen entgegensetzte, welche zur Besitzergreifung der Cyrenaika drängten, welche Besetzung ihm während der dreiunddreißigjährigen Regierung Abdul Hamids ein leichtes gewesen wäre. Ebenso haben wir niemals der mutigen und loyalen Haltung des Grafen Aehrenthal einige Tage nach unserer Kriegserklärung an die Türkei vergessen". Zwei Tage nach dem Friedensschlusse begibt sich Graf Berchtold zur Begegnung mit dem italienischen Minister San Giuliano nach Pisa. Von Pisa fuhr der Graf nach San Rossore, wo er vom König Viktor Emanuel in Audienz empfangen wurde. Der Minister überreichte dem König ein Handschreiben

[illegible] das Kolier [illegible]

[illegible]

[illegible] Rumänien [illegible] Ansichten [illegible] Balkanfragen [illegible] Regierungen [illegible] mit Unterstützung [illegible] des allgemeinen [illegible] für die Situation [illegible] wurde [illegible] die Verhandlungen [illegible] Delegationen die Veränderung [illegible] unterzeichnet [illegible] dürfte die [illegible] San Rossore [illegible].

[illegible] die Berliner und die Wiener [illegible].

[illegible] Kommissar [illegible] Berufsoffiziere [illegible] keine [illegible] bekannt wird [illegible] dem Balkan [illegible].

[illegible] in Berlin und [illegible] diese [illegible] Kaiser [illegible] mit einem sehr [illegible] in Berlin [illegible] eine [illegible] zwischen [illegible] ge- [illegible] zu einer [illegible] Diplomat [illegible] Salzburger-Marsch [illegible].

[illegible] österreichischen [illegible] dem Bestande der [illegible] durch die

Thronrede). Das Exposé spiegelt den vollen Ernst der Situation wieder, ist jedoch, wie die „Neue Freie Presse" konstatiert, eher auf Frieden, denn auf Krieg gestimmt. Der Minister gedenkt vorerst des Friedensschlusses von Lausanne: „Wir haben das Unsrige dazu beigetragen, um den Friedensschluß zu erleichtern und unmittelbar nach demselben die Souveränität Italiens über Libyen anerkannt. Ich möchte mit dem Ausdrucke aufrichtiger Genugtuung erwähnen, daß unser Alliierter auf diese Weise zu dem seit Dezennien von ihm angestrebten Ziele gelangt ist und ein weites Feld gefunden hat, die hohe Kultur des Heimatlandes auf fremden Boden zu verpflanzen ...... Gelegentlich meiner kürzlichen Anwesenheit in Italien konnte ich mich überzeugen, daß unsere Haltung hinsichtlich des vom Königreiche mit der Türkei geführten Krieges nicht nur seitens der Regierung, sondern auch von der Bevölkerung vollauf gewürdigt wird. Die sympathische Aufnahme, welche mir im verbündeten Königreiche zuteil wurde, möchte ich nicht in letzter Reihe auch auf diesen Umstand zurückführen. Der warme Widerhall aber, den diese Stimmung bei uns gefunden hat, kann als Bürgschaft für eine Festigung des Allianzverhältnisses, mithin auch des Dreibundes, dienen". Der überwiegende Teil des Exposés war naturgemäß dem Balkankriege gewidmet. Bezüglich der Aktion Poincarés konstatiert Graf Berchtold, Oesterreich-Ungarn habe im innigsten Einvernehmen mit seinen Verbündeten und in reger Fühlung mit Rußland und England an dieser Aktion teilgenommen. Die tags darauf in der Hofburg zu Budapest von Franz Josef verlesene Thronrede betont ebenfalls das Einverständnis mit den verbündeten Mächten. Bei Verhandlung des auswärtigen Etats in der österreichischen Delegation führt der Delegierte Dr. Ellenbogen aus, man gebe sich einer Täuschung hin, wenn man fortwährend auf die deutsche Rückendeckung hinweise, in Deutschland sei in der ganzen öffentlichen Meinung ein entschiedener Widerwille dagegen zu konstatieren, sich wegen der angeblichen österreichischen oder anderer Interessen militärisch auf dem Balkan zu engagieren. Dr. von Grabmayr meint, heute gelte in der öffentlichen Stimmung Italiens die Erneuerung des Dreibundes wohl als selbstverständlich, Oesterreich erwarte jedoch, daß Italien allen irredentistischen Velleitäten ein Ende bereite, wogegen Oesterreich bei voller Wahrung seiner staatlichen Autorität die österreichischen Italiener gut zu behandeln habe. Im weiteren Verlaufe der Debatte konstatierte Graf Berchtold, im Vorjahre sei die österreichisch-italienische Grenzkommission zusammengetreten, die voraussichtlich im nächsten Jahre ihre Arbeiten beenden wird, doch sei schon jetzt über die wichtigsten Fragen ein Einvernehmen erzielt worden; dies gelte auch be-

züglich der Frage der Schiffahrt auf dem Gardasee. Die Delegierten Stapinski, Wolf und Jedrzejowicz besprechen die Enteignungspolitik Preußens. In der ungarischen Delegation konstatiert der Referent Franz Nagy, die dreibundfreundliche Stimmung in Italien sei ein wahrer Lichtstrahl an dem gegenwärtig düstren Horizont. Am 9. November wurde der Deutsche Botschafter, Herr von Tschirschky, in der Budapester Hofburg in Audienz empfangen, welche Audienz übereinstimmend mit den Mobilisierungsmaßnahmen Oesterreich-Ungarns, die bald darauf zur Durchführung gelangten, in Zusammenhang gebracht wurde. Auch der italienische Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, hatte zu derselben Zeit mehrfache Besprechungen mit dem Grafen Berchtold.

Das zwanzigjährige Botschafterjubiläum des Grafen Szögyény gibt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 9. November Gelegenheit, den greisen Diplomaten als den Träger der deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnispolitik zu feiern.

Am Geburtstage des Königs Viktor Emanuel wechseln Franz Josef I. und der König von Italien herzliche Depeschen.

Am 15. November konstatiert die „Politische Korrespondenz" (Wien) in einer Berliner Zuschrift „von kompetenter Seite", das „feste und unverrückbare Zusammenstehen des Dreibundes zur Wahrnehmung der Interessen Oesterreich-Ungarns an der Adria, die mit denjenigen Italiens übereinstimmen sei zweifellos".

In der Sitzung der österreichischen Delegation vom 15. November hielt der frühere Botschafter in Rom, Graf Lützow, eine bemerkenswerte Rede. Er deutete auf die Flottenverschiebungen der Ententemächte im Mittelmeer hin und sagte, daß diese Vorgänge dem italienischen Volke den Nutzen des Dreibundes lebhaft vor Augen geführt haben und die Wirkung werde vielleicht eine dauernde und nachhaltige sein. Graf Lützow wies die Anschauung zurück, daß das Allianzverhältnis mit Italien nur ein platonisches wäre. Er sei überzeugt, daß der Dreibund nach jeder Richtung hin seine Aufgaben erfüllen könne, allerdings sei es notwendig, daß Oesterreich-Ungarn seine Flotte ausgestalte, um auch außerhalb der Adria kräftig auftreten zu können. Der Diplomat, der sechs Jahre hindurch Botschafter in Rom gewesen, hob zum Schlusse die Notwendigkeit hervor, die Frage der italienischen Fakultät, welche für die Stimmung der italienischen Intelligenz von so großer Wichtigkeit sei, endlich aus der Welt zu schaffen. Diesen Ausführungen gegenüber betont Dr. Kramarz, Oesterreich habe nur ein Lebensinteresse auf dem Balkan und das gehe dahin, Italien vom Balkan politisch fernzuhalten. In der Sitzung vom 18. November kennzeichnet Graf Berchtold als die wesentlichen Richtlinien seiner Politik: „das treue Fest-

halten an dem bestehenden festgegründeten Bundesverhältnisse und die konsequente Verfolgung einer maßvollen, keine territoriale Expansion anstrebenden, aber unsere Interessen fest im Auge behaltenden Realpolitik". Am 19. November konstatiert der Minister, daß hinsichtlich der Unabhängigkeit Albaniens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien volle Eintracht bestehe und daß auch heute noch jene Grundlage für die albanische Politik vorhanden sei, welche seinerzeit der italienische Minister des Aeußern der italienischen Kammer bekanntgegeben hatte. In derselben Sitzung bespricht der Delegierte Dr. von Langenhan die preußische Polenpolitik und erhebt dagegen Protest, daß die Bündnispolitik Oesterreich-Ungarns von einer innerpolitischen Angelegenheit nicht einmal des ganzen Deutschen Reiches, sondern eines einzelnen deutschen Bundesstaates abhängig gemacht werden solle: „Wir Deutsche in Oesterreich halten am Dreibunde und insbesondere am Bündnis mit Deutschland fest, nicht nur weil es uns ein Herzensbedürfnis ist, sondern vor allem aus dem Grunde, weil wir überzeugt sind, daß die von uns eingegangene Bündnispolitik für die ganze Monarchie die einzig richtige ist". Warme Worte für den Dreibund findet auch der Referent der österreichischen Delegation Marquis de Bacquehem. Vielfach bemerkt wurde, daß Kaiser-König Franz Josef bei dem Empfang der Delegationen am 18. November, zu den italienischen Delegierten Degasperi und Spadaro bemerkte, es sei die höchste Zeit, daß die italienische Universitätsfrage endlich gelöst werde.

Hier sei auch erwähnt, daß während der Tagung der Delegationen Graf Stefan Tisza in Arad seinen Rechenschaftsbericht erstattete, in welchem er u. a. sagte: „Gegenüber der riesigen Völkerflut, welche uns vom Osten mit der Ueberschwemmung bedroht, zieht sich in Mitteleuropa eine Verteidigungslinie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere, eine Verteidigungslinie, als deren Kerntruppe die Deutsche Nation zu betrachten ist und als deren ergänzender Teil und naturgemäßer Bundesgenosse die ungarische und die rumänische Nation erscheinen".

Am 16. November veröffentlicht der „Corriere d'Italia" eine Unterredung seines Wiener Korrespondenten mit dem italienischen Botschafter am Wiener Hof Herzog von Avarna, in welcher der Herzog erklärte, Italien nehme bezüglich eines serbischen Hafens an den adriatischen Küsten wesentlich dieselbe Haltung ein, wie Oesterreich-Ungarn. In der Tat gehen Oesterreich-Ungarn und Italien in der Balkankrise vollständig Hand in Hand, die Differenzen treten erst im kommenden Jahre zu Tage. Die Unterstützung, welche Italien Oesterreich-Ungarn zuteil werden läßt, löst in Rom heftige Angriffe gegen San Giuliano aus. Die

Abgeordneten Barzilai, Torre und Bissolati wettern in Volksversammlungen und Interviews dagegen, daß sich „Italien von Oesterreich-Ungarn ins Schlepptau nehmen lasse“. Am 24. November führt die „Tribuna“ aus, daß sich die Interessen Italiens mit denen Oesterreich-Ungarns vollständig decken; demgegenüber erklärte der ehemalige Minister Orlando in einer in seinem Wahlkreise Pactinico gehaltenen Rede, die Unabhängigkeit Albaniens sei nicht unvereinbar mit gewissen Wünschen Serbiens.

Am 21. November scheidet der italienische Botschafter in Berlin, Cavaliere di Pansa, von seinem Posten; die Ernennung Riccardo Bollatis zu seinem Nachfolger wird in Berlin sehr sympathisch aufgenommen.

Am 22. November traf Erzherzog Franz Ferdinand in Berlin ein. An demselben Tage weilte auch der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, Feldmarschalleutnant Schemua, einige Stunden in Berlin, wo er eine längere Unterredung mit dem Chef des preußischen Generalstabes, General der Infanterie von Moltke, hatte. Die Zusammenkunft des Thronfolgers der Donaumonarchie mit dem Deutschen Kaiser, sowie die Besprechung der Generalstabschefs wurden mit den zu dieser Zeit stark in den Vordergrund tretenden Gerüchten über russische Rüstungen in Zusammenhang gebracht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hieß den „erlauchten Gast herzlich willkommen“ und gab der Ansicht Ausdruck, daß der „persönliche Gedankenaustausch Sr. k. u. k. Hoheit und Sr. Majestät von besonderem Werte sei und nur gute Früchte tragen könne“. Die „Vossische Zeitung“ erklärt, der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Berlin werde den Eindruck verstärken, daß die Dreibundmächte der Balkankrise in voller Einmütigkeit gegenüberstehen. Von seiner Reise zurückgekehrt erstattete der Thronfolger am 25. November dem Kaiser-König Franz Josef in längerer Audienz Bericht. Mit der Besprechung Schemuas mit Moltke wird auch die Reise des Armeeinspektors Conrad von Hötzendorf nach Bukarest (29. November) in Zusammenhang gebracht.

Am 29. November erklärte Staatssekretär Kiderlen-Wächter der Korrespondentin des Budapester Blattes „Az Est“, Frau Margit Vészi, zwischen der Deutschen Regierung und der österreichisch-ungarischen Monarchie sei die „Harmonie, die Eintracht und das Zusammenwirken vollkommen“.

Am 2. Dezember eröffnete Reichskanzler von Bethmann Hollweg die Etatsdebatte mit einer bedeutsamen Rede, die etwa zwanzig Minuten dauerte und die er gegen seine sonstige Gewohnheit unter Benützung eines Manuskripts vortrug. Den Höhepunkt der Rede bildete die Erklärung, daß Deutschland, wenn einer seiner Bundesgenossen bei der Geltendmachung

seiner Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen oder in seiner Existenz bedroht werden sollte, fest und entschlossen an dessen Seite zu treten habe: „und dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten; ich bin fest überzeugt, daß wir bei einer solchen Politik das ganze Volk hinter uns haben werden". Sämtliche Redner aus dem Hause brachten dann ihre Zustimmung zu dieser Erklärung des Reichskanzlers zum Ausdruck. Nur der erste Redner, der Sozialdemokrat Ledebour, protestierte dagegen, daß mit der Erklärung des Kanzlers den Verbündeten eine Art Blankovollmacht zu jeder Maßnahme ausgestellt werde. Dr. Spahn vom Zentrum gibt seiner Genugtuung ob der erheblichen Annäherung zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn Ausdruck und streift im Laufe seiner Rede auch die Polenfrage. Graf Kaunitz erklärt, Deutschland wünsche wohl den Frieden, aber nur den Frieden in Ehre, der Deutschlands Machtstellung und die seiner Verbündeten aufrechthält. Bassermann polemisiert mit Dr. Spahn bezüglich der Polenfrage, die keine internationale, sondern lediglich eine preußische Frage sei und sagt im weiteren Verlaufe seiner Rede: „Wird Oesterreich angegriffen, so stehen wir ihm fest und entschlossen zur Seite". Der erste Redner des folgenden Tages, der Führer der fortschrittlichen Volkpartei v. Payer gab dem Wunsche Ausdruck, daß Deutschland nicht ohne Grund von Oesterreich in einen Krieg hineingezogen werde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David erklärt, seine Partei sei wohl für das Bündnis mit Oesterreich und auch für die Aufrechthaltung des Dreibundes, doch protestiert er gegen die Machenschaften der Wiener klerikalen Kriegspartei, hinter welcher Erzherzog Franz Ferdinand stehe. Der Zentrumsabgeordnete Fürst Löwenstein tritt diesen Ausführungen entgegen; von einer Kriegspartei in Oesterreich könne nicht gesprochen werden, auch nicht davon, daß der Thronfolger ein Vertrauensmann des Zentrums wäre. „Ich habe", sagte der Fürst, „persönlich die Ehre, diesen neuen und erprobten Freund Deutschlands zu kennen, und ich kann mich nicht rühmen, sein Vertrauensmann zu sein". Der Fürst trat dann mit noch größerer Entschiedenheit als die anderen Redner dafür ein, daß Deutschland seine Bündnispflicht auch mit den Waffen in der Hand erfüllen müsse und erklärte, daß es sich um ganz andere Fragen handle als um die eines serbischen Adriahafens oder eines unabhängigen Albaniens. Der konservative Agrarier Dr. Oertel wünscht, der Dreibund möge eine „dreieckige glückliche Ehe" sein; die Dame Italia habe sich früher gern eine Extratour geleistet — — wir

glauben, daß diese Dame jetzt wieder zu ihrem ehrlichen früheren Tänzer zurückgekehrt ist. Oertel dankt schließlich dem Reichskanzler dafür, daß er das scharfe, volkstümliche Wort „fechten“ gebraucht habe. Auch der Nationalliberale Freiherr von Richthofen erklärte es für Deutschlands Pflicht in dieser schwierigen Lage an der Seite Oesterreichs zu stehen.

Die Rede des Reichskanzlers, die die „Neue Freie Presse“ einen „hohen Festtag für das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn“ nennt, findet naturgemäß im Donaubecken freudigen Widerhall. Im österreichischen Abgeordnetenhause hielt am 3. Dezember der Obmann des deutschen Nationalverbandes Dr. Groß eine Rede, die der Ausdruck dieser Stimmung war. „Das Deutsche Reich und seine Vertreter können“, erklärte Dr. Groß unter stürmischem Beifall der Linken, „überzeugt sein, daß wir Gleiches mit Gleichem vergelten werden und daß wir gleichfalls zuunseren Bundesgenossen in Not und Gefahr stehen werden — — Treue um Treue sei unser Losungswort und diesem Worte mögen sich alle Völker Oesterreichs anschließen“. Auch die Budapester Presse schlägt die wärmsten Töne an; „Magyar Nemzet“, das offiziöse Organ der ungarischen Regierung, erklärt, der Rede des Deutschen Reichskanzlers komme eine welthistorische Bedeutung zu. Die reichsdeutsche Presse billigt ebenfalls fast ausnahmslos die Ausführungen des Reichskanzlers. Die „Vossische Zeitung“ führt aus, der Reichskanzler habe mit seiner Erklärung durchaus im Geiste Bismarcks gehandelt und sagt: „Oesterreich-Ungarn als ungeschwächte Großmacht ist ein Lebensbedürfniss für das Deutsche Reich, eine notwendige Voraussetzung für das europäische Gleichgewicht“. Die italienische Presse, speziell die „Tribuna“, „Popolo Romano“ und „Vita“, geben der Versicherung Ausdruck, auch Italien werde in der Bundestreue nicht hinter Deutschland zurückbleiben. Die englische Presse anerkennt den „eminent friedliebenden Geist“ der Rede, nur die französischen Blätter üben heftige Kritik an ihr, insbesondere der „Temps“ wettert dagegen, daß Bethmann Hollweg den ursprünglichen Defensivvertrag in einen Offensivvertrag verkehrt habe.

Am 6. Dezember kündigt San Giuliano in der italienischen Kammer eine gemeinsame Demarche Italiens und Oesterreich-Ungarns wegen Valona an und an demselben Tage erklärt die „Tribuna“ in einer offiziösen Note, Italien könne nie zugeben, daß die albanische Küste in die Hände der Serben und Griechen falle.

In den Sonntagsblättern vom 8. Dezember wird in Berlin, Wien und Rom gleichzeitig die Erneuerung des Dreibundes publiziert. Die erste parlamentarische Diskussion über die Er-

neuerung des Dreibundes findet in der italienischen Kammer statt. In der Sitzung vom 18. Dezember macht der italienische Minister des Aeußeren Marchese di San Giuliano der Kammer offizielle Mitteilung von der vollzogenen Erneuerung des Dreibundvertrages. San Giuliano nannte in dieser seiner Rede den Dreibund eine Bürgschaft des Friedens für ganz Europa und eine Bürgschaft der Sicherheit für die drei Mächte, die den Dreibund bilden. Der Dreibund garantiere alle Interessen Italiens, es gab keinen Grund ihn abzuändern, und es hat auch keine von den drei verbündeten Mächten irgend eine Abänderung verlangt. San Giuliano, der Verfasser der „Albanischen Briefe“ [1], äußerte sich eingehend über die Identität der Interessen Italiens und Oesterreich-Ungarns in der albanischen Frage und machte der Kammer zum Schlusse die Mitteilung, er habe anläßlich der Ernennung des Freiherrn von Conrad zum Chef des Generalstabes der österreichisch-ungarischen Armee vom Grafen Berchtold auf freundschaftlichem Wege die Versicherung erhalten, diese Erneuerung stehe in keinem Zusammenhange mit der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns [2].

[1]) Deutsch bei Dieterich in Leipzig.

[2] General Conrad wurde am 11. Dezember 1912 zum Generalstabschef ernannt, nachdem er ein Jahr vorher von dieser seiner Stelle zurückgetreten war, welcher Rücktritt damals damit in Zusammenhang gebracht wurde, daß General Conrad militärische Maßnahmen an der italienischen Grenze durchführen wollte. (Siehe 1911.)

Die jüngste Erneuerung des Dreibundes

Am 7. Dezember 1912 wurde von den offiziellen Telegraphenagenturen in Berlin, Wien, Budapest und Rom die folgende gleichlautende Note verlautbart:

„Der zwischen den Souveränen und den Regierungen von Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien bestehende Bündnisvertrag ist ohne jede Aenderung erneuert worden".

Der Vertrag wäre erst im Juli des Jahres 1914 abgelaufen. Die Balkankrise hatte die Dreibundmächte zu dieser demonstrativen Erneuerung geführt und sie veranlaßt, diese Erneuerung auch öffentlich kundzugeben. Es kann nicht Zweck dieses Werkes sein, die Rückwirkungen des auch heute, Ende 1913, noch nicht vollständig liquidierten Balkankrieges, des türkischen Dramas und der bulgarischen Tragödie auf den Dreibund zu analysieren, es sei nur darauf hingewiesen, daß die Situation Ende 1912 an die Lage Europas im Spätherbste 1879 und an die Sturmzeit der ersten Wochen des Jahres 1888 erinnert. Just vor einigen Monaten hat sich das dritte Jahrfünft seit des Altreichskanzlers Heimgang gerundet. Und was sein Seherblick 1879 und 1888 geschaut, ist auch heute der Vollbeweis seiner Staatsmannskunst.

„Cauchemar des coalitions" — — dies Wort hat Gortschakow auf Bismarcks Bündnisängste geprägt. Und dieses hämische Wort des geistreichen Russen klang uns auch aus dem Kriegslärm an den Hängen des Balkans entgegen: Rußland und seine Allslavenidee. Die Furcht, daß Italien sich mit Oesterreich alliieren könnte, hieß Bismarck schon 1865 in Paris durch Nigra das Bündnis mit dem Hause Savoyen anregen. Das Schutz- und Trutzbündnis, das er am 7. Oktober 1879 in Wien unterzeichnen ließ, hatte die Besorgnis geboren, Oesterreich-Ungarn könnte sich mit Rußland gegen Deutschland verbünden. Frankreichs Liebeswerben um Rußland war die Triebfeder des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, das wegen Afghanistan bedroht war, und die Hamburger Enthüllungen[1] sollten ein Kaltwasserstrahl für die Hitzköpfe in Frankreich sein, die nach dem Tode des Fürsten Lobanow an der Newa gegen Deutschland hetzten. Und als Bismarck am 3. Februar 1888 zur

[1]) Näheres hierüber in dem 1913 erschienen Werke Hermann Hofmanns: „Fürst Bismarck".

Veröffentlichung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses schritt, waren es dieselben russischen Drohungen und Machenschaften, die in den Tagen der großen Abrechnung auf dem Balkan einen europäischen Krieg zu entfachen drohten. Damals wurde jedoch der Wortlaut des „Friedensbundes" veröffentlicht, während 1912 die Kabinette den Telegraphenagenturen nur ein wortkarges Communiqué übermittelten. Merkwürdig: alle großen Staatsverträge (mit Ausnahme des Instrumentes, das Bismarck und Andrássy entworfen hatten), auf denen die gesamte europäische Politik des neunzehnten und des zwanzigsten Jahrhunderts ruht, werden in den Staatskanzleien als siebenfach gesiegeltes Geheimnis gehütet. Ueber den Inhalt des Dreibundvertrages ist auch jetzt Authentisches nicht bekannt, Bismarck soll sogar den Ausspruch getan haben, die Struktur dieses Vertrages behindere es, daß er selbst nach seinem Ablaufe bekannt werden könne. (Auch der Wortlaut des französisch-russischen Allianzvertrages vom 20. August 1891 ist bisher nicht veröffentlicht worden.) Die jüngste Erneuerung des Dreibundes decken ebenfalls dichte Schleier. Aus dem Wortlaute der offiziellen Note geht nur soviel hervor, daß ein einziger Vertrag besteht und daß dieser ohne Aenderung erneuert wurde. Auch über die Laufdauer des neuen Vertrages ist keine amtliche Verlautbarung erfolgt. In Berlin und in Wien wurde offiziös verbreitet, der Vertrag wäre wieder auf sechs Jahre abgeschlossen worden. Die „Tribuna" hingegen behauptete, die drei vertragschließenden Staaten hätten sich für einen Zeitraum von sieben Jahren verpflichtet. Andere Quellen (auch Wirth in seiner „Weltgeschichte der Gegenwart") sprechen von einer Laufdauer bis 1926, trotzdem die „Tribuna" in einer offiziösen Note (9. Dezember 1912) die Meldung, als ob die Erneuerung eine Verbindlichkeit für den Zeitraum von zwölf Jahren, (vom Jahre 1914 an gerechnet) festgesetzt habe, als unrichtig bezeichnete. Für das Jahr 1926 spricht folgende Kombination: hätte 1912 die Erneuerung nicht stattgefunden, so wäre, vorausgesetzt, daß keine der drei Mächte von der vereinbarten Kündigungsfrist Gebrauch macht, die Verlängerung des Vertrages um sechs Jahre von selbst eingetreten. Der Vertrag wäre also bis 1920 in Kraft geblieben. Nimmt man nun an, daß man in Berlin und in Wien gut unterrichtet war und die sechsjährige Verlängerung von 1920 an zählt, so gelangt man zur Jahreszahl 1926. Der von der „Tribuna" festgelegte Ablaufstermin ist jedoch das Jahr 1919.

Die Unterzeichnung des Vertrages soll übereinstimmenden Meldungen zufolge Donnerstag am 5. Dezember in Wien erfolgt sein, indem der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern,

Graf Berchtold, der deutsche Botschafter Heinrich von Tschirschky und Bögendorff und der italienische Botschafter Herzog von Avarna ihre Unterschriften unter die Vertragsurkunde setzten. Die Ratifizierung ist am 7. Dezember vollzogen worden, welchen Tag Graf Berchtold in seinem Exposé am 19. November 1913 als den „Tag der Erneuerung" bezeichnete. Der Unterzeichnung des Vertrags sollen längere Verhandlungen vorausgegangen sein, hauptsächlich über die Frage, ob man den Vertrag von selbst weiterlaufen lassen oder ihn von neuem unterzeichnen solle. Besonders überraschte die Tatsache, daß der Vertrag unverändert erneuert wurde. Es verlautete immer, konstatierte auch die „Neue Freie Presse", daß Italien die Aufnahme der Abmachungen über Albanien in den Dreibundvertrag anstrebe, daß es eine Ausdehnung der Vertragsbestimmungen auf die Mittelmeerfragen wünsche und daß es Gewicht darauf lege, seinen neuen Besitz in Afrika expressis verbis unter den Schutz der durch den Vertrag gewährleisteten territorialen Integrität zu stellen. Nichts von dem geschah, so daß anzunehmen ist, daß auch keine Notwendigkeit obwaltete, an dem Texte des Vertrages etwas zu ändern: weder die Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel noch die Annexion der nordafrikanischen Provinzen durch Italien hatten Anlaß geboten, den Vertrag zu revidieren.

Die demonstrative Erneuerung des Vertrages wurde natürlich in der gesamten Presse lebhaft diskutiert.

Interessant ist, daß die Londoner Presse, wohl nicht mit jener Aufrichtigkeit, mit welcher sie die Unterzeichnung des ersten Dreibundvertrages begrüßt hatte, aber doch mit nicht zu leugnender Sympathie den erneuerten Dreibund als eine Stütze des europäischen Friedens bezeichnet. Die russische und die französische Presse trägt einmütig, wie auf eine ausgegebene Parole, größte Ruhe zur Schau und betont insbesondere, durch die Erneuerung des Dreibundes sei nicht die geringste Aenderung in der allgemeinen Lage herbeigeführt worden.

In den Dreibundstaaten selbst wird die Kunde mit großer Befriedigung aufgenommen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb: „Der Dreibund hat sich seit seiner Errichtung als ein dauernder Friedensfaktor in der Gruppierung der europäischen Mächte eingelebt und sich durch seine Festigkeit als ein entschiedenes Friedenselement bewährt. Seine Erneuerung dürfte nirgends eine Ueberraschung bieten. Immerhin können wir es als erfreuliches Anzeichen betrachten, daß seine formelle Erneuerung gerade jetzt erfolgt ist. Es ist dies ein Beweis, daß die drei Verbündeten von seiner Wirksamkeit befriedigt waren". Ein Berliner Tele-

gramm der „Kölnischen Zeitung" erblickt in der Veröffentlichung der Verlängerung des Dreibundes den Willen der verbündeten Mächte, vor Beginn der Londoner Verhandlungen noch einmal vor der Welt den nicht mißzuverstehenden Beweis vollkommener Einigkeit abzulegen. Die „Vossische Zeitung" konstatiert, die Befriedigung ob der bedeutungsvollen Kunde sei lebhaft und ungeteilt. Das „Berliner Tageblatt" hofft, die Erneuerung werde nirgends Befürchtungen erregen und auch nirgends den Gedanken aufkommen lassen, daß der Dreibund sich aus der Versicherungsgesellschaft in eine Erwerbsgesellschaft verwandeln wolle. Die „Neue Freie Presse" schrieb: „In der österreichisch-ungarischen Monarchie wird die Genugtuung über den erneuten Abschluß des Dreibundvertrages allgemein sein. Er war seit dreißig Jahren ein Schutz des Friedens und wird hoffentlich die gleiche Wirkung auch in der jetzigen schweren Krise haben. Von großer Bedeutung ist, daß die Erneuerung in dem Augenblicke veröffentlicht wird, in welchem der Zusammentritt der Botschafter in London bereits bevorsteht, wo der Dreibund als geschlossene Einheit auftreten wird. Eine der wichtigsten Voraussetzungen des europäischen Friedens und des Gleichgewichtes ist somit gesichert und starken Intriguen wurde ein Riegel vorgeschoben". Die „Tribuna" fügt der Meldung von der Erneuerung des Dreibundes folgende Ausführungen an: „Es wird niemand überraschen, daß der Dreibund alle unsere Interessen gewährleistet. Wegen seiner Natur als Defensivallianz bildet er die Garantie des europäischen Friedens. Italien weiß, daß niemand die Absicht hat, es anzugreifen. Das Bewußtsein aber, daß Italien bei der Verteidigung der Integrität der unter seiner Fahne stehenden Gebiete nicht allein steht, bildet stets einen großen Faktor der Sicherheit. Der Dreibund brauchte nicht abgeändert zu werden, und er wird wie in der Vergangenheit auch weiterhin friedliche und Verteidigungsziele verfolgen, die nicht nur gute und herzliche Beziehungen zu den dem Dreibunde nicht angehörigen Mächten nicht ausschließen, sondern sogar solche miteinbegreifen".

„Corriere d'Italia" bezeichnet den Dreibund als eine Garantie der Festigkeit für Italien und der ruhigen Entfaltung seiner Wirksamkeit im Konzert der europäischen Mächte. „Italie" betont, der Dreibund bleibe der Angelpunkt der Politik Italiens. „Popolo Romano" bringt seine lebhafte Befriedigung über den vollzogenen Pakt zum Ausdruck. „Vita" beteuerte, Italien habe vor der Besitznahme Libyens geschwankt, jetzt werde Italien nicht mehr umkehren. Nur „Giornale d'Italia" wirft die Frage auf, ob es gelingen werde, die Divergenz in den Anschauungen der Donaumonarchie und Italiens in der serbischen Frage aus-

zugleichen — — eine berechtigte Frage, denn diese Divergenz löste auch in den kommenden krisenschwangeren Monaten manche Unstimmigkeit zwischen den beiden Alliierten aus . . .

In Rom ist aber im Großen und Ganzen das Gefühl allgemein, daß Italien durch die Anlehnung an Deutschland und Oesterreich-Ungarn an europäischer Bedeutung gewonnen hat. Trotz der allitalienischen Zusammenkunft in Torli hat der Irredentismus seit der Annexion von Tripolis seine Wirkung auf die Massen eingebüßt, und selbst in den weitesten Kreisen ist die Erkenntnis gereift, daß die Entwicklung Griechenlands zur Seemacht und Cartagena die Interessen Italiens von Tripolis bis Rhodus bedrohen. Italien, dem Karthago entgangen, das aber jetzt das Land der Syrten besitzt, ist ein verläßlicher Bundesgenosse geworden. Und wer denkt in Oesterreich an die längst vergangene Zeit, da Habsburg (1815) sein Hoheitsrecht über das lombardisch-venetianische Königreich verkündet hatte . . . .

Der Dreibund umfaßt beinahe die alten Grenzen des heiligen römischen Reiches[1] von der Ostsee bis an die afrikanische Küste, von den Vogesen bis zum Eisernen Tore an der unteren Donau; und ihm ist zu danken, daß Nietzsches Wort nicht zur Wahrheit wurde: „Im 20. Jahrhundert wird der Zar der Herr Asiens und Europas sein". Ad multos annos.

[1]) Siehe das Kapitel „Der Dreibund" in Wirths „Weltgeschichte der Gegenwart".

Anhang:

Der Inhalt des Dreibundes

Eine diplomatische Untersuchung

von Dr. Hans F. Helmolt

Im Grunde genommen ist es eine — je nach dem Standpunkt oder der Weltanschauung — drollige oder zum Nachdenken auffordernde Erscheinung, daß wir von dem Hauptvertrage, der seit einem Menschenalter einen sehr beträchtlichen, wenn nicht den wesentlichen Teil unserer auswärtigen Beziehungen beherrscht, der Urkunde über das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich, Oesterreich-Ungarn und Italien, so gut wie gar nichts wissen. Selbst wenn wir von den natürlich sehr knapp gehaltenen Artikeln in Band V und XXI des „Großen Meyer" absehen, so bietet zwar Max Fleischmann in seinen (einer zweiten, erweiterten Auflage dringend bedürftigen) „Völkerrechtsquellen in Auswahl" (Halle 1905) die Fassung des neunundsiebziger Bündnisses nach dem Reichsanzeiger vom 3. Februar 1888; aber über seine Erweiterung zum Dreibunde durch den Beitritt Italiens sagt er, wie er sich anmerkungsweise verteidigt, kein einziges Wort, weil eben amtlich kein Vertragstext veröffentlicht worden ist. Eigentlich ein schönes Zeichen für den ungeheuern Schatz an rückhaltlosem, ja rührendem Vertrauen, das auch die neuzeitlichen Völker den verantwortlichen Leitern ihrer äußeren Geschicke entgegenbringen! Das Einzige, was den Mangel an allgemein zugänglichem Urkundenstoff über den Dreibund einigermaßen wettmachen kann, liegt vor im Abdruck einer römischen Mitteilung der Kölnischen Zeitung vom 27. Februar 1887 im XXVIII. Bande von Schultheß' Europäischem Geschichtskalender (Nördlingen, Beck, 1888).

Dazu kam Anfang Oktober 1913 eine achtseitige Abhandlung von Dr. Heinrich Friedjung, überschrieben „Der Inhalt des Dreibunds", in der neuen Cottaschen Monatsschrift „Der Greif". Seiner wuchtigen Autorität unterwarfen sich ohne weitere Nachprüfung fast alle in deutscher Sprache schreibenden Zeitungen, die sich überhaupt mit diesem Thema befaßten. Zweifel an einigen neuen Aufstellungen Friedjungs veranlaßten jedoch den Verfasser dieser Zeilen, dem Problem methodisch auf den Leib zu rücken. Dieser Versuch entfesselte eine lebhafte Polemik, in deren Verlauf sich namentlich die „Kreuzzeitung" und die „Deutsche Tageszeitung" rückhaltlos, die „Grenzboten" unter Vorbehalten auf die Seite des Angreifers stellten. Die sachlichen Hauptergebnisse, wie sie sich vor allem in einer Reihe von

Untersuchungen, die die „Weser-Zeitung“ vom 13. bis 18. Dezember 1913 brachte, kristallisiert hatten, sollen nun im Rahmen eines Anhanges zu Arthur Singers verdienstvoller Arbeit dem Urteil eines größeren Publikums unterbreitet werden.

Ausdrücklich und absichtlich nenne ich Singers Werk verdienstvoll, weil es, soweit dies angesichts der Verschlossenheit der staatlichen Archive hinsichtlich aller neueste zeitlichen Urkunden eben möglich ist, nach mühsamen Studien alles Erreichbare systematisch zusammenträgt. Wie nutzlos es ist, eine amtliche Veröffentlichung zu erhoffen, mußte z. B. das „Neue Pester Journal“ erfahren, das am 12. November 1911 unter dem Titel „Eine Frage“ einen bemerkenswerten Artikel veröffentlichte:

> „Was steht denn in dem Vertrage, der uns mit Italien verbündet? Und ist nicht die Zeit gekommen, uns, das heißt die einzige Macht, welche unmittelbare Nachbarin Italiens und der Türkei ist, über den Inhalt dieses Vertrages und die Verpflichtungen aufzuklären, die Graf Kálnoky (eigentlich schon Baron Haymerle) vor mehr als dreißig Jahren mit Italien eingegangen ist? Sachlich erschiene die Publikation wenigstens der wichtigsten Bestimmungen des Vertrages gerade heute sehr notwendig, für beide Teile ersprießlich, ja im Interesse des europäischen Friedens geboten. Sie würde vor allem negativ den Nutzen haben, Mißverständnissen vorzubeugen, welche die Bevölkerungen der beiden Großmächte gegeneinander zu hegen beginnen und unberechenbaren Schaden anrichten können. Denn Allianzen werden zwar von Diplomaten geschlossen; bei ihrer Erhaltung aber spielen die öffentliche Meinung und die Gefühle der Völker eine wichtige Rolle.
>
> Wir sind überzeugt, daß in den Verträgen, welche Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit Italien geschlossen haben, von einem Landerwerb für dieses Königreich keine Rede sein kann.
>
> Das Maß der Verpflichtung — ja, das ist das Wort, das unser Verlangen und seine Dringlichkeit am besten ausdrückt und beleuchtet. Es ist die höchste Zeit, daß das italienische Volk und auch das unsere über dieses Maß aufgeklärt werden. Gewiß ist die Tripelallianz für einen Kriegsfall geschlossen worden, aber ebenso einleuchtend, daß dabei nur, wie im Gasteiner Vertrage, an einen Verteidigungskrieg gegen Angriff von außen gedacht werden konnte“.

Berechtigt war diese Frage, die auch manchem Reichsdeutschen seit Jahren auf dem Herzen gelegen haben mag, sicherlich sehr. Aber das Budapester Blatt hätte sie sich trotzdem ersparen können. Sagt doch schon Julius von Eckardt in

seinen Betrachtungen „Berlin-Wien-Rom“ (1892): „Dem Fürsten Bismarck wird ein Ausspruch zugeschrieben, nach welchem der Inhalt der unter seiner Waltung zwischen Berlin, Wien und Rom geschlossenen Verträge niemals, auch nicht im Fall einer Auflösung des Dreibundes, vollständig an die Oeffentlichkeit treten werde. Das nämliche scheint nicht nur von der Bündniserneuerung, sondern auch von den Vorgängen zu gelten, welche derselben vorhergingen“. Ja, nicht einmal über das harmlose Datum des Beitritts Italiens zum Zweibunde, das man auf den 20. Mai 1882 zu fixieren pflegt, ist etwas Authentisches zu erfahren.

Selbst in den zünftigen Diplomatenkreisen ist die genaue Kenntnis vom Inhalt der wichtigsten Verträge ziemlich dürftig. Wenn ich nicht falsch unterrichtet bin, pflegt in einem der Dreibundstaaten folgendes Verfahren Platz zu greifen:

Kenntnis erhalten nur Ministerpräsident und Minister des Aeußern; selbst den übrigen Ministerkollegen gegenüber wird der Text geheim gehalten. Die Urkunde bleibt in der höchsteigenen Verwahrung des Premiers oder des Außenministers; daß Subalterne (Kanzlisten u. dergl.) sie lesen, ist ausgeschlossen. Lediglich die Amtsnachfolger der beiden Minister haben Zutritt zum Originale; die Diplomaten, die damit vertraut zu sein haben, werden nur mündlich davon unterrichtet und machen sich Eigentumsnotizen zu strengster Geheimhaltung. Wäre es nicht so, wir wüßten viel mehr, als es der Fall ist. Schon daraus aber möge der dankbare Leser ableiten, wie wertvoll schließlich auch das kleinste Steinchen wird, da es erst zusammen mit vielen anderen ein in seinen Konturen leidlich deutliches Mosaik liefert.

* * *

Die von Zeit zu Zeit in dreibundfeindlichen Blättern aufgestellte und im Oktober 1913 von dem Wiener Historiker Friedjung als richtig zugegebene Behauptung, der Dreibundvertrag enthalte — irgendwo — eine besondere Bestimmung über ein balkanisches Kompensationskompromiß, war mir der direkte Anlaß zu Studien über das Bündnis, vor allem in seinem Verhältnis zu dem ganzen Komplex der orientalischen Fragen. Da über die einschneidendsten Abmachungen allgemein solche Unklarheit herrschte, daß man sie bunt durcheinander warf, so bemühte ich mich, Ordnung in das Chaos zu bringen. Alles zu entwirren, konnte mir, das lag in der Natur der Sache, nicht gelingen; was aber die Nachprüfung durch andere bestehen mag, das soll hier ausgebreitet werden.

Streng zu scheiden haben wir hinsichtlich der dem Dreibunde nächstliegenden orientalischen Fragen folgende drei Gruppen: A) die mit der Aufschrift „Sandschak Novibazar", B) die mit der Aufschrift „Mazedonien" und C) die mit der Aufschrift „Albanien". Obwohl es selbstverständlich oft vorgekommen ist, daß eine diplomatische Aussprache, die dem einen Hauptpunkte galt, einen zweiten gelegentlich streifte, weil er zufällig auch aktuell war und weil ja alle drei genannten Gruppen schon topographisch vielfache Berührungspunkte miteinander haben, sagte ich absichtlich: „streng zu scheiden", da die Untersuchung uns sonst nicht vorwärts führen würde. Eine vierte, ebenfalls nahverwandte Problemreihe, die mit der Besetzung und schließlichen Einverleibung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn zusammenhängt, scheidet hier aus, da sie sich im Laufe der Jahre, kurze und publizistisch genügend beleuchtete Rückschläge abgerechnet, als ein wesentlich österreichisch-ungarischer Fragenkomplex herausgestellt hat, der nur noch die innere Politik des Donaustaates beschäftigt.

A) Beginnen wir also mit der Sandschak-Angelegenheit, weil sie sich auf dem auch den Dreibund und seine Einzelglieder umschließenden Berliner Vertrage vom 13. Juli 1878 (Artikel 25) aufbaut, so genügt hierfür ein Hinweis auf die nicht immer deutlich genug betonte Tatsache, daß sie seit dem 5. Oktober 1908 offiziell tot ist. Verhandlungen, über die man am besten die Rede Tommaso Tittonis vom 4. Dezember 1908 (Deutsche Ausgabe „Italien, der Dreibund und die Balkanfrage", Berlin, 1913, Seite 266—268) nachliest, hatten zu dem österreichisch-türkischen Abkommen vom 21./22. April 1879 geführt, das, wie am 19. November 1913 durch Graf Berchtolds Exposé vor dem Ausschusse der ungarischen Delegation unterstrichen ward, vom Minister des Aeußern Grafen Aehrenthal freiwillig aufgelassen worden ist. Man hat teilweise geglaubt, diesen überraschenden Verzicht mit einem angeblichen Kompensationsparagraphen im Dreibunde zusammenzubringen, indem man entweder annahm: Italien habe die Löschung des Paragraphen 25 von 1878 als Entschädigung für die Einverleibung Bosniens erzwungen, oder indem man meinte: um es zu Balkanforderungen Italiens gar nicht erst kommen zu lassen, die ihm natürlich sehr unbequem gewesen wären, habe Aehrenthal kurz entschlossen Oesterreichs Rechte auf den Sandschak geopfert. Einst, Ende der siebziger Jahre, hatten die Dinge in der Tat einen derartigen Anstrich gehabt. Das geht sowohl aus Bismarcks Gasteiner Aeußerung vom 17. September 1877, belegt freilich nur durch Crispis Denkwürdigkeiten, hervor: „Wenn sich Oesterreich Bosnien nimmt,

nimmt Italien sich Albanien oder irgendein anderes türkisches Gebiet am Adriatischen Meer" — Bismarcks bekannt geringes Interesse an den Orientfragen — als auch aus zwei Briefen Crispis an Giovanni Codronchi vom April 1900 (veröffentlicht Ende November 1912 im Bologneser „Resto del Carlino"). Danach hatten Bismarck und Derby dem Berliner Kongreß vorgeschlagen, Albanien solle als Gegenstück für Bosnien, das Oesterreich-Ungarn zufiel, den Italienern gegeben werden; aber das Angebot an das Ministerium Depretis blieb erfolglos, weil sein Nachfolger Cairoli nichts damit zu tun haben wollte. Damit hatte die Sache jene ungünstige Wendung für Italien genommen, die es nachträglich nur durch die Formel „Albanien weder an Italien noch an Oesterreich-Ungarn" reparieren konnte (siehe weiter unten unter C).

Ueber die wahren Beweggründe der einschneidenden Abkehr Aehrenthals von der eine weitere Expansion am Balkan ins Auge fassenden Politik Andrássys ist niemand genau unterrichtet. Man darf nur vermuten, daß sich Graf Aehrenthal durch das Albanienabkommen von 1897 und durch die seit Abbazia (1904) vereinbarten Abmachungen, auf die wir noch einzugehen haben, genügend gestützt glaubte hinsichtlich dessen, was Oesterreich-Ungarns Interessen am Westbalkan beträfe. Jedenfalls tappt völlig daneben, wer den Umschwung, die Rückkehr zu Haymerles Auffassung, auf eine legendäre Dreibundverpflichtung oder ihre Kaltstellung zurückführt. Richtig ist nur das Eine, daß mit der Streichung des Artikels XXV des Berliner Vertrages (und der Aenderung des Montenegro betreffendenden Artikels XXIX) den Italienern allerdings ein großer Dienst geleistet worden ist; darüber gibt die eben zitierte Rede Tittonis vom 4. Dezember 1908 (Deutsche Ausgabe Seite 282 ff.) an zahlreichen Stellen hinreichend Auskunft. Das ist aber auch alles: der Verzicht auf den Sandschak bedeutete ein den Italienern unerwartet in den Schoß fallendes Geschenk Oesterreich-Ungarns. Unter diesem Gesichtspunkt einerseits und auf Grund unserer späten Kenntnis der bulgarisch-serbisch(-russisch)en Verträge von 1912 verstehen wir es nun auch, weshalb beim ersten Aufflackern des Balkanbrandes Graf Berchtold nicht daran dachte, das Geschenk zurückzunehmen.

Wie man aber auch den Rückzug Oesterreich-Ungarns vom Wege nach Saloniki auffassen und rechtfertigen mag: gemeint ist er, darüben sollte völlige Klarheit herrschen, nur staatlich-politisch. Nur territorial ist die Expansion der Donaumonarchie am Balkan als abgeschlossen zu betrachten. Vor dem Ausschusse der österreichischen Delegation hat Graf Berchtold am 27. November 1913 wörtlich folgendes gesagt:

„In wirtschaftspolitischer Beziehung ist die Wegfreiheit nach Saloniki ein Gegenstand, der unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert, den wir auch nicht aus den Augen verlieren wollen. Zunächst betrachten wir die Bestimmungen der diesfalls bisher immer bestandenen und noch bestehenden Convention à quatre [1883 zwischen Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und Serbien geschlossen] als eine Sicherung auf diesem Gebiet und im Hinblick auf diesen Zweck als unveräußerlichen Besitzstand. Ferner sehen wir den Besitz von Aktien der Orientbahnen in den Händen des heimischen Kapitals als ein Instrument an, das uns dazu dient, unsere Verkehrsinteressen sowohl nach dem bezeichneten Meer als auch bezüglich unseres Importes über Saloniki in das Hinterland wahrzunehmen".

Damit mündet die erledigte Sandschak-Angelegenheit in die noch nicht verschütteten Nebenkanäle der mazedonischen Frage ein: und diese bildet, wenn auch nicht von Anbeginn an, einen Bestandteil der eigentlichen Dreibundverträge.

B) Gehen wir nun zu den Dreibundverträgen und ihren Anhängseln über, so begegnet es wohl von vornherein allgemeinem Einverständnis, wenn wir die unsicher tastenden Anfänge der Tripelallianz zu Beginn der achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts nur kursorisch berücksichtigen. Daß damals Italien schlechterdings nicht in der Lage war, eine Bedingung zu stellen, deren Erfüllung Deutschland oder Oesterreich-Ungarn irgendwie lästig gewesen wäre, ist ja zu bekannt, als daß dies noch ausführlich geschildert zu werden brauchte. Ich erinnere nur an die charakteristische Bankettrede Crispis vom 8. Oktober 1890, worin er offen zugab, der Berliner Kongreß sei für Italien ein Unglück gewesen wegen der bis dahin befolgten Politik der Isolierung. Italien sei deshalb gezwungen gewesen, die einzige Politik aufzunehmen, die ihm noch zur Verfügung stand, die der Bündnisse; es sei ihm nichts anderes übrig geblieben als um seine Zulassung zum deutsch-österreichischen Bündnisse zu bitten, und habe das erst in Wien, dann in Berlin erreicht. Der Dreiervertrag habe zuerst keine Früchte getragen, da man in den beiden mitteleuropäischen Zentren frühere Bedenken über den Dritten nicht gleich aufgegeben habe[1]. Erst allmählich sei das Vertrauen Berlins und

---

[1]) 12. Mai 1881: Frankreich schließt den Bardo-Vertrag mit dem Bey von Tunis. Große Aufregung in Italien.

18. Juni 1881: Mißhandlung italienischer Arbeiter in Marseille. Erbitterung in Italien; Annäherung an die Zentral- nud Ostmächte.

27.—31. Oktober 1881: Königspaar, Depretis und Mancini in Wien. 6.—8. November: Kühle Erklärungen Kállays und Andrássys vor der ungarischen Delegation. Kein Besuch des Königs in Berlin; Bismarck am

Wiens zum neuen Rom gewachsen und habe ein echtes Freundschaftsbündnis zustande gebracht. Vergegenwärtigt man sich diese vom italienischen Standpunkt aus gelieferte Entstehungsgeschichte des Dreibundverhältnisses, dann empfiehlt sich ohne weiteres das Jahr 1887 als Ausgangspunkt für die weitere Untersuchung.

Am 19./20. Februar 1887 ist der eigentliche Dreibund auf fünf Jahre geschlossen worden. Ueber seinen Inhalt können wir alle nur Vermutungen anstellen. Ursprünglich sind (vielleicht liegen die Dinge heute noch so) zwei Urkunden[1] ausgefertigt worden: eine gültig für Deutschland und Italien und eine zweite für Oesterreich-Ungarn und Italien, während das alte Bündnis von 1879 zwischen Berlin und Wien erhalten blieb oder, wie sich Friedjung ausdrückt, sich automatisch selbst verlängerte. Anzunehmen ist, daß das Abkommen zwischen Berlin und Rom nach dem (nicht gerade prima stilisierten) Muster des Zweibundes redigiert war. Danach hätte es etwa folgenden Wortlaut gehabt:

„Artikel 1. Sollte wider Verhoffen nnd gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden Hohen Kontrahenten eins der beiden Reiche von seiten Frankreichs angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, Einander mit der gesamten Kriegsmacht lhrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel 2. Würde Einer der Hohen kontrahierenden Teile von einer andern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere Hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen

---

29. November: „Ist nicht in Italien von Ministerium zu Ministerium der Schwerpunkt immer mehr nach links geglitten, so daß er, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gleiten kann?“

Mitte Mai 1882: Eine Erwiderung des italienischen Besuches durch Kaiser-König Franz Josef unterbleibt.

20. Mai 1882: Beitritt Italiens zum deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis.

Ende November — Mitte Dezember 1882: Erste Mitteilung über das „regelrecht und in aller Form abgeschlossene, in Dokumenten niedergelegte“ deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis von 1879 in den „Grenzboten“; Echo in der „Kölnischen Zeitung“ („auf fünf Jahre abgeschlossen, dauert also bis zum 15. Oktober 1884; nach Petersburg eine Mitteilung darüber, doch nicht der Text des Vertrags“) und in zahlreichen anderen Blättern.

Mitte März 1883: Anschluß Italiens an den mitteleuropäischen Zweibund gilt als seit Ende 1882 oder Anfang 1883 (!) vollzogen; doch hält man das Verhältnis Italiens zu den beiden anderen Mächten für minder eng als das zwischen diesen. 4. Mai 1883: Handelsvertrag mit Deutschland.

[1]) Z. B. Agenzia Stefani Ende Oktober 1896: „Text der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien sowie zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn. Aehnlich Guicciardini am 24. April 1906.

seinen Hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Hohen-Mitkontrahenten zu bewahren.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von seiten Frankreichs, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel 1 dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Artikel 3. Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und, um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Hohen Kontrahenten geheim gehalten und, mit Ausnahme Oesterreich-Ungarns, einer andern Macht nur im Einverständnis beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden. Erfolgt im Verlaufe des ersten Monats des letzten Vertragsjahres keine Einladung zu neuen Verhandlungen, so soll der Vertrag für weitere fünf (später: sechs) Jahre gelten.

Artikel 4. Anerkennung Roms als Hauptstadt des geeinigten Italiens, dessen Integrität verbürgt wird; doch keine italienische Bürgschaft für den deutschen (oder den österreichisch-ungarischen) Besitzstand.

Kein Artikel über die Zukunft des Balkans, sondern nur eine Versicherung, daß künftig vorgeschlagene Verbesserungen berücksichtigt werden könnten".

Der Vertrag zwischen Wien und Rom wird etwas anders lauten, da man allgemein der Ueberzeugung ist, Oesterreich-Ungarn habe es abgelehnt, einen Vertrag mit Italien einzugehen, der, wenn auch nur zur Abwehr, seine Spitze gegen Frankreich richtete. Italien wird sich jedoch verpflichtet haben, Oesterreich-Ungarn zu unterstützen, falls es durch einen französischen Angriff auf Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden sollte; im Fall eines russischen Angriffs bliebe Italien neutral (Kölnische Zeitung vom 27. Februar 1887). Oesterreich-Ungarn wiederholte Haymerles bündige Erklärung vom Anfange des Jahres 1881, daß es über Bosnien und die Herzegowina hinaus keinesfalls Eroberungen zu machen gedenke noch in der Richtung auf Saloniki und Albanien vorgehen wolle (Crispis Memoiren, deutsche Ausgabe; Berlin 1912, Seite 123). Weiteres in Aussicht zu stellen oder doch als Möglichkeit gelten zu lassen, wie Kiderlen im November 1912 Friedjung gegenüber angedeutet hat, wäre weder im wohlverstandenen Interesse

Wiens gewesen (so z. B. De Marinis in der italienischen Kammer am 2. Dezember 1908) noch von Bismarck geduldet worden. Auch von einer Inserierung italienischer Mittelmeeraspirationen war keine Rede. Umgekehrt vermutet man hie und da auch noch heute, der Vertrag müsse etwas über das Trentino und über Triest enthalten. Daß über das Trienter Land im Dreibundvertrage nichts zu finden ist, hat Tittoni gegenüber den Behauptungen Barzilais in der wiederholt zitierten Rede vom 4. Dezember 1908 (Deutsche Ausgabe, Seite 260 ff.) ausdrücklich versichert. Und daß dasselbe Negativum für das österreichische Küstenland gilt, haben namentlich die Debatten des Ausschusses der österreichischen Delegation am 27. November 1913 unwiderleglich dargetan.

Damit scheint nun freilich das in Widerspruch zu stehen, was Ende Februar 1887, also noch im Monate des Abschlusses, in Rom über den Inhalt der Verträge durchsickerte. Das Organ Depretis', der „Popolo Romano", deutete an, das Bündnis sichere Italien große Vorteile zu; vor allem werde ihm — das dürfte stimmen — der territoriale Besitzstand verbürgt sowie „bedingungs- und schrankenlose" Hilfe zugesagt: das stimmte nur für den Fall eines französischen Angriffs. Deshalb erklärte denn auch die „Opinione" vom 4. März die bisherigen Nachrichten über die Bedingungen des Bundes für ungenau, knüpfte jedoch daran die Erwartung, die italienische Regierung werde nicht verfehlt haben, für alle Möglichkeiten vorzusorgen, indem sie sowohl auf die Interessen, die sich an die Lösung der orientalischen Frage knüpfen könnten, als auch auf die Fragen Rücksicht genommen habe, die mit der Stellung Italiens im Mittelmeere zusammenhängen. Betont man die wohl nicht unabsichtlich gewählte Unsicherheit der Ausdrucksweise, so mag man die Information der „Opinione" gelten lassen (vergleiche Ministerpräsident di Rudini am 1. Juli 1896: „Die Möglichkeit, die Abmachungen zu verbessern, wurde ausdrücklich stipuliert"). Aber gegen jeden Versuch, aus ihren Worten mehr, das heißt etwas positiv Erreichtes, urkundlich Festgelegtes herauslesen zu wollen, muß man von vornherein Einspruch erheben. Denn die Schmerzen Italiens ob unerfüllter Wünsche in den folgenden Jahren bis zur zweiten Erneuerung (1902) zeugen beredter als irgend welche anderen Versicherungen dafür, daß die „Erwartung" der „Opinione" gerade 1887 noch nicht befriedigt worden war. Nur darin hatte sie schließlich in ihrer weiteren Polemik gegen die „Tribuna" recht, daß alle Gerüchte von Abmachungen über bestimmte Gebietserweiterungen, die sich die Verbündeten im Kriegsfall einander zugesagt hätten, in das Reich der Fabel zu verweisen seien.

Wie vorsichtig man gegenüber allen Enthüllungen über den Inhalt derartiger Geheimverträge sein muß, deren Auslegung ja gelegentlich auch im Interesse der Parteipolitik so oder so willkürlich gemodelt wird, lehrt die Debatte vom Spätherbst 1897. Da tadelte im Oktoberheft der „Nuova Antologia" A. Frassati die Erneuerungen des Dreibundes, weil Italien daraus nichts für seine mittelmeerischen Interessen gewonnen habe. Graf Robilant habe 1886 als Minister des Aeußern ebenso gedacht. Die ihm durch den Botschafter Grafen de Launay übermittelte Zumutung Bismarcks: Italien solle abermals, wie 1881, den Abschluß eines Dreibundes anregen, lehnte Robilant ab, da das Bündnis so, wie es sei, für Italien unfruchtbar bleiben werde. Der deutsche Reichskanzler möge also diesmal die Initiative ergreifen und Italien bessere Bedingungen in Aussicht stellen. In der Tat regte dann der deutsche Botschafter R. v. Keudell in Rom die Erneuerung an. Welches die Verbesserungen am Dreibundvertrage gewesen seien, die Robilant schließlich durchgesetzt habe, teilt Frassati nicht mit. Aber als wesentlich hob er hervor, daß Robilant vor der Erneuerung, als conditio sine qua non, ein Abkommen mit England über den Schutz der italienischen Interessen im Mittelmeere geschlossen habe. Hierin irrt Frassati entschieden: das italienisch-britische Mittelmeerabkommen gehört trotz Crispis Tagebuchnotiz vom 6. Oktober 1887 und seiner Turiner Rede vom 25. Oktober, wie wir bald sehen werden, zur Erneuerung von 1891.

Der Corriere della sera bemerkte damals, die Mitteilungen Frassatis über die Geschichte der Vorverhandlungen von 1886 im ganzen bestätigend, dazu: Robilant habe sich über den Abschluß von 1887 wie über eine gewonnene Schlacht gefreut und bei seinem Rücktritt Ende März gesagt: „Ich lasse Italien in einem eisernen Fasse, sodaß niemand seiner Würde zu nahe treten kann". Vermutlich bezieht sich diese Aeußerung, wenn sie echt ist, eher auf den postulierten Artikel IV von der Integrität des geeinten Italiens mit der Hauptstadt Rom als auf imaginäre Vereinbarungen über orientalische Probleme.

Diese Feststellungen haben, ich gebe das zu, einen verwünscht negativen Charakter. Dennoch sind sie durchaus nicht so nebensächlich, wie man auf den ersten Blick glauben möchte. Das ja ist gerade das Wertvolle am Dreibundverhältnis, daß es die Partner nicht mit ehernen Ketten umschließt, deren Unbequemlichkeit im Laufe der Jahrzehnte — man vergegenwärtige sich bloß die Unstimmigkeiten beim Beginn des Tripolitanischen „Abenteuers" und während der beiden Balkankriege! — totsicher oft zu bittersten Beschwerden des einen Kontrahenten gegen den andern wegen vermeintlicher Nichterfüllung einer Vertragspflicht

oder zu gefährlichen Sprengungsversuchen geführt hätte, sondern daß es die drei mit einem soliden, aber elastischen Bande zusammenhält, das ein gelegentliches Kokettieren mit einem Vierten (Italiens berühmt gewordene „Extratouren"), ja dauerhafte Freundschaften mit andern Mächten durchaus nicht verbietet. Lassen wir also den Dreibund unter allen Umständen so anspruchslos und defensiv, wie er ist; in sogenannten vitalen Krisen, in Lebensfragen hat er seinen Beruf noch stets erfüllt.

Zu diesen seinen Haupteigenschaften gehört es auch, daß er den einzelnen Verbündeten keine militärischen und infolgedessen auch keine finanziellen Verpflichtungen auferlegt, die ihm zum Nachteile gereichen könnten. Als Anfang März 1901 die französische Presse vom Besuch eines italienischen Geschwaders in Toulon die Sprengung des Dreibundes erhoffte und der italienische Premier Zanardelli — diese Hoffnung machiavellistisch nährend — am 25. März erklärte, man müsse vor einer Erneuerung der politischen Bündnisverträge wissen, wie sie auf den Handel des eignen Landes wirkten, da brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 26. März offiziös folgende Beschwichtigung: „Der Dreibund ist namentlich in der Pariser Presse in letzter Zeit zum Gegenstand vieler, aber meist unzutreffender Erörterungen gemacht worden. Zunächst kann konstatiert werden, daß die Verbündeten Italiens zu keiner Zeit diesem Bedingungen oder auch nur Wünsche wegen der Verwendung der italienischen Armee auferlegten. Ferner läßt der Dreibundvertrag allen drei Verbündeten volle Freiheit hinsichtlich der Festsetzung ihrer Land- und Seestreitkräfte. Falls einem Verbündeten die Verminderung seiner Armee durch seine eigenen Interessen geboten erschiene, würde dies weder dem Geiste noch dem Buchstaben des Vertrages widersprechen. Jeder der drei Teilnehmer des Dreibunds hat sowohl für sich als auch für die beiden Verbündeten an dem Grundsatz festgehalten, daß die Bestimmung der Heeresstärke lediglich eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates ist. Es ist zeitgemäß, auch diese Tatsache hervorzuheben gegenüber der von manchen Seiten geflissentlich verbreiteten Legende, daß die finanziellen Schwierigkeiten Italiens mit den vom Dreibund auferlegten Verpflichtungen zusammenhängen. Solche Verpflichtungen gibt es nicht."

Mit dieser Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom März 1901 stimmt fast wörtlich das überein, was Tommaso Tittoni am 15. Dezember 1903 in seiner ministeriellen Jungfernrede äußerte: entgegen den Angriffen, denen der Dreibund ausgesetzt gewesen sei, betone er, daß der Vertrag Italien nicht nur nicht verpflichte, seine Rüstungen zu vermehren, sondern ihm sogar erlaube, ihm in den militärischen Ausgaben einen

Augenblick der Ruhe zu gönnen und den militärischen Teil des Staatshaushalts zu festigen. Anderseits entbindet das Bündnis selbstverständlich keinen Partner von der moralischen Verpflichtung, ja Notwendigkeit, Heer und Flotte in einem angemessenen Zustande der Bereitschaft, der Bündnisfähigkeit zu halten (so z. B. Tittoni am 12. Mai 1905; verschiedene Organe der sonst friedliebenden deutschen Linken angesichts der Mangelhaftigkeit der österreichisch-ungarischen Heeresverstärkung bis in das Frühjahr des Jahres 1914 u. ö.).

Die Frage, ob in der ersten Fassung des österreichisch-ungarisch-italienischen Bündnisvertrages — vielleicht auch in der deutschen Ausfertigung; vgl. die Ende September 1891 vom ultramontanen „Fränkischen Volksblatt" angefachte Debatte — eine ausdrückliche Anerkennung Roms als der politischen Hauptstadt des Königreichs Italien gestanden hat, möchte ich bejahen. Diese Anerkennung, eine notwendige Voraussetzung oder wesentliche Prämisse des ganzen Vertrages, ist nach Tittonis Rede vom 15. Mai 1907 (Deutsche Ausgabe, Seite 185) von Wien einmal „ausdrücklich" gegeben worden — warum nicht im Rahmen des Instruments vom 20. Mai 1882 oder vom 19./20. Februar 1887? Oesterreich-Ungarn brachte damit kein Opfer, machte aber Italien eine Freude auf dem fruchtbaren Felde der Imponderabilien. Und da die Urkunde geheim gehalten werden sollte und worden ist [1], brauchte es unangenehme Beschwerden der Kurie nicht zu fürchten (vgl. u. a. Graf Kálnoky vor der österreichischen Delegation am 27. November 1891).

So viel über die ursprüngliche Vereinbarung der Dreibundmächte von 1887. Ihr festes Gerüst steht heute noch, ja heute wohl fester denn je. Trotzdem darf man schwerlich annehmen, daß das Ganze der Verträge oder — wenn man ihre Zusammenschweißung zu einem einzigen Instrument akzeptiert — des Vertrags gegenwärtig noch genau so aussehe wie damals beim ersten Abschlusse. Einerseits haben die Erneuerungen von 1891 und 1902 (nicht aber die von 1912) Erweiterungen geliefert, die man sich technisch wohl als Amendements vorstellen darf. Das erleichtert die reservatio mentalis, daß der — eigentliche — Dreibundvertrag immer derselbe geblieben sei; in der Welt der Diplomatie oft mit Glück verwertet und deshalb auch

---

[1]) Das Gerücht, er habe am 13. Oktober 1891 in Mailand dem russischen Minister des Aeußeren v. Giers den Wortlaut des Dreibundvertrages mitgeteilt, erklärte Premier Marchese di Rudini am 10. Dezember 1896 für falsch. Es hätte keine Schwierigkeit gehabt, den Wortlaut zu veröffentlichen, vorausgesetzt, daß sich die Verbündeten darüber vorher verständigt hätten. Solange das jedoch nicht der Fall sei, werde keiner der Vertragsschließenden eine Indiskretion begehen.

Dre

Thema

iens:

19./20. Februar 188
auf fünf Jahre.

Bosnien, Marokko.

us II.)

Rußland, Statusquo am Balkan.

Kreta.

England und Balkan.

Ischl: Grenzzwischenfälle, Balkan.

onigi:

kolaus II. mit Ssasonoff nnd Wilhelm II. mit Bethmann

g.)

Balkan, Tripolis.

Balkan.

sore: Balkan, Dreibunderneuerung.

Dreibunderneuerung, Orient.

Balkanvierbund gegen Oesterreich-Ungarn.

ezember 1912
nderung, wahrs
ribuna": auf sie

Balkan.

von mir angewandt. Außerdem hat eine stolze Reihe von persönlichen Zusammenkünften der maßgebenden Staatsmänner mit nachfolgenden Communiqués oder auch ohne solche einige Ergänzungen beigesteuert, an denen man nicht mehr achtlos vorbeigehen kann. Auf ihre vollständige Aufzählung kommt es mir nicht an; doch glaube ich, keine wichtige Konferenz übersehen zu haben. Die Italien und den Balkan nicht betreffenden Begegnungen zwischen deutschen und österreichisch-ungarischen Ministern bleiben aus dem Spiele.

Chronologisch-tabellarisch läßt sich diese Entwicklung so darstellen, wie es die eingefügte Tafel zeigt.

Im einzelnen ist dazu folgendes zu bemerken.

Die Erneuerung von 1891 scheint tatsächlich ohne nennenswerte Aenderungen vorgenommen worden zu sein; sonst würden wir ja nicht danach auf so viele Klagen Italiens über andauernde Beeinträchtigung stoßen. Sogar der an sich dreibundfreundliche Crispi beutete, allerdings aus parteitaktischen Gründen (gegen Rudini), am 20. November 1892 „die überstürzte Art und Weise" aus, womit Italien die Verträge (man beachte auch hier den Plural!) mit Oesterreich-Ungarn und mit Deutschland erneuert habe; nun habe es darunter am meisten zu leiden, da der wirtschaftliche Krieg mit Frankreich das Land zu ermüden drohe, während ihm der dadurch verursachte Schade nicht durch günstige Handelsverträge mit den beiden mitteleuropäischen Mächten aufgewogen werde. Wenn die Enthüllungen der Times vom Januar 1894 authentisch sind, so hätte Rudini dem Vorwurfe Crispis damit begegnen können, daß er sagte: „Ich habe damals den Dreibund aufgeben und mich Frankreich nähern wollen". Aber die Tribuna ließ das nicht gelten, sondern meinte: Rudini habe den Dreibund nicht verlassen, sondern nur Italiens Stellung darin heben wollen; doch da sich die mit Frankreich angeknüpften Verhandlungen bald zerschlagen hätten, so sei eben der Dreibund erneuert worden. Wie dem aber auch sei: aus dieser Debatte an sich geht unwiderleglich hervor, daß Italien im Jahre 1891 keine einschneidenden Neuerungen hat erlangen können. Daher ist auch auf den Inhalt des vom 6. Juni 1891 — also noch vor der Erneuerung — datierten Briefes des italienischen Abgeordneten Maggiorino Ferraris im „Corriere della sera" nicht viel zu geben, obwohl Ferraris mit Rudini befreundet war. Er schreibt darin: Der wesentlichste Punkt der Festsetzungen sei, daß keiner der kontrahierenden Staaten für irgend einen Angriffskrieg auf Unterstützung seiner Verbündeten rechnen dürfe, daß aber jeder Angriff auf eine der drei Mächte die sofortige

bewaffnete Teilnahme der beiden andern zur Folge haben werde. Das hätte eine Erweiterung des ursprünglichen Vertrags bedeutet, die von riesiger Tragweite gewesen wäre und weder den Intentionen Berlins noch bestimmten Abneigungen Wiens irgendwie entsprochen hätte.

Dafür hatte jedoch Rudini eine gute diplomatische Rückendeckung gewonnen durch den Sondervertrag mit dem russischen Minister des Aeußern Nik. v. Giers, vereinbart am 13. Oktober 1891 in Mailand. Rudini hat zwar am 10. Dezember 1896 in der Italia erklärt: die Mailänder Aussprache habe nur den Zweck gehabt, Rußland (und Frankreich) über die Erneuerung des Dreibundes zu beruhigen; auch seien Caprivi und Kálnoky loyal unterrichtet worden. Doch ist kaum daran zu zweifeln, daß sich Rußland verpflichtet hatte, unter gewissen Voraussetzungen zugunsten Italiens in Paris zu vermitteln, während Italien in der Orientpolitik Zugeständnisse machte. Also ein nicht uninteressantes Gegenstück zu Bismarcks berühmtem Rückversicherungsvertrage mit Rußland.

Doch nicht genug damit: Rudini hatte noch eine zweite Nebenfrucht eingeheimst, und zwar in Gestalt der oben (Seite 258) schon gestreiften Sonderabmachungen mit England. Und das hängt so zusammen:

In den Monaten unmittelbar vor der Erneuerung vom Juni 1891, beim Abschlusse des ersten Vierteljahres, hatten die italienischen Zollregister überaus peinliche Rückgänge der Ein- und Ausfuhr gebucht (Ausfuhr acht Millionen Lire weniger, Einfuhr sogar zweiundfünfzig Millionen!). Daher klangen die Pariser Lockungen, die als Preis für eine politische Annäherung einen günstigen Handelsvertrag mit Frankreich in Aussicht stellten, recht einschmeichelnd. Die Irredenta und der Vatikan verstärkten diese Sirenenstimmen nach Kräften. Glücklicherweise für den Dreibund schlugen italienische Anleiheversuche in Paris fehl: die französische Regierung hatte, unklug genug, eine förmliche Abkehr vom Dreibund als Vorbedingung gestellt. Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße. Rom pochte nun in London an, und die Tür ward aufgetan. Ob Salisbury seine Zusicherung einer Beschützung der italienischen Küsten durch die britische Mittelmeerflotte direkt von der vorherigen Erneuerung des Dreibundes abhängig gemacht oder ob er nur Rudini geraten hat, bei der bewährten Einung zu bleiben — genug: schon um Englands willen war die Erneuerung der Verträge mit Berlin und Wien unvermeidlich. Italiens Sonderabkommen mit Großbritannien lautete etwa so:

„Sollte Italien angegriffen werden, so wird ihm Großbritannien von der Seeseite her zu Hilfe kommen. Jede den

Interessen beider Staaten widersprechende Veränderung des Statusquo wird eine gemeinsame britisch-italienische Aktion zur Folge haben. Großbritannien verpflichtet sich, Italiens Küsten auch dann zu verteidigen, wenn letzteres durch Dinge des Dreibundes in einen Krieg verwickelt werden sollte. Am Dreibunde selber aber nimmt Großbritannien lediglich durch Vermittlung dieses Sonderabkommens mit Italien, also nur indirekt, teil".

Fragt man nach den Gründen, die Salisbury zum Eingehen dieser Verpflichtung bewogen haben mögen, so wird man nicht fehlgehen, wenn man die Erhaltung von Englands Mittelmeerstellung gegenüber Frankreich (und Rußland) als Hauptmotiv in die Rechnung einstellt. Der Zanzibarvertrag hatte in dieser Richtung günstig vorgearbeitet.

* * *

Während, faßt man das alles zusammen, die Dreibunderneuerung von 1891 keine textlichen Aenderungen gebracht hatte, läßt sich das von der des Jahres 1902 schwerlich behaupten. Zwar das eine bleibt bestehen: Angriffscharakter bekam das Bündnis auch jetzt nicht. Am 22. Mai 1902 beruhigte Minister Prinetti die italienische Kammer ausdrücklich darüber, daß keinerlei Sonderkonventionen und Zusatzprotokolle existierten, die den Geist der Dreibundpolitik änderten und sogar einen aggressiven Sinn gegenüber Frankreich hätten. Aber einen wichtigen Zusatz dürfte die Verlängerung von 1902 als Anhang erhalten haben: ein Amendement über Mazedonien.

Seit dem italienisch-österreichischen Sonderabkommen über Albanien von 1897/1900 (s. unter C) hatte sich gezeigt, daß dies Teil-Désinteressement nicht ausreiche, da die Balkanhalbinsel täglich neue Verwicklungen gebar, die schließlich zu der russisch-österreichischen Abrede in Mürzsteg führen sollten. Noch ehe man jedoch so weit gediehen war, hatte Italien mehr und mehr gefunden, daß es vor Ueberraschungen durch eine Ausdehnung der österreichischen Okkupation „au delà de Mitrovitza" irgend wie geschützt werden müsse, und erreichte so die Angliederung eines Abkommens über Mazedonien als Zusatzes zum verlängerten Dreibundvertrage. Den Wortlaut kann man wieder nur indirekt ableiten. Maßgebend dafür sind die Wendungen, die Tittoni am 14. Mai 1904 gebraucht hat: Wenn durch irgend eine Verwicklung, von der alle Teile wünschen, daß sie nicht eintreten möge, die Erhaltung des Statusquo am Balkan in Frage gestellt werden sollte, so wären die Vertragsschließenden einer Besetzung oder gar Teilung durchaus entgegen. Vielmehr

seien sie darüber einig, daß sich alle Mächte auf den Grundsatz der Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung der Nationalitäten einigten.

Insofern hatte Tittoni durchaus recht, wenn er fortfuhr: „Was Oesterreich-Ungarn betrifft, so hat es wiederholt erklärt, daß es ganz und gar nicht an eine Besetzung denke, die, wenn sie ohne uns vorgenommen würde, mit Hinsicht auf Mazedonien dem Geist und Buchstaben unseres Bündnisvertrages widerspräche“. Wenn zwei Staaten durch einen besonderen Vertrag einander vor Ueberrumpelung durch einseitige Gebietserweiterungen schützen wollen, dann verwerfen sie damit ausdrücklich alle Expansionsgelüste. Trotzdem hat man aus Tittonis vielzitierten Worten vom 3. Dezember 1908 schließen wollen, Italien und Oesterreich-Ungarn hätten tatsächlich „die Möglichkeit neuer Okkupationen ins Auge gefaßt“. Aber abgesehen davon, daß selbst hier nur von fernen Okkupationen, nicht von Einverleibungen die Rede ist, weist der ganze Zusammenhang darauf hin, daß Tittoni sagen wollte: die endgiltige Angliederung Bosniens an Oesterreich-Ungarn falle überhaupt nicht in die Rubrik einer Gebietsveränderung am Balkan; denn das sei ja eine alte Sache, die man eben dulden müsse. Nur vor neuen Eventualitäten hätten sich beide Länder vertraglich schützen wollen. Ich kann daraus nach wie vor nur lesen: solche Möglichkeiten sind uns beiden unerwünscht, und ihre Ausführung hätte als Kontraktbruch zu gelten. Sonst macht man aus dem Dreibundverhältnis zum Balkan eine Erwerbsgenossenschaft m. b. H. Und das ist es nicht, sondern, wie Graf Bülow am 8. Januar 1902 im Reichstage sagte, eine Versicherungsgesellschaft. Würde man es sonst begreifen, daß Oesterreich-Ungarn gar keine Anstalten machte, sich für die Besetzung der Dodekanesos durch Italien und ihre Kompensierung in Kleinasien eine territoriale Entschädigung zu erwirken?

Scheiden demnach territoriale Wünsche und Gegenforderungen von vornherein aus, so darf man doch ohne weiteres erwarten, daß wirtschaftliche Fragen (Rechte auf Eisenbahnbauten, Schiffahrtslinien, Verhinderung einseitiger Monopole und konsularischer Eifersüchteleien) darin eine große Rolle spielten. Konsulats- und andere Berichte über den italienischen Anteil am Handel und Verkehr Mazedoniens hatten seit der Mitte der neunziger Jahre immer mehr auf urkundliche Sicherung gedrängt. Vermuten darf man infolgedessen, daß auch von einer Neuabgrenzung der Interessensphären die Rede war. Daß man gerade dabei nicht gleich beim ersten Male das Rechte traf, läßt sich ohne weiteres denken. Namentlich als die Nachricht vom Abschlusse der Mürzsteger Punktation den Argwohn

in Italien aufkommen ließ, daß es „auch diesmal wieder“ benachteiligt worden sei, forderten seine Staatsmänner, schon um der Popularität des ganzen Dreibundverhältnisses im Land eine Konzession zu machen, entsprechende „Kompensationen“ für Italien. Das ist die Zeit, in der von Rom aus durch den österreichisch-ungarischen Botschafter Baron Pasetti (dem später hierin Graf Lützow und v. Mérey folgten) die Nachricht allmählich durchsickerte: die Erweiterung der balkanischen Interessensphäre des einen Partners zöge eine sofortige Kompensierung des andern nach sich. Daß sich daraus sehr bald die Legende von Abmachungen über territoriale Kompensationen entwickeln konnte, ist begreiflich. Entschuldbar ist es aber nicht, daß sie vom Staatssekretär v. Kiederlen nicht nur nicht nachgeprüft, sondern sogar als wichtige Information weitergegeben wurde.

Daß man die mazedonische Angelegenheit nicht vergaß, dafür sorgten die Ereignisse, namentlich soweit sie mit der in Mürzsteg vereinbarten Reformaktion zusammenhingen. Zeugen dafür sind besonders die Aussprachen von Abbazia und Venedig von 1904 und 1905. Während sich in den ersten Monaten nach dem Oktober 1903 die Reorganisierung der Verwaltung Mazedoniens im wesentlichen auf die Erörterung eines Reglements zwischen Oesterreich-Ungarn, Rußland und der Pforte, sowie auf dessen finanzielle Sicherstellung beschränkte, lancierte die unklare Fassung des dritten Paragraphen der Mürzsteger Punktation das heikle Wörtchen „territorial“ in die Debatte. Er lautete: „Sobald eine Beruhigung des Landes festgestellt sein wird, ist von der osmanischen Regierung eine Aenderung in der territorialen Begrenzung des Verwaltungsbezirks im Sinn einer regelmäßigeren Gruppierung der verschiedenen Nationalitäten zu verlangen.“ Die revolutionären Ausschüsse der Balkanvölker setzten nun an die Stelle von Angriffen auf die Türkei den Kampf der Nationalitäten, um durch mehr oder weniger künstliche und terroristische Ausdehnung des Gebiets ihrer „Stammesangehörigen“ günstige Grenzverschiebungen zu erlangen. Abgesehen davon legte man den § 3 auch so aus, daß man den Großmächten die Absicht zuschrieb, das Land nach nationalen Sphären zu teilen. Wahrscheinlich faßte diese falsche Interpretation auch in Rom Wurzel und erzeugte dann selbstverständlich die Forderung nach entsprechender Berücksichtigung Italiens. Darum betonte das österreichisch-ungarische Communiqué vom 30. September 1907, daß die Bestimmung des dritten Artikels nur auf eine verhältnismäßig geringfügige Aenderung abzielte, die lediglich die Tätigkeit der Ortsbehörden Mazedoniens erleichtern sollte. Zwar wurde damit

die unterminierende Tätigkeit der Banden offiziell in ihre Schranken zurückgewiesen; aber der fromme Glaube, daß in den Abmachungen der Mächte doch so etwas wie die Zusicherung einer territorialen Kompensation im Falle gewisser Aenderungen in der Abgrenzung stehen müsse, erhielt sich, wie wir wissen, zäh. Legenden sind schwer auszurotten.

Wie der dritte Artikel des Mürzsteger Programms wirklich zu verstehen und praktisch zu handhaben war, das lehrte das Ergebnis der Zusammenkunft Tittonis und Goluchowskis zu Venedig vom 29. April 1905. Danach sollten die albanischen Bezirke, die damals den mazedonischen Wilajets angegliedert waren, obwohl sie eine überwiegende albanische Bevölkerung hatten, mit dem eigentlichen Albanien vereinigt werden, sobald die mazedonische Verwaltung reorganisiert und Ruhe im Lande wieder eingekehrt sein werde. So allein war der ominöse Ausdruck „territoriale Grenzänderung" jenes unklaren Mürzsteger Paragraphen zu verstehen. Es hat aber viel Mühe gekostet, ehe dies von allen Beteiligten erkannt und anerkannt war. Entweder Aufrechterhaltung des Statusquo oder politische Autonomie der Balkanvölker nach dem Grundsatze der Nationalität blieb fortan das Alpha und Omega auch der italienischen Staatskunst.

Nach der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn hatte der Dreibundgedanke von neuem eine schwere Prüfung namentlich in Italien zu bestehen. Daß jene einmal kommen würde, wußte man ja schon seit der Reichstadter Verständigung vom 8. Juli 1876; aber daß sie ausgerechnet Anfang Oktober 1908 eintrat, hatte weder Iswolski, der in Buchlau durch Aehrenthal getäuscht worden war, noch Tittoni erwartet, der von seiner Begegnung mit Aehrenthal in Salzburg (September 1908) ganz andere Eindrücke heimgebracht hatte, was ihm ja dann vom König und von Giolitti schwer verdacht worden ist. Wie Rußland und andere Großmächte, so fühlte sich auch Italien durch die nicht so bald vermutete Einverleibung Bosniens düpiert. Also im Winter von 1908/09 ist vielfach die Forderung von Kompensationen ventiliert worden; die freiwillige Streichung der Artikel 25 und 29 des Berliner Vertrages galt nicht als solche. Doch selbst damals, wo Italien Grund genug gehabt hätte, in den allgemeinen Ruf nach Entschädigungen einzustimmen, die auf einer europäischen Konferenz, einem verbesserten Berliner Kongresse, geregelt werden sollten, vermied der vorsichtige Tittoni den Ausdruck „Kompensationen" und ersetzte ihn — in auffallender Uebereinstimmung mit Prinettis Reden vom 15. März und 22./23. Mai 1902 sowie mit Guicciardinis Reden vom 23. Februar 1903 und namentlich vom 14. Mai 1904 — durch den andern Ausdruck „Ausgleich der

Interessen". (Rede vom 3./4. Dezember 1908.) Auch durch die grundlegende Erklärung San Giulianos vom 18. Dezember 1912 klingt es ständig durch: Kein ehrgeiziges Verlangen nach Landbesitz, keine Besitzergreifung, keine Gebietsteilung! Weder Wien noch Rom hat jemals balkanische Kompensationspolitik getrieben oder auch nur theoretisch für zulässig gehalten.

* * *

Sonach bleibt nur noch die Erneuerung des Dreibundvertrages vom 5. Dezember 1912 übrig. Da hierbei ausdrücklich versichert worden ist, daß man von irgendwelchen Aenderungen abgesehen habe, so ist einstweilen daran festzuhalten. Von einer Verquickung des Verhältnisses mit der Zollpolitik war jetzt ebensowenig die Rede wie 1902. Außerdem war das mazedonische Amendement im Verlaufe des letzten Jahrzehnts so gründlich durchgesprochen und wohl auch textlich ausgebaut worden, daß der Vertrag keiner Besserung bedurfte. Man müßte denn die in San Rossore und Berlin (Oktober und November 1912) vereinbarte Ausdehnung der territorialen Garantie (gemutmaßter Artikel IV von 1887) auf Tripolitanien darunter begreifen. Jedenfalls wirkte sie im Rahmen der dadurch genügend erklärten vorzeitigen Erneuerung der Dreibundverträge nach außen demonstrativ. Italiens neuer Imperialismus hatte durch den tripolitanischen Krieg einen ungeahnten Aufschwung erfahren; mit Tripolis und der Cyrenaica sowie mit der einstweiligen Besetzung der Dodekanesos waren seine Expansionsgelüste hinreichend befriedigt. Und was einst noch an Unsicherheit hinsichtlich der Besitzverhältnisse am „andern" Ufer der Adria obgewaltet hatte, das war ja längst durch das albanische Sonderabkommen (s. unter C) beseitigt.

Dagegen ist die Frage berechtigt, ob man anzunehmen habe, daß der mazedonische Zusatz zu den Dreibundverträgen nach den einschneidenden Veränderungen, die die beiden Balkankriege von 1912 und 1913 mit sich gebracht haben, noch irgendwelche Geltung habe. Von Mazedonien als einem mit Autonomie zu beglückenden Territorium ist nichts mehr vorhanden; in dies ursprünglich türkische Gebiet haben sich die siegreichen Balkanstaaten geteilt, ohne einen Rest übrig zu lassen. Insofern sind die österreichisch-italienischen Vereinbarungen seit 1902 sicher zu papiernen Akten ohne greifbaren Wert geworden. Seit Aehrenthals freiwilligem Verzicht auf weitere Gebietserwerbungen, dem unverrückbaren Grenzsteine von Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik der Gegenwart und Zukunft (so z. B. noch Graf Berchtold am 19. November und 15.

Dezember 1913), ist jede Aussicht auf eine territoriale Auslegung der mazedonischen Vereinbarungen zwischen Wien und Rom entschwunden. In kommerzieller Hinsicht dagegen behalten letztere nach wie vor — wenn man will: erst recht — ihren Wert. Davon zeugt, um von andern abzusehen, die seit November 1913 in lebhaftester Debatte geführte Polemik über die durch Neuserbien laufenden Strecken der Orientbahnen. Einstweilen scheint es so, als ob daran nur Oesterreich-Ungarn aktiv interessiert sei. Vergegenwärtigt man sich aber die Antwort, die Tittoni am 11. März 1908 dem Antrag Barzilai über die Balkanbahnen zu teil werden ließ, dann kann man sich kaum dem Eindrucke verschließen, daß auch nach der Zerteilung Mazedoniens Italien die Ausstattung der neuserbischen und neugriechischen Provinzen mit Eisenbahnen nicht kampflos den andern überlassen werde. Jedenfalls bilden die Protokolle von Desio und vom Semmering genügend Anhaltspunkte für eine den nunmehrigen Verhältnissen angepaßte Neuformulierung des mazedonischen Amendements zum Dreibund. Auch die Abrede von 1907, daß Italien und Oesterreich-Ungarn zwar ihre eigenen staatlichen Fähigkeiten dort in voller Selbständigkeit entfalten dürfen, wenn nur keiner von beiden Staaten die des andern Teiles wissentlich schädige, daß aber die beiderseitigen Konsuln im nahen Oriente dahin zu instruieren seien, jeden Gedanken an ehrgeizige Rivalitäten aufzugeben, scheint mir noch nicht so obsolet zu sein, daß man sie zum alten Eisen werfen müsse.

* * *

C.) Der am 6. November 1897 zu Monza zwischen Goluchowski und Visconti-Venosta mit Rudini geschlossene und 1900 von Visconti-Venosta durch Sicherung der Autonomie bestätigte österreichisch-italienische Vertrag über Albanien gehört hinsichtlich seiner segensreichen Folgen zu den idealsten Friedensschlüssen der letzten Zeit. Bisher nahm man allgemein an, der albanische Akkord von 1897 sei im Jahre 1900 durch eine zweite Konferenz, also mündlich und protokollarisch bestätigt, erneuert oder erweitert worden. Aber das Jahr 1900 ist vorübergegangen, ohne daß die leitenden Staatsmänner Oesterreich-Ungarns und Italiens einander begegnet wären. In dies Jahr fällt nur die Erklärung Visconti-Venostas in der italienischen Kammer vom 18. Dezember, wonach beide Teile abermals ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Statusquo am Balkan durch den Austausch entsprechender Noten unterstrichen haben.

Geboren aus gegenseitigem Mißtraun oder aus der Not, keinen von beiden Teilen einseitig Platz greifen lassen zu dürfen, hat gerade die Besiegelung eines völligen Nichtsnehmen-

wollens das ursprünglich recht kühle Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien zu echter Bundesgenossenschaft emporgehoben. Gelautet mag dies „Noli me tangere" Visconti-Venostas folgendermaßen haben:

1. Oesterreich-Ungarn und Italien erklären gegenseitig ihr territoriales Désinteressement an Albanien;
2. Sie erklären sich für die Aufrechterhaltung des Statusquo, das heißt der osmanischen Souveränität;
3. Im Falle der Veränderung des Statusquo verbürgen sich beide Mächte gegenseitig für die Autonomie oder Unabhängigkeit Albaniens, das in keine dritten Hände fallen darf.

Die Veranlassung zu der persönlichen Aussprache der beiden Minister des Aeußern mit nachfolgender Beurkundung hatten weniger der griechisch-türkische Krieg und Italiens Liebäugeln mit Kreta geboten als vielmehr das zu Petersburg am 29. April 1897 getroffene österreichisch-russische Uebereinkommen. Wenn auch am 17. Mai 1898 Graf Goluchowski vor der ungarischen Delegation die Mitteilung der „Frankf. Zeitung" vom Tage vorher als „plumpe Erfindung" desavouierte — die folgenden Jahre haben doch erwiesen, daß etwas Wahres daran gewesen sein muß. Danach hatten Murawiew und Goluchowski zur Aufrechterhaltung der Ruhe und des Statusquo am Balkan die Halbinsel in zwei große Interessensphären mit verschiedenen Untergruppen geteilt: Oesterreich-Ungarn bekam Serbien, Albanien und Mazedonien bis Saloniki, Rußland Bulgarien, Montenegro und Thrazien zu friedlicher Kontrollierung. Sollte ein sanfter Druck nicht ausreichen, so durfte der Partner, in dessen Sphäre der Unruhestifter lag, gewaltsame Mittel anwenden. Angeblich war der Inhalt des Abkommens Deutschland vollständig, Italien mit Ausschluß des Albanien betreffenden Stückes mitgeteilt worden. Gerade dieser Umstand — — der auf die Dauer nicht verborgen bleiben konnte — — mußte unsern südlichen Bundesgenossen mißtrauisch machen. So kam denn noch im selben Jahre 1897 die italienisch-österreichische Formel zustande; keiner von uns beiden nimmt von Albanien jemals ein Stück; für beide bildet es fortan ein Rührmichnichtan. Unter diesem Gesichtspunkt ist die unter so großen Schwierigkeiten und Opfern 1913 schließlich doch durchgesetzte Schöpfung eines autonomen Fürstentums Albanien zu verstehen. Daß dabei von territorialen Kompensationen a priori niemals die Rede sein konnte, wird durch zahlreiche Stellen staatsmännischer Reden belegt.

Auf die erste Hauptstelle, eine Aeußerung Tommaso Tittonis als Ministers des Aeußern vom 14. Mai 1904, haben wir schon

Bezug genommen. Sie lautet: „Wenn durch irgend eine Verwicklung, von der wir wünschen, daß sie nicht eintreten möge, die Erhaltung des Statusquo in Frage gestellt werden sollte, so wären wir einer Teilung zwischen verschiedenen Mächten durchaus entgegen. Was Oesterreich betrifft, so hat es wiederholt erklärt, daß es ganz und gar nicht an eine Besetzung denke, die, wenn sie ohne uns vorgenommen würde, mit Hinsicht auf Mazedonien dem Geist und Buchstaben unsers Bündnisvertrages widerspräche, und bezüglich Albaniens gegen das Sonderabkommen gegenseitiger Nichteinmischung verstoßen würde, das Oesterreich mit Italien abgeschlossen hat. Die Vorherrschaft im Adriatischen Meere kann weder Italien Oesterreich, noch Oesterreich Italien zugestehen. Da die beiden Staaten ernstlich das Bündnis aufrecht zu erhalten wünschen, so haben sie auf jede Besetzung Albaniens im Falle der Störung des Statusquo verzichtet. Wenn Oesterreich und Italien in Frieden leben wollen, muß Albanien für beide ein Noli me tangere bleiben." Hier haben wir die oben schon gestreifte Negation. Mag sein, daß Herr von Kiderlen, in einem schwachen Augenblicke vielleicht auch Graf Aehrenthal, gesprächsweise die Umkehrung jenes negativen Dogmas vorgenommen und angewandt haben, etwa mit dem Gedankengange: Grundsätzlich halten sich beide Teile fern von dem Bissen; sollte aber einer von beiden genötigt sein, zuzugreifen, dann soll er ihn mit dem andern teilen. Das sieht, äußerlich genommen, riesig honett und harmlos aus, schlägt aber dem Alpha und Omega der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik ins Gesicht, das darin gipfelt: durch eigne Enthaltsamkeit den Italienern grundsätzlich und von vornherein jeden Vorwand zur Festsetzung am „andern Ufer" zu nehmen. Nur so sind ja, wie Tittoni am selben Tage die Sachlage faßte, am Balkan weder unvorhergesehene Besetzungen noch Ueberraschungen zu fürchten.

In genau dieselbe Kerbe haut der präzise Passus der Rede des italienischen Ministers vom 18. Dezember 1906:

„Man hat behauptet, daß das Bündnis und das Sonderabkommen über Albanien rein negativ seien, da sie keine andere gegenseitige Verpflichtung enthielten als die Aufrechterhaltung des Statusquo im Orient und besonders die, Albanien keinesfalls zu besetzen. Darum forderte man positive Vereinbarungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn . . . Meine Zusammenkünfte mit dem Grafen Goluchowski [zu Abbazia und Venedig] sind durchaus nicht nur Vergnügungsfahrten gewesen, sondern haben wirkliche praktische und positive Erfolge gezeitigt. Denn wir befanden uns in vollem Einverständnis, als wir festsetzten, daß die politische Autonomie der Balkanhalbinsel auf dem

Prinzipe der Nationalität die einzige Lösung sei, die Italien und Oesterreich-Ungarn anstreben müßten, wenn eine Erhaltung des Statusquo nicht mehr möglich sei. Das bedeutet kein negatives Programm, sondern ein tatsächlich positives. Gewiß ist es ein uninteressiertes; denn im Orient wird uns von unsern wichtigsten Interessen eine uninteressierte Haltung direkt vorgeschrieben. Ich weise daher den mir erteilten Rat zurück, Oesterreich-Ungarn Gebietsteilungen vorzuschlagen oder zu Besitzergreifungen anzutreiben, die der Berliner Vertrag nicht vorsieht, um dann für uns Kompensationen territorialer Art zu fordern. Ein solches Vorgehen stünde mit den Prinzipien, auf denen die Einheit Italiens aufgebaut ist, in Widerspruch; es vertrüge sich nicht mit den Grundsätzen, denen wir bis jetzt gefolgt sind; es würde uns in Gefahren stürzen, weil es einen Präzedenzfall darstellte, den man uns in Zukunft oft entgegenhalten würde. Kurz, es würde die klaren Ziele unserer Politik im Orient verdunkeln".

Italien und Oesterreich-Ungarn werden es niemals zulassen, daß eine fremde Macht sich in albanischem Gebiete festsetze, werden über der Selbständigkeit des neugeschaffenen Staatswesens eifersüchtig wachen[1] und ihm in der Form eines rein wirtschaftlichen Kondominiums sicherlich bald zu einer Art europäischer Kultur verhelfen. Dann wird auch von dem den Dreibundvertrag nur ganz lose begleitenden Albanien-Abkommen Italiens und Oesterreich-Ungarns ebensowenig mehr gesprochen werden dürfen wie von dem de jure et de facto erledigten Sandschak-Vorrecht Oesterreich-Ungarns.

Ausblick

„Das Gleichgewicht in der Adria", so sagte Marchese di San Giuliano am 22. Februar 1913 im italienischen Abgeordnetenhaus, „ist eine Frage, die dank dem innigen Zusammenarbeiten zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, der Mitwirkung Deutschlands und dem hochherzig friedlichen Geiste der Gerechtigkeit der andern Großmächte gelöst worden ist". Dieser Satz drückt sozusagen das Siegel unter meine Ausführungen.

---

[1]) Minister Graf Berchtold am 21. November 1913 vor der ungarischen Delegation: „Delegierter Prinz Windisch-Grætz fragte, ob hinsichtlich Albaniens mit Italien, betreffend die Interessensphären, ein Abkommen bestehe. Ein solches Abkommen besteht nicht, weil Albanien ein in jeder Beziehung ungeteilter und unabhängiger Staat sein soll und unsere Bestrebungen nur hierauf gerichtet sein können".

San Giuliano eröffnet aber eine neue Perspektive, wenn er fortfährt:

„Sie sind heute in gleicher Weise willens, das gegenwärtige Gleichgewicht im Mittelmeer aufrecht zu erhalten. Der Besitz Libyens hat für Italien das Problem des nordafrikanischen Gleichgewichts gelöst, aber sicher nicht das Interesse an der Aufrechterhaltung des allgemeinen Gleichgewichts im Mittelmeer vermindert. Oesterreich-Ungarn hat dieselben Interessen wie wir. Wenn durch die Macht der Ereignisse gegen unsern Willen und gegen den unserer Verbündeten wie den aller Großmächte früher oder später erhebliche territoriale Veränderungen im Mittelmeer eintreten sollten, dann könnte Italien dabei kein müßiger Zuschauer bleiben, sondern müßte verlangen, daß seine Stellung als Mittelmeergroßmacht von jedem gebührend berücksichtigt werde. Weder heute noch jemals in Zukunft hat ein Volk mehr das Recht, das Mittelmeer ‚mare nostrum' zu nennen".

Das ist ein klares imperiales Programm, das zu seiner Durchführung und friedfertigen Behauptung abermals der Bundesgenossen bedarf. Sollte damit die am 7. Dezember 1913 von Wien aus lancierte und in London nicht direkt bestrittene Nachricht von dem Abschluß eines österreichisch-britischen Mittelmeerabkommens — — eines Gegenstücks zu der italienisch-britischen Vereinbarung von 1891 — — zusammenhängen? Wie dem auch sei: nachdem die Balkanprobleme, die früher so oft Besprechungen und Vereinbarungen zwischen den Dreibunddiplomaten heraufbeschworen, zu ihrem wesentlichen Teile gelöst sind, werden wir wohl bald von andern Zusammenkünften — vielleicht unter Beiziehung Griechenlands — hören, die den veränderten Machtverhältnissen im Mittelmeere Rechnung tragen (vergleiche auch San Giulianos große Rede vom 16. Dezember 1913). Gegen den italienischen Grundsatz, daß das Mittelmeer die freie Bahn der Nationen bleibe, woran alle Anteil haben sollen, wird Deutschland kaum etwas einzuwenden haben. Denn als oberster Grundsatz wird auch fernerhin der Leitgedanke voranleuchten: der Dreibund ist der vornehmste Hort des europäischen Friedens Und es bleibt dabei, was Graf Bülow am 19. März 1903 im Reichstage gesagt hat: „Ich kenne in der Geschichte kaum ein Bündnis, das gleichzeitig so friedlich und so stark, so dauerhaft und so elastisch gewesen wäre".

Register

Nicht aufgenommen wurden folgende Schlagworte: Wilhelm I., Franz Josef I., Humbert, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Bismarck, Andrássy, Berlin, Wien, Budapest, Rom.

A

Aachen, 51
Abbazia, 112, 150, 151, 152, 154, 155, 253, 265, 270
Abdul Hamid, 175, 188, 229
„Abendpost“ (Wien), 30
Abgeordnetenhaus, siehe Parlamente
Abrüstungsfrage, 172
Adalbert Prinz v. Bayern, 70
Adam, Mme Edmond, 63
Adriatica, 209
Adrianopel, 32, 181, 230
Adriatisches Meer, 13, 17, 121, 133, 137, 151, 159, 166, 169, 185, 208, 232, 233, 235, 253, 268, 270, 271
Adlerorden Schwarzer, 227
Aegeisches Meer, 184, 227
Aegypten, 181
Aehrenthal, Graf Alois, 83, 165, 166, 167, 168, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 180, 181, 182, 185, 191, 193, 200, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 211, 213, 214, 216, 222, 224, 226, 229, 252, 253, 266, 267, 270
Afrika, 101, 103, 121, 122, 141, 243, 245, 272
Agadir, 218
„Agence Havas“, 146
„Agenzia Italiana“, 118, 203
„Agenzia Stefani“, 64, 121, 178, 255
Agram (Zagreb), 192
Agrarier, 143
Albanien, 37, 61, 132, 133, 137, 138, 141, 142, 144, 150, 151, 155, 165, 166, 168, 177, 217, 233, 234, 236, 237, 243, 252, 253, 256, 264, 266, 267, 268, 269, 270, 271
Albert, Prinzregent v. England, 15, 24
Albin Pierre, 70, 91, 92, 101
Albrecht, Erzherzog v. Oesterreich, 19, 20, 42, 53, 93, 112
Alexander I. v. Rußland, 41, 181
Alexander II. v. Rußland, 15, 23, 24, 31, 35, 37, 40, 41, 43, 45, 50, 52, 53, 56, 107, 181
Alexander III. v. Rußland, 56, 75, 77, 87, 112, 181
Alexander, Fürst v. Bulgarien, 78
Alexandrowo, 41, 43
Alfons, König v. Spanien, 171
Algeciras, 157, 158, 159, 161, 163, 167, 205, 219
Alldeutsche (Oesterreich), 143, 148, 154
Alldeutsche (Deutschland), 221
Allitalienische Agitation (Meeting ect), siehe Irredenta
Alpenbahn (Mont Cenis), 22
Alter Wilhelm, 6
Amadeo Prinz v. Italien (Herzog von Aosta), 61
Amerika, 126
Anatolische Bahnen, 228
Andrássy, Graf Géza, 106
Andrássy, Graf Theodor, 47
Andrian-Werburg, Viktor Freih. v., 6
Annexion, (siehe Bosnien)
Anunziatenorden, 203, 208, 230
Annunzio, Gabriele d' 178, 210
Antisemitismus, 105
Antivari, 176, 185, 197
Apponyi, Graf Albert, 78, 79, 93, 112, 221

Aquila, 201
Arad, 233
Arese, Visconti Fr. Graf, 13
Armenische Frage, 55, 115, 120
Arneth, Alfred R. v., 4
Arnim, Harry Graf v., 27
Artoni, ital. Dep., 155
Asien, 181, 245, 264
Asinari di Bernezzo, italienisch. General, 201
Asquith, Herbert Henry, 206
Astfalck, Cäsar, 89
Athen, 173
Auerstädt, 5
Augusta, Marie Luise, Kaiserin, 44
Augusta Victoria, Kaiserin, 178, 191, 197, 218
Aussee, 43
Avarna, G. Herzog v., 150, 232, 233, 243
Avezzana, ital. General, 61
Axmann, Julius, 176
„Az Est“, 234

B

Baccarini, Alfredo, 69
Bacquehem, Marquis V., 114, 233
Baden - Baden, 36, 48, 154, 163
„Badische Landeszeitung“, 116
Bærnreither, Josef, 176, 213
Baje, 197
Balkan, 24, 29, 30, 31, 32, 35, 42, 51, 55, 67, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 101, 120, 122, 131, 150, 151, 154, 155, 159, 163, 164, 165, 168, 169, 173, 174, 175, 176, 177, 181, 182, 185, 195, 201, 202, 203, 204, 216, 220, 222, 223, 227, 229, 230, 232, 233, 234, 241, 251, 252, 253, 256, 257, 258, 261, 263, 264, 265, 267, 268, 270, 272
Balkanbahnen, 176, 179, 268
Balkankomité (englisches), 176
Ballestrem, Franz Gf. v., 159
Bandmann, O., 11, 12
Bánffy, Desider Baron, 119, 123
Bar-sur-Aube, 75
Bardovertrag, 63, 254
Barral, Graf, 12
Barsantivereine, 60
Bartholdi, Jakob, 4
Barrère, Camille, 139, 217, 222
Barzilai, ital. Dep., 137, 167, 199, 214, 234, 257, 268
Barzilleri, ital. Dep., 159
Bassermann, Ernst, 158, 160, 161 163, 185, 196, 201, 235
Batthyány, Gf. Theodor, 196
Bauernbund (Oesterreich) 223
Bausznern, G. v., 19, 31
Bayern, 4, 200
Bayrischer Erbfolgekrieg, 4
Beaconsfield, Benjamin, Disraeli, 52, 55
Bechhöfer, Norbert, 93
Beck, Friedrich Graf v., 161, 165
Belgien, 88, 104
Belgrad, 175
Béllye, 209
Benda, R. v., 94
Benedetti, Vincent Graf, 12, 13, 100
Bennigsen, R. v., 29, 32
Berchtesgaden, 180
Berchtold, Leopold Graf, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 237, 243, 252, 268, 272
Berg (Bayern), 42
Berliner Entrevue (Dreikaiserzusammenkunft; Dreikaiserverhältnis), 23, 24, 26, 32, 37, 39, 45, 107
Berliner Kongreß (Friede, Vertrag), 32, 35, 36, 45, 60, 96, 111, 166, 185, 188, 197, 252, 254, 266, 271
„Berliner Tageblatt“, 103, 111, 117, 125, 146, 174, 186, 208, 217, 222, 226
Bernhardi, Th. v., 20
Bessarabien, 139

Bethlehem, 24
Bethlen, Nikolaus Graf, 14
Bethmann-Hollweg, Theobald v., 200, 202, 203, 204, 205, 211, 212, 215, 216, 219, 225, 228, 234, 236
Bettelheim, A., 78
Beust, F. F. Graf v., 16, 17, 18, 19, 20, 22, 27
Biancheri, Giuseppe, 146, 152
Bianchini, Georg, 169
Biarritz, 14
Biegeleben, L. M. Freih. v., 11
Bienerth, R. Freih. v., 183, 210
Bilinski, Leon R. v., 105
Billot, Albert, 92, 122
Bismarck, Herbert, 79, 92, 106, 119
Bissolati, ital. Dep., 234
Bizerta, 137
Blanc, Alberts Baron, 113
Blaskovich, A. v., 66, 124
Bleichröder, S., 75
Blum, Hans, 37, 38, 44, 48, 66, 107, 111
Bluntschli, J. K., 17
Blockparteien, 193
Böhmen, 114, 139, 211
„Börsencourier" (Berliner), 158
Boglietti, Giovanni, 36
Bojana, 176
Bologna, 68, 253
Bollati, Riccardo, 234
Bonghi, R., 21
Bosnien (Okkupation, Annexion), 29, 36, 37, 55, 85, 100, 174, 180, 181, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 196, 252, 254, 256, 264, 266
Bosporus, 169
Boulogne, 24
Bovio, Giovanni, 102
Bozen, 158, 197
Brandenburg, 3, 190
Brandenburg, F. W. Graf v., 7
Brassies de Saint Simon, 21
Bratianu, Demeter, 22, 59
Brauer, A. v., 66
Bremerhaven, 131
Bresci, Angelo, 131
Brescia, 201
Brin, Benedetto, 110
Brindisi, 197, 199
Brioni, 225
Broglie, Jacques Herzog v., 20, 27, 69
Bruck (a. d. Leitha), 41
Bruck, K. L. Frh. v., 20, 99
Brüssel, 36
Brunialti, ital. Dep., 194
Brünn, 14
Bucher, Lothar, 31
Buchlau, 184, 228, 266
„Budapesti Napló", 222
„Budapester Korrespondenz", 87
Bukarest, 125, 205, 212, 234
Bulgarien, 77, 78, 80, 86, 87, 104, 117, 182, 183, 197, 241, 253, 254, 269
Bülow, Bernhard Fürst v., 120, 125, 127, 132, 139, 140, 142, 147, 148, 150, 154, 156, 158, 161, 162, 163, 165, 167, 170, 172, 177, 178, 180, 185, 186, 187, 191, 193, 195, 196, 197, 199, 200, 205, 207, 218, 264, 272
Bülow, Otto v., 40, 41, 79, 188
Bundestag (Bundesakte, Bundesreform) 5, 7, 11, 45, 114
Bundesfürsten, 179
Buol-Schauenstein, K. F. Graf v., 8
Buonanna, Enrico, 71
Burián, Stefan Frh. v., 161, 168
Burschenschafter, Deutsche, 183
Busch, Wilhelm, 18
Busch, Moriz, 36, 40, 41, 48, 53, 66
Busse, O. v., 19

C

Caecilie, Kronprinzessin, 218, 224
Cairoli, Benedetto, 29, 60, 62, 63, 69, 253

Campagne (gegen Frankreich), 5
Campbell-Bannermann, Henry, 173
Campi, ital. Dep., 137
Canevaro, F. N. Graf, 128, 129
Caprivi, G. L., Graf v., 96, 98, 104, 105, 108, 109, 112, 116, 119, 262
Caraglio, 123
Carate-Brianza, 180
Carlotti Marchese, 178
Cartagena, 171, 295
Cartwright, siehe Fairfax
Cassini, ital. Diplomat, 158
Castiglione, Gräfin, 9
Cattaro, 175
Cavalotti, Felice, 95, 102
Cavour, Graf Camillo Benso di, 9, 15
Cettinje, 175
Challemel-Lacous, P. A., 69
Charmatz, Richard, 145
Chastenet, franz. Dep., 140
Chaudordy, J. B. Graf v., 35
Chemnitz, Phil. Bogisl., 3
Chiala, Luigi, 63, 66, 68, 82
Chiari, Karl, 161, 223
Chiesa, Eugenio, 208
China, 216
Chitaro, Hauptmann, 223
Chlumecky, Leop. Frh. v., 122, 128
Cialdini, General, 16
Cima, Dodici, 210, 215
Cirmeni, Benedetto, 205, 217, 220
Civita-Vecchia, 22
Clemenceau, Georges, 93
Clemenceau, Paul, 93
Clemenceau (Szeps), Sophie, 93
Codronchi, Giovanni, 253
Cohen, J., 18
Coni (Cuneo), 129
Conrad v. Hötzendorf, 222, 234, 237
„Contemporary Review", 62
Convention à quatre, 254
Corpus Catholicorum, 3
Corpus Evangelicorum, 3
„Corriere della sera", 100, 123, 159, 173, 206, 258, 261
„Corriere d'Italia", 175, 219, 233, 244
„Corrispondenza Romana", 183
„Courrier des Balcans", 165
Crispi, Francesco, 60, 62, 66, 69, 84, 85, 86, 87, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 98, 99, 100, 105, 108, 110, 113, 139, 215, 252, 253, 254, 256, 258, 261
Cusa, Alexander, Fürst, 12
Custozza, 14, 61
Cyrenaika, 216, 229, 267
Czartoriski, Adam F. v., 181
„Czas", 193
Czyhlarz, D. Karl, R. v., 213

D

Dänischer Krieg, 11
„Daily Graphic", 186
„Daily Telegraph", 96
Dalmatien, 71, 169
Dalmatina, 209
Dantelied, 210
Danzig, 57, 58
Dardanellen, 181
Daru, Napoleon, Graf, 20
David, Eduard, 227, 235
Decazés, L. Ch., Herzog, 35
Dechamps, Ad., 23
Degasperi Alcide, 233
De Giorgis, General, 150
Deines, G. A. v., 111
Delbrück, Hans, 15, 220, 227
Delcassé, Teofil, 129, 136, 138, 139, 140, 147, 153, 205
Delegationen, österr.-ungar., siehe Parlamente
De Marinis, ital. Politiker, 137, 257
Demartini, ital. Senator, 159
De Martino, ital. Dep., 129
Depretis, Agostino, 27, 29, 62, 63, 84, 85, 117, 253, 254, 257
Derschatta, Julius Edler v., 143
Desio, 173, 174, 175, 177, 184, 268

Despagnet, 92
„Deutsche Revue", 46
„Deutsche Rundschau", 10, 11
„Deutsche Tageszeitung", 249
Deutschnationaler Verband, (Oesterreich), 91, 114, 125, 129 132, 143, 174, 228
Diplomatischer Ausschuß, 51, 52
„Diritto", 24
Dóczy, Ludwig, Frh. v., 38, 39, 40, 44, 46, 52
Dodekanesos, 265, 268
Dolfin, 4
„Domani", 159
Donau-Adria-Bahn, 185
Donau, 209, 216, 245
Donaufürstentümer, 12
Drau, 209
Dreierverband, 205, 220, 232
Dreikaiserverhältnis, siehe Berliner Entrevue
Dreikaiserzusammenkunft, siehe Berliner Entrevue
Drouyn de Lhuys, 11, 12
Duma, siehe Parlamente
Dupanloup, Bischof, 25
Durazzo, 137, 176

E

Ebray, Alcide, 138
Eckardt, Julius v., 66, 251
Eckertsau, 183
Eduard, König v. England, 145, 171, 179, 205
„Egyetérlés", 57, 120, 161
Eider, 11
Eisenbahnen siehe Verkehrspolitik
Eisenmann, Abg. v. Würzburg, 6
Eisernes Tor, 122, 245
Eitel Friedrich, Prinz, 153
Elena siehe Helene
Elbeschiffahrt, 211, 216
Ellenbogen, Wilhelm, 231
Elsaß-Lothringen, 92, 100, 227
Emigration, Ungarische, 10
England, 24, 30, 32, 41, 51, 55, 62, 69, 85, 87, 93, 101, 102, 103, 117, 118, 119, 121, 122, 123, 134, 139, 141, 146, 149, 150, 155, 159, 160, 161, 163, 166, 169, 171, 172, 173, 174, 175, 178, 180, 181, 187, 197, 199, 203, 210, 215, 220, 221, 227, 236, 258, 263, 272
Enneccerus, L., 119
Erfurt, 5
Ernst August Herz. zu Sachsen-Koburg-Gotha, 8, 14
Eugen Prinz v. Savoyen, 4
Exner, W., 211
Eylau, 5
Eym, öst. Abg., 108

F

Fairfax, Leighton Cartwright, 220, 221
Foldre, E., 118
Falk, Max, 102
Fallières, C. A., 180
Faucon, N., 22
Ferdinand I. v. Oesterreich, 7, 27
Ferdinand, König v. Bulgarien, 86, 87
Ferdinand Maria v. Bayern, 4
Fergusson, J., 101, 102
Ferraris Maggiorino, 100, 187, 208, 261
Ferry, Jules, 22, 69
Fiori, R. di, 99
„Figaro" (Paris), 99
Finanzfragen, 110, 128, 136, 176, 212, 262, 265
Finnische Schären, 199
Fischhof, Ad., 16
Fiume, 71, 102, 103
Fleischmann, Max, 249
Florenz, 12, 66, 98, 99, 104, 205, 219, 230
Florescu, Joan, 104
Flourens, 102
Foscaris, ital. Dep., 219
Fortis, Alessandro, 158, 184, 187
„Fränkisches Volksblatt" 103, 260

Frankfurt a. M., 5, 6, 8, 10, 11, 107
„Frankfurter Zeitung", 58, 71, 86, 117, 120, 126, 269
Frankreich, 3, 4, 5, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 35, 36, 38, 39, 40, 43, 48, 54, 63, 65, 69, 76, 83, 85, 90, 92, 95, 96, 100, 102, 103, 105, 106, 108, 113, 115, 117, 118, 120, 122, 123, 128, 129, 132, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 145, 147, 148, 149, 150, 153, 155, 157, 158, 159, 161, 162, 163, 166, 169, 173, 174, 177, 178, 180, 181, 192, 199, 200, 205, 210, 216, 217, 219, 220, 236, 241, 242, 243, 255, 256, 257, 259, 262, 263
Frantz, Const., 17
Franz II., Kaiser, 5, 23
Franz Ferdinand Erzherzog-Thronfolger v. Oesterreich-Ungarn, 71, 183, 192, 194, 201, 221, 224, 225, 234, 235
Franz, Gottfried, 15, 48, 91
Franzensbad, 79
Frassati, A., 258
Frederickshavn, 199
„Fremdenblatt" (Wien), 77, 87, 98, 117, 144, 154, 159, 165, 192, 197, 200, 206, 218
Freycinet, Charles, 103
Friedjung, Heinrich, 6, 12, 49, 53, 72, 78, 83, 187, 249, 251, 255, 256
Friedland, 5
Friedrich, Kaiser, 15, 21, 22, 24, 27, 44, 48, 61, 70, 91, 97, 130
Friedrich Wilhelm, Kurfürst, 3
Friedrich I., König, 4
Friedrich II., König, 4
Friedrich III., Kurfürst, 3, 4
Friedrich Wilhelm II., König, 4
Friedrich Wilhelm III., 16, 41
Friedrich Wilhelm IV., 7
Friedrich, Prinz v. Preußen, 224
Friedrich Karl, Prinz v. Preußen, 26
Friedrich, Erzherzog v. Oesterreich, 209
Friedrichsruh, 85, 86, 92, 95, 105, 113, 120
Fuchs, Viktor Freih. v., 223
Funke, Alois, 143
Fusinato, ital. Dep., 183, 185

G

Gabba, Bürgermeister von Mailand, 210
Gaëta, 171, 172
Gajári, Edmund, 136
Galizien, 87
Gambetta, Leon, 67
Gardasee, 209, 217, 232
Garibaldi, Giuseppe, 26, 69, 171
Garibaldi, Menotti, 60
Garibaldi, Ricciotti, 217
Gastein, 11, 12, 13, 29, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 48, 52, 55, 56, 57, 59, 60, 77, 79, 85, 250, 252
Gautsch von Frankenthurm, Paul, Frh., 154, 158, 221
„Gazetta del Popolo", 207
„Gazetta Norodowa", 113
„Gegenwart", 14
Genua, 61, 121, 138
Genz, Friedrich v., 5
Gemeinderat (Wien), 190, 209
Georg V., von Hannover, 36
Georg, Prinz von Griechenland, 126
Georgenorden, 75
Georgsbankett, 24
Gerlach, Leopold v., 8
„Germania" 163, 191
Gervais, Alfred, 104
Giers, Nikolai, 57, 58, 75, 77, 79, 104, 120, 260, 262
Giolitti, Giovanni, 110, 123, 149, 159, 165, 178, 185, 201, 218, 222, 224, 266
„Giornale d'Italia", 139, 144, 159, 172, 187, 209, 219, 223, 228, 244
Giovagnoli, ital. Dep., 81

Gladstone, William, 55, 62
Glaser, Heinrich, 14
Goblet, René, 93
Goldenes Horn, siehe Konstantinopel
„Golos" (Petersburg), 36
Goltz, R. H. L., Graf v. der, 14
Goluchowski, Agenor, Graf, 115, 121, 124, 125, 126, 131, 134, 142, 143, 149, 151, 153, 154, 155, 158, 161, 164, 168, 170, 266, 269, 270
Gontaut-Biron, 21, 24, 27
Gortschakow, A. M., Fürst, 23, 35, 36, 37, 48, 53, 58, 241
Görz, 98
Gothaer, 5
Govone, Giuseppe, 12, 13
Grabmayer, Karl v., 231
Gramont, Antoine, Herzog v., 11, 20
„Greif" 49, 83, 249
„Grenzboten", 14, 36, 38, 39, 41, 47, 48, 53, 249, 255
Grenzstreitigkeiten (Grenzflüsse), 207, 210, 213, 215, 231
Grévy, Jules, 36
Grey, Edward, 180
Griechenland, 55, 122, 126, 165, 222, 236, 269, 272
Groß, Gustav, 161, 221, 228, 236
Großbritannien, siehe England
Groß-Meseritsch, 201
Großserbien, 192
Grünbuch (ital.), über Mazedonien, 150, 164
Grunes, Unterstaatssekretär, 9
Grunewaldfeier, 212
Grunwald („Frankfurter Zeitung"), 86
Guicciardini, Francesco, Graf, 133, 137, 138, 157, 160, 192, 203, 204, 205, 210, 219, 255, 266
Gurko, Joseph Wladimirowitsch, 75

H

Haager Friedenskonferenz, 128
Hahn, L., 10
Hahn, Sigmund, 21
Hamburg, 101, 113, 179, 241
„Hamburger Korrespondent", 116
„Hamburger Nachrichten", 97, 103, 116, 117, 120, 125
Handelskammern, 230
Handelspolitik (Handelsverträge), 7, 10, 12, 17, 50, 55, 65, 77, 92, 104, 108, 112, 113, 128, 132, 135, 136, 137, 138, 142, 144, 147, 153, 154, 176, 205, 255, 259, 262, 264
Hanotaux, Gabriel, 115
Hansen, Jules, 11, 21, 66, 83, 87, 93
Harden, M., 130, 191
Hardinge, Charles, 180
Hasse, Ernst, 48
Hatfield, 101
Haymerle, Alois, Oberst, 61
Haymerle, Heinrich, Frh. v., 44, 47, 50, 55, 56, 57, 62, 250, 253, 256
Hausmann, Ernst, 119
Heilige Allianz, 16, 54, 147
Heinrich, Prinz v. Preußen, 199
Heinrichsdorf-Werhelow, Arnim, Graf v., 8
Helena, Königin v. Italien, 122, 145, 197
Helfy, 69, 94
Helgoland, 101
Helmolt, Hans F., 83
Helmstadt, 200
Herbette, Maurice, 70
Herero-Aufstand, 150
Herkulesbad, 122
Herrenhaus (österreichisches), siehe Parlamente
Herrenhaus (preußisches), siehe Parlamente
Hertling, Georg, Frh. v., 128, 147, 158, 196, 201, 225

Herzegowina, 37, 55, 85, 100, 180, 183, 185, 187, 252, 256, 266
Hilmi Pascha, 193
Hippolytusa Lapide, 3
Hodenberg, M. d. R., 125
Hofmann, Hermann, 116, 241
Hohenberg, Herzogin, Sophie v., 201
Hohenlohe-Langenburg, Ernst, Erbprinz zu, 196
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst, 13, 17, 20, 30, 39, 43, 44, 112, 118, 169
Hohenwart, Karl S., Graf v., 27
„Hohenzollern", Kaiserjacht, 197
Holland, 88
Holló, Ludwig, 214
Holstein, Friedrich v., 11, 43
Homburg, 59, 123
Hompesch, Alfred, Graf v., 118
Hoyos, Ludwig, Graf, 227
Hoyos, Gräfin, Marguerite 106

J

Jacini, Stefano, Graf, 60, 100
Jagow, Gottlieb E. G. v., 230
„Janus" (München), 71
Japan, 150
Jedrzejowicz, A. R. v., 232
Jena, 5, 107
Ignatiew, Nikolaus Pawlowitsch, 58
Imbriani, Matteo Renato, 102
„Indépendance Roumaine", 208
Indien, 181, 216
Innsbruck, 148, 149, 150, 152
Jomini, Henri, Baron, 36
Joseph II., Kaiser v. Oesterreich, 4
„Journal des Debats", 23, 63, 138, 228
„Journal de Francfort", 9
Journalisten, 113
Irányi, Daniel, 85
Irredenta, 37, 60, 61, 62, 64, 68, 69, 92, 95, 129, 137, 149, 154, 155, 167, 174, 176, 178, 180, 183, 200, 209, 210, 215, 216, 217, 245, 263
Isabella v. Bayern, 70
Ischia, 70
Ischl, 24, 31, 37, 56, 206, 207, 208
Isonzo, 210
Istrien, 37, 61, 129
Iswolski, Alexander v., 182, 184, 186, 267
„Italie", 120, 151, 244
Jungtschechen, siehe Tschechen
Jungtürken, 195
„Jungungarn", 10
Junius, Redivivus, 13

K

Kaftan, Johann, 112
Kalabrien, 187
Kállay, Benjamin v., 56, 58, 63, 64, 67, 254
Kálnoky, Gustav Freih. v., 56, 57, 58, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 85, 86, 87, 91, 94, 95, 96, 98, 99, 104, 105, 108, 110, 111, 112, 115, 121, 250, 260, 262
Kammer (französische) siehe Parlamente
Kammer (italienische) siehe Parlamente
Kamerun, 162
Kanitz, Hans W. A., Graf v., 196, 235
Kardorff, W. v., 119
Karl (Carol) I. von Rumänien, 12, 22, 104, 122, 139
Karl VI., Deutscher Kaiser, 4
Karl der Große, 115
Karl Ludwig, Erzherzog v. Oesterreich, 68, 79
Karlsbad, 5
Karlsruhe, 117
Karolinenfrage, 78, 85
Károlyi, Alois Graf, 9
Karpathen, 109
Kassa, 31
Kassala, 121

Katharina II., 181
Kathrein, Theodor Freih. v., 16, 143
Kaulbars, Alexander, 78
Kaunitz, Wenzel Reichsfürst v., 4
Keyserling, Heinrich, Graf, 22
Ketteler, Klemens Freih. v., 134
Keudell, R. v., 27, 28, 82, 258,
Khuen-Héderváry, Karl Graf, 219, 221
Kiamil Pascha, 180
Kiderlen-Wächter, Alfred v., 83, 205, 212, 223, 234, 256, 265, 270
Kiel, 115, 123, 221
Kingston, 96
Kirchenpolitik, 166
Kirchenstaat, 226
Kirschner, Martin, 228
Kissingen, 79
Kleinasien, siehe Asien
Klerikalismus, 18, 22, 27, 28, 30, 54, 86, 103, 137
Klofac, Wenzel, 144, 169
Koalition (ung.), 160, 161, 168, 169, 170
Koblenz, 110
Kohl, Horst, 126
„Kölnische Zeitung", 41, 48, 49, 75, 83, 87, 88, 170, 193, 194, 244, 249, 255, 256
Kolonialpolitik, 69, 85
Kommandosprache (vert. ung. Armee), 169
Kolozsvár, 214
Konferenzfrage, 195
Kongo, 76, 216, 222
Königgrätz, 14, 15, 17, 18
Königsberg, 212
Konservative, 30, 42, 58, 68
Konstantinopel, 17, 30, 36, 180, 181, 187, 188, 192, 193, 216
Konstitutionelle Opposition (Italien), 192
Körber, Ernst v., 136, 144, 152
Korfanty, Albert, 212
Korfu, 197, 225
Korsika, 69
Koscielski, Josef, 113
Kossuth, Franz, 112, 126, 160, 170
Kossuth, Ludwig, 160
Köszep, 112
Kozlowski, Wladimir, R. v. Bolesta, 143, 177
Krakau, 212
Kramarz, Karl, 128, 131, 143, 152, 169, 176, 211, 213, 214, 217, 232
Kremsier, 77
Kreta, 122, 123, 124, 126, 173, 210, 211, 269
„Kreuzzeitung", 37, 88, 249
Kroatien, 61, 174, 194
Kronstadt, 100, 103, 104, 105, 110
Kurie (siehe Papst)
Küstenland, österreichisches, 257
Kuttenberger Dekret, 192

L

La Marmora, Alfonso, 12, 13, 22, 26
Lamsdorff, W. N., Graf, 158
Landesschützen (öst.), 158, 210
Landtag (bayrischer), siehe Parlamente
Landtag (preußischer), siehe Parlamente
Langenhan, Philipp v., 233
Lanza, Carlo, Graf, 26, 139, 160
Lateinische Bahn, 177
Latour, Vinzenz, Graf, 211
Launay-Hallwyl, Cte de, 26, 62, 67, 68, 82, 92, 95, 99, 258
Lausanne, 222, 229
Lebœuf, Edmond, Marschall, 20
Lebrun, B. L. J., General, 19
Ledebour, Georg, 196, 235
Legnano, 28
Lehndorff, Heinrich, Graf v., 43
Leipzig, 30
„Leipziger Neueste Nachrichten" 107, 116
Lemoinne, J., 23
Lémonon, Ernest, 128
Lenz, Max, 11

Leo XIII., 78
Leopold v. Bayern, 139
Leopold I., Deutscher Kaiser, 4
Leopold II., Deutscher Kaiser, 5
Leopoldorden, 206
Leroy-Beaulieu, Anatole, 95
Levetzow, Albert v., 94
Liberal, 70
Libyen, 71, 231, 244, 272
Lieber, Ernst Maria, 108, 119
Liebermann v. Sonnenberg, Max, 119, 196
Liebknecht, Wilhelm, 119
Liga Navale, 178
Liga Nazionale, 209, 216
Limgebiet, 37
Linke, Aeußerste (Ungarn), 70, 85, 94, 132, 136, 161, 170
L'Isola, Francois, Baron de, 3
Lissa, 14
Liszt, Franz v., Prof., 185, 190
Litorale, 61, 175
Livadia, 42, 52, 111
Lobanow-Rostowski, A. B., Fürst, 241
Lochow, J. F. v., 220
Löcse (Leutschau), 111
Löwenstein, Karl, Fürst v., 235
„Lokalanzeiger" (Berlin), 70, 193
Lombardei, 9, 245
London, 12, 13, 20, 22, 52, 103, 175, 186, 195, 207, 243, 244, 262, 272
Lordmayor, 52, 87
Lorenz, Ottokar, 18
Lothringen, 92, 100
Loubet, Emile, 138
Ludolf, Emanuel, Graf, 82
Ludwig II. v. Bayern, 17, 38, 42, 51
Ludwig Prinz v. Bayern, 200
Lueger, Dr. Karl, 105, 190, 196
Luneville, 5
Lützow, Heinrich, Graf, 232, 265
Luftschiffahrt, 210
Lukács, Ladislaus, 212
Luzzatti, Luigi, 204, 205, 211
Lwow, Journalist, 96

M

Mac Mahon, 20, 36
Madagaskar, 128
Madrid, 70
„März", 83
Maffei, Graf, 62. 184
„Magyar Nemzet", 87, 102, 236
Mailand, 27, 28, 68, 203, 209, 210, 220, 262
Malta, 32, 69, 197
Manchester, 51
Mancini Pasquale, 63, 64, 65, 67, 68, 69, 70, 75, 254
Mandschu, 216
Manin, Daniel, 6, 27
Mantegazza, Vico, 137
Manteuffel, Edwin, Frh. v., 41
Manteuffel, Otto K. G., Frh. v., 119
Manteuffel, Otto Theodor, Frh. v., 7
Marcks, Erich, 49
Marcora, Giuseppe, 154, 171, 178, 181
Marczali, Heinrich, 46
Margarete (Margaritta) v. Italien 21, 26, 63, 109, 254
Maria Anna v. Oesterreich, 27
Maria Antoinette v. Spanien, 31
Marienbad, 205
Marienburg, 143, 144
Marokko, 120, 129, 140, 145, 150, 153, 157, 158, 161, 162, 164, 188, 216, 218, 219, 220, 222
Marschall v. Bieberstein, Adolf, Frh. v., 101, 118
Marseille, 63, 65, 92, 103, 254
Martin, Theodor, 24
Masaryk, Thomas, 108
Massabuan, 139
Massaouafrage, 92
Massari, Giuseppe, 65
„Matin", 139, 159, 193
Matter, P., 12, 54
„Mattino", 151, 187
Maurel, Charles de, 95
Max, Kaiser v. Mexiko, 18

Mazedonien, 145, 150, 154, 155, 156, 164, 166, 167, 177, 179, 252, 254, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270
Mazzini, Giuseppe, 25
Mehadia, 51
Melepari, ital. Staatsmann, 28
Memorandumprozeß (rumänischer), 113
Menabria, General, 92
Menelik, 159
Mensdorff-Pouilly, Alexander, Graf, 11, 14
Mérey, Kajetan v., 265
Mergentheim, 201
Metternich, Klemens L. W., Fürst v., 5, 19, 20, 23
Meyers Konversationslexikon, 249
Michaelis, Paul, 220
Militärkommission, 109
Militärkonvention, 139
Militärvorlagen (deutsche), 108, 128
Militärvorlagen (Oesterreich-Ungarn), 211, 228
Mincio, 9
Minghetti, Marco, 26
Miquel, Joh. v., 94
Mirabello, ital. Staatsmann, 184
Mirbach, Julius, Graf v., 119
Mitrowitza, 175, 176, 177, 263
Mittelmeer, 66, 67, 80, 101, 102, 132, 138, 139, 141, 142, 159, 171, 178, 191, 192, 205, 219, 232, 243, 257, 258, 263, 272, 273
Mittelpartei (prot. Reichsstände), 3
Mittelstädt, Annie, 9
Mittnacht, Hermann, Frh. v., 51
Mohamed V., 221
Mohrenheim, Arthur, Baron v., 83, 87, 93
Molden, Ernst, 5
Moltke, Helmuth Johannes v., 234
Moltke, Helmuth Karl, Graf v., 12
Mommsen, Theodor, 125
Monastir, 177
Mont Cenis, 22
Montecuccoli, Rudolf, Graf, 167, 221
Montenegro, 55, 175, 176, 180, 185, 197, 253, 269
Monza, 110, 124, 131, 133, 269
Morganti, Luigi, 223
Morier, Robert, 7
„Morning Post", 103
Moskau, 57
„Moskauer Zeitung", 91
„Moskowskije Wjedomosti", 36
Mühlfeld, Eugen, Edler v., 5
München, 13, 20, 79, 202
Münchengrätz, 5
„Münchener Neueste Nachrichten", 106, 110, 116
Münster, Georg Herbert, Fürst, 43, 93
Munt, Sigmund, 220, 221
Mürzsteg, 145, 156, 176, 264, 265, 266
Murad I., 181
Murawiew, Michael N. Nikolajewitsch, Graf v. 122, 123, 269

N

Napoleon I., 5, 181
Napoleon III., 9, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 24, 60
Napoleon, Jerome, 18
Nationalliberalen, 96, 117, 160, 161
Nationalverband, Deutscher, (Oesterreich), 210, 236
„Nationalzeitung", 70, 83, 93, 110
Nathan, Bürgermeister von Rom, 214
Neapel, 30, 60, 99, 131, 150, 151, 153, 155
„Neue Freie Presse", 20, 38, 44, 52, 58, 77, 87, 99, 106, 120, 154, 171, 173, 178, 186, 190, 203, 205, 212, 220, 221, 223, 231, 243, 244

„Neue gesellschaftliche Korrespondenz", 220
Neuenburg, 9
„Neues Pester Journal", 250
„Neues Wiener Tagblatt", 119
Neugriechenland, 269
Neumayer, Josef, 209
Neuserbien, 268, 269
Newa, 180, 241
„Newyork Herald", 106, 136
Nicotera, Giovanni, Baron, 26, 28, 69, 105
Nigra, Costantino, Graf, 12, 16, 28, 60, 110, 132, 186, 241
Nikolaus I. v. Rußland, 7
Nikolaus II. v. Rußland, 75, 112, 124, 171, 179, 194, 199, 201
Nikolsburg, 15, 16, 60, 84, 90
Nissen, Waldemar, 101
Nizza, 12, 69
„Nord" (Brüssel), 36
Nordafrika, siehe Afrika
Nordamerika, 136
„Norddeutsche Allgemeine Ztg.", 46, 79, 86, 91, 121, 139, 141, 143, 146, 164, 169, 174, 180, 185, 188, 191, 199, 202, 204, 221, 227, 232, 234, 243, 259
Norddeutscher Bund, 16
Nordpersien, siehe Persien
Noradunghian, türkischer Minister, 193
Nordschleswig, 36
„Nouvelle Revue", 63
Novara, 82
Novipasar, 37, 111, 154, 175, 180, 184, 252
„Nowoje Wremja" 96
„Nowosti", 124
„Nuova Antologia", 100, 258
Nymwegen, 3
„Nyugat", 66, 124

O

Oberdank, Wilhelm, 68
Oberhaus (engl.), siehe Parlamente
Oderberg, 112
Odescalchi, Prinzessin, 38
OesterreichischeErbfolgekrieg,4
Oertel, Ernst Georg, 227, 235, 236
„Oesterreichische Rundschau", 187
Ofen, 10
Ogari, 113
Ojetti, Ugo, 139
Okkupation (siehe Bosnien)
Ollivier, Emile, 18
Olmütz, 5, 10
Oncken, Hermann, 20, 26, 63, 69, 179
Oos, 18
„Opinione" 27, 84, 99, 113, 257
„Orénoque" Kriegsschiff, 22
Orient (siehe Balkan)
Orientbahnen, 175, 183, 254, 268
Orlando, Vittorio, 234
Orléans, 26, 36
Orloff, Alexej, Fürst, 75
Osborn, 24
Oskar, Prinz von Preußen, 153
„Osservatore Romano", 103
Ostasien, 115, 141
Osterode, 212
Ostmarkenpolitik, 174, 212
Ostsee, 191, 233, 245
Ottomanisches Reich (siehe Türkei)
Oubril, Paul v., 48
Outidinos, 62

P

Paasche, Hermann, 119
Pacher, Rafael, 161
Pactinico, 234
Palermo, 60, 108
Pálffy ab Erdöd, Andreas Graf, 133
Pallavicini, Johann, Graf, 193
Paluzzi, 223
Pansa, A., 202, 203, 234
Panslavisten, 36, 54, 176
„Panther", 216, 218
Papst, 22, 24, 71, 86, 105, 107, 109, 128, 146, 183, 260

Pardo, Guido, 164
Pariser Kongress, 8, 15
Paris, 8, 9, 12, 13, 17, 18, 19, 20, 22, 25, 31, 38, 39, 58, 69, 75, 92, 100, 103, 120, 135, 136, 145, 163, 202, 207, 212, 230, 259, 262
Parkring (Wien), 209
Parlamente:
England:
Oberhaus: 87
Unterhaus: 101, 102
Deutschland:
Reichstag: 24, 36, 57, 65, 76, 81, 84, 89, 104, 108, 125, 134, 140, 147, 148, 154, 156, 158, 160, 161, 177, 185, 186, 201, 214, 215, 217, 224, 234, 237, 264
Landtag (bayrischer), 225
Landtag (preußischer)
Herrenhaus: 25, 26
Abgeordnetenhaus: 26, 143
Frankreich:
Kammer: 129, 138, 139, 147
Italien:
Senat: 101, 110, 121, 129, 155, 159, 220
Kammer: 26, 65, 68, 69, 75, 81, 82, 91, 94, 99, 100, 105, 110, 129, 133, 167, 171, 172, 177, 178, 179, 181, 183, 184, 185, 194, 199, 209, 211, 214, 218, 219, 233, 236, 237, 257, 263, 268, 271
Oesterreich-Ungarn:
Delegationen: 28, 50, 55, 56, 58, 59, 61, 63, 64, 65, 76, 77, 80, 81, 86, 94, 98, 102, 105, 108, 110, 112, 115, 121, 124, 126, 131, 143, 149, 152, 161, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 170, 174, 175, 176, 177, 180, 181, 182, 212, 213, 214, 217, 218, 222, 226, 227, 229, 230, 231, 232, 233, 243, 253, 257, 260, 269, 271
Oesterreich:
Reichsrat: (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus): 79, 91, 98, 105, 114, 126, 136, 143, 144, 152, 154, 173, 177, 210, 211, 217, 221, 228
Ungarn:
Reichstag: (Magnatenhaus und Abgeordnetenhaus): 6, 69, 76, 78, 85, 93, 119, 123, 126, 127, 131, 136, 212, 219, 221
Rußland:
Duma: 169
„Patria", 132, 160
Payer, Friedrich v., 235
Pazak, Friedrich, 112
Pázmándy, Dionys, 6
Pegli, 61
Pelloux, Luigi, 128
Pentarchen, 69
„Perseveranza", 229
Persien, 141, 216
Peschka, Franz, 161
„Pester Lloyd", 10, 31, 68, 98, 102, 133, 163, 172, 197
„Pesti Naplo" (Budapest), 14, 78
Peter, König v. Serbien, 217
Peterhof, 124
„Petersburger Telegraphen-agentie", 169
Petersburg, 24, 31, 36, 37, 51, 52, 53, 54, 56, 57, 58, 75, 76, 79, 91, 106, 117, 129, 175, 204, 255, 269
Peyrâmont, Louis, 36
Pfretzschner, Adolf Frh. v., 51
Pforte, siehe Türkei
Piemont, 20, 60, 207
Pisa, 229, 230
Pittoni, Valentin, 176
Pius IX., 24
Planat de la aye, 6

Plener, Ernst, Frh. v., 16, 91, 105, 211
Poebene, 174
Pola, 197, 223
Polen, 54, 127, 227, 233, 235
Polnische Frage, 11, 113, 127, 131, 136, 143, 144, 154, 174, 176, 193, 213
Policeman of Europe, 32
„Politische Korrspondenz“, (Wien), 172, 194, 232
Polónyi, Géza, 157, 169
„Popolo Romano“, 82, 84, 138, 140, 156, 159, 174, 175, 206, 207, 219, 226, 228, 229, 236, 244, 257
Poschinger, Margarete v., 15
Poschinger, Heinrich R. v., 8, 16, 17, 35, 39, 48, 53, 91, 96, 106, 107, 117
Posen, 143, 193
„Post“, 83, 104, 213
„Postzeitung“, 9
Potsdam, 107
Pontebba, 208
Prado, ital. Dichter, 76
Prag, 41, 112, 144, 169, 185, 186, 192, 214
Prager Friede, 16, 36
„Preparazione“, 223
Preßburger Friede, 5
„Presse“ (Wien), 12, 98
„Preßzentrale“ 219
Preußen, 113, 118, 126, 127, 131, 139, 143, 144, 154, 190, 200, 209, 212, 214, 218, 227, 233, 235
„Preußische Jahrbücher“, 31, 118
Prinetti, Piulio, Marchese, 129, 137, 138, 141, 142, 205, 263, 266
„Provinzialkorrespondenz“, 46
Pruth, 139
Puplia-Gesellschaft, 133, 144
Pulszky, Franz, 125

R

Racconigi, 201, 204, 208
Radikale, 69, 113, 155, 172
Radowitz, J. M. v., 189
Rainer, Erzherzog von Oesterreich, 110, 173
Rapolla, 172, 173
„Rassegna settimanale“, 63
Rastatt, 9
Ratazzi, ital. Staatsmann, 20
Rath, Hermann vom, 220
Rathlef, G., 8
Rechberg, Joh. Bernhard Graf v., 10, 11
„Reform“ (Pest), 19
„Reichsanzeiger“ 36, 87, 116
„Reichspost“ (Wien), 191, 192, 222
Reichstadt, 85, 101
Reichstag (deutscher) siehe Parlamente
Reichstag (ung.) siehe Parlamente
„Reichswehr“, 113
Reiset, Gustave, Cte. de, 9
Renner, Karl, 213, 214
Republikanismus, 65, 66
„Resto del Carlino“, 172, 253
Reuchlin, Hermann, 12
Reuß, Heinrich VII., Prinz von, 30, 49, 50, 67, 93, 95
Reval, 179
„Revue de Deux Mondes“, 18, 54, 69, 95, 100
„Revue de l’Orient“, 87
„Revue de Paris“ 129, 131
„Revue Pol. Int.“, 128
Rheinbaben, Georg Freih. v., 154
„Rheinisch - Westfälische Ztg.“, 193
Rhein, 5, 9, 29
Rheinbund, 5
Rhodus, 245
Ricasoli, Bettino Baron, 16, 20
Richieri, ital. Schriftsteller, 129
Richter, Eugen, 30, 119
Richthofen, Karl, Freih. v., 236
„Riforma“, 86, 99

Rimler, Julius, 136
Ringstraße (Wien), 209
Riva, 223
Robilant, Carlo Graf v., 64, 67, 68, 77, 78, 81, 82, 83, 84, 258
Römische Frage, siehe Papst
Rogge, W., 27
Rohlfs, Gerhard v., 229
Rominten, 153
„Rossija", 169
Rotbuch (öst.-ung.) über Algeciras, 161
Rottenburg, v., Geh. Reg.-Rat, 79
Rovereto, 223
Royalisten, 22
Rudini, Antonio, Marchese di, 76, 99, 100, 101, 102, 104, 105, 108, 110, 113, 120, 121, 257, 260, 261, 262, 268
Rudolf, Kronprinz v. Oesterreich-Ungarn, 31, 56, 224
Rückversicherungsvertrag (Deutschland und Rußland), 116, 117, 118, 119, 120, 125, 241, 263
Rumänen, 12, 22, 23, 50, 59, 104, 112, 125, 208, 228, 233
Russisch-Türkischer Krieg, 32, 35
Rußland, 5, 7, 8, 16, 23, 24, 30, 31, 32, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 49, 50, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 59, 61, 69, 70, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 88, 89, 90, 91, 96, 101, 102, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 122, 123, 124, 125, 126, 131, 134, 145, 150, 153, 155, 164, 169, 173, 175, 176, 180, 181, 182, 184, 186, 187, 188, 193, 210, 211, 214, 216, 241, 243, 253, 256, 262, 263, 265, 266, 269
„Russkoje Slowe", 204

S

Sachsenwald, 114
Sachsen der romanischen Rasse, 29
Sachsen-Weimar, Carl Alexander Ghzg., 30
Sachsen-Weimar, Maria Przssin., 30
Sadowa, 12, 13, 26
Saint-Hilaire, Barthélemy Jules, 103
Saint Vallier, Charles, Graf v., 35
Saletta, ital. General, 165
Salisbury, Robert, Marquis v., 51, 52, 87, 101, 262
Saloniki, 175, 253, 254, 256, 269
Salzburg, 18, 24, 31, 180, 206, 207, 208, 213, 223, 266
Samoa, 128
San Giuliano, Antonio, Marchese di, 144, 145, 164, 204, 205, 206, 207, 208, 214, 216, 219, 220, 223, 224, 225, 226, 229, 230, 233, 236, 237, 267, 271, 272
San Martino, ital. Dep., 141, 142
San Rossore, 229, 230, 267
Sandschak 182, 252, 253, 271
Sandschakbahn, 176, 177
Sant' Onofrio Di, ital. Dep., 82
Santini, ital. Dep., 152, 178
Santo Stefano, 32, 35, 51
Saracco, Giuseppe, 131
Sarajevo, 61, 175
Sardinien, 8
Schemua, Blasius, öster. General, 234
Schiffahrt, 7, 120, 166, 202, 214, 216, 232, 264
Schlesien, 139
Schlesische Kriege, 4
Schleswig-Holstein, 10, 12
Schmerling, Anton R. v., 11
Schmoller, Gustav, 190
Schön, Wilhelm v., 200
Schönbrunn, 46, 60, 169, 179, 193, 226
Schönerer, Georg, R. v., 148
Schrader, Karl, 196

Schuhmann, Joseph, 21
Schulgesetze (franz.), 22
Schultheß' Geschichtskalender, 249
Schuwaloff, Peter, Graf, 31, 96
Schwarzes Meer, 191, 233
„Schwarzgelb" (Wien), 93
Schwarzenberg, Felix, Fürst v., 7,
Schweden, 181
Schwegel, Joseph, Frh. v., 161, 213
Schweiz, 113
Schwerin-Löwitz, Hans, Graf, 218
Seehandlung, 75
Seherr-Thosz, Arthur, Graf, 10, 12
Seine, 176
Sella, Quintino, 26
Semmering, 174, 175, 177, 268
Senat (italienischer) siehe Parlamente
Septembervertrag, 11
Serbien, 50, 59, 77, 180, 185, 193, 196, 233, 234, 235, 236, 253, 254, 270
Sermoneta, Onorato, Herzog v., 121
Sforzaschloß (Mailand), 210
Siebenbürger Sachsen, 79
Siebenjähriger Krieg, 4
„Siècle", 124
Simonides, 223
Sinaia, 228
Singer, Arthur, 9, 66, 89, 116, 126, 250
Singer, Sigmund, 41, 44
Simitsch, Djoka, 193
Sizilien, 153, 187
Skarbeck, Alexander, Graf, 227
Skedl, Arthur, 217
Skierniwice, 55, 75, 76, 116
Skobelew, Michael, General, 58
Skutari, 176
Slaven, (öster.), 30, 168, 169, 181
Slovenen, 129
Societa Scuolastica pro Patria 209, 216
Sofia, 104, 182, 197
Sokolvereine, 212
„Soleil", 36
Somaliland, 172
Sonnino, Sidney Baron, 65, 158, 159, 184, 219
Sozialismus, 57, 62
Spadaro, Peter, 233
Spanien, 85, 126, 171, 174, 178
Spahn, Peter, 227, 235
Spanischer Erbfolgekrieg, 3
Speck, Karl, 185
Speyer, Otto, 26, 28, 69
Spionage, 223
Staatsschuld (österreichische), 12
„Standard", 101, 103, 117
Stadtverordneten, Berliner, 209, 227
„Stampa", 219
Stapinski, Johann, 232
St.-Cère, 99
Steirer, 114
Stölzel, Arthur, 211
Stolberg-Wernigerode, Gf. Otto, 48, 51
Stolberg-Wernigerode, Udo, Graf v. 140
Stosch, Albrecht v., 14
Straßburg, 43
Strattmann, 3
Straubinger Hotel, 29, 38
Studenten (Berliner), 185
Studenten (französische), 192
Studenten (italienische), 210
Studenten (österreichische), 212
Sturdza, Demeter, 12, 122
Stuttgart, 5
Sudan, 120, 126, 128
Suess, Eduard, 165
Südafrika, 128, 134
Süddeutschland, 114, 200
„Süddeutsche Korrespondenz", 172, 192, 193, 203
„Süddeutsche Presse", 17
Südtirol, siehe Tirol
Sussak, 167
Swinemünde, 171
Sybel, Heinrich v., 4, 7, 8, 11, 15
Sylvester, Julius, 165, 166
Syrakus, 121
Syrten, 245

Szalay, Ladislaus, 6
Szápáry, Gf. Julius, 89, 104
Széchényi, Emerich, Gf. v., 108
Szèll, Koloman v., 132, 144
Szeps, Moritz, 24, 93
Szylagyi, Desider, 76
Szögyény-Marich, Ladislaus v., 108, 134, 139, 205, 224, 230, 232

T

Taaffe, Eduard, Graf, 55, 79, 91, 93, 98, 105
Tabakmonopol, 176
„Tag", 179
„Tägliche Rundschau", 162
Tanger, 153
Tannenberg, 144
Tassi, ital. Senator, 185
Tauffkirchen, K. Th. Graf v., 17
Taverna, ital. Senator, 102
Teatro Lirico (Mailand), 209
Tecchio, Sebastanio, 50, 76
Teisserence de Bort, 47
„Telegrafen-Korrespondenzbüro", K. K. öst., 180
Teschen, 8
Temesvár, 170
„Temps", 19, 47, 70, 138, 191, 194
Terebes, 38, 42
Therese, Erzherzogin v. Oesterreich, 21
Teschener Friede, 4
Thiers, L. A., 22, 103
Thomas, v. Savoyen, 70
Thomas, Herzog v. Genua, 138
Thorn, 113
Thrazien, 270
Thugut, Freih. v., 5
Thun, Franz Anton Graf v., 127
Thun, Leo Graf v., 30
Thun, Graf, öst. General, 61
Tibet, 150
Tilsit, 5
„Times", 89, 113, 262
Tirol, 37, 61, 76, 139, 154, 157, 174, 175, 181, 207, 210, 217, 228
Tisza, Koloman, 28, 31, 44, 47, 69, 76, 77, 78, 82, 85, 94, 97
Tisza, Ludwig, Graf, 98
Tisza, Stefan Graf, 233
Tittoni, Tommaso, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 159, 163, 164, 165, 167, 168, 171, 172, 173, 174, 177, 178, 179, 180, 181, 184, 185, 194, 197, 199, 200, 202, 204, 205, 252, 253, 257, 259, 260, 263, 264, 266, 267, 268, 269, 270
Todesco, Ed. Baron v., 38
Tollinger, Johann, 169
Torli, 245
Torre, ital. Dep., 234
Tory, 51
Toulon, 138, 139, 259
Trentino, 28, 31, 63, 69, 71, 76, 92, 117, 137, 184, 200, 257
Trento e Trieste, 209
Treskow v., General, 56
„Tribuna", 84, 113, 133, 140, 160, 164, 172, 175, 183, 187, 188, 193, 197, 219, 228, 229, 234, 236, 242, 244, 257, 261
Tridentina, 209
Trient (Trento), 209, 210, 214
Triest, 28, 61, 62, 63, 68, 69, 71, 92, 95, 98, 117, 129, 137, 162, 183, 214, 257
Tripelentente, siehe Dreierverband
Tripolis, 71, 129, 137, 140, 162, 216, 219, 220, 221, 223, 230, 245, 258
Tripolitanien, 267
Tschechen (Jungtschechen), 98, 105, 108, 112, 127, 128, 129, 131, 132, 143, 144, 152, 159, 169, 176, 192, 193, 211, 217, 218
Tschirsky u. Bögendorff, H. L. v., 160, 232, 243
Türkei, 8, 24, 30, 35, 37, 55, 115, 118, 122, 133, 145, 150, 175, 177, 182, 183, 187, 188, 202, 208, 221, 222, 228, 229, 231, 241, 250, 252, 254, 265, 268, 270

Türr, Stefan, 18, 37
Tunis, 22, 29, 63, 65, 120, 220, 254
Turati, ital. Dep., 199
Turin, 12, 36, 67, 68, 86, 207, 213, 219, 258
Twesten, Karl, 11
Tyrrhenisches Meer, 191

U

Uesküb, 175
Ugron, Gabriel v., 108, 132, 136
Ultramontan, 260
Unabhängigkeitspartei (ung.) siehe Linke
Ungaro Croata, 144
Unger, A. v., 97
Universitätsfrage (italienische), 148, 149, 174, 177, 183, 184, 185, 192, 206, 208, 209, 210, 217, 220, 221, 232, 233
„Unsere Zeit", 21, 28, 69
Unterhaus (engl.), siehe Parlamente
Usedom, K. G. Graf v., 12, 13
Uvac, 177

V

Valbert, G., 54, 69
Vall'alta, 171
Valona, 137, 177, 236
Varzin, 35, 48, 62, 77, 113
„Vaterland" (Wien), 27, 220
Vatikan, 24, 25, 27, 28, 66, 70, 146, 183, 262
Venedig, 6, 13, 27, 28, 102, 120, 121, 142, 154, 155, 177, 178, 180, 197, 210, 218, 225, 245, 265, 270
Venetien, 12, 15, 16, 60
Venezuela, 145
Verkehrspolitik (Eisenbahnen), 50, 129, 171, 179, 183, 185, 228, 254, 264, 268
Versailles, 20
Vesuvkatastrophe, 159
Vészi, Josef, 68
Vészi, Margit, 234
Vicenza, 207
Viktor, Prinz v. Italien, Graf von Turin, 224
Viktor Emanuel I., 13, 19, 20, 21, 22, 26, 27, 28, 29, 30
Viktor Emanuel III., 110, 122, 131, 133, 143, 145, 146, 151, 155, 160, 169, 171, 172, 173, 177, 179, 197, 198, 199, 201, 203, 205, 206, 208, 218, 225, 229, 232, 266
Villa, ital. Staatsmann, 61
Villafranca, 9
Vincenti, Fr. di, 13, 26
Virpozar, 176
Vischi, ital. Senator, 185
Visconti-Venosta, Emilio, 16, 20, 25, 26, 120, 123, 124, 133, 138, 157, 168, 268
„Vita", 71, 229, 236, 244
Vitzthum v. Eckstädt, K. F. Graf, 12, 13, 20
„Voce della Verita", 29
Volkspartei, fortschrittliche (Deutschland), 235
„Vossische Ztg.", 116, 117, 160, 210, 227, 234, 236
Vukovic, Anton R. v., 177

W

Wagener, Hermann, 16
Wagner, Franc., 4
Warschau, 7, 15, 41
Waschaty, Jan, 98, 105
Weber, O., 18
Wedel, Karl, Graf v., 96, 157
„Wehrzeitung" (Wien), 19
Weinzoll, 132, 143
Weiskirchner, Richard, 211, 216
Wekerle, Alexander, 170, 196
Welfen, 125
Welschtirol, siehe Tirol
Welsersheimb, Zeno, Graf v., 158, 161
Werder, v., General, 35, 42
Wertheimer, E. v., 18, 19, 20, 22, 37, 46, 49, 188

Werther, Karl, Frh. v., 17
„Weser-Zeitung", 83, 250
Westfälischer Friede, 3
Westpreußen, 143
Wiemer, O., 185
„Wiener Abendpost", 189
Wiener Kongreß, 5, 41
„Wiener Tagblatt", 93
Wiener Vertrag (1615), 3, 133
Wilhelm II., 56, 76, 91, 92, 95, 96, 111, 113, 130, 143, 144, 145, 146, 151, 152, 153, 155, 158, 159, 160, 161, 178, 179, 183, 190, 191, 198, 199, 201, 205, 208, 209, 213, 214, 216, 217, 218, 221, 225, 229, 230, 234
Wilhelm Friedrich, Kronprinz, 130, 134, 197, 212, 218, 224
Wilhelmshöhe, 171, 228
Wimmer, J., 30
Wimpffen, Felix Graf v., 64, 95
Windthorst, Ludwig, 84
Windisch-Græetz, Prinz Ludwig, 272
Windsor, 101, 103
Wirth, Albert, 139, 242, 245
Wirtschaftspolitik, 132, 135, 175, 184, 206, 254, 261, 265
Witte, S. J. Graf, 153
Wolf, K. H., 232
„Wolffsches Büro", 193
Wollheim da Fonseca, 25
Wreschen, 144

Z

Zanardelli, Giuseppe, 69, 71, 136, 137, 259
Zanzibar, 263
Zarenbriefe, 37
Zarigrad, 181
Zentrum, 108, 112, 128, 185, 191, 195, 218, 227, 235
Zichy, Franz Graf, 30
Zimmermann, Julius Heinrich, 125
Zollfragen, 30, 50, 55, 104, 112, 128, 132, 147, 262, 267
Zollverein, 7
Zorge, Historiker, 12
„Zukunft", 130
Zweibund, 103, 144
Zwölferkogel, 215

Druckfehler.

Seite	11	Mensdorf,	richtig:	Mensdorff,
„	22	Kayserling,	„	Keyserling,
„	235	Kaunitz	„	Kanitz.